



Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 177 18.5.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Bibliothek
des Ruhrgebiets
Bibliothek der
IN DIESER
AUSGABE:

Ehem. NATO-Sekretärin
packt aus

Wieder hat eine Nato-Sekretärin in der DDR ein Köfferchen brisanter Dokumente aus den Zentralen der Kriegstreiber abgeliefert. Die von Frau Verrept (ehem. Sekretärin im Brüsseler NATO-Hauptquartier) mitgebrachten Dokumente belegen u.a. detailliert die Atomkriegsplanung der NATO gegen Osteuropa und die Sowjetunion und entlarven die „Nährstoffs“-Demagogie (S. 21).

Aufruf
der Russell-Foundation:
Für eine
atomwaffenfreie Zone
in Europa

Die Londoner Russell Peace Foundation hat einen Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa veröffentlicht, der in Großbritannien bereits von zahlreichen Parlamentariern und anderen politischen Persönlichkeiten unterzeichnet wurde. „Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher ... Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen und Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind...“, heißt es in dem Aufruf. Voller Wortlaut auf S. 22 dieses AK.

Militante Proteste
in Bremen

Krieg dem Krieg

Es war so schön gedacht: 25 Jahre NATO, Kriegspropaganda in den imperialistischen Ländern, Aufrüstungsbeschlüsse. Was lag da näher, als dieses Jubiläum zum Anlaß für ein öffentliches Spektakel zu nehmen, auf dem „Verteidigungsbereitschaft“ und „Volkenhüte“ der Bundeswehr demonstriert werden sollten? Prominenz war angesagt: NATO-Generäle aus verschiedenen Ländern, ein für ein solches Spektakel geeigneter Ex-Nazi, heute Bundespräsident, neben

einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister, und als Ort eine Stadt mit antifaschistischer Tradition und starker SPD-Mehrheit.

Bundespräsident Carstens schweigte in der Vergangenheit: Er wünschte eine „große Feldparade mit Fahrzeugen und Luftwaffe“. Die SPD-Spitze jedoch lehnte Carstens überhöhte Wünsche ab; weiß sie doch, daß in der BRD solche Aufmärsche immer noch nicht geliebt werden. Zugleich übernahm Bremens SPD-Bürgermeister

Koschnick die „Schirmherrschaft“ für das Spektakel.

Doch statt Spektakel gab es für die Kriegstreiber ein Debakel. Etwa 15.000 Demokraten, Sozialisten und Kommunisten demonstrierten auf unterschiedliche Weise ihren antimilitaristischen Protest. Darunter waren nicht wenige, die aktiv und militant ihren Widerstand gegen die Kriegstreiber vortrugen. Und viele, die dies mit Sympathie verfolgten. Aus der militaristischen Propagandaschau war

im Nu eine Zielscheibe heftiger antimilitaristischer Proteste geworden von einer Breite, wie sie die Kriegstreiber nicht erwartet haben. Von dieser Aktion, so fürchten sie, könne eine Initialzündung für weitere Anti-Kriegsaktivitäten der nächsten Zeit ausgehen. Die Kriegstreiber fühlen sich in ihren Kriegsvorbereitungen gestört.

Fortsetzung
Seite 2

BRD solche Aufmärsche immer noch nicht geliebt werden. Zugleich übernahm Bremens SPD-Bürgermeister

treiber vortrugen. Und viele, die dies mit Sympathie verfolgten. Aus der militaristischen Propagandaschau war

treiber vortrugen. Und viele, die dies mit Sympathie verfolgten. Aus der militaristischen Propagandaschau war

Fortsetzung
Seite 2

Rechte Grüne rüsten zur Revanche

Vom 20. bis 22. Juni wird in Dortmund der nächste Parteitag der Grünen stattfinden. Themen werden eine Erklärung zum Verhältnis Ökologie/Ökonomie sowie die Diskussion um ein Kurz- und die Verabschiedung eines Wahlprogramms sein. Im Vordergrund wird dabei in allen Themenbereichen die Frage stehen, ob das in Saarbrücken verabschiedete relativ fortschrittliche Programm Grundlage der Grünen Partei bleibt, oder ob es

der rechten, „ökologischen“ Richtung um Springmann, Gruhl, den Achbergern, Brandt, Hoss usw. gelingt, entscheidende Veränderungen durchzusetzen.

In Saarbrücken hatte sich in wichtigen Fragen des Programms („Arbeitswelt und Wirtschaft“, „Außen- und Friedenspolitik“) fortschrittliche Positionen gegen die „ökologische“ Richtung durchgesetzt. Im Frauenteil hatte es zwar auch eine breite Mehr-

heit für die fortschrittlichen Anträge gegeben (Streichung des § 218), aber in diesem Teil wurden noch die weitestgehenden Kompromisse gegenüber den Ökologen eingegangen.

Wegen dieses Programms zog Gruhl seine Kandidatur für den Bundesvorstand zurück, und auch kein anderer Vertreter der „ökologischen“ Richtung stellte sich zur Wahl. Dadurch konnte dem Parteitag der Beschluß abgepreßt werden, auf einem weiteren Parteitag eine Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Ökologie/Ökonomie zu diskutieren, womit seitens der Rechten die Absicht verbunden ist, die in Saarbrücken verabschiedeten Teile zu „Arbeitswelt und Wirtschaft“ zu kippen oder zumindest stark zu relativieren.

Nach dem Parteitag wurde eine geschickt eingefädelte, zeitlich abgestufte Revanchekampagne der Öko-Fraktion eingeleitet. Die erste Phase bestand darin, die Saarbrücker Beschlüsse als Majorisierungspolitik der Linken (speziell der „Leninisten“) zu diffamieren. Dieses Geschäft besorgten vornehmlich die als Linke auftretenden Grünen wie Brandt, Hoss, Bahro, aber auch die „faz“ und „Die Neue“.

Die Kräfte um Gruhl konzentrierten sich darauf, die Beschlüsse als anti-„ökologisch“ anzugreifen – wobei der Gradmesser natürlich ihre Vorstellungen über Ökologismus sind (siehe hierzu ausführlicher im AK 175).

Fortsetzung Seite 3

Südkorea:

Der Widerstand wird militanter

Auch ein halbes Jahr nach dem Ableben des Faschisten Park Chung Hi ist es der südkoreanischen Führung nicht gelungen, den Widerstand gegen Unterdrückung, Lohnraub und Militarisierung zu brechen. Kurz vor Parks Tod war es in Pusan und anderen Städten zu heftigen Unruhen gekommen, die nur durch den Einsatz von Militär beendet werden konnten. Momentan haben die Kämpfe an den Universitäten, die sich gegen den paramilitärischen Drill der Studenten und reaktionäre Lehrer an den Hochschulen richten sowie insbesondere die teilweise mit einer für uns unvorstellbaren Militanz geführten Arbeitskämpfe, einen neuen Aufschwung genommen.

Herausragendes Beispiel ist der Kampf der Bergarbeiter in der Provinz Kangwon, der „gewalttätigste Arbeitskonflikt in der Geschichte Südkoreas“ (25.4., „SZ“).

Angefangen hatte es am 21. April mit einem Sitestreik von ca. 500 Bergleuten, die 40% Lohnerhöhung und 400% Prämie forderten. Außerdem verlangten sie den Rücktritt des örtlichen Gewerkschaftsleiters, der – wie in den gelben südkoreanischen Gewerkschaften üblich – mit dem Kapitalisten Hand in Hand arbeitete. Dieser äußerte „Gewerkschafter“

hatte dann auch nichts besseres zu tun, als die Bullen zu holen, die brutal mit einem Jeep in die sitzende Menge fuhren und vier Arbeiter verletzten. Daraufhin verbreiterte sich der Streik rasch, und ca. 7000 Kumpels legten die Arbeit nieder. Doch dabei ließen sie es nicht bewenden. Das Bullenquartier

Fortsetzung Seite 2

Polizei-Terror gegen „Punker“ in Hamburg

„Punker“ und andere Jugendliche sind seit einigen Wochen bevorzugtes Ziel ständiger Schikanen und Provokationen der Hamburger Polizei. Mal sind es 20 und mal 60 Jugendliche, die ohne Anlaß „vorbeugend“ festgenommen und abgeschleppt werden, weil der Polizei angeblich wieder mal „Erkenntnisse“ über geplante „Krawalle“ vorliegen. Den Herrschenden schmeckt es offensichtlich überhaupt nicht, daß früher zerstreute Gruppen von Jugendlichen (Punks, Teds, Rocker, HSV-Fans) in Hamburg plötzlich gemeinsam gegen die Polizei Front machen, statt sich selbst in sinnlosen Schlägereien gegeneinander zu zerreiben. Und Springer hetzt wieder mit Scham vom Maul. Bericht dazu auf Seite 12. Im nächsten AK geht's weiter!

Palästina: Massenkämpfe gegen die Besatzer

Nach Repressionen und Provokationen der zionistischen Besatzer in den von Israel besetzten arabischen Gebieten kam es Anfang Mai wieder zu heftigen Protesten der Bevölkerung in Ostjerusalem, Nablus, Gaza u.a. Brennpunkt der Kämpfe war Hebron. Israelische Armee und Polizei, unterstützt von fanatischen zionistischen Gruppen, gingen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor (S. 44).

Die Kriegspolitik Begins stößt zunehmend auch in Israel selbst auf Widerstand. Bisher schärfster Ausdruck dieses Widerstandes war die Demonstration von 150.000 Israelis am 1. Mai in Tel Aviv, die im Zeichen von Parolen gegen Inflation, Kriegspolitik und die Regierung Begin stand. (S. 44).

Erklärung zur Lage der Grünen

Wir, die Unterzeichner, sind der Auffassung, das die grundsätzlichen Positionen Ökologischer Politik bei den Grünen in der letzten Zeit nicht deutlich genug vertreten wurden sind. Die Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen haben das sehr deutlich gezeigt.

Eine grüne Teilnahme an der Bundestagswahl halten wir für sinnvoll, wenn es gelingt:

1. Eine Bundestags-Wahlplattform mit Ökologischem Schwerpunkt zu verabschieden.
2. Die umstrittenen Teile des Bundesprogramms (Wirtschaft und Arbeitswelt, Mensch und Gesellschaft) zur Diskussion zu stellen bis nach dem Bundestagswahlkampf zurück zu verweisen.
3. Daß die Grünen ihre Stellung als Friedenspartei gerade in der jetzigen Wahlperiode verdeutlichen und sich in ihren Außenbeziehungen nachdrücklich von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik distanzieren.

Die jüngsten Wahlergebnisse entsprechen nicht den tatsächlichen Sympathien für die Grünen in der Bevölkerung. Die Grünen bilden noch wie vor die einzige grundsätzliche Alternative zur lehnenswerten Politik der etablierten Parteien. Die Grünen haben jetzt die Verpflichtung, die Interessen eines großen Teils der Bevölkerung nicht zu vernachlässigen und in einer klaren Forderung zu handeln, um die Einheit der Ökologischen Bewegung zu erhalten.

aus:
Carl Amery
Joseph Beyer
Heinz Brandt
Gösta Bruns
Erich Gruhl
Gerd Hoss
Olaf Jochims
O.S. Jochims
Norbert Kroll
Wilfried Kroll
Ludwig Kroll
Willy Kroll

Erich Gruhl
Heinz Hoss
Gerd Hoss
Gösta Bruns
Erich Gruhl
Gerd Hoss
Olaf Jochims
O.S. Jochims
Norbert Kroll
Wilfried Kroll
Ludwig Kroll
Willy Kroll

IN DIESER AUSGABE:

Rechte Grüne rüsten zur Revanche

Bei den Landtagswahlen in NRW haben die Grünen erwartungsgemäß bescheiden abgeschnitten. (Bericht zur Wahl auf S. 4).

Ebenfalls erwartungsgemäß schieden die rechten Grünen dieses Ergebnis auf eine angeblich zu linke, zu wenig „ökologische“ Orientierung der Grünen Partei. In diesem Sinn äußerten sich Baden-Württemberg-Grünen-Chef Hasenfelder, vor allem aber Gruhl und seine GAZ. Mit Blick auf den bevorstehenden nächsten Bundesparteitag der Grünen (Mitte Juni in Dortmund) hat Gruhl eine Unterschriftensammlung in Gang gebracht, die mittlerweile auch von den Bremer Grünen, vom „Achberger Kreis“ („J. Weg“), von ehemaligen Linken wie Heinz Brandt und Hone, von Sakur Springmann u.a.m. unterstützt wird. Inhalt der Erklärung: Eine Kandidatur der Grünen zur Bundestagswahl 1980 sei nur sinnvoll, wenn sich bis dahin die Rechte durchsetzen und entscheidende Veränderungen des in Saarbrücken beschlossenen, relativ fortschrittlichen Parteiprogramms vorgenommen werden (S. 1 + 3).

Diese Linie entspricht den Beschlüssen des GAZ-Parteitags, der am 15.5. stattfand. Uns liegen überdies interne Rundschreiben aus der GAZ vor, in denen noch wesentlich radikaler und eindeutiger die Spaltung der Grünen Partei von rechts vorprogrammiert wird (S. 3).

Erschwerend für die Zukunft der Grünen kommt hinzu, daß die Integration von Saarbrücken, August Hausleiter, wegen seiner politischen Vergangenheit in der rechtsradikalen Szene heftigen Angriffen der SPD und DKP ausgesetzt ist. Teile der Grünen Partei fordern deshalb bereits den Rücktritt Hausleiters von seinem Vorstandsposten (S. 4).

10.000 Schüler gegen AKW's

Eine der bemerkenswertesten Anti-AKW-Aktionen der letzten Zeit: 10.000 Schüler aus 35 Freiburger Schulen zogen am 9. Mai während des Unterrichts in die Innenstadt, um gegen das nahegelegene AKW Fessenheim zu protestieren. Ein Beispiel, das ruhig Schule machen sollte! (Bericht auf Seite 9).

Krieg dem Krieg

Heftige Zusammenstöße anlässlich

Krieg dem Krieg

Heftige Zusammenstöße anlässlich einer Militär-Show in Bremen. Die Herrschenden reagieren auf diesen ersten massenhaften militanten Protest gegen ihre Kriegsvorbereitungen entsprechend heftig (S. 17). In der Linken sind die Meinungen über die Bremer Proteste geteilt – linke SPD'ler, Jusos und die DKP verurteilen die „Provokationen“ und sogar die KPD/ML distanzierte sich von den „Ausschreitungen“ (S. 19).

Ein paar Tage später stand in Emden ein riesiges Polizei-Aufgebot bereit, um eine ähnliche Militär-Show gegen jeden Ansatz von Protest abzuschnürten (S. 19).

Aktionen zum 8. Mai

Der 8. Mai (Jahrestag der Niederlage des Faschismus) stand in diesem Jahr im Zeichen von Antikriegs-Demonstrationen und Friedenswochen. In Westberlin demonstrierten 20.000 Menschen. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, u.a. von Alternativer Liste, Grünen, Jungdemokraten und SB. In Hannover nahmen 15.000 Menschen an der vom KOFAS organisierten Demonstration teil. In Freiburg gab es wohl ein einmalig breites Bündnis. Neben zahlreichen Initiativen vieler SPD, FDP, DKP und KB (insgesamt 30 Gruppen) mit einer gemeinsamen Plattform zu einer Friedenswoche auf.

Bemerkenswert war, daß in diesem Jahr außer den traditionellen DKP-dominierten Aktionen vielerorts breite Bündnisse ohne Unvereinbarkeitsklauseln zustande kamen. (Berichte über örtl. Aktion auf S. 20).

Der Widerstand wird militanter

Fortsetzung von Seite 1

und andere „offizielle“ Gebäude wurden gestürmt und verwüstet. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Barrikaden errichtet und die Arbeiter zogen mit Eisenstangen, Spaten und Picken durch die Straßen. Bullen, die sich dem entgegenstellen wollten, wurden abgerammt. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Bulle getötet und 61 verletzt.

Funktionäre der gelben Gewerkschaft wurden geprügelt und gefesselt. Am 23. machte die Zechenleitung dann das erste Gesprächsangebot, wobei sie wiederum einige Funktionäre vorschickten. Allerdings forderten sie, erst die „Ordnung wiederherzustellen“, dann zu verhandeln. Inzwischen hatten die Bullen weitere Kräfte um das Zechengelände zusammengezogen, die sich aber nicht allzu dicht an den Ort des Geschehens heransetzten.

Am 23. erhöhte die Kumpels ihre Forderung auf 50% Lohnerhöhung und 500% Prämie. Außerdem forderten sie eine medizinische Behandlung der verwundeten Arbeiter und daß keine Sanktionen gegen die Aufständischen ergriffen werden dürften.

Die Auseinandersetzungen endeten schließlich mit einem Kompromiß: rückwirkend vom 1. Januar gab es 20% Lohnerhöhung, die Jahresprämie wurde von 250% auf 400% heraufgesetzt („Pyongyang Times“, 3.5.80 und „SZ“, 25.4.80).

Auch in anderen Industriezweigen gab es Arbeitskämpfe mit ähnlichen Forderungen, wobei immer wieder auch die Absetzung der rechten Gewerkschaftsmafia ein wichtiger Punkt war. Frauen der „Tongil Textilfabrik“, die vor zwei Jahren wegen Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft gefeuert worden waren, besetzten das Chefzimmer des (gelben) „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes“.

Keine Ruhe an den Universitäten

Nach dem Tode Parks waren die Universitäten, in denen es in Südkorea immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war, für einige Monate geschlossen. Doch das hatte sich auf die Kampfbereitschaft nicht nachteilig ausgewirkt. Anlässlich des Jahrestages des Aufstandes vom 19. April 1960, als der Diktator Li Syng Man nach 12 Jahren gestürzt worden war, kam es auch in diesem Jahr zu zahlreichen Kundgebungen. Dabei wurden auch die Räume reaktionärer Professoren besetzt und deren Rücktritt gefordert. 13 Universitäten wurden erneut geschlossen („The Korea Herald“).

Dabei wurden auch die Räume reaktionärer Professoren besetzt und deren Rücktritt gefordert. 13 Universitäten wurden erneut geschlossen („The Korea Herald“, 11.4.80). Die Hoffnung der Erziehungsministerin Kim Ok Gil, daß „die Situation hier sich nach einer Weile normalisieren“ würde, erfüllten sich nicht. Bereits am 24. April streikten die Studenten an mehreren Universitäten gegen die (in Südkorea obligatorische) Militärbildung und weigerten sich, in die Kasernen zu ziehen.

Der Premierminister des Regimes, Sin Hyong Hwak, hat mittlerweile mit dem Chef des koreanischen CIA und hohen Militärs mögliche Repressurmaßnahmen beraten, „um den Unruhen an den Universitäten und den Arbeitskonflikten zu begegnen“ („Hapdong“, nach „SWB“, 3.5.80).

Gegen diejenigen Oppositionellen, die verdächtigt werden, mit der sozialistischen Koreanischen DVR („Nordkorea“) zusammenzuarbeiten, wird trotz aller angeblichen Liberalisierung nach wie vor kurzer Prozeß gemacht. So wurden vor kurzem vom Gericht der Hauptstadt Soul 73 Mitglieder einer angeblichen „Befreiungsfront“ wegen Weitergabe militärischer Geheimnisse an die KDVR und Kontaktaufnahme zur KDVR angeklagt. Vier von ihnen wurden zum Tode verurteilt, vier zu lebenslänglich; und 65 erhielten Strafen zwischen einem und 15 Jahren.

Doch die jüngsten Unruhen haben es erneut gezeigt: Solange nicht die Ursachen – Inflation, Verbot freier gewerkschaftlicher Betätigung, Zensur, Terrorurteile und Folter – verschwunden sind, wird sich der Widerstand nicht unterdrücken lassen. Man kann nur hoffen, daß die derzeitigen Führer in Soul ihrem Vorgänger Park möglichst schnell nachfolgen mögen!

Asien/Australien-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

Eine neue „Ohne-mich-Bewegung“?

Die CDU gab das Stichwort, die „Zeit“ vom 9.5. nahm dies besorgt als Schlagzeile auf: „Gibt es eine neue „Ohne-mich-Bewegung“? Droht also eine Verweigerung der Jugend und breiterer Bevölkerungsteile gegen die Kriegsvorbereitung? Alles, nur das nicht, wünschen sich führende Politiker und Militärs des BRD-Imperialismus in der derzeitigen Situation.

Der Bremer „Weser-Kurier“ sah in den Protesten einen „Anschlag auf die Solidarität“ (8.5.). Außenminister Genscher: „Wer die Bundeswehr und das Bündnis diffamiert wendet sich gegen die Sicherheit unseres Landes“. Doch nicht allein das gibt Grund zur Besorgnis; wird doch festgestellt, daß es „eine gewaltsame Demonstration gegen die Bundeswehr ... in den zweieinhalb Jahren ihres Bestehens nie gegeben habe“ („Zeit“, 9.5.). Matthias Walden sorgt sich in der „Welt“: „Wiederholt sich die Umwandlung von Protest in Terrorpotential?“ (8.5.).

Diese Besorgnisse bekunden den Erfolg der Bremer Proteste, die einen Strich durch die Rechnung aller jener machten, die glaubten, sozial-liberal abgetarnt ungestört aggressive Kriegspolitik betreiben zu können. Dies sollten Linke und Demokraten bei der jetzt einsetzenden Distanzierungsdebatte im Auge behalten und die staatlich verordneten Entsolidarisierungsversuche nicht mitmachen. Was da publizistisch nach Bremen abläuft, hat seine Vorläufer in der „Terroristen“-Hetze und den Versuchen, die Anti-AKW-Bewegung nach Brokdorf und Grohnde zu spalten. Die „FAZ“ beispielsweise entdeckte neben 300 „Polizeigestern“ einen dazugehörigen „Untergrund“, der die „Gewalttäter anferne, versorgt und deckt“. Zum „Sumpf“ gehöre die Bremer Universität und selbst eine „Partei, die in der Bundesrepublik uneingeschränkt als staatstragend gilt“, die SPD diene als „Stichwort-Geber“ (8.5.).

Wer ist der „Verteidigungswilligste“ im ganzen Land?

Die staatstragende SPD, ein „Sicherheitsrikel“, so wenigstens sieht es die CDU, so sehen es die Springer- und andere Rechtsorgane. Warum eigentlich? In der Sache gibt es keine Differenzen. Eher schon versucht die CDU, parteipolitisches Kapital zu schlagen aus der schizophrenen Situation der SPD-Linken. Diese gehört einer Partei an, die an führender Stelle die Kriegspolitik des BRD-Imperialismus betreibt, die allen Diktatoren Carters folgt, die NATO-Bündnistreue schwört, die kriegerische Aufrüstung betreibt und die militaristische Spektakel wie das in Bremen veranstaltet. Sicher, die Partei-Basis rebelliert, sie protestiert und ein wenig wird auch demonstriert, wie in Bremen geschehen. Integration nennt die SPD dieses Geschäft. Schief gegangen ist es nur, weil es anders kam, als gedacht. Die SPD-Linken, die Jusos, waren nicht in der Lage, den Protest der Demonstranten zu bremsen, „friedlich“ zu kanalisieren – in Bremen ist die Protestwelle über sie hinweggerollt, hat sie zu einer jimmerlichen Zuschauerrolle verurteilt. Schelte gibt's wegen dieses „Versagens“ nicht nur von der CDU, sondern auch in der eigenen Partei.

Ein Narr oder ein Demagoge, wer wie „Die Neue“ nun die Militanz der Demonstration verantwortlich macht für das distanzierende Abrücken linker Sozialdemokraten von dieser Antikriegsaktion und für die Kalte-Kriegs-Politik der Bundesregierung.

Mehr Kritikmöglichkeiten hat die CDU denn auch kaum, als das Versagen der SPD-Linken. Wovon soll sie sich auch sonst bei der Militärpolitik der Bundesregierung abgrenzen?

Herbert Wehner bittet die Soldaten für die ihnen angeblich angebotenen Beleidigungen „entleert um Verzehrung“.

Die Bundesregierung „hält es auch künftig für geboten, an der Einrichtung des öffentlichen Gelöbnisses festzuhalten“.

Genscher will „jetzt erst recht Flagge zeigen“.

Apel, der „Zivilist“, will sich „auf keinen Fall“ die Öffentlichkeit der Gelöbnisse vermiesen lassen; das nichts wurde auch prompt ins Emdener Fußballstadion verlegt.

Krieg dem Krieg

In dieser Situation unterliegen Teile der Linken (DKP, KPD/ML, Teile der „Komitees ...“ und der „Gruppe Z“ u.a.m.) einem Irrtum, wenn sie behaupten, die Militanz der Bremer Proteste habe dem Antikriegskampf mehr geschadet als genutzt. Gängiges Argument ist in diesem Zusammenhang, die „Ausschreitungen“ hätten von dem Anliegen der Proteste „abgelenkt“. Gegen dieses Argument steht die Tatsache, daß die Bremer Proteste gerade durch ihre militante Form weit stärker öffentlich gewirkt haben, als Dutzende sonstige antimilitaristische Proteste, von denen es ja gerade um den 8. Mai herum wieder eine ganze Menge gab.

Es ist mittlerweile eine „historische“ Erfahrung, daß militante Proteste eine wichtige, unerlässliche Funktion für die Formierung bestimmter Bewegungen gehabt haben – erinnert sei nur an die „Studenten-Krawalle“ der APO, die militanten Aktionen gegen Springer nach dem Mordanschlag gegen Rudi Dutschke, an die Proteste gegen den Vietnam-Krieg der USA, an Aktionen gegen NPD-Veranstaltungen oder die „Krawalle“ gegen Strauß, an Brokdorf und Grohnde. Weit davon, vom Gegenstand ab zu lenken, haben

solche Aktionen dazu geführt, mehr Aufmerksamkeit auf das Anliegen zu ziehen.

Die Heftigkeit der Bremer Proteste entspricht außerdem dem Ernst der Situation, d.h. dem Übergang des BRD-Imperialismus von langfristig wirksamer Aufrüstung zu direkten praktischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen. In einer solchen Situation reicht es zweifellos nicht aus, zum x-ten Mal die schon zum Ritual gewordenen Demonstrationen unter den stets gleichen Parolen „für Entspannung und Abrüstung“ durchzuführen (ohne deren Funktion im Rahmen einer breiten Antikriegsbewegung leugnen zu wollen), sondern heute ist die Aktualisierung der Bewegung (mit Schwerpunkt auf die praktischen Kriegsvorbereitungen) und eine breite Gewinnung neuer Kräfte für diese Bewegung unerlässlich.

Die bürgerlichen Politiker und Medien haben auf Bremen gerade deswegen so hysterisch reagiert, weil sie sehr wohl das darin liegende Signal für das Entstehen einer solchen breiten Antikriegsbewegung in der BRD sehen. Diese Befürchtungen der Kriegstreiber sollten wir nicht antäuschen!



6. MAI in BREMEN

Broschüre gegeben vom KB/Bremen, der TAZ-Initiative Bremen und der Alternativen Liste.

48 Seiten, eine reich bebilderte Dokumentation mit Ablauf- und Augenzeugenberichten, Diskussionsbeiträgen und Pressedokumentation.

Preis: 3,50 DM, davon 1 DM Spende für bevorstehende Prozesse.

Vertrieb:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon: 040/435 406

Karaxu in Hamburg

Freitag, 23.5., spielt Karaxu im Audi Max um 19 Uhr
Eintritt: DM 8.-

Die Musikgruppe Karaxu ist allen Freunden/innen des chilenischen Widerstandes ein Begriff. Alle, die sich auch heute noch dem Widerstandskampf in Chile verbunden fühlen und ihn unterstützen möchten, sollten sich den Termin vormerken. Der Erlös der Konzertveranstaltung geht ausschließlich an den Widerstand (Karaxu tritt gratis auf).

Hoch die internationale Solidarität! Trabajadoras al poder!

Rechte Grüne rüsten zur Revanche

Fast gleichzeitig damit begann schon die zweite Phase, die die Diskreditierung der Grünen insgesamt zum Inhalt hatte. Springmann und Gruhl warfen in Interviews mit der Presse die Frage auf, ob die Grünen überhaupt noch zu den Bundestagswahlen antreten könnten. Gruhl und Dinne (Grüne Bremen) wählten sich, den Wahlkampf in NRW zu unterstützen, da dieser Landesverband im wesentlichen mit dem verabschiedeten Bundesprogramm übereinstimmt. Systematisch wurden so die schon geringen Chancen, bei den NRW-Wahlen die 5 %-Hürde zu überspringen, noch verschlechtert, um dies wiederum (wie von uns schon im AK 174 vermutet) gegen die Linke wenden zu können.

Der dritte Teil dieser Kampagne besteht im Versuch, die Mitglieder und Anhänger der GAZ, des Achberger Kreises u.ä. Richtungen gegen die Linke zu mobilisieren und zu formieren.

Die GAZ soll nicht aufgelöst werden

In Karlsruhe war auf Betreiben der Rechten das Verbot der Doppelmitgliedschaft beschlossen worden. Dies mußte natürlich auch für die Mitgliedschaft in der GAZ, der GLU, GLSH, AUD gelten. Den entsprechenden Organisationsrat war eine Frist bis zum 30. April gegeben worden, ihre Organisationen aufzulösen. Dies schien zum damaligen Zeitpunkt für die Rechten kein Problem zu sein. Aber wie das Leben oft so spielt, kam es anders als man denkt. Unter dem Druck der Saarbrücker Beschlüsse hätte dies insbesondere für die GAZ und die GLSH geheißen, organisatorische Möglichkeiten für ihre Kampagne aus der Hand zu geben. Als erstes wurde deshalb eine Verlängerung der Frist bis zum 30. Mai erwirkt. Schon am 13.4. beschloß die GLSH, nicht aufzulösen. Der Vorstand der GAZ propagierte für den Parteitag am 15.5. den gleichen Weg. Für die GAZ „ist die Grenze der Kompatibilität erreicht“ („FAZ“, 7.5.). Vorbedingung für eine Auflösung „u n d „für die Frage der weiteren Mitarbeit bei den Grünen“ sei die Änderung der „materialistischen Vorstellungen im Saarbrücker Programm“.

Mit dieser Linie konnte sich Gruhl als „eine Parteiung“ und „eine politische Vorstellung im Saarbrücker Programm“.

Mit dieser Linie konnte sich Gruhl auf dem Parteitag durchsetzen. Eine große Mehrheit stimmte für die Auflösung „nur unter der Bedingung: „Der Gruhl-Gruppe muß es gelingen, ... eine Wahlplattform mit starkem ökologischen Schwerpunkt durchzusetzen. Zweite Voraussetzung für die GAZ ist eine Zurücknahme, zumindest Revidierung des ... beschlossenen Bundesprogramms“ („Hannoversche Presse“, 16.5.).

Die Durchsetzung dieses Kurses verlief jedoch nicht ohne Schwierigkeiten. Dies geht schon aus einem internen Rundschreiben des stellvertretenden Vorsitzenden der GAZ-NRW an die Delegierten hervor. Er beklagt darin, daß noch viele Delegierte „nicht gut genug informiert“ seien; andere hätten nicht „genug politische Erfahrung“, um gegen die Linke bestehen zu können; wieder andere „wollen es nicht wahrhaben, daß die gemeinsame Sache der „Grünen“ bis einschließlich Bundestagswahl bereits gründlich verdorben ist“. Über diese hier angesprochenen Fragen wird von den Rechten natürlich immer nur d a n z Klage geführt, wenn die h r e n Kurs bei den Mitgliedern schlecht verkaufen können. Diese Schwierigkeiten der Rechten kommen auch darin zum Ausdruck, daß am 15.5. letztlich über eine Auflösung unter bestimmten Bedingungen beschlossen wurde und nicht, wie von Gruhl angekündigt („FAZ“, 7.5.), eine Auflösung gar nicht erst zur Debatte stand.

In dem internen Rundschreiben werden weitere Überlegungen angestellt. Die GAZ solle „da nach der Bundestagswahl ... weiterbestehen, dann wird man wissen, was“). Damit solle „ein Zeichen für die Partei „Die Grünen“ gesetzt werden, „klare Programmänderungen im Sinne ökologischer Politik vorzunehmen“. Angeschlossen wird gegenwärtig eine eigenständige Kandidatur der GAZ, da dies „sicher aussichtslos“ ist. Auch die Umbenennung der Partei, unter Einschluss von Teilen der AUD und der GLU sowie mit der GLSH wird verworfen, aber: „Eine spätere Umbenennung ist sicher noch möglich“.

Die Orientierung geht schon jetzt auf einen Bruch innerhalb der Grünen nach den Bundestagswahlen hin. Als Begründung dient, daß das „Bünd-

nis von Gruhl bis Dutschke durch ein auseinanderstrebendes Chaos ersetzt (worden sei). Nach den zu erwartenden Wahlniederlagen werden die linkssozialistischen und kommunistischen Gruppen das Experiment, die bürgerlichen Grünen vor ihren Karren zu spannen, für gescheitert ansehen und ihre marxistische Partei „links von der SPD“ neu zu gründen versuchen.“ Ob die GAZ da schon über nähere Informationen verfügt? Für sie steht eins schon sicher fest: „Die beste Entwicklung der Grünen ist bereits verdorben, die schlechteste wäre die Fortsetzung der nichtökologisch orientierten „Schräglastigkeit“ nach den Bundestagswahlen“.

Die Achberger und die Pleite mit dem alternativen Parteitag

Schon sehr frühzeitig hatte der Achberger Kreis („3. Weg statt Kapitalismus und Sozialismus“) zu einem „Alternativen Parteitag“ eingeladen. Er wandte sich an alle, die zu den Achbergern „eine positive oder wenigstens wohlwollende Einstellung haben“. Also auch hier der Versuch, die rechte Öko-Szene fraktionell zu mobilisieren, um damit Fakten für Dortmund zu schaffen. Der Plan eines Alternativen Parteitags ist zwischenzeitlich offiziell mit der Begründung aufgegeben worden, es stünden keine geeigneten Räume zur Verfügung. Aus den Schreiben geht jedoch hervor, daß der offensichtliche Spaltungsschritt dieser Veranstaltung zu heftiger Kritik geführt hat, und so die zu erwartende Beteiligung arg eingeschränkt werden würde.

Anstelle des Alternativen Parteitags soll jetzt ein „Sommerfest“ stattfinden.

Neben einem Klamsau über die Notwendigkeit „Alternativer Diskussionsweisen“ und vor allem die inhaltlichen Festlegungen der Achberger von Bedeutung.

Sie fordern für Dortmund die Verabschiedung eines „Kursprogramms“. Dieses soll „sich in seinen Aussagen auf das beschränken, was bei der großen Mehrheit der GRÜNEN u n d u s t r i t t e n i s t“. Das heißt natürlich, daß gerade die Teile gestrichen würden, die für die fortschrittliche Richtung bedeutsam sind (gewerkschaftliche Forderungen, Frauenforderungen, Friedenspolitik). In einem „Grundlagenprogramm“ sollen „die wesentlichen Forderungen, Frauenforderungen, Friedenspolitik). In einem „Grundlagenprogramm“ sollen außerdem die unterschiedlichen grundsätzlichen Positionen nebeneinander veröffentlicht werden. Im „Detailprogramm“ sollen Mehr- und Minderheitspositionen zu einzelnen Programmpunkten aufgeführt werden.

Sollten diese Vorstellungen nicht durchgesetzt werden bzw. sollte sich die Mehrheit der Grünen dieser Erpressung nicht beugen, drohen die Achberger mit dem Austritt. Heide erklärte, man sehe „keinen plausiblen Grund, weiterhin bei den Grünen Energie, Engagement und auch viele materielle Opfer zu investieren, wenn unsere Vorschläge ausgegessen werden“. Diese sehr konkrete Drohung deutet darauf hin, daß von dieser Seite in Dortmund mit einem Gewaltkurs zu rechnen ist. Wird dies dennoch nicht akzeptiert, müßten die Achberger die angekündigten Konsequenzen ziehen, wenn sie sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben wollen. Gleichzeitig kann dies jedoch auch der kalkulierte Startschuß für weitere Abprangkampagnen sein. Insofern würde ein Abprang der Achberger die Grünen vor zusätzliche Probleme stellen.

„Erklärung zur Lage der Grünen“

Wie zu erwarten, setzte nach der Wahl in NRW der nächste Teil der Kampagne ein. Ein repräsentativer Kreis aus der „ökologischen“ Richtung hat mit einer Unterschriftenkampagne begonnen (s. Abdruck). Demagogisch wird das Wahlergebnis zum Anlaß für die Behauptung genommen: „die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik“ seien in NRW „nicht deutlich genug vertreten worden“. Dies sei der Grund für das schlechte Abschneiden in NRW. Die Zahlen beweisen das Gegenteil. Die höchsten Ergebnisse wurden durchweg in den Städten erzielt, in denen es arbeitende bunte oder alternative Listen gibt. Der Druck der Straußkandidatur hat in anderen Teilen die Ergebnisse auf die Stammschicht reduziert.

Welche Richtung für den Dortmund-Parteitags angestrebt wird, zeigen die drei Forderungen dieser Öko-Fraktion. Die Festlegung des Wahlprogramms auf den Schwer-

punkt „Ökologie“ ist die Umkehr von Saarbrücken, wo die Grüne Partei für die Forderungen der verschiedensten sozialen Bewegungen geöffnet wurde. Die Zurückverweisung des Programmtitels „Arbeitswelt und Wirtschaft“ zur erneuten Diskussion würde konkret bedeuten, daß hiermit keine Wahlpolitik betrieben werden könnte. Für die werktätigen Bevölkerungsteile wären die Grünen dann noch weniger wählbar. Zugleich ist damit natürlich eine massive Veränderung angestrebt. Die Forderung nach Änderung des Friedensteils in Richtung einer Distanzierung „vom kommunistischen, kapitalistischen und faschistischen Politik“ würde bei den vorgegebenen Programmauflagen der Grünen vor allem bedeuten, die antimilitaristischen Beschlüsse in Bezug auf die BRD rückgängig zu machen (s. Artikel zum Friedensteil in diesem AK).

Bei der jetzt schon erreichten Anzahl der Unterschriften ist zu erwarten, daß mit diesen Forderungen die gesamte ökologische Richtung, sowohl die rechte als auch die „linke“, auftreten wird. Bahro hat ähnliches schon in einem „Bilanz“-Interview (ZDF) deutlich gemacht. Und auch Hasenclever hat in einem „FR“-Gespräch (13.5.) erklärt, eine Kandidatur sei „nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen sinnvoll“. Die Bedingungen seien die Durchsetzung des „ökologischen Humanismus“ (Bahros Theorie), die volle Integration von Gruhl, die Änderung der Vorstellungen zur Außen- und Friedenspolitik.

Dies scheint darauf hinzudeuten, daß in Dortmund eine andere Konstellation zu erwarten ist als in Saarbrücken. In Saarbrücken hatte sich z.B. Hasenclever weitgehend zurückgehalten, die Bremer waren z.T. vorzeitig abgereist, Bahro war gar nicht erst erschienen.

Der Bundesvorstand zwischen den Stühlen

Während so die „ökologische“ Richtung das Ansehen der Grünen in der Öffentlichkeit systematisch herabsetzte und insbesondere ö f f e n t l i c h die Kandidatur zur Disposition stellte, hat sich der Bundesvorstand schon in einer Erklärung vom 14.4. eindeutig und ohne Einschränkung für eine Wahlbeteiligung ausgesprochen.

Gleichzeitig ist auf der Bundeshauptversammlung vom 12.4. beschlossen worden, „einen Vorschlag für die Wahlplattform ... auf der Grundlage des Saarbrücker Programms und der Stellungnahme zum Verhältnis „Ökonomie und Ökologie“ zu erarbeiten. Dieser Beschluß steht explizit gegen die Forderungen der „ökologischen“ Fraktion, die Wahlplattform auf die „Ökologie“ zu verengen und in entscheidenden Stellen das Saarbrücker Programm zu revidieren.

Andererseits ist aber auch der Hinweis des Bundesvorstands, die Wahlplattform auf Grundlage des Programms u n d der noch auszuarbeitenden Erklärung zu Ökologie/Ökonomie zu erarbeiten, ein Indiz dafür, daß auch von dieser Seite schon eine teilweise Revision der Saarbrücker Beschlüsse gedacht ist.

Mit der Erarbeitung der Erklärung zu Ökologie/Ökonomie ist die Programmkommission beauftragt worden.

Von Interesse dürfte dabei sein, daß diese in Saarbrücken umgesetzt worden ist. Es sitzen jetzt dort je zwei Vertreter aus Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und NRW sowie je ein Vertreter aus den anderen Bundesländern drin. Damit könnte sich das Gewicht konservativer Kräfte in diesem Gremium verstärken.

Der Bundesvorstand selbst ist in einer schwachen Position. In Saarbrücken wurde er vor allem vom fortschrittlichen Teil der Grünen gewählt. Hausleiter hat jedoch schon kurze Zeit später in Interviews mit der „Taz“ und der „Neuen“ erklärt, er verleihe sich als Integrationskraft und halte lediglich den Stuhl für Gruhl frei. Gleichzeitig erklärte er auf einer Vorstandssitzung, am Programm dürften keine Abstriche gemacht werden, denn wegen dieses Programms habe er kandidiert. Wiederrum auf der gleichen Vorstandssitzung deutete er an, auf dem Dortmund-Parteitags zurückzutreten, „um der Partei nicht einen Stempel aufzudrücken“. Natürlich ist dem Bundesvorstand und insbesondere Hausleiter bewußt, daß eine Integration Gruhls nur über erhebliche Veränderungen im Programm möglich ist.

Der grüne Vorstand nahm Stellung

Bundestagswahl und Sachgespräch

Dank an Dr. Herbert Gruhl / Die Schizophrenie der SPD / Konzentration auf die nächsten Landtagswahlen

Am 11. und 12. April 1980 hielt der Bundesvorstand der GRÜNEN in Bonn eine Arbeitssitzung ab. Ausgehend von einer gründlichen Analyse der Lage der GRÜNEN im Bundesgebiet stellte der Bundesvorstand fest, daß das innere Gespräch innerhalb der GRÜNEN nach dem Programmkonflikt von Saarbrücken mit größtem seelischen Ernst und mit dem Willen zur Überwindung bestehender Mißverständnisse und Sachgegnisse geführt werde. Der Bundesvorstand billigte einstimmig die nachfolgende Erklärung:

Der Bundesvorstand spricht sich für eine Beteiligung der GRÜNEN an den Bundestagswahlen aus. Dieser Wille ist ein von Kreisverbänden, die für die Wahlteilnahme plädieren bzw. schon Kandidaten gewählt haben. Es gibt weder eine andere alternative Partei, die im Herbst zur Wahl steht, noch irgendeinen Grund, auf eine Wahlteilnahme zu verzichten. Weder von Drohungen und Beschimpfungen seitens der etablierten Parteien noch von Versprechungen und dem Anbieten einiger Sessel in der Ministerialbürokratie lassen wir uns beeindrucken. Da keine der etablierten Parteien ernsthaft bereit ist, auf Umweltzerstörung, Ausbeutung der Atomindustrie und Aufrüstung, auf Raketentest und Berufsverbotspolitik zu verzichten, ist eine Alternative unerlässlich. Gegenüber den 15 % der Wähler, die Erhard Eppler ganz zu Recht als offenen oder heimlichen Grünen sieht, haben wir eine politische Verpflichtung.

Wer behauptet, daß die Grünen bei 4,9 % scheitern, kann das bezeugen, dies zu verhindern.

— durch Stärkung der GRÜNEN und Abgeordneten der Zweithälfte für die

— durch Konzentration aller oppositionellen Stimmen auf die GRÜNEN statt die für Splitterparteien, die unter 1 % der Stimmen bleiben, zu vergeben

— durch Einsetzen für eine Änderung der parlamentarischen 5 %-Klausel.

Es grenzt an Schizophrenie, wenn die SPD-Führer die GRÜNEN zum Verzicht auf die Wahlteilnahme auffordern, und gleichzeitig auch noch durch Herrn Wachsmann jedes Dilemma mit ihnen abheben. Wenn den Splitz-

der SPD und PDF so deren gelegen ist, daß Streik geschlagen wird, so sollten die in 3 sicheren SPD-Wahlkreisen und die Kandidatenverteilung und dort zur Wahl die GRÜNEN aufreizen. Da dort mit Sicherheit die grünen Direktkandidaten gewählt werden, schlagen dann unabhängig von der 5 %-Klausel alle Stimmen für die Grünen zu Buche.

Vorher ist es innerhalb der GRÜNEN Bestrebungen, nicht den Bundestagswahlkampf zu unterstützen, wenn nicht zuvor Programmänderungen vorgenommen werden.

Der Bundesvorstand wird sich dabei bemühen, durch geeignete Diskussions- und Arbeitskreise zu einer Versöhnung und Klärung der Streitfragen beizutragen. Es fordert alle Mitglieder auf, ihm dabei zu unterstützen. Der Bundesvorstand strebt eine offene und unweit möglich auch öffentliche Diskussion an. Diese sollte nicht unter Zuhilfenahme der etablierten Presse als Interviewkrieg geführt werden, sondern als öffentliche und herrschaftsfreie Diskussion von Menschen, die durch dieselben Grundüberzeugungen verbunden sind. Der Bundesvorstand dankt in diesem Zusammenhang einmal ausdrücklich Dr. Herbert Gruhl für seine bisherige engagierte Mitarbeit. Wir wissen um eine mit Dr. Gruhl in dem Bestreben, die ökologische Bewegung zum Erfolg zu führen und halten es deshalb für notwendig, das Sachgespräch geschlossen fortzusetzen. Jetzt müssen wir uns ganz konzentrieren auf die vor uns liegenden schweren Landtagswahlen in der Saar und in Nordrhein-Westfalen und auf die Vorbereitung der Bundestagswahlen.

Die organisatorischen Beschlüsse, die vom Bundesvorstand gefaßt wurden, gelten vor allem der Unterstützung der in einem schweren Wahlkampf stehenden Landesvereine. Konkret soll Friedrich-Wetters. Ein Bericht Roland Vogts über die zunehmende politische Zusammenarbeit der grünen Bewegung in Europa und weltweit wurde mit großer Zustimmung zum Kenntnis genommen. Roland Vogt wird dabei eindringlich darauf hin, daß die Grünen in der Bundesrepublik eine erhebliche Verantwortung vor Westdeutschland hinein tragen, die ihre letzten Wahlerfolge ernsthaft mit der gesamten ökologischen Weltbewegung konstruieren.

aus: „Die Grünen“, 19. April 1980

Insofern dürften diese unterschiedlichen Äußerungen Hausleiters dem Druck der Öko-Fraktion auf die

Insofern dürften diese unterschiedlichen Äußerungen Hausleiters dem Druck der Öko-Fraktion auf die „Mittelgruppe“ einerseits und der Verpflichtung des Mitgliederwillens, wie er sich in Saarbrücken ausdrückt hat, andererseits geschuldet sein.

Die gegenwärtige Debatte wird noch dadurch erschwert, daß keinerlei Diskussionsmaterial schriftlich vorliegt. Bis zum 18. Mai soll die Programmkommission ihren Vorschlag erarbeiten. Bis zum 25. Mai, also nur eine Woche später, ist schon Abgabetermin für die Änderungsanträge. D.h. es wird fast gar nicht möglich sein, die Vorlagen an der Basis zu diskutieren. Andere Vorlagen existieren ebenfalls noch nicht, so daß damit zu rechnen ist, daß die Delegierten in Dortmund ohne Votum über die entscheidenden Fragen abstimmen müssen. Was dabei herauskommt, hat sich schon in Karlsruhe gezeigt, als dort eine völlig neue Präambel aus dem Hut gezaubert wurde, bei der nur noch wenige Verbesserungen durchgesetzt werden konnten.

Diskussion um Beteiligung an den hessischen Kommunalwahlen

In Hessen entwickeln sich neben der Diskussion um die Bundestagswahlen und das Auftreten der Grünen allmählich erste Ansätze, über den Oktober hinaus zu planen. Denn nach der Bundestagswahl steht als nächstes im März 1981 die Kommunalwahl in Hessen an, von der sich Linke, Bunte und Grüne erhoffen, die SPD weit mehr Schwierigkeiten bereiten zu können, als es sonst der Fall ist. So gibt es erste Überlegungen zu alternativen, bunten oder „radikalen“ Kandidaturen in mehreren Städten – darunter Frankfurt, Kassel, Offenbach, Wiesbaden und Hanau. In Frankfurt hatte die Stadtgruppe der GLH zu einem ersten Treffen am 13.5. geladen. Die starke Beteiligung an diesem Abend (ca. 120 Leute) bewies, wie sehr man sich jetzt schon dafür interessiert, aber auch daß die Grünen kein Monopol auf die Vertretung aller infrage kommenden Kräfte innehaben. Gekommen waren viele GLH'ler, die nach dem mißlichen Ausgang der Hessenwahlen ihre aktive Mitarbeit eingestellt hatten, die Grünen, BfW, Gewerkschafter und

Wie sich das Kräfteverhältnis auf Delegiertenebene in Dortmund darstellen wird, kann man gegenwärtig

Wie sich das Kräfteverhältnis auf Delegiertenebene in Dortmund darstellen wird, kann man gegenwärtig

So oder so steht die Existenz der Grünen als Sammelbecken verschiedener sozialer Bewegungen auf dem Spiel. Denn wenn Hausleiter noch gesagt hat, die Grünen kämen gegebenenfalls auch ohne Gruhl aus, so stimmt dies sicherlich nicht mehr, wenn Namen wie Hasenclever, Bahro, Hom, Dinne usw. dazu gesetzt werden müssen. Nicht einmal, daß diese die Mehrheit der Grünen repräsentieren. Die Gefahr besteht mehr darin, daß es mehr als alle Mitglieder zusammen in der Lage sind, das Bild in der Öffentlichkeit zu prägen bzw. in diesem Fall zu diskreditieren oder gar durch Konkurrenzunternehmen (s. Überlegungen in der GAZ) den organisatorischen Zerfall zu programmieren.

Linke (SB, KB, Spontis, Arbeiterpolitik, KL, ehemaliger „KPD“ler und die TLD – letztere freilich nur, um den Verarmten ihre Verärung über so viel „Opportunismus“ entgegenzuschleudern).

Erste Kontroversen deuteten sich an – z. B. als Nachwehen älterer Auseinandersetzungen in der GLH zwischen Spontis und dem Rest – wurden aber so „soft“ ausgetragen, daß etliche Anwesenden ihre Verwunderung darüber ausdrückten, daß es nicht „schillerter“ zuging.

Die Versammlung ging mit dem Wunsch aus, sich im gleichen Kreis in drei Wochen (voraussichtlich am 5.6.) wieder zu treffen. Zunächst einmal soll die allgemeine Aussprache weitergeführt werden; eventuell wird man dann zu einer Art kommunalpolitischen „Foren“ zu verschiedenen Themenbereichen (Verkehr, Wohnungsnot, Ausbildungssituation usw.) übergehen.

KB/Gruppe Frankfurt

Landtagswahl in NRW — Niederlage für Strauß

„Der lange Schatten Bonns“ („FR“, 13.5.) hat die Landtagswahl in NRW entschieden, auch die CDU Niederlage — und damit vor allem die totale Bauchlandung ihres Kandidaten F.J. Strauß — einzugestehen. Gestritten wird unter Politikern und angewandten Sozialwissenschaftlern gegenwärtig darüber, ob damit die Bundestagswahl im Herbst schon gelaufen ist. Anfängliche Spekulationen über die Abdankung von Strauß erwiesen sich schnell als gegenstandslos: Strauß hat seinen Verein offenbar gut im Griff und könnte seine persönliche Wahlauswertung schnell vereinfachen: mit der Person des Kanzlerkandidaten sei zu wenig Politik gemacht worden, jetzt komme es darauf an, „noch härter zu kämpfen“. Was darunter zu verstehen ist, hat sein Gefährte Kohl bei der Bundestagsdebatte über die „Brenner-Krawalle“ am Dienstag nach der Wahl demonstriert. In dem Bemühen, es dem Großen Bruder endlich einmal recht zu machen, verteidigt Kohl sich zu dem Ausruf, Willy Brandt und die SPD hätten „die Gewalt“ (gemeint der militante Protest beispielsweise gegen solche Militarisationsmaßnahmen wie in Breiten) — ein Vorwurf, dem die SPD mit schneidigen Bekenntnissen zu Bundeswehr, NATO und öffentlichen Verteidigungen schnell den Boden zu entziehen verstand.

So gesehen, bewirkt der „Linksruck“ der NRW-Wahl eine noch weitere Verlagerung des Bundestagswahlkampfes nach rechts. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß völlig durchgeknallte CDU-Politiker mit ihrem „neuen harten Kurs“ den Sozialdemokraten immer wieder Anlässe bieten, sich als ebenso zuverlässige, nur sachlichere und weniger kopflose Schützer des „inneren Friedens“ so wie allseits respektierte Mitgestalter imperialistischer „Weltpolitik“ zu profilieren.

Die FDP kann in dieser Schlacht gegenwärtig nicht mithalten. „Wenn die Giganten aufeinander schlagen, können wir zermalmt werden“, interpretierte der ehemalige FDP-Fraktionschef im Düsseldorf Landtag, Hans Koch, die Wahlniederlage seiner Partei. Für die „FR“ (13.5.) birgt dieses „Debakel auch die Gefahr, daß es langfristig das Ende der sozial-liberalen Ära einleiten könnte“. Da die FDP im Schlepptau der SPD letztlich nicht überleben kann, müsse im Interesse des Drei-Parteien-Systems eine Umorientierung der FDP in Richtung CDU vorgenommen werden, was ja von Genossen schon früher angeregt worden ist. So schnell wird das allerdings nicht machbar sein, ist aber auch nicht nötig; wie der CDU-Politologe Kaltefleiter messerscharf analysierte, ist die FDP nach der Wahlniederlage von NRW für die Bundestagswahl so gut wie gesichert: im Bewußt-

sein der Wähler akut gefährdet, werde sie so viele zusätzliche Stimmen erhalten, daß sie die 5%-Hürde klar überspringen könne.

Niederlage für die Grünen?

Nicht unerwartet hat sich zugleich nach der NRW-Wahl Wolf-Dieter Hasenclever, grüner Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, in der Presse warnend zu Wort gemeldet: nach der Enttäuschung von NRW sei eine Beteiligung der Grünen an der Bundestagswahl „nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen sinnvoll“, erklärte er gegenüber der „FR“ (13.5.).

„Dann gehören an erster Stelle, daß der ökologische Humanismus“ sich als Wahlprogramm durchsetzen müsse. Außerdem müsse sich dies personell in einer vollen Integration von grünen Wortführern wie Herbert Gruhl oder Olaf Dinné niederschlagen.“

Diese und andere rechte Wortführer werden mit Hinweis auf das mager 3%-Ergebnis sicher noch persönlich ihre Ansprüche geltend machen und neue Erpressungsversuche starten. Der Landesvorstand der Grünen in NRW hat dagegen bei aller Enttäuschung doch klargestellt, daß jetzt unverzüglich Vorbereitungen für die Kandidatur zum Bundestag getroffen werden müssen (vgl. Presseerklärung). Das Wahlergebnis der Grünen ist in der Tat nicht so schlecht, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Berücksichtigt werden muß, daß es anders als bei den Wahlen in Bremen, Baden-Württemberg und dem Saarland in NRW eine scharfe Polarisierung zwischen CDU und SPD gegeben hat. Erlinert werden muß an die letzte vergleichbare Landtagswahl im Herbst '78 in Hessen, bei der die GAZ — entgegen Gruhls großmäuligen Voraussagen, sicher 6% einzufahren — nicht über 0,9% der Stimmen hinauskam (GLH 1,1%).

Positiv ist auch das totale Scheitern von Fredersdorfs „Bürgerpartei“ mit 0,1% zu werden — auch Fredersdorf hatte vor nicht allzu langer Zeit noch von einem 6%-Ergebnis für seinen Verein phantasiert; die rechtstextige „Grüne Partei Deutschlands“ (die allerdings nur in wenigen Wahlkreisen kandidierte) kam auf ganze 78 Stimmen!

Die Grünen Wähler kommen von links

Beim Vergleich unterschiedlicher Regionen wird deutlich, daß die Grünen dort am besten abgeschnitten haben, wo kommunale bunte und alternative Listen kontinuierliche Vorarbeit geleistet haben:

- in Münster 5,3% (hier kam die Grüne Alternative Liste bei der Kommunalwahl am 30.9.79 auf 6%)
- in Bielefeld 4,6% (bunte Liste)

Die Grünen Wähler kommen von links

Beim Vergleich unterschiedlicher Regionen wird deutlich, daß die Grünen dort am besten abgeschnitten haben, wo kommunale bunte und alternative Listen kontinuierliche Vorarbeit geleistet haben:

- in Münster 5,3% (hier kam die Grüne Alternative Liste bei der Kommunalwahl am 30.9.79 auf 6%)
- in Bielefeld 4,6% (bunte Liste Bielefeld: 5,6%)
- in Köln 3,8% (Kölner Alternative: 4%)

Das vorläufige amtliche Endergebnis

Nordrhein-Westfalen	Landtagswahl 12. Mai 1980	Bundestagswahl 2. Oktober 1976	Landtagswahl 4. Mai 1975
Wahlberechtigte	12 316 648	12 118 532	12 026 280
Gültige Stimmen	9 866 240	10 880 502	10 383 206
Wahlbeteiligung	80,1	91,5%	86,1%
SPD	4 744 272 (48,4%)	5 103 859 (48,0%)	4 820 895 (45,1%)
CDU	4 240 284 (43,2%)	4 882 278 (44,9%)	4 828 254 (47,1%)
FDP	488 846 (4,96%)	800 331 (7,4%)	889 832 (8,7%)
Grüne	291 144 (2,9%)	—	—
DKP	30 318 (0,3%)	36 178 (0,3%)	84 773 (0,8%)

Presse-Erklärung des Landesvorstandes der Grünen NRW zum Ausgang der Landtagswahlen

Die Grünen in NRW haben in allen 151 Wahlkreisen kandidiert und knapp 300 000 Stimmen gewonnen, rund 50 000 mehr als bei der Europawahl im Vorjahr. Trotz unseres engagierten Wahlkampfes ist es uns nicht gelungen, hinreichend vielen Menschen unsere Ziele klarzumachen. Der Landtagswahlkampf stand nicht nur unter bundespolitischen Aspekten. So haben viele, die den Grünen nahestehen, aus Furcht vor Strauß noch einmal das „kleinere Übel“ gewählt und der SPD zur absoluten Mehrheit verholfen. Sie haben damit aber gleichzeitig das Atomprogramm der SPD, das weitere großindustrielle Wachstum, den Abbau demokratischer Rechte und eine Politik gegen lebenswichtige Interessen der Frauen in Kauf genommen. Die hohen Verluste der CDU entwarfen die Behauptung der SPD, die Grünen verhielten Strauß zur Macht, als unredlich und irreführend. Das Problem Strauß wurde von den CDU-Anhängern selbst gelöst. Die undemokratische 5%-Sperrung hat nicht nur viele potentielle Wähler der Grünen abgeschreckt, sondern insgesamt über 800 000 Wähler aus dem Landtag ausgeschlossen. Wir können sie nur überwinden, wenn Umweltschützer und engagierte Demokraten aus den anderen Parteien sowie noch mehr Nicht-Wähler zu uns stoßen, um ökologische Politik durchzusetzen. Es gibt keinen Ersatz für ökologische Politik der Grünen. Die Zustimmung unserer Wähler ermutigt und verpflichtet uns zu verstärktem Engagement und intensiver Vorbereitung der Bundestagswahl.

Der Landesvorstand

— überdurchschnittlich waren die Ergebnisse auch in Bonn (auch hier existiert eine Alternative Grüne Liste) und in Aachen.

Die schlechtesten Ergebnisse wurden einmal in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten erzielt, in denen die CDU ihre stärksten Bastionen hat; schlecht war allerdings auch das Abschneiden in der großen Ruhrgebietsstädten (Essen, Duisburg, etc.). Mit Sicherheit ist das nicht darauf zurückzuführen, daß sich hier das Fehlschlagen der grünen Sparpolitik Gruhl und Dinné negativ ausgewirkt hätte, wie Hasenclever behauptet („FR“, 13.5.). Eher im Gegenteil: gerade mit Hinweis auf solche Figuren bei den Grünen ist es der SPD gelungen, die Grünen als arbeitfeindliche Mittelstandspartei (die sie gerade in NRW nicht sind) zu verkaufen.

Nach dem 3%-Ergebnis von NRW ist jede rechnerische Chance dahin, bei den kommenden Bundeswahlen auf einen Sprung der Grünen über die 5%-Hürde zu hoffen. Die Erfolge der Grünen in Bremen und Baden-Württemberg (jeweils knapp über 5%) Gruhl und Dinné beglückwünscht hatte, wie Hasenclever behauptet („FR“, 13.5.). Eher im Gegenteil: gerade mit Hinweis auf solche Figuren bei den Grünen ist es der SPD gelungen, die Grünen als arbeitfeindliche Mittelstandspartei (die sie gerade in NRW nicht sind) zu verkaufen.

Nach dem 3%-Ergebnis von NRW ist jede rechnerische Chance dahin, bei den kommenden Bundeswahlen auf einen Sprung der Grünen über die 5%-Hürde zu hoffen. Die Erfolge der Grünen in Bremen und Baden-Württemberg (jeweils knapp über 5%) wurden dort erreicht, wo die Grünen schon bei der Europa-Wahl 1979 mit 4,5% ihre besten Ergebnisse

hatten. Der Zugewinn gegenüber der Euro-Wahl betrug also nur 0,6 bis 0,8%. Da die Grünen bei der Euro-Wahl im Bundesdurchschnitt aber nur auf 3,2% kamen, ist offensichtlich, daß die erforderliche erhebliche Steigerung (plus 1,8% wären mindestens nötig!) bei den Bundestagswahlen dieses Jahres unvorstellbar ist. Dieses kommt, daß die Neigung, einer chancenlosen Protestpartei die Stimme zu geben, bei Bundestagswahlen deutlich geringer ist als bei Landtags- oder gar Kommunalwahlen. Die Grünen könnten es also schon als Erfolg betrachten, wenn es ihnen im Herbst gelingt, das Euro-Ergebnis halbwegs zu halten.

Die kommenden Monate werden harte Zerreißproben für die Grünen bringen: Streitigkeiten um die NRW-„Schuldfraße“, Erpressungsversuche seitens der Rechten, Ausscheren prominenter Grüner zugunsten einer Wahlempfehlung für die SPD ... Diese Zerreißproben könnten sich zu einer massiven Diskreditierung der bunt/alternativen/grünen Wahlbewegung insgesamt auswachsen. Bis hin zu einem Scheitern des Erfolgs betrachten, wenn es ihnen im Herbst gelingt, das Euro-Ergebnis halbwegs zu halten.

Die kommenden Monate werden harte Zerreißproben für die Grünen bringen: Streitigkeiten um die NRW-„Schuldfraße“, Erpressungsversuche seitens der Rechten, Ausscheren prominenter Grüner zugunsten einer Wahlempfehlung für die SPD ... Diese Zerreißproben könnten sich zu einer massiven Diskreditierung der bunt/alternativen/grünen Wahlbewegung insgesamt auswachsen. Bis zum Bundesparteitag der Grünen im Juni dürften schon wesentliche Vor-entscheidungen fallen.



Zur Kampagne gegen A. Haußleiter

Nach dem Saarbrückener Parteitag begann parallel zur Kampagne in den Medien von Gruhl, Springmann & Co. gegen die Linkslastigkeit der Grünen eine Kampagne gegen August Haußleiter (AUD), der in Saarbrücken in den Grünen-Vorstand gewählt worden war.

Träger dieser Kampagne sind zum einen DFU-Kreise (Düsseldorfer Wochenblatt der DFU, Arno Behrich, ehemals SPD-Mitgl. in Bayern und DFU-Mitglied, der schon einmal Haußleiters Vergangenheit aufgriff, als dieser sich 1968 um eine gemeinsame Bundestagskandidatur u.a. mit der DFU und APO-Kreisen bemühte, s. „dvz“ 4.10.68). Auch die DKP-nah „dvz“ war wieder mit von der Partie (Helmut Bauch am 3.4., Leserbrief in der „Neuen“ am 20.4.), ebenso Sozialdemokraten: der „Vorwärts“ (Jens Fischer am 17.4. „Von Braunen zum Grünen“) und eine Monitor-Sendung im WDR (vom 22.4.). Auch die „Neue“ und „tar“ befaßten sich mit den Vorwürfen.

Was wird Haußleiter vorgeworfen?

Insgesamt geht es darum, Haußleiter wegen seiner Vergangenheit ein ehrliches Engagement für eine fortschrittliche Partei zu bestreiten; er sei „eine mehr braun als grün schillernde Persönlichkeit“ („Vorwärts“) und ein ewiger Parteiführer, der sich an mehreren extrem rechten Sammlungs-



bewegungen nach dem 2. Weltkrieg beteiligt habe.

Er habe im „Internationalen Biographischen Archiv“ zu Protokoll gegeben, sich den „nationalen Wehrverbänden“ nach dem 1. Weltkrieg zur Verteidigung „gegen den roten Mob“ (wie es im Informationsdienst der von Haußleiter geführten „Deutschen Gemeinschaft“ 1951 hieß) angeschlossen zu haben. Er sei „Vorkämpfer der Nationalen Bewegung jener Jahre“ gewesen. Das Scheitern des Hitlerputsches (1923) habe „den damals 18-jährigen die tiefste Herbe getroffen“, schrieb Haußleiters Partei-

Info damals (s.o.). Inzwischen hat Haußleiter eine Beteiligung am Hitlerputsch und an den „Wehrverbänden“ („Freikorps“) bestritten.

1928 bis 1938 arbeitete Haußleiter beim „Fränkischen Kurier“, wo er u.a. in Kommentaren den Krieg als „Lebenskampf“ und „Daseinskampf“ feierte, aber auch heftige kulturpolitische Auseinandersetzungen mit Julius Streicher gehabt habe — lt. Haußleiter.

1942 erschien in 120.000 Auflage ein von ihm redigiertes „Kriegstagebuch“. Dort bezeichnet Haußleiter den Krieg als „revolutionäres“ Ereignis; er feiert die Kraft der Soldaten, die im Feldzug gegen „die entfesselte Bestialität der Bolschewiken“ stünden. (Wieso Klaus-Dieter Grun, LV der Grünen in Niedersachsen, in der „Grünen“-Zeitung vom 10.5. behauptet, dies Buch sei von den Nazis als „geschichtliche Zersetzung“ angesehen worden, bleibt unbegründet.)

Wegen dieses Buches wurde Haußleiter, der als Mitbegründer des CSU in den bayerischen Landtag eingezogen war, 1947 vorübergehend sein Landtagsmandat entzogen, aber er erhielt es bald zurück, da er als „Nichtbetroffener des Entnazifizierungsgesetzes“ eingestuft wurde (H. war nie Mitglied der NSDAP).

1949 gründete Haußleiter die „Deutsche Gemeinschaft“. Noch 1952 bezeichnete Haußleiter in deren Informationsdienst des Nationalso-

zialismus als „revolutionären gesellschaftlichen Prozeß“, allerdings unter ausdrücklicher Abgrenzung von der NSDAP und allen, die sie wiederbeleben wollten.

Die DG ging alle möglichen Bündnisse mit Nazis, Neonazis und deren Organisationen ein; ein ähnliches Potential sammelte sich z.T. auch in der DG selbst.

Zum besseren Verständnis sei hier eingefügt, daß die DG und andere rechtsradikale Parteien ihren Einfluß seinerzeit vor allem im Potential der Vertriebenen (20 % der Bevölkerung) und der sog. „Kriegsgeneration“ (Ex-Armeeangehörige und NSDAP-Mitglieder) hatten. So saß die DG von 1950 bis 1952 im baden-württembergischen Landtag und bis 1954 im bayerischen Landtag.

Erst 1954 brachte der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) große Teile dieser Wählerpotentials in den „Bürgerblock“ Adenauers ein. Während die DG und andere an der 5%-Klausel scheiterten, errang der BHE 14% der Stimmen. BHE-Führer wie der Kriegsverbrecher Asbach in Schleswig-Holstein oder Oberländer in Bayern errangen später in der CDU/CSU Amt und Würden.

Haußleiter wird u.a. vorgeworfen, daß zum Repertoire seiner DG der Kampf gegen die „Kollektiv-Schuld“ gehörte: Nazi-General Ramcke habe auf einem Waffen-SS-Treffen ausgesprochen, „was jeder Deutsche wirk-

lich denkt“, erklärte Haußleiter auf dem DG-Parteitag 1952. Ramcke hatte erklärt, deutsche Soldaten könnten keine Kriegsverbrecher sein, sondern „eher jene, die die Bombardierung deutscher Städte und Dörfer veranlaßt hätten“. Im bayerischen Landtag bezog Haußleiter fast Prügel, als er den Freispruch der beiden Münchner Gestapo-Chefs nicht verantworten wollte. Das Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal sei „das dümmste und infamste aller Strafgerichte gewesen“, „Niggerhuren“ hätten in dieser Zeit „hoch in Ehren“ gestanden (s. „Neue“, „Vorwärts“).

1952, als die rechtsradikale SRP verboten wurde, soll Haußleiter erklärt haben: „Der Nationalsozialismus ist der Volksaufstand gegen den Versailler Vertrag gewesen... Seit dem Karlsruher Urteil über die SRP gibt es keinen Rechtsstaat mehr“ (nach „Vorwärts“). Viele SRP-Funktionäre benutzten dann die DG als neue Tarnorganisation, was dazu führte, daß die DG vorübergehend in mehreren Bundesländern verboten war. In dieser Zeit wurden offen neo-faschistische Töne in der DG angeschlagen. SRP-Mitglieder waren sogar im DG-Vorstand vertreten. Noch 1957 soll Haußleiter Widerstandskämpfer als „Mordbuben“ bezeichnet haben. Letzteres hat Haußleiter bestritten, während er ansonsten sich

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Landesverband Hamburg der Grünen gebildet

Linke setzen sich durch

Hamburg war das letzte Bundesland, in dem noch kein Landesverband der Grünen existierte. Eine Gründung war bisher erfolgreich von rechten Kräften verzögert worden, die eine Majorisierung durch die aus der Bunte Liste kommenden Linken fürchteten.

Am 11.5. war es dann doch soweit: Man traf sich zur formalen ersten Landesversammlung und zur Wahl eines Landesvorstands (offiziell: „Landesbeirat“). Von ca. 900 eingetragenen Grünen in Hamburg waren insgesamt maximal 150 bis 200 erschienen. Unter ihnen dominierte die vollmobile „Gruppe Z“, die ca. 80 Anwesende stellte. Nach Verabschiedung der Satzung und formellem Gründungsbeschluss (gefasst mit 137 : 5 : 4 Stimmen) ging es ans Vorstand-Wählen: Von den 15 gewählten Vorstandsmitgliedern gehörten sechs zur abgespaltenen BuLi-Minderheit; unter ihnen der „Z“-Presseverantwortliche Ingo B. (mit der höchsten Stimmenzahl: 83) und Jürgen R. (77 Stimmen), die sich der Versammlung ausdrücklich als „Z“-Vertreter vorstellten. Von den rechten Kräften, die sich in den letzten Monaten hinter den Kulissen heftige Rangeleien mit der „Gruppe Z“ geliefert hatten, wurde nur Helmut Kynast (mit lediglich 36 Stimmen) gewählt. Heinz Böhmcke (WSL), rablatier Exponent der antikomunistischen Rechten bei den Hamburger Grünen, landete mit nur 21 Stimmen im Abschlus. Immerhin reichten ihm schließlich vor halbierterm Publikum ganze 12 Stimmen für die Wahl in den Bundesausschuss der Grünen. Die beiden anderen Hamburger Vertreter in diesem höchsten Gremium der Grünen werden prominente Mitglieder der abgespaltenen BuLi-Minderheit sein (Günther H. und Evi H.).

Die niedrige, wenig repräsentative Beteiligung an dieser wichtigen Landesmitgliederversammlung entspricht der trostlosen Gesamtsituation bei den Hamburger Grünen: schlecht besuchte Versammlungen der Bezirksverbände, „Bocklosigkeit“ der meisten Mitglieder bei Vergabe praktischer Aufgaben, seit einiger Zeit auch Rückzug von Basisinitiativen. Die gesamte Organisationsarbeit der Grünen Hamburg wird zu rund

In den Grünen Hamburgs gibt es seit einiger Zeit eine diffuse – vorwiegend wohl antikommunistische, wenn auch in einzelnen Argumenten durchaus bedenkenswerte – „Opposition“. Sie sieht die Gründe für die vorherrschende „Bocklosigkeit“ und Apathie in den „Strukturen“ der Grünen Partei. Sie sieht abgehobene Politik und mangelnde innere Demokratie am Werk. Diese „Opposition“ artikuliert sich auf der Landesmitgliederversammlung am 11.5. mit ihren Struktur-Vorschlägen:

- Wahl des Landesvorstands nicht durch eine Landesmitgliederversammlung, sondern durch Mitglieder-Versammlungen der Bezirksverbände.
 - Öffentliche „Bürgerversammlungen“ für die Aufstellung der Bundestags-Kandidaten.
 - Öffentlichkeit aller Gremiensitzungen.
 - Der Landesvorstand soll Beschlüsse nur einstimmig, zumindest nur bei Zweidrittel-Mehrheit fassen können.
- Alle diese Anträge fielen mit klarer Mehrheit durch. Vor allem die glänzend aufgelegten Chefredaktoren der „Gruppe Z“ malten für den Fall einer stärkeren Demokratisierung der Hamburger Grünen Chaos und Kollateralschaden an die Wand. Dies zugriffs Argument schien schließlich auch vielen rechten Grünen einleuchtend.

Noch eine Randbemerkung: Kenner der Szene konnten auf der Hamburger Landesversammlung die Beobachtung machen, daß die „Gruppe Z“ inzwischen wirklich mit Mann und Maus in die Grünen einestretet ist: Erstmals wählte für kurze Zeit unter den Anwesenden sogar der Genosse W., als Graue Eminenz der „Gruppe Z“ selten in der Öffentlichkeit anzutreffen; er ließ sich – für alle Fälle – seine Stimmkarte aushändigen und entfernte sich erst wieder, nachdem er sich persönlich davon überzeugt hatte, daß „alles unter Kontrolle“ war.

90 % von den aus der BuLi kommenden Linken, in erster Linie von der relativ agilen „Gruppe Z“ geleitet. Insofern ist die starke Stellung dieser Linken im frischgewählten Landesvorstand nicht unverdient.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

für den „Tonfall“ und die Sprache jener Zeit entschuldigt hat, aber auch erkläre man habe die Zitate ...

Fortsetzung von der vorherigen Seite

für den „Tonfall“ und die Sprache jener Zeit entschuldigt hat, aber auch erkläre, man habe die Zitate „aus dem Zusammenhang gerissen“ bzw. nicht deutlich gemacht, daß er immer Vertreter des „3. Weges“ gewesen sei, für Neutralität Deutschlands und gegen Wiederaufrüstung. Außerdem habe man diejenigen, die mit den Neonazis zusammengehen wollten, ausgeschlossen. Tatsächlich wurden etwa DG-Vorstandsmitglieder in Baden-Württemberg ausgeschlossen, als sie Wahlbündnisse mit der DRP suchten, während Haubelt selbst noch 1965 mit Thaddäus NPD Wahlsprachen gesucht hatte (heute Zentralfigur der „NSDAP-Szene“). Der Neonazi Schönborn baute damals zusammen mit Opitz einen Westberliner Landesverband der DG auf. Schönborn wurde später nach einem Prozeß ausgeschlossen; Opitz ging von der DG zur AUD, verließ diese später und arbeitete bei der neonazistischen Zeitung „Mut“ mit. Angeordnet Opitz trat jetzt in der Monitor-Sendung als „Kronzeuge“ gegen Haubelters Vergangenheit auf (zu Opitz s. auch die Zeitung „Grünen“, vom 10.5.80.)

Erst in den 60er Jahren ging die DG und später AUD schrittweise nach links und bezeichnete sich dann als „Teil der APO“.

Eine scheinheilige Kampagne

Nun hat Haubelt sich nur z.T. von dieser vergangenen Tätigkeit distanziert und hat sogar die „Kontinuität“ seiner Anschauungen betont. Auf der anderen Seite ist die Absicht dieser Kampagne, der derzeitigen Integrationsfigur bei der Grünen Partei mit seiner Vergangenheit zu schaden und damit die Grünen insgesamt zu diskreditieren, allzu durchsichtig. Haubelt hat natürlich in Bezug auf die SPD vollkommen recht, wenn er (in einer Pressemitteilung vom 3.5.) erklärt: „Wer vor 1945 im Deutschen Reichstag dem Ermächtigungsgesetz für Adolf Hitler und damit der Ausschaltung des Parlamentes zustimmte, oder wer vor 1945 Mitglied der NSDAP war, kann heute die höchsten Stellen im Staat einnehmen, wenn er nur nach 1945

für Wiederaufrüstung, für Notstandsverfassung, für Restauration des Kapitalismus und seiner Gesellschaftsordnung und für Extremisten-Erbe eintritt“.

Im AK haben wir uns schon seit 1976 mit der politischen Entwicklung der AUD und auch deren Vergangenheit auseinandergesetzt (s. zahlreiche AK-Veröffentlichungen dazu).

Wir haben bei den Grünen und auch manchem Linken (insbesondere „taxi“) die Erfahrung machen müssen, daß wir angegriffen wurden, wenn wir aktuelle rechtsradikale Umtriebe und Tendenzen bei den Grünen aufzeigten. In NRW wurden wir sogar in einem Grünen-Rundschreiben deshalb „faschistischer Methoden“ bezichtigt. Anders allerdings sah es in NRW bei den Angriffen auf A. Haubelt aus: Auf einem Treffen von Kreisverbandsvertretern am 30.4. sprach sich die Mehrheit dafür aus, daß Haubelt sein Vorstandsmandat erst einmal „ruhen“ lassen solle. Auf der anschließenden Vorstandssitzung des Grünen Bundesvorstandes sprach sich dieser fast einstimmig für Haubelt aus. Die Delegierten der NRW-Kreisverbände waren bereit, dies zu akzeptieren. Haubelt sagte zu, gegen die Vorwürfe Stellung zu nehmen.

Immerhin wurde durch die Kampagne gegen Haubelt erreicht, daß er praktisch überhaupt nicht – wie ursprünglich geplant – im NRW-Wahlkampf in Erscheinung treten konnte. Sollte Haubelt den kommenden Dortmunder Parteitag der Grünen hell überleben, ist sicher damit zu rechnen, daß im Bundestagswahlkampf die konzentrierte Kampagne gegen Haubelt verstärkt und z.T. mit neuen Vorwürfen wieder aufleben wird. Diese Überlegung hat auch linke Kreise, die ursprünglich am Erhalt Haubelts als Integrationsfigur interessiert waren, dazu veranlaßt, einen „Abschluß“ Haubelts ins Auge zu fassen. Zu allem kommt hinzu, daß Haubelt sich wahrscheinlich seit Saarbrücken eher zwischen die Stühle gesetzt hat (auch Gruhl & Co. greifen ihn jetzt scharf an), statt wie erhofft als versöhnlicher Geist über den Wunden zu schweben.

Jan Peters: Grünbraune Zusammenarbeit in Rh-Pfalz

In Rheinland-Pfalz arbeiten seit Oktober 78 Ökologen, „Nationalrevolutionäre“ und „Nationaldemokraten“ zusammen.

1978 brachte die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) ihr „Ökologisches Manifest“ heraus, das seit November 78 von der NPD insgesamt übernommen wurde.

Ebenfalls 1978 bildete sich die „nationalrevolutionäre“ „Grüne Zelle Koblenz“ mit ihrer Zeitschrift „Grüne Fahne“. Wie die „Nationalrevolutionäre Außenorganisation – Sache des Volkes“ (NRAO) tritt sie für „Ethnopluralismus, Befreiungsnationalismus, Genossenschaftssozialismus und ein ökologisches Verständnis“ ein. Die gleichen zentralen Parolen finden sich in dem Mitteilungsblatt „Junge Stimme“ der JN dieses Bundeslandes, die unter der Überschrift „Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands“ von einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Die Grünen stellen sich“ berichtet. Bei dieser Diskussion machte die JN „deutlich“, daß sie sich als Speerspitze innerhalb der ökologischen Bewegung versteht. Diese Veranstaltung der „Grünen Zelle Koblenz“ fand am 3.3.80 in den Koblenzer „Rot-Weiß-Stuben“ mit Vertretern der GAZ, AUD, GLU (Hessen), der NPD-nahen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Neuordnung“ (AGDE) und mit dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Helmut Schmitt statt. Diskussionsleiter war Siegfried Buhles, Schriftleiter des Magazins „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität“, das der NRAO nahesteht und wie diese für ein Bündnis von Ökologen, „Nationalrevolutionären“ und Kommunisten militärischer Couleur eintritt (siehe Anmerkung). Dieses Blatt wurde übrigens erst unlängst in der „tagesschau“ (taz) positiv besprochen. Weitere Podiumsdiskussionen dieser Art sollen stattgefunden haben.

Am 15.10.78 konstituierte sich in Lehnstein der „Landeskoordinationsausschuß“ des Troisdorfer Umwelttreffens. Laut „Volk und Umwelt“ (1+2/79) arbeiten seitdem Vertreter der AUD, der GAZ und der JN mit anderen teilweise rechtsextremen Gruppen wie dem „5%-Block“ oder der NPD-nahen „Volkbewegung der Vernunft und Verantwortung“ (VVV) zusammen. Eine interessante Rolle spielt dabei der Altfunktionär des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“ (WSL), Dr. M.O. Braker, der in diesem Landeskoordinations-Ausschuß sitzt. Leitartikel für die „nationalrevolutionäre“ „Grüne Fahne“ schreibt und als Sprecher der „Wahlgemeinschaft Grüne Liste Rheinland-Pfalz“ am 3.3.80 bei der erwähnten Podiumsdiskussion in Koblenz auftrat. Diese „Grüne Liste“ bildete sich erst, als im Landkreis Lehnstein seine zu offensichtliche Zusammenarbeit mit der NPD bekannt wurde. Die NPD bildete übrigens ebenfalls in Koblenz, unter maßgeblicher JN-Beteiligung, eine „NPD-Grüne Liste“, die bei den letzten Landtagswahlen dort 0,7% der Stimmen erhielt.

Die Übereinstimmung der zentralen Parolen zwischen NRAO und JN lassen darauf schließen, daß die „Nationalrevolutionäre“, die sich 1973 von der NPD abgespalten, diese Partei unterwandern und ihr eine neue Orientierung geben. Im Unterschied zu den antisemitischen Hitleristen treten sie kaum antijüdisch auf und sind stärker an der Volksgemeinschaftsideologie des „Deutschen Sozialismus“ (Sozialismus) des Strasser-Flügels der NSDAP und dem Musolini-Faschismus orientiert. Sie verkaufen ihren völkischen Nationalismus als „Ethnopluralismus“ und sind für eine anti-industrielle, ständestaatlich aufgebaute, autoritäre Gesellschaftsordnung mit ökologischer Askese. Wolfgang Strauß, einer der intellektuellen Wortführer der NRAO, ist Schriftleiter der „Reichsarbeiterzeitung“ der rechtsextremen „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (UAP) und zugleich Schulungsreferent der „Jungen Nationaldemokraten“. Auf dem JN-Kongreß in Nordrhein-Westfalen hielt er im Herbst 79 ein vielbesprochenes Referat, in dem er die „nationalrevolutionären“ Parolen erläuterte. Der NRAO-Aktivist Karl Philipp wurde vor einigen Monaten in Hessen Landesvorsitzender der NPD. Man könnte weitere Beispiele anführen. Ziel der „Nationalrevolutionäre“ ist es, den antisemitischen Kurs der NPD abzuschwächen, sie als Umweltpartei aufzubauen und bündnisfähig für national-konservative Grüne und

vaterländische Kommunisten („Maoisten“) zu machen (siehe Anmerkung).

Während der Verfassungsschutzbericht die „Nationalrevolutionäre“ kaum noch erwähnt, schreibt der besser informierte heizische Rundfunk-Journalist Siegfried Kurtzinski in seinem Report „Revolution von rechts“ (in „Neofaschismus – Die Rechten im Aufwind“, SPV 1979) über die „nationalrevolutionären Basisgruppen“ der „Sache des Volkes“ oder ihr nabestehender Tendenzen, daß sie „nach eigenen Angaben mehr als einhundert bundesrepublikanische Stützpunkte“ haben. „Selbst der Verfassungsschutz hat davon bisher nur wenige ausgemacht. Insgesamt kann man mit ca. 1000, allerdings sehr militanten Mitgliedern rechnen. Die nationalrevolutionären Basisgruppen sind wahrscheinlich die gefährlichsten Rechtsextremen. Es handelt sich hierbei nicht nur um sölpehafte Waffenfetišisten, sondern ihr Konzept basiert auf Verschwörung, ihre Sprache klingt nach linkem Theorielang, und vor allem wissen Öffentlichkeit und Verfassungsschutz nicht, wie und wo sie vorgehen“. Kurtzinski muß es wissen, war er doch neun Monate – unerkannt – bei der NRAO organisiert.

„Die Grünen“ werden sich zu der rheinpfälzischen Bündniskonstellation äußern müssen. Immerhin stellen GAZ, AUD und GLU einen Teil des Funktionskörpers der neuen Partei!

Anmerkung: Mit den „Kommunisten stalinistischer Couleur“ bzw. den „vaterländischen Kommunisten (Maoisten)“ dürften konkret „KPD“, „Rote“ und die „Marxisten-Leninisten Deutschlands“ bzw. ähnliche sich als „Marxisten“ oder „Kommunisten“ kostümierende Provokateure gemeint sein. – Antifa-Kommission KB/Hamburg

ANZEIGE



Strauß

NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungsloses Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale der Tyrannen
Strauß – ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut

erschienen im Buntbuch-Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
in der 3. Auflage: 11.000

100 S.
99
7,50

Jan Peters

Rechtsextremisten



als Umweltschützer

Die „Freunde der Erde“ (Westberlin) haben eine Broschüre zur schnellen Information über „Rechtsextremisten als Umweltschützer“ herausgebracht. Eingeleitet durch zwei Überblicksaufsätze (von Jan Peters und O. Rammstedt) sind – für alle, die's nicht glauben wollen – einige aktuelle Beispiele braun-grüner Propaganda als Dokumente abgedruckt.

Bezugsadresse:

Freunde der Erde
D. Witt
Burgemeisterstr. 74 a
1000 Berlin 42

DM 2,60
(beim Kauf im Laden: 2,- DM)

Immer mehr Repressionen gegen Strauß-Gegner!

Geldstrafe wegen „SS“

Am 2.5. stand in Hamburg Ina R. vor dem Richter. Sie war verantwortlich für ein Flugblatt der KPD/ML. Strauß hatte sich wieder mal beleidigt gefühlt, da dort sein Name mit „SS“ geschrieben worden war. Frau R. erklärte vor Gericht, daß das keine SS-Runen, sondern Blitze seien, wie sie sich auch an Hochspannungsmasten befinden. Die bedeuten „Hochspannung“ und „Gefahr“. Der Richter aber war anderer Ansicht und verurteilte die Angeklagte zu 800 DM Geldstrafe.

...

Stockbrief gegen Anti-Strauß-Plakette

Das Amtsgericht Darmstadt hat unter Aktenzeichen 23 Gs 817/79 einen Beschluss zum Verbot einer Anti-Strauß-Plakette erlassen: „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauß“, wobei Strauß am Ende mit zwei niedergebenden Blitzen, die wiederum Ähnlichkeit mit SS-Runen haben könnten, geschrieben wird. Dieser Beschluss liegt nunmehr allen Darmstädter Polizeireviere vor, nebst einer Fotokopie des Beweistückes. Mitte April wurde ein Darmstädter

Strauß-Gegner zu DM 300 (auf 2 Jahre Bewährung) verurteilt und zwar mit derselben Begründung wie im „Stockbrief“ des Amtsgerichts: § 86a StGB, d.h. öffentliche Verwendung von Kennzeichen ehemaliger Nazi-Organisationen! Nun ist es ja schon ein reichlich makabrer Vorgang, wenn dieser § 86a, der einst gegen Nazis gemacht wurde, inzwischen mehr und mehr gegen Antifaschisten verwendet wird; es kommt aber noch dicker: der Verurteilte trug gar nicht die indizierte Plakette, sondern eine mit gleichem Wortlaut, jedoch Strauß ganz artig mit „S“ geschrieben. Nun sind wir gespannt, was bei seiner Beschwerde herauskommt.

...

Unirektor verbietet „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung

Stuttgart, 20.4.: Weil auf den Plaketen für eine RgR-Veranstaltung in der Uni Stuttgart „Stoppt Strauß“ zu lesen war, entzog der Rektor die Räume, denn dies bedeute „eine eindeutige parteipolitische Aussage“, die in der „Vorwahlzeit“ an der Uni nicht zugelassen werden dürfe. Nach Auskunft der Veranstalter wurde al-

lerdings eine Dräger-Veranstaltung des RCDS, ebenfalls in der Vorwahlzeit, ohne weiteres genehmigt! Man habe sich 3 Monate lang vergeblich um einen geeigneten städtischen Raum bemüht; für die NPD stand dagegen in kürzester Zeit eine zur Verfügung (nach „tar“, 21.4.)

...

Streit um Strauß-Karikatur

Die Auseinandersetzungen um die Karikatur am Giebel einer Scheune im Landkreis Ansbach, die den CSU-Vorsitzenden als „bösen Wolf“ darstellt, der vom Rotkäppchen gefragt wird, warum er „ein so großes Maul“ habe, gehen weiter. Der Besitzer der Scheune wartet nach einer Mitteilung des SPD-Landtagsabgeordneten Langenberger noch immer darauf, daß ein Widerspruch gegen eine vom Landratsamt Ansbach angeordnete Beseitigung der Karikatur entschieden wird. Innenminister Tandier hat in der Antwort auf eine Anfrage Langenbergers erklärt, die Karikatur sei in ihrem Inhalt beleidigend und daher auch nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Langenberger ist da anderer Meinung („SZ“, 3.5.)

...

Raum-Politik der CSU

München („SZ“, 17.4. und „UZ“, 18.4.): Über ihre vielfältigen Verbindungen übt die CSU starken Druck auf die Initiative „Rock gegen Rechts“ aus, insbesondere, wenn Veranstaltungen der Initiative sich das Ziel „Stoppt Strauß“ setzen. Ein CSU-Abgeordneter im Münchener Landtag forderte in 2 Briefen an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand Heinrich Traublinger und an den Vorsitzenden der Jungen Union (JU) München Max Heilmeyer, „dem linksradikalen Treiben entgegenzutreten“. Die JU solle gegen Auftritte der RgR-Initiative demonstrieren und Stadtrat Traublinger solle unverzüglich mit dem Gaststättenverband in Verbindung treten, damit linkslastigen Gruppen keine Gasträume zur Verfügung gestellt werden. Der RgR-Initiative wurde für eine Veranstaltung im April im Zusammenhang mit diesen CSU-Machenschaften der Circus-Krone-Bau wieder entzogen und ebenso der „Löwenbräukeller“.

...

Senator will Schüler stoppen

Hamburg: Schulsenator Joist Grolle (SPD) möchte die Anti-Strauß-Aktivitäten der Hamburger Schülerkammer verhindern. In einem Mitte April bei der Kammer eingegangenen Brief „warnt“ er die Schüler, daß Anti-Strauß-Initiativen die im Hamburger Schulverfassungsgesetz verankerten Aufgaben der Schülerkammer eindeutig überschritten und droht mit Entzug der finanziellen Mittel („HA“ und „MoPo“, 11.4.).

...

Wieder Unterrichtsausfall wegen Anti-Strauß-Plakette

Regensburg (dpa, „SZ“): Erneut sind an einem Regensburger Gymnasium 2 Schüler für 6 Tage vom Unterricht ausgeschlossen worden, nachdem sie sich geweigert hatten, ihre „Stoppt Strauß“-Plaketten während des Unterrichts abzunehmen. Begründung der Schulleitung: die Schulleitung verbiete politische Betätigung in der Schule. Die beiden Schüler wollen Widerspruch gegen diese Maßnahme einlegen.

IKAH



aus: „Karikatur gegen Rechts“, Elefant-Press

Aufruf

Liebe Leser! Bitte sendet dem IKAH Nachrichten und Material über solche und ähnliche Fälle, damit wir sie veröffentlichen können. Uns sind mehrere laufende Verfahren „zu Ohren gekommen“, die sich auf Strauß-Plaketten beziehen, vornehmlich wegen „Beleidigung“. Dem Strauß wohlgesonnene Polizisten und Staatsanwälte nehmen oft schon von sich aus, ohne direkten Auftrag ihres Herrn und Meisters, Beschuldigungen vor und leiten Verfahren ein. Deshalb: Macht den Plaketten-Streit öffentlich! Unsere Adresse:

IKAH
c/o B. Schulz
Steenmoor 15
2000 Hamburg 70

Pressedienst Demokratische Initiative:

Anti-Strauß-Kampf ohne Abgrenzung führen!

Der neueste Informationsbrief des linkssozialdemokratischen „Presse- und Informationsdienst Demokratische Initiative“ (PDI) kommt angesichts der Strauß-Kandidatur und der Gefahren der CDU/CSU-Politik zu dem Schluss, es sei falsch, hierin nur eine Bedrohung zu sehen. „Die Demokraten, die sich der Gefahr einer Strauß-Wahl bewusst sind, müssen auch die Chancen erkennen, die diese Kandidatur ihnen bietet, d.h. sie müssen von der Defensive zur Offensive übergehen. Die Auseinandersetzung mit dem Unionskandidaten Strauß muß die republikanischen Kräfte zu einer Ausweitung dieser Auseinandersetzung mit dem gesamten Rechtsblock und dessen Politik aktivieren.“ Im Sinne

dieses „republikanischen Geistes“ heißt es weiter: „Es soll hier keinem politischen Eintracht das Wort gesprochen und auch nicht vorgegaukelt werden, daß zwischen den Gegnern des Rechtsblocks nicht auch die verschiedensten Meinungsunterschiede bestehen. Doch es darf nicht dazu kommen, daß die Abgrenzungen wichtiger werden als die gemeinsame Aufgabe, einen Rechtsruck zu verhindern. Notwendig ist, daß in der Auseinandersetzung mit Strauß unterschiedliche Auffassungen in anderen Fragen zurückgestellt werden und gegenseitige Toleranz aufgebracht wird.“ („Berichte, Argumente und Dokumente zur Bundestagswahl '80, 9/1.5.80).

Hamburg: Anti-Strauß-Workshop

Am 25.4. - 27.4. fand in der Hamburger Kunsthochschule ein Anti-Strauß-Workshop verschiedener linker und alternativer „Kulturarbeiter“ statt. Eingeladen hatte der „Freundeskreis

Würgegriff“, dem die Meisterschaftsvorbereitungen für den „Würger vom Chiemgau“ besonders am Herzen liegen. Grafiker, Plakatkünstler und Gruppen, Theatergruppen und Kab-

rettisten sowie Musiker aus dem gesamten Bundesgebiet nutzten die gegebenen Möglichkeiten, ihre Arbeiten vorzustellen und Ansätze gemeinsamer kultureller Arbeit gegen „den

Kandidaten“ zu entwickeln. Aus dem grafischen Bereich vertreten waren: Manfred Spies (Düsseldorf), Werkhaus (Hamburg), Friedel Deventer, Maya (Kassel), Ernst Volland, G. Julia Dech (W.-Berlin), WOB-W. Blaschka (München) u.a. An Theatergruppen: Hamburger Schauspielstudio, Blinkfuer, Ratts und Schmiedflüge (Hamburg), Wolfgang Schulz (Würzburg), Roter Wecker (München). An Musikern: Abi Wallenstein und Sessiongroup, Alcatraz, Minus Tirth, Elbapeelers, Achim & Trotzrock, Hamburger Straßentheater, Duo 2 (Hamburg), Kaltweitzfront (Hannover), sowie div. Einzelpersonen und Gruppen, Verleger und Presse.

Knapp eine Woche vorher konnte man sich in der Aula der Kunsthochschule über die eingesandten Arbeiten in einer Ausstellung informieren. Der Workshop begann am Freitag vor ca. 150 Leuten mit dem „Hamburger Schauspielstudio“ und ihrem Stück: „Und niemand ist aufgewacht“, sowie Arie Goral zum Thema H. Heine und A. Paul Weber. Musikalische Begleitung kam von der Sinti-Zigeuner-Gruppe „Duo-2“. Zur gleichen Zeit war eine Gruppe Grafiker damit beschäftigt, die Großflächenplakate von Manfred Spies herzustellen, die einen Tag später in der ABC-Straße (Nähe Gänsemarkt) auf eigene dafür angemieteten Werbeflächen geklebt wurden. Spies ist für seine nunmehr über 300 Plakatwand-Einsätze bundesweit bekannt geworden. Er arbeitet mit dem Medium der Großfläche zum einen aus Kostengründen (die Vorlagen können selbst erstellt werden, eine 3,50 m lange Plakatwand kostet bei 1-jähriger Mietdauer pro Tag 6 DM), zum anderen verspricht er sich hiervon eine größere Wirkung auf den Betrachter.

„Falscher Puffzger“, Postkarte, zu beziehen über „Werk haus“, Hamburg



Naives und Nachdenkliches über Niko Hübner und die FDP

Nanu, das ist ja'n Ei... Ich lege mein Frühstücksbrotchen für einen Augenblick beiseite, um noch einmal in der Morgenzeitung nachzulesen:

„Der aus der DDR stammende Niko Hübner und seine Frau haben bei der Berliner FDP im Bezirk Spandau Aufnahmeanträge gestellt.“ („Tagesspiegel“, Westberlin, 15.4.).

Hübner... Hübner... das ist doch der, der in der DDR wegen angeblicher Agententätigkeit eingewiesen hat? Ach nee, das war ja der Bahro. Hübner, das ist der, der in der DDR wegen Kriegsdienstverweigerung im Knaat eingewiesen hat, im letzten Herbst gleichzeitig mit Bahro in den freien Westen abgeschoben wurde und hier der erstaunte Öffentlichkeit als erstes offenbarte, er sei zur Verteidigung der Freiheit auch zum Dienst bei der Bundeswehr bereit.

Ja, und dann wurde er rungereicht, immer zusammen mit diesem smarten Herrn Mieczkowski von der „Arbeitsgemeinschaft für Menschenrechte“, von Pressekonferenz zu Pressekonferenz, von Springer zu Löwenthal ZDF-Magazin: Von dem Kommunisten Bahro distanzierte er sich; er sei „westlicher Demokrat“, keinesfalls Pazifist, sondern ein rechter Mann der „rechten Mitte“. Dafür wurde ihm als „hervorragendem Vorbild für die junge Generation“ von Strauß der Konrad-Adenauer-Preis der Deutschlandstiftung zusammen mit einem Scheck über DM 10.000 in die Hand gedrückt. Dann war es etwa stiller um ihn geworden: ein bibelhafter juristischer Krach mit dem „Stern“, der ihn als „verkrachte Existenz“ bezeichnet hatte, ein Auftritt als Kronzeuge eines „Antikommunistischen Tages“ in einer Westberliner Berufsschule, aber nix Spektakuläres.

Und nun will Hübner der FDP bei-

treten! Ist das seinen früheren Freunden gegenüber nicht recht undankbar? Kopfschüttelnd lese ich weiter: „Zusammen mit dem aus Thüringen ausgebürgerten Schriftsteller Faust will er am 17. April im ICC auf einer Veranstaltung der Jungen Liberalen (im letzten Jahr ohne offiziellen Parteisegen, aber mit Wohlwollen der FDP-Rechten gegründeter rechter Konkurrenzverein zu den Judos), an der auch der FDP-Abgeordnete und ehemalige Berliner Bürgermeister und Justizsenator Oxfort sowie der FDP-Vizepräsident des Abgeordneten-Hauses Boetge teilnehmen, seinen Beitritt in die FDP begründen.“

Ganz schön großer Bahnhof für einen Parteieintritt. Ob dem Hübner der Rummel des letzten Herbstes fehlt? Damals hatte er eigentlich eher den Eindruck eines gut vermarketen Würstchens als eines Showmasters gemacht. Oder braucht er für seinen parteipolitischen Neuanfang eine ebenso repräsentative Kulisse wie sie ihm, sein ungeliebter Leidensgenosse, bei den Grünen hatte? Aber Publicity-Neid, das kann doch wohl nicht der alleinige Grund sein? Und vor allem: Was will er denn in der FDP, wo er sich bei Springer, Löwenthal und seinen christdemokratischen Freunden doch recht gut eingelegt zu haben schien?

Genauso dieser Faust. Vor noch nicht allzu langer Zeit hatte er gemeinsam mit Frau Buber-Neumann, Matthias Walden und Gerhard Löwenthal auf einer Veranstaltung des rechtsradikalen Bund Freies Deutschland gegen das „Schweigen der Berliner SPD zu den Menschenrechtsverletzungen in den Ostblockstaaten“ agitiert und das „Haus Springer“ mit vielen warmen Worten bedacht. Warum also dieser Übertritt zu einer Partei, bei der Hübner sich

selbst nicht einmal so recht heimisch zu fühlen scheint: „Hübner sollte weiter mit, er und Faust hätten in einem Telegramm an den FDP-Bundesvorsitzenden Genscher appelliert, dem antiliberalen Treiben bestimmter Kreise des Berliner Landesvorstandes der FDP Einhalt zu gebieten.“ („Tagesspiegel“, 15.4.).

Verwirrt mache ich mich auf den Weg zur Arbeit. Wenn man vom Teufel spricht... Im Eingang des U-Bahnhofs hängt noch ein altes Plakat der „Reformgruppe“ (CDU-nahe Studentenorganisation), das sie damals anlässlich der Verhaftung Niko Hübners geklebt hatten. Unten im U-Bahnhof hängen weitere Plakate. Ich sehe genauer hin — die Plakate sind a u. a. „Die Jungen Liberalen laden ein zu einer Veranstaltung im ICC...“ Ansonsten gleiche Aufmachung, gleiches Foto, gleiche Farbe, gleiches Layout wie die alten Plakate der „Reformgruppe“.

Was soll man davon halten: Da macht die CDU, sogar Strauß persönlich, der FDP in der letzten Zeit fortwährend Angebote zu einer engeren Zusammenarbeit, zu einer Koalition nach den Bundestagswahlen, und die FDP dankt dies, indem sie der CDU/CSU ihren Schützling Hübner ausspannt, spektakuläre Veranstaltungen mit ihm durchzieht und obendrein noch die Plakate klebt!

Oder — sollte dies etwa bereits der Beginn einer angestrebten Zusammenarbeit sein: mit den FDP-Rechten gegen den sozialliberalen FDP-Flügel? Und Hübner gar kein Neoliberaler, sondern — nun doch — Agent der CDU/CSU...?

Ein besorgter Mitarbeiter des Kuratoriums „Fairplay im Bundestagswahlkampf“

Neue Provokationen der CDU/CSU

DGB-Führung kuschelt weiter

„Wäre Strauß ein NPD-Mann, dann würde man vielleicht volle Front machen. Da er aber erwiesenermaßen 60 Prozent der Wähler in Bayern auf die Bunte bringt, muß man natürlich entscheiden, wenn ein Verband da überhaupt etwas zu entscheiden hat, wie sich die Haltung des Verbandes in Versöhnlichkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber der ganzen Gesellschaft auswirkt.“

Mit diesen Worten beantwortete der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter die in einem Interview der „Welt“ vom 21. Mai 1979 gestellte Frage danach, ob die DGB-Gewerkschaften die mögliche Kanzlerkandidatur von FJS tolerieren oder bekämpfen würden. Vor ziemlich genau einem Jahr, wenige Wochen vor Straußens Machtübernahme in der Gesamt-Union, signalisierte Vetter also schon in einer Springer-Zeitung den Kurs, der nunmehr als totale Anpassung an den Gewerkschaftsfeind Nummer eins immer unerträglicher wird.

Vetter hielt es für „dummes Zeug“, daß Strauß „mit einem Rundschlag alles über Bord kippt, was für uns gewissermaßen heilig ist“. Strauß lieferte nunmehr einen erneuten Beweis dafür, daß er vor absolut nichts zurückschreckt.

Griff in die Streikkasse anvisiert

Ausgerechnet die Debatte um ein Gesetz zur Eindämmung der – bislang völlig legalen – Steuerhinterziehung durch multinationale und andere Großkonzerne nutzte der bayerische Finanzminister Max Streibl (CSU) zu einem unglaublich dreisten Angriff auf die Finanzen der Gewerkschaften.

Der von Bundesfinanzminister Matthöfer vorgelegte Gesetzentwurf sollte die Praxis von Großkonzernen unterbinden, die ihren Tochtergesellschaften statt des erforderlichen Eigenkapitals Kredite gewähren und sich dafür sogenannte „gewinnabhängige“ Zinsen, in Wahrheit verdeckte Gewinne, zahlen lassen. Auf diese Weise sparen sowohl Mutterkonzern wie auch Tochtergesellschaft riesige Steuerummen, dem Fiskus gehen jährlich Milliarden Mark verloren.

Strauß-Intimus Streibl will nun über den Bundesrat erreichen, daß auch „gewinnunabhängige“ Zinsen von dem geplanten Gesetz erfaßt

werden. Auf diese Weise wäre ein Zugriff auf das bei der „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG“ festgelegte Vermögen der Gewerkschaften möglich. Der DGB hat in diesem Gewerkschaftsunternehmen rund eine Milliarde als Darlehen eingebracht und erhält dafür 12 Prozent Zinsen, steuerfrei. Die Streibl-Initiative würde die Gewerkschaften jährlich 50 Millionen Mark kosten. Für die SPD wiederum war der CSU-Vorstoß Anlaß anzuzeigen, daß man dann schon lieber die Multis in Ruhe lassen würde und auf das Gesetz ganz verzichten könnte.

DGB-Zentralorgan: 1.-Mal-Nummer der CDU/CSU gewidmet

Angesichts des ursprünglich für den 21. April geplanten Treffens zwischen Strauß und H.O. Vetter mochten wir, nach all den Erfahrungen mit dem Anpassungskurs des DGB-Bundvorstands, nicht mehr ausschließen, daß es zu einem Strauß-Auftritt bei einer DGB-Mal-Kundgebung kommen könnte (siehe AK 175). Nun, dazu ist es nicht gekommen, das Treffen fand – angeblich aus Termingründen – nicht statt, Strauß wurde am 1. Mai nicht gesichtet (was ihm wohl auch schlecht bekommen wäre).

Stattdessen gaben die DGB-Führer mit ihrem Zentralorgan „Welt der Arbeit“ am 1. Mai eine Ausgabe heraus, die einer CDU-Richtungsgewerkschaft alle Ehre gemacht hätte. So darf sich auf Seite 2 der CSU-Generalsekretär Stoiber über fünf Spalten auslassen: „Der DGB ist gefordert, CDU/CSU-Vorschläge zu unterstützen“. Stoiber läßt es sich nicht nehmen, den berüchtigten Beschluß des DGB-Nordmark abzulehnen, der allen Gewerkschaften Aktivitäten gegen Strauß verbieten soll. Stoiber: „Dieser Schritt ist richtungsweisend. Es wäre zu begrüßen, wenn jetzt auch die übrigen DGB-Landesverbände ihrerseits solche Beschlüsse fassen würden.“

Die Seite 6 gehört dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler: „Zu Gast in der WDA-Redaktion“. Es folgt dann noch ein viertelstündiges Telefon-Interview mit dem Biedenkopf-Stellvertreter Konrad Grundmann, der sich unwidersprochen des „traditionell guten Verhältnisses“ der nordrhein-westfälischen CDU zu den Gewerkschaften rühmen darf. Offen-

bar hat er auch gleich eine Anzeige der Rheinischen Braunkohlenwerke AG, deren Arbeitsdirektor er ist, mit durchgekreuzt. Diese findet sich auf einer Viertelseite gleich neben dem einzigen nennenswerten SPD-Austritt in dieser Zeitung: einer bezahlten Anzeige zur Landtagswahl.

Schon gleich nach der Strauß-Nominierung war in praktisch der gesamten Gewerkschaftspressen deutlich mehr Raum für prominente CDU-Gewerkschafter eingeräumt worden. Dabei kamen zunächst vor allem diejenigen zu Wort, die Strauß kritisch gegenüberstanden, nach dem Motto: rechts gegen rechts. Der nächste Schritt war die interne Weisung an die WDA-Mannschaft und andere Redaktionen, keine weiteren Artikel gegen Strauß zu veröffentlichen. Nunmehr sind die DGB-Führer offenbar dazu übergegangen, die Spalten ihres Zentralorgans schon den Straußschen Hofpropagandisten zu öffnen.

DGB verzichtet auf „Wahlprüfsteine“

Völlig entgegen seiner langjährigen

Tradition hat sich der DGB-Bundsvorstand dazu entschlossen, zur diesjährigen Bundestagswahl keine sogenannten „Wahlprüfsteine“ aufzustellen, die in früheren Jahren anlässlich von Wahlen den Gewerkschaftsmitgliedern an die Hand gegeben wurden, damit diese die Parteien an den vom DGB erhobenen Forderungen messen konnten. Es liegt auf der Hand, daß die CDU bei dieser Prüfung nie besonders gut abschnitt. Auf seiner Sitzung am 6. Mai unterbrach der DGB-Vorstand seine Beratung über den fertig vorliegenden Entwurf und hielt es, wie zu vernehmen war, für ausreichend, die Parteien an dem im letzten Jahr verabschiedeten Aktionsprogramm des DGB zu messen. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, wertete den Tag der DGB-Vorstandssitzung als den „Schwarzen Dienstag“ in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften. Hier „wurde ein erneuter Schritt zur Entpolitisierung der Gewerkschaften eingeleitet“, wußte ihn die „Frankfurter Rundschau“ (13.5.) zu zitieren.

Mahlein, der sich in den vergangenen Monaten mit seiner Anti-Strauß-Haltung mehrfach unangenehm von dem Kapitulationskurs des DGB-Vorstands abgehoben hatte, ließ es dahingestellt, welche Partei für den Beschluß des DGB-Bundsvorstands die treibende Kraft war, verzeichnete aber, daß es auch im DGB-Vorstand Kollegen gibt, die dafür die Hand reichen.

Nun, es braucht gar nicht offen-
gelassen zu werden, welche Partei die treibende Kraft bei diesem Beschluß war. Der „Bayernkurier“, die Strauß'sche Hauspostille, brachte am 13. Oktober den Unwillen der CSU über die DGB-Prüfsteinpraxis zum Ausdruck. In einer Polemik gegen das DGB-Grundsatz-Programm formuliert einer der CSU-Gewerkschafts-Spezis, Manfred Hettlage: „Zwar soll das Grundsatzprogramm des DGB erst 1981 auf einem Gewerkschaftskongress verabschiedet werden, es fügt sich aber trefflich, über diese, mit der SPD-Politik weitgehend übereinstimmenden DGB-Grundsätze im Jahr der Bundestagswahlen 1980 in allen Gliederungen der DGB-Gewerkschaften diskutieren und die Wahlausagen der Parteien mit der Maßstäbe des sozialistischen Grundsatzprogramms bewerten zu können. Dieser taktische Winkelzug hat den Vorteil, daß man unter dem Deckmantel einer Grundsatzdiskussion sich wie bisher für die SPD und den von ihr gestellten Bundeskanzler Schmidt aussprechen und die Politik von Strauß und den Unionsparteien wie gewohnt als arbeitnehmerfeindlich verurteilen kann.“

Wenn Hettlage auch nicht das Wort „Prüfsteine“ direkt benutzt, so wird doch sein Anliegen völlig klar. Klar wird auch, daß der DGB-Vorstand auf seinem Weg in Straußens Fangarme einen weiteren Meilenstein erreicht hat.

Kommunisten Brief A Gewerkschaft



Auf der Hamburger 1. Mai-Demonstration

Gewerkschafter gegen Nordmark-Beschluß

Während die Spitze des DGB immer weitere Zugeständnisse an Strauß macht, mehren sich in den Einzelgewerkschaften die Stimmen gegen den berüchtigten Beschluß des DGB-Bezirksvorstands Nordmark. Dieser hatte bekanntlich „allgemeine Angriffe“ des DGB auf Strauß für „unvereinbar“ mit dem Selbstverständnis und der Satzung des DGB erklärt und die Verwendung von gewerkschaftlichen Funktionsbezeichnungen auf Flugblättern und bei der Teilnahme an „Stoppt-Strauß-Initiativen“ verboten und sogar als „gewerkschaftsschädigend“ bezeichnet.

GEW Hamburg

In der am 1. Mai erschienenen Ausgabe der „Hamburger Lehrer-Zeitung“ setzt sich der Hamburger GEW-Vorsitzende Dietrich Lemke mit dem Nordmark-Beschluß auseinander. Dort schreibt er: „Auch ich halte den Hinweis auf Verzicht der Verwendung gewerkschaftlicher Funktionsbezeichnungen auf Flugblättern insbesondere angesichts der Beteiligung höherer Funktionäre einzelner Gewerkschaften an der Initiative „Freiheit statt Strauß“ für wenig hilfreich und kaum praktikabel.“

Diese ausgesprochen schwammige Formulierung läßt im Grunde genommen offen, ob Lemke den Nordmark-Beschluß überhaupt ablehnt oder ob es lieber einen „praktikablen“ (= durchsetzbaren) Beschluß gesehen hätte. Liegt's nur an der Formulierung?

In einem längeren Absatz versucht er, mit Interpretationskünsten für den Teil des Nordmark-Schreibens um Verständnis zu werben, in dem eine Teilnahme an solchen Anti-Strauß-Initiativen als gewerkschaftsschädigend abgestempelt wird, an denen auch „Vertreter der extremen

Linken“ teilnehmen. Dabei kommt er zu der gar schrecklichen Erkenntnis, daß an einigen Initiativen-Treffen Vertreter der Bunten Liste, des KB, der Grünen, der KPD/ML und auch der FAU (Anarchisten) teilnehmen. „Die Kenntnis dieser Entwicklung veranlaßt den DGB zu der oben zitierten Äußerung. Zur Bewertung dieser Äußerung ist allerdings auch zu sagen, daß sie zu Mißverständnissen geradezu herausfordert und ernst zunehmende Initiativen dadurch in Miskredit geraten könnten. Vielleicht wäre eine erklärende Stellungnahme des DGB hier sinnvoll.“

Nach diesem Rechtfertigungsgeschwätz pustet Lemke aber noch mal heftig ins Horn und kommt dabei immerhin zu der „Erkenntnis“, daß die notwendige Auseinandersetzung mit der Politik der Kanzlerkandidaten der CSU/CDU nur erfolgreich sein kann über das größtmögliche Bündnis der Arbeitnehmer, d.h. der Einzelgewerkschaften im DGB. „Bleibt nur nachzutragen, daß dem Leser die obenstehend fakultätliche Entscheidung der Hamburger GEW-Vertrauensleute empfohlen ist, die um einiges frischer ist.“

Gewerkschaft HBV

In einer Stellungnahme bezeichnete die Hamburger Ortsverwaltung der HBV den Nordmark-Beschluß als „unverständlich“ und „mißbillig“, die darin „zum Ausdruck kommende Tendenz, in die autonomen Rechte und Handlungsmöglichkeiten der Einzelgewerkschaften und ihrer Funktionäre einzugreifen“. Stattdessen begrüßt die HBV die „aktive Teilnahme von HBV-Funktionären an der Initiative gegen Rechts/ Stoppt Strauß“. Die „Beschlüsse“ der HBV „insbesondere zu einer offensiven Gegenwehr“ sei auf allen Ebenen „sind-

rig“ (Zitate nach „Frankfurter Rundschau“, 3.5.). Daß die HBV auch zu praktischen Aktivitäten gegen Strauß bereit ist, bewies sie mit einer Teilnahme an einer gemeinsamen Veranstaltung mit der IG Druck und Papier in Düsseldorf am 6. Mai. Als prominentester Teilnehmer saßen der DGB-Vorsitzende Mahlein und der Chefredakteur der HBV-Zeitung „Ausblick“, Christian Götz, auf dem Podium, sowie weitere Funktionäre dieser beiden Gewerkschaften. „Da die in Düsseldorf versammelten Gewerkschaftsfunktionäre die Beteiligung an der Initiative gegen Rechts/ Stoppt Strauß als einen Beitrag im Kampf um die Erhaltung der heutigen Einheitsgewerkschaft verstehen, empfinden sie die auf „Enthaltenshaltung“ gerichtete Empfehlung des DGB-Betriebs Nordmark als „schädlich und unverantwortlich“, wie es ein Kollege formuliert“ (UZ, 8.5.).

IG Metall

Auf der IGM-Jugendkonferenz, die Ende April in Travemünde stattfand, bezeichnete IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz auf Anfrage von Deligerten ausdrücklich „das Recht der ehren- und hauptamtlichen Funktionäre, Position zu beziehen“, auch unter Verwendung der Funktionsbezeichnung. Benz selbst unterstützt neben einer Reihe anderer IGM-Funktionäre die von Klaus Staack gegründete „Initiative Freiheit statt Strauß“, die zur Wahl der SPD aufruft. Benz kündigte an, daß sich die IG Metall je nach dem, wie sich die Entwicklung weiter vollziehe, bemühen werde, „unsere Position im Rahmen einer tragbaren Basis“ auch im DGB durchzusetzen.

Kommunisten Brief A Gewerkschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg

Antrag an die Vertrauensleute-Versammlung am 12.5.1980

Betr.: Brief des Landesbezirksvorstandes DGB-Nordmark zur „Teilnahme an Aktionen Stoppt Strauß“

Die Vertrauensleute-Versammlung protestiert aufs Schärfste gegen das Schreiben des DGB-Landesbezirksvorstandes vom 10.3.1980 zur „Teilnahme an Aktionen Stoppt Strauß“.

Angesichts der Gefahr, die die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß für die Gewerkschaften und die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik bedeutet, hält es die Vertrauensleute-Versammlung für die Pflicht eines jeden Gewerkschafters, gegen diesen Kanzlerkandidaten und die von ihm vertretene Politik auf allen möglichen Ebenen aktiv zu werden (auch unter Verwendung gewerkschaftlicher Funktionsbezeichnungen).

Strauß vertritt nachweislich eine ausschließlich arbeitnehmerfeindliche Politik, er ist ein Feind aller Gewerkschaften und ein Freund aller Staatsregime, in denen Gewerkschaften verboten und Gewerkschafter eingesperrt sind; seine Politik gilt uneingeschränkt den Unternehmerinteressen, die staatlichen Sozialleistungen dagegen will er abbauen; er bedroht im Innern unseres Landes die Demokratie und nach außen den Frieden und die Entspannung.

Diesen Mann zu bekämpfen heißt gleichzeitig, für eine starke Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Deshalb können wir die in dem Brief des DGB-Landesbezirksvorstandes Nordmark dargelegte Politik der gewerkschaftlichen Zurückhaltung und der politischen Diffamierung vieler Stoppt-Strauß-Initiativen nicht hinnehmen; die darin vertretene Position erweckt auch unangenehme Erinnerungen an die verhängnisvollen Fehler der Gewerkschaftsführung vor und nach der Machtergreifung 1933.

Antragsteller: SKR 21 (einstimmiger Beschluß der SKR 21 am 27.3.1980 bei ca. 30 Anwesenden)

Das Neuste aus der Freien Republik Wendland

Hochstimmung im Besetzerdorf!

„Zwischen Baum und Hammer ist ein Tauziehen entbrannt, wer die Verantwortung für die Räumung des besetzten Bohrgebietes in Gorleben übernehmen soll. Bundesinnenminister Baum zögert, den hierfür erforderlichen Einsatz der niedersächsischen Landespolizei anzufordern. Auf dem Bohrgebiet kalten sich etwa 300 Personen ständig auf. (...) Man weiß, daß die Besetzer ein Pendelsystem aufgebaut haben, das ihnen erlauben würde, ihre Stärke beim Anrücken eines Polizeikommandos kurzfristig zu erhöhen. (...) In Bonner CDU/CSU-Kreisen ist zu hören, Baum wolle in Hinblick auf die Bremer Krawalle und auch auf die NRW-Wahlen eine weitere Kraftprobe zwischen der Polizei und militanten Gruppen vorerst vermeiden.“ Das berichtete der „Tagesspiegel“ vom 6.5. Auch die DWK, die jederzeit „ihren“ Platz räumen lassen könnte, lehnt dies vorerst ab. Noch am 14.5. warf sie gegenüber Journalisten der Polizei vor, daß diese von Anfang an hätte einschreiten müssen. In der Tat dürfte das ursprüngliche Bullenkonzept, mittels völliger Zurückhaltung zu Beginn der Besetzung „mit einem Minimum an Konflikt die Bohrungen zu ermöglichen (...) und zumindest die Scherf-macher unter den Kernkraftgegnern ins Leere laufen“ zu lauten (Welt, vom 6.5.) kaum noch aufrechtzuerhalten sein: innerhalb weniger Tage wurde auf dem sandigen Gelände der DWK ein erhebliches Besetzerdorf mit kompletter Infrastruktur errichtet, das sich inzwischen einer Welle der Sympathie bei der anstehenden Bevölkerung erfreut.

So lebt es sich in der freien Republik

Neben ca. 40 befestigten Wohnhäusern („Botschaft der BUU HH“, „Lins-Burg“ und andere) sind inzwischen das große Freundschaftshaus, das Küchenhaus, mehrere Toiletten, ein mit Solarzellen bewärmtes Duschhaus, ein Krankenhaus, die Fahrradreparaturwerkstatt, das Meditationshaus und ... eine Kirche fertiggestellt. Ein Frauen- und ein Kinderhaus sind fast fertig. 2 Wasserbohrungen wurden niedergebracht und mehrere hundert Bäume und Blumen gepflanzt. Ebenfalls vorhanden sind Sport- und Spielplätze. Das äußerst regsame Treiben der wochentags etwa 400 anwesenden Dorfbewohner wird aufgelockert durch Moritätensinger, Gauklertruppen, Lieder und Rockgruppen, die auf dem Dorfplatz gastieren. Erstaunlich reibungslos funktioniert die „kommunale Selbstverwaltung“ mithilfe eines täglich öffentlich tagenden „Sprecherrates“. Hier werden öffentliche Erklärungen und Aktionen der Besetzer diskutiert und verabschiedet, organisatorische Dorfbelange geregelt und - in ungewohnt toleranter, organisatorischer Dorfbelange geregelt und - in ungewohnt toleranter Umgangston - Grundentscheidungen über mögliche Widerstandsformen geführt.

Diese „Aufbauleistung“ hat große Teile der anstehenden Bevölkerung beeindruckt - auch bisher eher passive Bauern begannen für das Dorf Material und Lebensmittel herbeizuschaffen. Die „Bäuerliche Notgemeinschaft“ hat inzwischen ein eigenes Haus - versehen mit der „Bundschuh“-Fahne und der Aufschrift „Nicht dann die Gerechtigkeit“ - errichtet, ähnlich planen die Einwohner von Trebel. Im Freundschaftshaus werden bereits regelmäßig Diskussionsabende mit der anstehenden Be-

völkerung über die Widerstandsaktionen im Fall einer Räumung durchgeführt. Zahlreiche Solidaritätsbekundungen trafen darüberhinaus aus dem gesamten Bundesgebiet ein. Viele stammen von grünen Kreisen und Landesverbänden (z.B. Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Westberlin, Niedersachsen).

Die Atommafia ist sauer

Das „Deutsche Atomforum“ nannte die Besetzung eine „Herausforderung an die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“, und schickte folgenden eindringlichen Appell in Richtung 1004: „Das Atomforum fordert die Demonstranten auf, ihre Zeit besser zu nutzen und an konstruktiven Maßnahmen mitzuarbeiten, die der Energieeinsparung, der möglichen Verwendung alternativer Energiequellen und der notwendigen aber auch sicheren Einsatz von Kohle und Kernenergie dienen“ (Kölnische Rundschau, 9.5.). Die DWK bedauerte den Versuch, „die von allen politisch Verantwortlichen geforderte sorgfältige Untersuchung des Endstadiums Salzstockes“, die von allen politisch Verantwortlichen geforderte sorgfältige Untersuchung des Gorleber Salzstockes zu boykottieren.“ Die Besetzung verleihe nicht nur ihre Rechte, „sondern dabei werde vor allem gegen anerkannte Grundsätze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verstoßen. Die DWK ist der Ansicht, daß die rechtswidrige Besetzung fremder Grundstücke und die Errichtung nicht genehmigter Bauten darauf - wie auch die dadurch erhöhte Waldbrandgefahr - für die zuständigen Behörden hinreichend Veranlassung dazu sein müsse, gegen diese rechtswidrigen Maßnahmen vom Amt wegen vorzugehen“ (EIZ, 7.5.).

Daß bereits zwei Brandanschläge auf das Besetzerdorf verübt wurden, um der tatsächlich außerordentlich akuten Waldbrandgefahr künstlich nachzuhelfen, wurde in den Massenmedien nahezu vollständig verschwiegen: - am Abend des 5.5. wurde ein mit Trockenholz angehäufter brennender Baum am Waldrand noch gerade rechtzeitig entdeckt. Der Wind hätte die Flammen in den knochentrockenen Wald hineingetrieben; - in der Nacht vom 8./9.5. wurde gegen 1 Uhr das Info-Zelt des Dorfes aufgeschlitzt und in Brand gesteckt. In diesem Zelt befanden sich explosive Nitro-Lösungen! Es ist einzig der Aufmerksamkeit der ausschließlich von den Besetzern aufgestellten Brandwache zu verdanken, daß nur eine Hälfte des Zeltes verbrannte und ein größeres Unglück verhindert wurde!

In der Nacht vom 8./9.5. wurde gegen 1 Uhr das Info-Zelt des Dorfes aufgeschlitzt und in Brand gesteckt. In diesem Zelt befanden sich explosive Nitro-Lösungen! Es ist einzig der Aufmerksamkeit der ausschließlich von den Besetzern aufgestellten Brandwache zu verdanken, daß nur eine Hälfte des Zeltes verbrannte und ein größeres Unglück verhindert wurde!

In der Nacht vom 8./9.5. wurde gegen 1 Uhr das Info-Zelt des Dorfes aufgeschlitzt und in Brand gesteckt. In diesem Zelt befanden sich explosive Nitro-Lösungen! Es ist einzig der Aufmerksamkeit der ausschließlich von den Besetzern aufgestellten Brandwache zu verdanken, daß nur eine Hälfte des Zeltes verbrannte und ein größeres Unglück verhindert wurde!

In der Nacht vom 8./9.5. wurde gegen 1 Uhr das Info-Zelt des Dorfes aufgeschlitzt und in Brand gesteckt. In diesem Zelt befanden sich explosive Nitro-Lösungen! Es ist einzig der Aufmerksamkeit der ausschließlich von den Besetzern aufgestellten Brandwache zu verdanken, daß nur eine Hälfte des Zeltes verbrannte und ein größeres Unglück verhindert wurde!

In der Nacht vom 8./9.5. wurde gegen 1 Uhr das Info-Zelt des Dorfes aufgeschlitzt und in Brand gesteckt. In diesem Zelt befanden sich explosive Nitro-Lösungen! Es ist einzig der Aufmerksamkeit der ausschließlich von den Besetzern aufgestellten Brandwache zu verdanken, daß nur eine Hälfte des Zeltes verbrannte und ein größeres Unglück verhindert wurde!

Gorleben planen.“

Auch individuelle Einschüchterungsversuche gegen anständige Unterstützer der Besetzung bleiben nicht aus: so wurde einem Landwirt (gleichzeitig Brandmeister seines Dorfes) von Behördenvertretern mit einem Verfahren gedroht, weil er (entgegen seiner Brandmeister-Befugnis) das Besetzerdorf mit Trinkwasser versorgt hat.

Vorbereitungen auf die mögliche Räumung

Obwohl die „Physikalisch-Technische Bundesanstalt“ (PTB) auf andere Grundstücke zurückgreifen könnte, scheint sie die Tiefbohrung 1004 durchsetzen zu wollen: „Wir bauen darauf, bei 1004 bohren zu können und hoffen, daß dies im Rechtssatz des 20. Jahrhunderts auch möglich ist“ (so ein PTB-Sprecher in der Welt, vom 6.5.)

Alle Aussagen der Betreiber deuten auf eine Räumung frühestens Anfang Juni hin. Erst wenn die das Gelände zu nutzen in der Lage ist, will die

PTB den Räumungsantrag stellen. Nutzen - d.h. eine Festung errichten - kann die PTB das Gelände erst nach Asphaltierung des Zufahrtsweges, was ihr die Gemeinde Trebel jedoch verweigert. Erst nach Entleerung dieser Gemeinde (ein entsprechender Beschluß wird täglich erwartet) und einer anschließenden 14-tägigen Einspruchsfrist werden die Asphaltierungsarbeiten beginnen können.



Retriherstimmen Betreiberstimmen zur Bohrlochbesetzung

Ernst Albrecht am 5.5. in Bild: „So bald die DWK an uns herantritt und um Räumung des Bohrgebietes bittet, werden wir das natürlich sofort tun!“

CDU-MdL Gröb am 7.5. in der „Elbe-Jeetzel Zeitung“: „Die Besetzung der Bohrstelle 1004 ist eine eindeutige Verletzung bestehender Rechte und Gesetze und damit ein weiterer Schritt zur Anwendung von Gewalt durch die Kernkraftgegner.“

CDU-MdB Horst Schröder bezeichnet am 9.5. in der „Elbe-Jeetzel Zeitung“ die Besetzung als „flagrante Verletzung des Eigentumsrechts“ und betont, „daß es nicht eng genug könne, wenn in dieser Weise private Eigentumsrechte an Grund und Boden mißachtet werden. Hier sollten

nicht zuletzt alle Landwirte in Lütchow-Dannenberg hellhörig sein und entschieden reagieren.“

In der Tat, das sollten sie. Denn wie schrieben bereits am 28.4. zwei Frauen aus Frenzelle der „Elbe-Jeetzel Zeitung“: „Das darf ja wohl nicht wehr sein! Die PTB und die DWK lassen ohne Einverständnis der Grundstückseigentümer bohren, wie zum Beispiel beim Grafen Bernstorff, kümmern sich nicht um Einspruchsfristen, wie zum Beispiel bei der Errichtung der zweiten Tiefbohrstelle 1002, maßen sich aber auf der anderen Seite an, Schilder mit der Aufschrift „Betreten verboten“ an der geplanten Tiefbohrstelle 1004 aufzustellen und mit Geldbußen in Höhe von 50.000 DM zu drohen. Hier wird je wohl mit swatierel Maß gemessen!“

Bohrlochbesetzung gegen die Grünen?

Eine ganz besonders originelle Idee, die Bohrlochbesetzung in Gorleben im parteipolitischen Interesse zu interpretieren, hatte der AStA der Universität Hamburg. Er wird getragen vom MSB (Studentenorganisation der DKP), dem SHB (Abspaltung von der SPD, im engen Bündnis mit dem MSB) und den Jusos. In einer Resolutionsvorlage des AStA für die Studentenparlamentarisation vom 13.5. „begrüßt“ der AStA selbstverständlich die Aktion und weist darauf hin, daß dies eine Stärkung der Anti-AKW-Bewegung bedeute. Bis dahin sind es zwei Sätze. Im weiteren Text kommen die Initiatoren zu ihrem eigentlichen Anliegen. Diese Bewegung müsse „außerparlamentarisch agieren“ und deshalb sei sie „ein Schlag in das Gesicht derer, die versuchen, durch Parteigründungen die Bewegung auf die parlamentarische Lö-

sung zu orientieren, damit aber Illusionen über parlamentarische Durchsetzungsmöglichkeiten schaffen, die sehr leicht in Resignation übergehen können.“ Man könnte nun viel darüber schreiben, was vor zehn Jahren und seither immer auf's Neue die APO auf die Parlamente und die SPD/FDP-Regierung orientiert hat; das dürfte jedoch weitgehend bekannt sein. Parteienpolitik überlebensartiger ist es, wenn eine Aktion, die absolut nichts mit den Grünen zu tun hat und ebenso nichts mit den Jusos und der DKP, gegen die Grünen und für SPD und DKP ausgeschaltet werden soll.

Die offensichtliche Feindschaft dieses Antrags wurde aber selbst Mitgliedern des MSB und der Jusos bewußt, so daß die Resolution lang und kläglich zurückgezogen wurde.



10 000 Schüler streikten in Freiburg gegen Atomkraft

Am Morgen des 9. Mai verließen in Freiburg an 35 Schulen die Schüler den Unterricht. 10.000 Schüler marschierten in Sternmärschen in die Innenstadt, um gegen die Bedrohung durch das nahe AKW in Fessenheim zu demonstrieren. Streikende aus den umliegenden Ortschaften kamen mit der Bahn, dem Fahrrad und selbstgebastelten Bussen. Dies war die bisher größte Demonstration nach 1945 in Freiburg – noch nie wurde in der BRD auch bisher an so vielen Schulen gleichzeitig gestreikt – dazu noch unter der Forderung nach Stilllegung eines Atomkraftwerkes.

Bisher hatten die Behörden die Bevölkerung über die Katastrophen-Gefährlichkeit der AKWs nur zu verschleiern versucht. Nach einer erfolgreichen gebildeten Eltern-Schüler-Lehrer-Demonstration wurde auf einer Nachbesprechung die Idee des Streiks geboren. Auf einem Schülertreffen wurde einige Tage später ein Forderungskatalog beschlossen und ein Koordinierungsausschuss gewählt. In den drei folgenden Wochen entwickelte sich an den Schulen eine fieberhafte Aktivität.

Schülerratssitzungen, Abstimmungen in allen Klassen, Flugblätter und Wandzeitungen sorgten für eine breite Mobilisierung unter den Schülern, bei der zentralen Koordination waren rund 70 Schüler aktiv. Als dann in der letzten Vorbereitungswoche der Streik im Fernsehen und den Medien Baden-Württembergs bekannt wurde, setzte gleichzeitig eine massive Gegenpropaganda ein. Die lokale Zeitung („Badische Zeitung“) berichtete allerdings – am Ort des Geschehens – weiterhin wohlwollend über die Streikvorbereitung.

Der Vorsitzende des Freiburger Gesamtelternbeirates erklärte großmütig, die Schulen seien zum Lernen da, deshalb lehne der Gesamt-elternbeirat den Streik ab, der nur „Unruhe an die Schulen“ bringe.

Die Möchte-Gern-Politiker der

CDU-nahen Schülerunion erklärten die Schüler für so uninformatiert, daß sie, statt sich im Streik als „nützliche Idioten“ mißbrauchen zu lassen, an den Schul-Info-Veranstaltungen über KKW teilnehmen sollten. Die Bunte Liste, die MRI und sonstige „kommunistische“ Sektierergruppchen kontrollierten den Streik. Warum die Demo nicht am „schulfreien Samstag“ stattfände, fragte die Schüler-Union dummdueft. Da alle Schüler gerne Schule schwänzten – meinte auch das „Freie Wähler“-Hausblatt, seien ernsthaft Absichten zu bezweifeln, statt der „Knirpse“ sollten sich die „zuständigen“ Gremien damit befassen. Weil Schüler Spaß am Streik haben könnten, sollen sie eh nicht ernst genommen werden, meinen diese Altherren.

Tatsächlich mußten sich die Schüler konkret mit drohenden Repressalien auseinandersetzen, die von Schule zu Schule in verschiedener Form angedroht wurden: So gab es Briefe an die Eltern, die sie warnten, daß die Sicherheit ihrer Kinder auf der Demonstration gefährdet sei (offenbar trauten die Herren der Polizei nicht, obwohl diese Demonstration angemeldet war?). An einigen Schulen wurden Info-Veranstaltungen zum Thema Katastrophenschutz angeboten; auf einmal – bloß während des Streiks natürlich (statt vorher!!). Allzu deutlich sollten dort die „Experten“ Alibi-funktion für einen Streik haben. Doch die Breite der Mobilisierung ließ solche Lehrer-einflüsse weitgehend verpuffen.

Um 8.35 Uhr verließen an fünf Schulen die Schüler den Unterricht und marschierten zu den nächstgelegenen Schulen. Aus fünf Richtungen demonstrierten im Sternmarsch die Schüler von Schule zu Schule und dann in die Innenstadt, wobei weitere Schüler aus Freiburgs Umgebung hinzustießen. Um 10.00 Uhr hatten sich trotz schlechten Wetters rund 10.000 Schüler auf dem Rathaus-

platz versammelt.

Der spontane Vorschlag, mit diesen 10.000 Demonstranten SchülerInnen vom Ursula-Gymnasium abzuholen, die dort der Direktor eingesperrt hatte, mußte leider wegen des Bußenaufgebots fallengelassen werden. „Spätschalber“ – so ließ er verlauten – hat der Direktor auch allrig während der Streikaktionen an der Schule SchülerInnen fotografiert. Mehrere SchülerInnen waren ihm allerdings über einen Zaun und den Hintereingang entwischt.

Mit „Hopp, hopp, hopp – Fessenheim Stopp“ zogen die Schüler dann durch Freiburg. Als die ersten am Kundgebungsplatz ankamen, standen immer noch Schüler am Rathaus. Das öffentliche „Amt für Unordnung“ hatte als Schikane statt einer Kundgebung vor dem Regierungspräsidium nur den viel zu kleinen Kartoffelmarkt genehmigt. Während sich die Schüler auf dem Platz sammelten, wurden die Grußadressen von GEW, BBU, KBW, DKP, Bunte Liste, SPD, Grüne, Jusos, verschiedener ASten, der Arbeiterwohlfahrt und einzelner Stadträte verlesen. Die evangelische Fachhochschule hatte ebenfalls zum Streik aufgerufen, die Schüler eines Lörracher Gymnasiums hatten einen Solidaritätsstreik für die 4. und 5. Stunde noch am selben Tag beschlossen.

Als erster Redner sprach Joachim Schnorr, der wegen seines Engagements als Umweltschützer Monate im Knast verbringen mußte und dem die Mediziner nun die Prüfung verweigern wollen (siehe nebenstehenden Artikel). Außerdem sprach ein Vertreter der Bunten Liste und ein Vertreter der Berufsschulen.

In der 6. Stunde nach der Demonstration gab es dann in der Schule mit den Zurückgebliebenen – in erster Linie mit den Lehrern – hitzige Debatten.

Insgesamt hatte der Streik große Öffentlichkeitswirkung. Radio, Fernsehen und die nationale Presse waren Debatten.

Insgesamt hatte der Streik große Öffentlichkeitswirkung. Radio, Fernsehen und die nationale Presse waren vertreten. Es gab eine Pressekonferenz, von der in Radio „Verte Fessenheim“ gesendet wurde. Die Lokalzeitung brachte große Berichte und wollte die Streikenden als „brave und disziplinierte Schüler“ hochloben, die schon fast übertrieben auf ihrer Neutralität und Überparteilichkeit gepochi hätten.

Nun, 10.000 Schüler – das mußte auch die Presse merken – stellen schon eine neue Qualität dar, die hoffentlich nicht nur einmal in Erinnerung ruft, was man mal vor zehn Jahren als Schülerbewegung bezeichnete.

Die Schüler jedenfalls, die den Streik organisierten, wollen sich mit besten Kräften dafür einsetzen. An den Schulen werden jetzt Arbeitskreise gebildet, die sich mit Umwelt-schutzfragen und sonstigen im Streik gezeigten Interessen befassen wollen. Die Arbeitskreise und Schulvertretungen wollen sich in Zukunft regelmäßig treffen.

Ein Schüler aus Freiburg



Demonstration durch die Freiburger Innenstadt.

Schulstreik an einem katholischen Altkollegiumsinternat

Schulstreik an einem katholischen Mädchengymnasium

Gleich nachdem unser Direktor von dem geplanten Schulstreik erfahren hatte, berief er eine Klassensprecherversammlung ein, in der er dann auf die Illegalität und die Sinnlosigkeit des Streiks hinwies. Er las uns mehrere Paragraphen aus dem Gesetzbuch der Schulen vor, die besagen, daß ein Streik rechtlich nicht erlaubt sei und wir mit Konsequenzen zu rechnen hätten. Ein paar Tage später kam in jedem Elternhaus der 1.600 Schülerinnen ein Brief an, in dem die Eltern gewarnt werden sollten: „Man wisse nicht, von welchen politischen Gruppierungen dieser Streik ausgehe“ usw.

Nun war der große Tag da. Nach dem Ende der 1. Stunde versammelten sich auf dem Schulhof etwa 150 Schülerinnen, um auf die anderen Schulen zu warten, mit denen man gemein-

sam zum Rathaus ziehen wollte. Plötzlich erschien der Direktor und versuchte, Schülerinnen zu überreden, wieder zurück in die Klasse zu gehen. Als dies keinen Erfolg brachte, ließ er mindestens einen Ausgang sperren! Wir mußten schließlich über eine Eiseschranke klettern, um ins „Freie“ zu gelangen. Vom Bürgersteig aus sahen wir, wie der Direktor (inzwischen hatte er Hund und Hausmeister als Hilfe geholt) Schülerinnen am Verlassen des Schulgeländes hinderte und Fotos von uns schoß.

Ein Redakteur von SWF 3, der über einige dieser Vorkommnisse in einer Sendung zum Streik berichtet hatte, wurde vom Rektor mit einer Strafanzeige bedroht.

Eine Schülerin

elternbeirat den Streik ab, der nur „Unruhe an die Schulen“ bringe.

Die Möchte-Gern-Politiker der

Mach Dir ein paar schöne Stunden, geh zur Demonstration!

Nur wenige Freiburger werden sich guten Gewissens in der Magenregion haben, wenn die an der nahegelegenen schicklichen Katakomben-Festung denken. Die können einem doch gleich Gedanken an fehlende Informationen über die Grenze hinweg, mangelnde Sicherheit und fehlende Aufklärung für den Ernstfall in den Sinn. Insofern ist es so vollständig richtig, wenn Freiburger – eben auch Eltern und Schüler! – mehr Informationen über Sicherheitsbedingungen fordern.

Wenn man nun allerdings nicht, daß unangelegte Schülerstreiks und Schülerdemonstrationen sowie Leserbrief kleiner Zeitungen zum Thema Kernkraft modern werden, dann kann man sich den Eindruck nicht erwehren, daß hier mit Kindern oder Jugendlichen billiges Spiel getrieben wird. Fragen nach dem Verhalten der Schüler im Falle eines KKW-Unfalls in Fessenheim gehören in die zuständigen Gremien von den Elternverbänden über die Lehrerkollegen bis zum Oberkirchenrat und Regierungspräsidium. Dort muß gefragt werden, dort müssen für den Fall der Fälle auch klare Entscheidungen getroffen werden.

Freut sich, wenn die Schülerstreiks zum Thema KKW Fessenheim organisiert wird, dann muß man doch eher an blödsinnige Schulstreiks von als an echte Absichten denken. Früher freute sich jeder Schüler, wenn es hieß „Häuser“ oder „Katakomben“. Heute, so scheint es, geht man eben zum Thema KKW auf die Straße. Und wenn das so weiter geht, dann werden nächsten die Kindergrößen geleert, so daß die Demonstrationen auch „voll“ werden.

Schüler sollten nicht Schüler sein, wenn sie nicht statt zu hüpfen lieber auf die Straße gehen würden. Das war immer schon so. Nur heute heute die Gefahr, daß durch dazwischen „Streik“ und „Katakomben“ die eigentlichen Fragen in den Hintergrund gedrückt werden. Eine letzte: Schülerstreiks sind gewiß der berechtigten Forderung nach genauer Information zum Thema KKW Fessenheim allen andere als nützlich. Die Bevölkerung nur noch als „Stimmvieh“, die Jugend als „nützliche Idioten“ für bestimmte Kreise, böse Ausrichtungen in immer noch so ungeklärten demokratischen Gesellschaft.

Einen Tag vor dem Streik erschien dieser Hetzartikel im „Freie Wähler“-Hausblatt WOCHENBERICHT. Er wird an alle Haushalte verteilt.

Neues aus dem Atomstaat Hessen

Während Börner auf dem SPD-Landestag in Friedberg seinen Atomkurs absegnen ließ, zeigten sich bei einer Katastrophensitzung um das AKW Biblis beängstigende Mängel. Ein Darmstädter Verwaltungsgericht hob im Eilverfahren die sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung für ein atomares Kompaktlager im AKW Biblis auf.

Muß Biblis abgeschaltet werden? In einem Eilverfahren setzte das Gericht den vom hessischen Wirtschaftsminister Karry angeordneten sofortigen Vollzug einer Errichtung des ersten atomaren Kompaktlagers in der BRD in Biblis außer Kraft. Wegen dieses „Stopp-Beschlusses“ kann jetzt der gegenwärtig wegen einer „Revision“, abgeschaltete Block A des AKW vorerst nicht wieder in Betrieb genommen werden; die Lagerkapazität für abgebrannte Brennstäbe ist ohne Erlaubnis zur Kompaktlagerung im „Abklingbecken“ unter der Reaktorkuppel erschöpft. Im Juni wird man, wenn der Verwaltungsgerichtshof in Kassel (2. Instanz) den Beschluß nicht aufhebt, den Betrieb im Block B ebenfalls einstellen müssen.

Das Gericht erkannte eine „immerhin einstweilen mögliche Gefährdung des Antragstellers“ (fünfzehn Kläger aus der Umgebung von Biblis) und erklärte: „Bei der Interessenabwägung unter den verfassungsrechtlich gebotenen Kriterien gab das Gericht den Interessen des Antragstellers auf

einstweilige verfahrensrechtliche Wahrung eines Schutzes seiner Gesundheit den Vorrang vor den Interessen des Antraggegners und denen des Betreibers der Kraftwerke.“

Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) hatten angeführt, daß wenn auch durch den Ausfall von Biblis kein Stromengpaß (!) entsteht, längere Leitungswege erforder-

lich seien (das AKW Biblis liefert seinen Strom vor allem nach Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz), was die statistische Wahrscheinlichkeit eines Netzzusammenbruchs er-

höhe. Dieser Proftargumentation mochte sich nicht einmal das Gericht anschließen. FDP-Wirtschaftsminister Karry hat den Beschluß „mit Bedauern“ zur Kenntnis genommen. Mone-telag hatte er seine Hausjuristen damit beschäftigt, die „Kompaktlager-genehmigung“, „prozeßsicher“ zu machen. Er hat allerdings juristisch keine weitere Möglichkeit, gegen den Beschluß Beschwerde einzulegen. Das kann jetzt nur noch die Biblis-Betreiber RWE, was sie sicherlich tun wird. Gegenwärtig orientieren die AKW-Betreiber wieder einmal auf die WAA La Hague, wo angeblich ein neues Lagerbecken errichtet werden soll. Diese Perspektive hat allerdings nicht einmal das Gericht der RWE abgenommen.

Es könnte nach Lage der Dinge also durchaus der Fall eintreten, daß das AKW Biblis längerfristig abgeschaltet werden muß, bis die Frage der Kompaktlagergenehmigung im Hauptsacheverfahren entschieden ist.

SPD-Hessen für WAA

An der „Entsorgungsmöglichkeit“ wird inzwischen fieberhaft gearbeitet. Hatten nach Karrys und Börners Einsetzen für eine WAA in Hessen zahlreiche SPD- und auch FDP-Unter-gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Gremien bis hin zu den nord- und südlichen Parteilagen der Sozialdemokraten gegen den Atomkurs ih-



Fortsetzung auf der nächsten Seite

Bauern im Widerstand

„Was uns zusammenführt, ist der Wille, auf unserem Land weiterzuleben; es ist die Revolte gegen den Betrug an der Bevölkerung!“ So grüßte ein französischer Bauer die über 2000 Freunde der Bundschuh-Genossenschaft, die Anfang Mai in Bobstadt zusammengekommen waren. Und die stellvertretende Vorsitzende der Genossenschaft, die Bäuerin Dora Flinner, ergänzte:

„Einst hat man uns gegeneinander gehetzt, heute müssen wir gemeinsam gegen die Kämpfer, die immer am Unglück der Menschen schuld sind und die dem Götzen Geld dienen.“ Die Einheit, die hier beschworen wurde, führte Bauern als Gorbelen, Wyhl und Larzac, Fischer als Plogoff in der Bretagne sowie viele andere im fränkischen Schwaben zusammen, wo die Bundschuh-Bauern seit einigen Jahren gegen die Pläne von Daimler-Benz rebellieren, hier eine gewaltige Auto-Teststrecke von fünf Kilometer Länge und 1,3 Kilometer Breite zu bauen (vgl. AK 152 und 163). In ihrem Widerstand stehen sie nicht allein. Nachdem die menschenfeindlichen Technokraten die Städte fast unbewohnbar gemacht haben, entdecken sie das flache Land, um es mit ihren Abfallprodukten zu überziehen: mit Atomkraftwerken und Großflughäfen, mit Truppenübungsplätzen und Teststrecken.

Es ist deshalb kein Zufall, wenn in den letzten Jahren immer mehr Bauern um ihre Existenzgrundlage – den Boden – kämpfen müssen. Vom Boden leben jedoch nicht nur Bauern, sondern alle. Eine Trennung von Stadt und Land, von Arbeitern und Bauern und allen übrigen kann es nicht mehr geben, wo es um unser aller Überleben geht. Die Kämpfe sind zahlreich. Ihnen gemeinsam ist der Gegensatz zwischen dem Profitinteresse des großen Geldes und den Lebensinteressen der Bürger. Verschieden wie die Anlässe sind die Formen des Widerstandes. Aus den Erfahrungen der einen zu lernen und eigene weiterzuentwickeln, ist unser Anliegen“ (aus dem Aufruf).

In einem Großzelt auf dem Gelände der bedrohten Ausmiedlerhöfe Hahn und Hoffmann berichteten Bauerndelegationen von ihrem Kampf.

Unter großem Jubel gaben Gorbelen Bauern die gerade erfolgte Besetzung der Bohrstelle 1004 bekannt und überbrachten die soliden Wünsche der Wendlandbauern.

Vertreter von Bürgerinitiativen gegen die geplanten Großflughäfen im Erdinger Moos bei München und auf den Fludern bei Stuttgart stellten kurz ihre Arbeit dar.

Drei der sechs frisch gewählten grünen Parlamentarier aus Baden-Württemberg bedankten sich beim

Bundschuh für die Unterstützung im Wahlkampf und versicherten, der Kampf gegen die Teststrecke zähle mit zu ihren wichtigsten Aufgaben im neuen Landtag.

Auch der evangelische Pfarrer aus Schillingstadt, selbst aktiver Bundschuh-Genosse und ihr stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender kam zu Wort: „Ich spreche hier nicht für meine Kirche, aber ich möchte hier nicht Pfarrer sein, wenn ich zu dieser Teststrecke schweigen müsste.“

Die Informationen aus dem Widerstand wurden aufgelockert durch viele Lieder, Volkstänze und musikalische Darbietungen aus der Bauernoper. Es wurde ein Bundschuh-Maibaum errichtet und viele alte (Bund-) Schuhe drangehängt. Eine fränkische Grünkernsuppe und heißer Tee waren bei der kalten Witterung sehr gefragt.

Mit viel Beifall wurde auch die Rede des oppositionellen Betriebsrats von Daimler-Benz in Untertürkheim, Kurt Randecker, aufgenommen:

„Wir sind empört, daß die Firma den Menschen dieser Region ein Projekt aufzwingen will, das sie nicht gewünscht haben und nicht wünschen können... Wir alle wissen, daß der Automarkt in Westeuropa seine Sättigungsgrenze über kurz oder lang erreicht hat. Wir alle wissen, daß man die Massenmotorisierung nicht unendlich fortsetzen kann, die heute schon die Großstädte fast zum Ersticken bringt... Wir können uns freuen, daß Menschen in dieser Region, die von manchen abschießt als „Badisch-Sibirien“ heruntergemacht wird, den Mut gefaßt haben, sich gegen den Autogiganten Daimler-Benz zu wehren. Ich habe die Hoffnung, daß die Beschäftigten in der Auto-Industrie sich an dem Widerstand der Bundschuh-Genossen ein Beispiel nehmen.“

Die Entschlossenheit der Bauern, den Widerstand gegen die Teststrecke zu verschärfen, deutete Herbert Hettlinger an: „Wir sind nicht bereit, fruchtbares Ackerland dem Konkurrenzkampf internationaler Automobilkonzerne zu opfern... Wenn man uns vergewaltigt, haben wir das Recht, mit gleichen Waffen zurückzuschlagen.“

Die Bundschuh-Genossenschaft hat inzwischen einen Rechtshilfsfond eingerichtet, um gegen Prozesse gerüstet zu sein und Freundeskreise in vielen Städten aufgebaut. Wie groß die Resonanz ist, zeigt auch, daß inzwischen über 1000 Freunde Mitglied in der Genossenschaft sind; allein 40 konnten an dem Aktionstag gewonnen werden.



**Teststrecke? -
Nein Danke!**



In einer öffentlichen Gemeinderatsitzung in Schwabhausen: Die Daimler-Benz-Manager



Die Bauern

10.000 AKW-Gegner in Middelburg!

Am letzten April-Samstag (26.4.) fand in Middelburg (Zeeland) die erste Großaktion der niederländischen Anti-AKW-Bewegung seit den Pfingstdemonstrationen des letzten Jahres statt. Etwa 10 000 Menschen waren dem Aufruf einer Vielzahl von Organisationen gefolgt, unter der Hauptforderung „Keine Kernenergie in den Niederlanden, stoppt das AKW Borssele!“ zu demonstrieren und bildeten damit die größte Demonstration, die es in der Provinz Zeeland jemals gegeben hatte. Obwohl es sich um eine nationale Aktion handelte, kam der größte Teil der Demonstranten wohl aus der Region. Einer der direkten Anlässe für die Demo und wohl auch ein Hauptgrund für die starke Beteiligung der regionalen Bevölkerung waren die Pläne der PZEM („Provinciale Zeelandse Electriciteits Maatschappij“ - AKW-Betreiber) die Aufnahmekapazität des AKW Borssele für radioaktiven Abfall zu vergrößern.

Der Aufruf zur Demo wurde nicht nur von vielen Umweltschutzorganisationen (z.B. „Landelijk Energie Komitee“, „Aktie Strohalm“, und „Vereniging Milieudefensie“) getragen, sondern auch von allen linken politischen Parteien (die sozialdemokratische PvdA und die revisionistische CPN eingeschlossen) und von anderen Organisationen wie z.B. dem NIVON (Naturfreunde) und dem „Hervormde Jeugdraad“ (kirchliche Organisation), sowie von einigen regionalen Organisationen. Ein Genosse aus Sittard (Niederlande)

Fortsetzung von der vorherigen Seite

res Landesverwesers protestiert, gelang es Börner am 10. Mai auf dem SPD-Landesparteitag, eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Marsch in eine atomare Zukunft zu bekommen. Ein Leitantrag des SPD-Landesvorstandes, der öffentlich als „Kompromiß“ verkauft wird, hält Börner und seinen Komplizen alle Möglichkeiten offen: „Die Bereitschaft der Hessischen Landesregierung, an der Lösung des Problems der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente mitzuwirken und auch Hessen als möglichen Standort einer Wiederaufbereitungsanlage nicht auszuschließen, darf daher nicht zu einer Vorentscheidung führen.“

Nun hat sich die Landesregierung längst entschieden. Matthöfer konnte den Delegierten deshalb auch versichern, daß sein Kanzler hinter dem Antrag stehe. Ein Antrag von SPD-„Linken“, die Landesregierung aufzufordern, „das Projekt einer hessischen Wiederaufbereitung jetzt nicht weiterzuverfolgen“, war zuvor knapp abgelehnt worden. Dann stimmten die Delegierten für den Schmidt-Börner-Antrag. Damit dürfte der parteiinterne Widerstand gegen eine hessische WAA einen schweren Rückschlag erlitten haben, auch wenn Jusos-Vorsitzender Wentz eine Fortsetzung des Widerstandes in der SPD ankündigt. Das wird Börner ebenso wenig beeindrucken wie eine „bundesweite“ Demo von 800 Jusos vor dem Parteitag gegen die WAA-Pläne. Zwar hatte er für alle Fälle eine Hundertschaft nordhessischer Jungbullen in der Hinterhand gehabt, aber Jusos-Ordner sorgten selber dafür, daß der Protest im parteiintegrated Rahmen blieb: Die Halle wurde mit einer doppelten Ornerkette vor ungebetenen Besuchern abgesichert, ebenso ein „Infostand“ einer „Bürgerinitiative für Kernenergie“. Einen Antrag auf Unterbrechung des Parteitages für die Teilnahme an der Demo stellte Jusos-Wentz entgegen vorheriger Ankündigung lieber gar nicht erst. Im wesentlichen sind die Jusos-Führer einfach sauer auf ihre

oberen Etagen, weil ihnen das Geschäft, Jugendliche, die nicht gerade Schmidt-Fans sind, zu integrieren, mit Börners rigoroser Atompolitik mittlerweile fast unmöglich gemacht wird. Damit geht dann natürlich auch ihr parteiinterner Einfluß gegen Null.

Die Protestaktionen gegen die hessische Atompolitik in den letzten Wochen, Demonstrationen in Darmstadt, Hersfeld-Mecklar mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern, der „herzliche“ Empfang von Börner am 1. Mai in Borken durch die nordhessischen AKW-Gegner usw. spielen sich bereits ohne jeglichen relevanten Einfluß der Jusos ab.

BUND-Hessen gegen AKWs und WAA

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Hessen (BUND), einer der fünf nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten und deshalb klageberechtigten Verbände traditioneller Umweltschützer, hat seine entschiedene Ablehnung einer WAA und des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken erklärt. Bereits an der Organisation der Demonstration von Darmstadt gegen das „Karrysburg“ in Hessen hatte der BUND aktiv mitgewirkt. Mittlerweile haben die BUND-Leute ihr Büro als Koordinierungsstelle für den Widerstand gegen die WAA in Hessen angeboten.

Vor einer Woche stellten sie ein energiepolitisches Grundsatzprogramm vor, in dem sie statt weiterer AKWs dezentrale Blockheizkraftwerke mit Einspeisung in das öffentliche Stromnetz, bessere Wärmedämmung und die Nutzung der Industrieschwärmeförderer fordern. Sondernarische bei den Strompreisen für Großabnehmer soll es nicht mehr geben. Der BUND protestiert gegen die Verdummungskampagne der Atombetreiber mit millionenteuren Anzeigenkampagnen in allen hessischen Tageszeitungen.

Biblis: Katastrophenübung war eine Katastrophe

12 entscheidende Mängel bei einer großen Katastrophenübung rund um

Biblis hat der BUND festgestellt.

Im Falle des Unfalls (der natürlich „nie“ eintreten wird) stehen der Bevölkerung des Kreises Bergstraße (über 50 000 Bewohner) immerhin drei Ärzte, die im Strahlenschutz ausgebildet sind, zur Verfügung... Insgesamt gibt es zwischen Karlsruhe und Wiesbaden für Strahlenverletzte keine 100 Krankenhausbetten, Schutzräume stehen ebenfalls nicht zur Verfügung. Bei Ausfall des Katastrophenschutzentrums in Heppenheim gäbe es keinen Ersatz. Die Katastrophenschutzpläne sind der Bevölkerung nicht zugänglich. Es gibt keine Sofort-Sicherheitsinformationen. Die Bevölkerung ist auf Evakuierungen nicht vorbereitet. Evakuierungen wären auch gar nicht möglich: Zufahrtswegen wären verstopft. Es gibt keine ausreichenden Transportkapazitäten. Die Katastrophenhelfer sind für den Atomunfall kaum ausgebildet und ausgerüstet.

Die Bevölkerung ist nicht mit Jod-Tabletten – gegen radioaktive Aerosole – versorgt usw. auf. Die Übung war auf die „Rettung“ von 60 000 Menschen angelegt. Im Gefahrenbereich von Biblis leben aber über eine Million Menschen. Die Katastrophenschutz-Helfer der Rettungsverbände sind hier für eine billige PR-Schau der Landesregierung und ihres Innenministers Gries benutzt worden und fanden den Ablauf (nach eigenem Bekunden in verschiedenen Zeitungen) selber lächerlich. Zufrieden waren allein Gries und sein Kollege Böckmann aus Wiesbaden-Pfaff.

Mangelnde Kompetenz der Regierung kam auch noch bei einer anderen Gelegenheit ans Tageslicht. Auf einen kritischen „Offenen Brief“ der Jusos antwortete Wirtschaftsminister Karry. Das Antwortschreiben hatte er sich praktisch selbst von der DWK ausarbeiten lassen. Somit beantwortet jetzt der Antragsteller für die WAA die Korrespondenz der Genehmigungsbehörde (nach FAZ vom 8.5.). Offener geht's wirklich nicht mehr.

KB/Gruppe Frankfurt

Hamburg:

Polizei-Einsatz gegen „Punker“



Punker-Alttag in Hamburg: Festnahmen und Polizeiprüge!



Bilder: „Mopo“, 6.5.1980

Dieser Artikel entstand aus einem Gespräch zwischen einer 55B-Schülerin (Punkerin) und einem Genossen der Antifa-Kommision. Er beschreibt die Wirklichkeit von Jugendlichen, die sich nicht integrieren lassen wollen. Er zeigt aber auch ein Hamburger Norm auf. Nämlich die mögliche Solidarität verschiedener Gruppen von Jugendlichen gegen die Schikanen und Provokationen der Polizei.

„Eins hatten sie gemeinsam, dumpfen Haß auf alles“. So die „Bild“ am 5.5.80 zu den Auseinandersetzungen zwischen Punks, Teds, Rockern einerseits und der Polizei andererseits. Vor etwa einem halben Jahr war dies noch nicht so. Für die Teds waren damals die größten Feinde die Punks und umgekehrt. Es gab fast täglich Massenschlägereien am Hauptbahnhof zwischen den beiden Gruppen. Das ging sogar so weit, daß ein Punker von Teds vor die U-Bahn gestoßen und dabei getötet wurde. Die eher friedfertigen Punks sahen bei solchen Schlägereien meistens „alt“ aus. In den Medien kann man es allerdings genau andersrum lesen: „Eine Schere blüht auf, die Punks wollen ihrem Opfer die prächtige Haarfolle abschneiden ... Die Punks stoßen ihn auf die Bahngleise ... Sekunden später donnert ein Zug in die Station ...“ (Pop, 7/80). Zu diesem Zeitpunkt kümmerten sich die Bullen kaum um die Schlägereien der Jugendlichen untereinander. Das sollte sich allerdings bald ändern.

Am 27. November 1979 rüsten Punks und Teds zu einer „Entscheidungsschlacht“. Doch bevor etwas geschieht, werden die Teds am Hauptbahnhof von der Polizei festgenommen. Die Punks waren ins Karolinenviertel gegangen und mußten mit ansehen, wie das ganze Viertel hermetisch von der Polizei abgeriegelt wurde. Bei dieser Polizeikontrolle wurden 67 Punker festgenommen: einer der größten Einsätze der Polizei gegen Jugendliche seit langem. Zugleich begann die Presse, sich des Themas anzunehmen: „Konzert für Flüche, Ordner

und Rocker“ („Welt“). „Keine Chance für Teds und Punks“ („Morgenpost“). „Punker schlugen zu, 61 gefaßt“ („Hamburger Abendblatt“). Der Tenor der Artikel war immer der gleiche. Die Teds und Punks sollten weiter gegeneinander aufgeschachtelt werden. Die Jugendlichen prügeln sich untereinander, die Polizei räumt ab.

Es geschah aber das Gegenteil. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen ebten ab, man kam zu Gesprächen untereinander.

Der Terror der Polizei beginnt

Seit ca. 4 Wochen treffen sich die Punks und Teds jeden Nachmittag am Mönckebrunnen in der Innenstadt. Anlaß waren Artikel im „Stern“ und im „Spiegel“, wo Popper (Jugendliche, die durch betont saubere und teure Kleidung, ordentlichen Haarschnitt usw. hervorstechen und über die „Prolos“ hetzen, zu denen sich Punks, aber auch Teds zählen).

Am 27.4. ging der Ärger mit den Bullen los. An diesem Tag war ein HSV-Heimspiel und so trafen am Mönckebrunnen viele Jugendliche zusammen. Im Gegensatz zur „Bild“-Version („Punk-Rocker“ prügeln sich mit HSV-Fans), prügeln sich Punks, Teds, Rocker und HSV-Fans gemeinsam mit den Bullen. Die bekamen dabei „gut auf die Fresse“. Dieser Dämpfer auf den polizeilichen Tatendrang war „gut auf die Fresse“. Seit diesem Erfolg der Jugendlichen haben sich die Polizeischikanen erheblich verschärft. Zivilisierender, MEK-Leute und uniformierte Streifen sind täglich am Mönckebrunnen zugegen, provozieren, nehmen „Festnahmen zur Personalienfeststellung“ vor usw. Berichte aus dem Alltag:

„Eine kleine Gruppe von Anarchos, Teds und Punks steht nachmittags am Mönckebrunnen bei Burger-King, unterhalten sich, trinken Bier, Polizei-Streifenwagen halten an. Die Bullen kommen mit Knüppeln und Chemical-Mace auf die Gruppe zu. Der Oberbulle brüllt: „Wer mit der Sache zu tun hat, geht auf die rechte Seite, wer nicht auf die linke“. Niemand wußte, worum es sich handelt.

te. Ein Junge fragt nach und wird zusammengeschlagen und festgenommen. Einige, die versuchen, ihm zu helfen, wurden aus nächster Nähe mit Chemical-Mace besprüht und bekamen Schläge mit Knüppeln ab. Der Junge wurde verhaftet und weggeführt.

Am nächsten Tag stehen 5 Teds und Punks am Mönckebrunnen. Die Bullen kommen und sagen sie sollten verschwinden, sonst würden sie verhaftet werden und die Nacht im Knast sitzen. Also gingen die Punks und Teds weg. Sie warteten darauf, daß die Ampel grün wird, als die Polizeiwagen ankamen, die Bullen ausstiegen und die Gruppe vollkommen ohne Grund festnahmen.

Ein anderes mal sitzt ein Punk bei Burger King und trinkt ein Bier. Der Besitzer holte die Polizei, weil ihm das Bier nicht schmeckt. Der Punk wird von den Bullen abgeholt, zur Wache gebracht und dort erkrankungsdienstlich behandelt.“ (Aus einem Flugblatt von „Schüler gegen rechts“).

Am 3. Mai zogen Punks und andere Jugendliche in das Schicksalsviertel Pöhlendorf, um die Popper mal aufzumischen. Ein paar Autos und Schaufensterbeschäden blieben dabei auf der Strecke. Kurz darauf war die offenbar schon vorher informierte Polizei manövriert zur Stelle, um mit äußerster Brutalität über die Jugendlichen herzufallen. Die „Morgenpost“ dokumentierte mit Fotos z.B. „wie ein Mädchen ... grundlos von einem jungen Beamten ... Jugendlichen herzufallen. Die „Morgenpost“ dokumentierte mit Fotos z.B. „wie ein Mädchen ... grundlos von einem jungen Beamten mehrfach mit dem Schlagstock geschlagen wurde. Ohne daß es Polizisten in irgendeiner Weise angegriffen hätte, erhielt das Mädchen Stockschläge an den Kopf und den Körper“ (Mopo, 6.5.). Auch zwei Frauen, die zufällig am Ort des Polizeikrawalls vorbeikamen, wurden von den Bullen angegriffen: „Wir riefen den Polizisten noch zu, daß wir nichts mit den Punks zu tun hätten, aber es half nichts. Die drehten uns brutal die Arme um, schlugen uns mit dem Stock und wir rissen die ein Bündel Haare aus“. Die beiden Frauen wurden festgenommen und stundenlang auf einer Wache festgehalten (Mopo, 6.5.).

Insgesamt wurden bei diesen Ausreitungen der Polizei über 100 Jugendliche festgenommen. Eine Woche später am 10.5. Die Bullen rücken mit 80 Uniformierten, Zivilen, MEK-Leuten und bürgerlichen Kötern am Mönckebrunnen an. 64 Punker werden festgenommen. Diesmal gibt es nicht einmal einen Vorwand. Vorbeugehaft! Der Polizei sei „bekannt gewesen“, daß die Punks „gewalttätige Aktionen ... geplant“ hätten. Dem sei die Polizei „durch blitzschnellen Eingreifen“ zuvorgekommen! („Bild“ und „Hamb. Abendblatt“, 12.5.).

Und am 13.5.: Wieder einmal 21 Jugendliche in der Innenstadt festgenommen! Laut „Bild“ (14.5.) hatten sie „randaliert“ und „Pamanten

belästigt“. Wahrscheinlicher klingt die Version der „Morgenpost“: Die 21 seien wegen eines Besuchs von Bundespräsident Carstens im Rathaus, „vorübergehend in Gewahrsam ge-

Die Presse reagiert auf ihre Weise. Nachdem sie damit scheiterte, die Jugendlichen gegeneinander zu hetzen, setzt sie nun offenbar auf ein neues Feindbild: „Die Punks“ als Synonym für Terror auf den Straßen. „Die roten Punks: Nadel im Ohr, Haß auf die Welt“. „Alles wider sie an“. „Wer auffällt, wird verprügelt“ (Thomas Wiczorek in der „Bild“, 14.5.). Ähnliches gab es bereits einmal, wenn auch nicht vergleichbar von der Bewegung her, so doch in der Polizei-Strategie und der flankierenden Pressekampagne: So wurde in den 60er und frühen 70er Jahren „argumentiert“, als es um die Zerschlagung der zahlreichen Rockerbanden ging. Das Ergebnis ist bekannt: Es gibt in Hamburg keine Rocker mehr – sie sind im Knast, haben Bewährung oder wurden integriert. Polizei-Senator Staak (SPD) weiß, wovon er spricht, wenn er droht: „Die Gewalttätigkeit der Rocker konnte vor Jahren von der Polizei ganz wesentlich zurückgedrängt werden. Mit der gleichen Energie wird ... gegen die jetzt in Hamburg auftretenden Gruppen vorgegangen werden“.

Die Presse reagiert auf ihre Weise. Nachdem sie damit scheiterte, die Jugendlichen gegeneinander zu hetzen, setzt sie nun offenbar auf ein neues Feindbild: „Die Punks“ als Synonym für Terror auf den Straßen. „Die roten Punks: Nadel im Ohr, Haß auf die Welt“. „Alles wider sie an“. „Wer auffällt, wird verprügelt“ (Thomas Wiczorek in der „Bild“, 14.5.). Ähnliches gab es bereits einmal, wenn auch nicht vergleichbar von der Bewegung her, so doch in der Polizei-Strategie und der flankierenden Pressekampagne: So wurde in den 60er und frühen 70er Jahren „argumentiert“, als es um die Zerschlagung der zahlreichen Rockerbanden ging. Das Ergebnis ist bekannt: Es gibt in Hamburg keine Rocker mehr – sie sind im Knast, haben Bewährung oder wurden integriert. Polizei-Senator Staak (SPD) weiß, wovon er spricht, wenn er droht: „Die Gewalttätigkeit der Rocker konnte vor Jahren von der Polizei ganz wesentlich zurückgedrängt werden. Mit der gleichen Energie wird ... gegen die jetzt in Hamburg auftretenden Gruppen vorgegangen werden“.

Baums BKA-„Erfolge“

Baums BKA-„Erfolge“ in Paris

In Banken und Postfilialen wird dieser Tage der „Terroristen“-Stockbrief auf den aktuellen Stand gebracht. Am 5. Mai wurde in Paris von einem Bundeskommando eine Wohnung gestürmt und mit direkter Beteiligung des BKA wurden fünf Frauen verhaftet, von denen zwei zu den „17 Meistgesuchten“, eine zu den „40 Meistgesuchten“ und zwei zu den bislang gänzlich Unbekannten gehören.

Nach „langerer Zeit der Vorbereitung“ war es Bundesinnenminister Baum persönlich, der bei seinem französischen Amtskollegen auf schnelles Zuschlagen drängte und sich damit auch durchsetzte. Die französischen Kollegen hielten zum Abwarten geraten: Ihrer Ansicht nach befinden sich noch vier weitere „mutmaßliche Terroristen“ aus der BRD in Paris.

Nachdem sich der lange Arm des BKA nach eigenem Bekunden machtete in den Südjemen ausgereckt hatte, um dort die Spur Sieglinde Hofmann aufzunehmen, ging die Fahndung weiter nach Paris. Hier konnte man den französischen Kollegen die Mitwirkung schlecht verzeihen, behielt aber, wie Baums erfolgreiche Intervention und auch Herolds persönliches Erscheinen in Paris vermuten lassen, das Heft in der Hand.

In den offiziellen Verlautbarungen über den Ablauf dieser Aktion liegt ein längst fälliges Geständnis.

Ob alle fünf Frauen sich nun zur Zeit des Bullenüberfalls in der Wohnung befunden haben („Bild“ und „Welt“ vom 7.5.) oder zunächst nur Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabas („Tagesspiegel“ vom 8.5.) – feststeht, daß das BKA durch seine Darstellung dieser Festnahme die eintägige Rechtfertigung für die Erschließung Elisabeth van Dyck und die Beinahe-Erschießung Rolf Heißlers eindeutig selbst widerlegt: angeblich hat auch Sieglinde Hofmann versucht, eine Waffe zu ziehen, und brauchte trotzdem nicht erschossen zu werden, obwohl die Bullen sogar erst in die Wohnung eindringen mußten. Daß das nicht an dem besonderen Tatgefühl der französischen Polizei liegen kann, zeigt die öffentliche Hinrichtung von Jacques Mesrine am 2.11.79 in Paris. Es gibt offenbar also doch noch höhere Instanzen als das Notwehr-Ermessen eines einzelnen Beamten, der in solchen Fällen über Leben und Tod entscheidet.

(Hamburger Abendblatt, 10.5.). „Angesichts des Punks-Terrors ... rüft ein Landespolizeidirektor Werner Gass und seine Experten an einem Konzept gegen die zunehmenden Greuelen von Kinder- und Jugendbanden“ (HA, 6.5.).

Einiges ist den Tüftlern vom Dienst schon eingefallen. Beispielsweise: alle festgenommenen Minderjährigen müssen von den Eltern bei der Polizei abgeholt werden! Die Eltern „werden dann um Unterstützung bei den polizeilichen Bemühungen gebeten“ wobei das Instrumentarium der „polizeilichen Bemühungen“ ja bekannt ist: Knüppel, Fußtritte, Hundebisse, ausgerissene Haare. Senator Staak kommentiert dieses Bündnis zwischen polizeilicher und elterlicher Gewalt mit zitierendem Zynismus: „Hierin sehe ich die Möglichkeit, die Jugendlichen zu beeinflussen und zu beeinflussen“. Und der Polizeipräsident Rodding erläutert seine Wünsche im Detail: „Ich wünsche mir, daß sich Eltern die Freunde und Bekannten ihrer Kinder ansehen und ihren Kindern offen sagen, wenn ihnen der Umgang nicht gefällt ... So können sie mithelfen, die Kinder und Jugendlichen daran zu hindern, Straftaten zu begehen“.

Eine Genossin des Schicksals 55B (Punkerin) und Antifa-Kommision Hamburg



Sprühdosen-Einsatz gegen Punk Rocker

Bild: „Mopo“, 24.4.1980

Antifa Kommission KB/Gruppe Hamburg

Dritte Runde im Schmücker-Prozeß?

Immer neue Überraschungen im Westberliner Geheimdienst-Skandal

Der Versuch des Verfassungsschutzes, seine Verstrickung in den Mordfall Schnücker zu vertuschen, nimmt kuriose Formen an: Offenbar vom VS selbst gefälschte „Dokumente“, die den handfesten Nachweis der Verantwortung des VS für die Ermordung Schnückers zu erbringen schienen, wurden dem Journalisten Stefan Aust zugespielt, um sie nachher mit großer „Empörung“ als Totalfälschungen „entlarven“ zu können.

Nachdem es in zwei Prozessen gegen eine Wolfsburger Gruppe nicht gelungen war, Aussagegenehmigungen für die in den Fall Schmücker verwickelten VSler durchzusetzen, hat Innenminister Baum jetzt — fast zehn Monate nach der zweiten Urteilsverkündung — die Aussagegenehmigung für einen der bisher verhinderten VS-Zeugen erteilt. Ein drittes Verfahren ist zu erwarten.

Zur Erinnerung...

Ulrich Schniecker wurde 1972 u.a. mit Inge Viett als Mitglied der „Bewegung 2. Juni“ festgenommen. Im Kessel gelang es einem „Peter Röhl“ (= Michael Grünhagen) vom

Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Schmöcker umzudrehen und zu umfangreichen Aussagen zu bewegen. „Rühl“ ging es dabei nicht darum, Schmöcker zu einem Kronzeugen zu machen, dieser sollte vielmehr

nach baldiger Haftentlassung als Agent für den VS weiter in der legalen und illegalen linken Szene arbeiten. Nachdem der Plan eines vom VS organisierten Austruchs aus dem Ksst wegen des zu großen Risikos verworfen worden war, wurde Schmücker im Februar '73 - verabschiedungsgemäß - zu 30 Monaten verurteilt und unter Anreichte der U-Haft sofort auf freien Fuß gesetzt. Nach seiner Freilassung wurde er ständig von „Rühl“ aufgesucht, die Einschleusung Schmückers in die linke Szene war schwieriger geworden, da sich herausgesprochen hatte, daß er „schwungen“ hatte. Bald lernte Schmücker aber Götz Tilgner kennen, der ihm falsche Papiere besorgte. Tilgner - vermutlich ein VS-Informant - vergiftete sich gut drei Jahre später mit Tabletten.

Obwohl Schmücker unter falschem Namen und mit falschem Papieren lebte, wurde er etwa ein Jahr nach seiner Haftentlassung von einem ehemaligen Mithäftling wiedererkannt. Bevor er überhaupt für den VS spitzeln konnte, war seine Agenten-Karriere damit bereits beendet. Für den VS war er jetzt aber nicht nur unbrauchbar, sondern auch gefährlich geworden; Schmücker hat wahrscheinlich mehrfach mit dem Gedanken gespielt, wieder die Fronten zu wechseln und über den VS zu seine Methoden auszunutzen.

Am 31. Mai '74 bittet Schmückers den VS um eine Schußwaffe, da sich „vom linken Genossee beobachtet“ und „konkret gefährdet“ fühle. Die Waffe wird ihm verweigert. Vier Tage später, am 4. Juni, trifft er sich ein letztes Mal mit dem Verfassungsschutz. Noch in der gleichen Nacht wird er im Grunewald er-

Zwei Jahre später wurden eine Wolfenburger Gruppe und Jürgen Bodeux als gemeinschaftliche Mörder Schmücker zum ersten Mal verurteilt. Anklage und Urteil stützten sich im wesentlichen auf die Aussagen dieses Bodeux, der behauptet, die Wolfenburger Gruppe und er hätten im Auftrag der „Bewegung 2. Juni“ und unter „Führung“ von Ilse Jandt die Ermordung des Verräters Schmücker geplant, Wolfgang Weßlau sei der Todeschütze gewesen.

Der BGH hob diese Urteile - bis auf das gegen Bodeux, der sein Urteil angenommen hatte und nach zweieinhalb Jahren aus dem Kna kam - auf, da es das Gericht unterlassen habe, sämtliche Protokolle über richterliche und vor dem Richter beständige polizeiliche Vernehmungen der Angeklagten Bodeux zu verlesen. Diese Protokolle wurden deshalb nicht unbedeutend, weil die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen Bodeux immer mehr ins Wanken geriet.

Im zweiten Prozeß (1978/79) er-
klärte sich dann der Verdacht,
daß Bodeux kein im Knast gelän-
deter „Terrorist“ ist, sondern daß
er bereits lange vor der von ihm -
nach eigenen Angaben - mitaus-
geführten Erschießung Schmeckers
beste Kontakte zum Kölner Bundes-
amt für Verfassungsschutz gepflegt
hätte.

- So wurde Bodeux 1973 aus der Roten Hilfe Köln geschieden, weil man ihn dort schon damals für einen Agent provocateur hielt.

- Auch bei der RH Bonn hatte er kein Glück: such dort wollte man nichts mehr von ihm wissen, nachdem er vorgeschlagen hatte, den enttarnten Spitzel Norbert Behnke zu erschießen. Bei seinem Abgang in Bonn klappte er noch die RH Kasse.

- Neben vielen weiteren Indizes für Bodeuxs Agenten-Tätigkeit war aber die vom „Stern“ (45/78 und 12/79) ausgegrabene „Spurenakte 74“ am bedeutendsten: Nach einem Porzer Raubmord im Dezember ’73 wurde auf Veranlassung des VS auch gegen „Angehörige einer anarchistischen Gruppe“, konkret gegen Robert Jaroway und Wernfried Keimert gefahndet. In einem Aktenvermerk („Spurenakte 74“) notierte der Porzer Kommandant Koppermann: „Die VS-Beamte Koppermann habe ihm mitgeteilt, er wolle „über einen Informanten in Erfahrung bringen, ... wer für den Porzer Raubmord in Frage kommt“ („Stern“, 12/79). Wenig später notierte der gewissenhafte Kondzielski, Koppermann habe ihm weiter mitgeteilt, „daß der Porzer Kontaktmann ermittelt wurde. Hiernech soll es sich um den Jürgen Budeux handeln“ (abenda).

Dies hat Kondziols im Schmückerprozeß bestätigt. Der VS dagegen behauptet, es handle sich dabei um ein „Mißverständnis“. Koppermann habe mit „Kontaktmann“ den Kontaktmann der „Schwarzen Hilfe Port“ gemeint. Koppermann selbst erhielt trotz gerichtlicher Ladung „im Hinblick auf das Wohl der Bundesrepublik“ keine Aussagegenehmigung des

Auch „Peter Rühl“ bzw. Michael Grünhagen erhält von seinem obersten Dienstherren, Innenminister Ulrich, keine Aussagegenehmigung.

Das Gericht fand sich damit ab und verurteilte die Wolfsburger Gruppe ein zweites Mal: Die Landt zu lebenslanger Haft, Wolfgang Weblau zu acht, Annette v. Wedel, Sönke Löffler und Wolfgang Strüken zu je vier Jahren Jugendstrafe.

Die Verteidiger haben auch diesmal Revision eingelegt, über die noch nicht entschieden ist.

Die neuesten „Enthüllungen“ des Stefan Aust

Vor kurzem ist im „Konkret Literatur Verlag“ ein Buch des NDR-Redakteurs und „konkret“-Autors Stefan Aust über „Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker“ erschienen („Kennwort Hundert Blumen“). Er verarbeitet dort die bisher bekanntgewordenen Fakten über die Rolle des VS im Fall Schmücker zu einem Polit-Thriller, wobei er freilich von der Schuld der Wolfsburger Gruppe ausgeht und nachweisbare Tatsachen mit fantasievollen „Anekdotchen“ erdichtet.

„Adegoischen“ ergibt.

Im letzten Kapitel veröffentlicht Aus neues Material, das ihm von einem „Informanten“, über den Aus ... wußte, daß er über Verbindungen zu Geheimdienstkreisen verfügte (S. 276), zugepielt worden war. Aus diesen - scheinbaren - Dokumenten geht mehrfach und eindeutig hervor, daß Bodeux schon vor Schürckers Tod für den VS gearbeitet hat. Da heißt es z.B. in einem angeblichen Vermerk des Hessischen Landeskriminalamtes vom 26.8.74 (zum Tag der Verhaftung von Bodeux und Ilse Jaadt in Darmstadt): „Herr wurde mit Herrn Koppermann (BfV III) nochmals telefonisch Rücksprache gehalten betreffend der Verhaftung der Jandt und Bodeux in Darmstadt. Aus vorliegenden Vermerken (s.BL 16/23) geht hervor, daß die Jandt und Bodeux in Darmstadt aus vorliegenden Vermerken (s.BL 16/23) geht hervor, daß der Bodeux ... lt. Auskunft der BfV/III als Informant tätig gewesen sei.“ (S. 284 f.). Und in einem angeblichen Brief des Hessischen LKA an das BKA steht geschrieben: „Sollten über die Tätigkeit des ... weitere Erkenntnisse erforderlich sein, wurde um Kontaktaufnahme mit BfV - Hr. Koppermann - und LFV Berlin - Hr. Grünhagen gebeten“ (S. 287).



V-Mann-Führer Michael Grunhagen alias „Peter Ruhr“

Wenn es sich hier wirklich um Fälschungen handelt, ist sicherlich auszuschließen, daß der renommierte NDR-Redaktor Aust selbst gefälscht hat. So kommt auch der „Stern“ (5.8.) zu der Schlussfolgerung, es bleibe „bei allen Enthüllungen nur der Verdacht. Beim Bundeskriminalamt oder beim Verfassungsschutz muß es eine ‘Abteilung Desinformation’ geben, die mit gefälschten Papieren Journalisten aufs Kreuz legen und Kritiker damit mundtot machen will. Motto: Wer erst mal blamiert ist, wird nicht weiterrecherchieren.“ Gerade im Mordfall Schmücker ist nicht auszuschließen, daß es in den Sicherheitsbehörden Leute gibt, die an einer rationalen Denkmäler ist nicht auszuschließen, daß es in den Sicherheitsbehörden Leute gibt, die an einer rationalen Ausdrückung nicht interessiert sind. Dann immer noch ist ungeklärt, ob der Mörder Bodeux mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitete.“

Am Schluß von Austs Buch heißt es, es gebe im Grunde nur zwei Möglichkeiten „Entweder sind die Unterlagen falsch — dann muß es eine Abteilung „Desinformation“ in einem der Ämter geben, mit der Zuleitung, Journalisten durch gestellte Falschinformationen aufs Glatteis zu führen. Oder aber die Unterlagen sind echt. Was das bedeutet, liegt auf der Hand. Ich neige der zweiten Möglichkeit zu. Das letzte Kapitel über den Mordfall Schmieder ist noch nicht geschrieben.“ Es ist nun wohl an der Zeit, daß Aust sein letztes Kapitel über seinen dubiosen „Informanten“ schreibt!

Um nicht mißverstanden zu werden: Nach wie vor spricht sehr viel dafür, daß der Inhalt der vermeintlichen Dokumente im wesentlichen den Tatsachen entspricht, nur die Verpackung ist mit ziemlicher Sicherheit gefälscht.

Korrespondenz muß ausseren

Am 13.5. sollte vor dem Oberverwaltungsgericht endlich über die Rechtmäßigkeit der Ausmaßeinweisung für den STV-Mann Koppermann entschieden werden. Die Verhandlung wurde aber hinfällig, nachdem Innenminister Baum am 8.5. als oberster Dienstherr Koppermanns zehn Monate nach der Urteilverkündung (!) die Ausmaßeinweisung von sich aus erteilt hat. Damit dürfte ein drittes Verfahren unumgänglich sein.

Es ist anzunehmen, daß Baume überraschender Entschluß eine Reaktion auf den „Sturm“-Artikel des gleichen Tages war. In diesem Artikel ist im Hinblick auf das anstehende Verwaltungsgerichtverfahren die Äußerung Baumes zum Proll-Prozeß zitiert: „Wer aber ein Verbrechen etwas auszuüben kann, muß vor Gericht, wie jeder andere Bürger

[Fortsetzung auf der nächsten Seite](#)



Fortsetzung von der vorherigen Seite

auch." Gerade in einem Wahljahr hat Baum allen Grund, seine angebliche „Liberalisierungs-Kampagne“ nicht unglaublich erscheinen zu lassen.

Auch wenn ein drittes Verfahren schon ein großer Erfolg wäre, ist damit allein noch nicht viel gewonnen. Erfahrungsgemäß bekommen Verfassungsschützer – wenn überhaupt – nur sehr beschränkte Aussagegenehmigungen, d.h., daß sie immer dann, wenn es interessant wird, vor Gericht schweigen. Dazu kommt, daß nach wie vor der wohl wichtigste Zeuge der Westberliner Mann Grünhagen alias „Peter Rühl“, von Innenminister Ulrich keine Aussagegenehmigung erhalten hat. Schon im Prozeß gegen Astrid Pral hatte Ulrich gleichem Grünhagen die Aussagegenehmigung verweigert, was zur sofortigen Freilassung von Astrid führte.

Als im ersten Schmücker-Prozeß nach langem Tauschen der Westberliner VS-Chef vor Gericht (beschränkt) aussagen durfte, sagte er unter Eid: „Am Tag der Verhaftung des VS, Anm. AK) mit Schmücker zusammen. Er ist nicht observiert worden.“ „Doch Zeugen haben Grünhagen/Rühl auf Fotos, die kurz nach dem Mord am Tatort im Grunewald gemacht wurden, eindeutig wiedererkannt“ („Stern“, 8.5).

Sekt über fünfeinhalb Jahren in Untersuchungshaft

Obwohl Wolfgang Weßlau schon seit drei Monaten zwei Drittel seiner (noch nicht rechtskräftigen) Strafe abgesessen hat, sitzt er immer noch in U-Haft, er hat das älteste Aktenzeichen aller U-Häftlinge im ganzen Mosbiter Knast. Das Kammergericht hat eine Haftverrechnung kürzlich abgelehnt, da es keine Anhaltspunkte dafür gebe, daß Wolfgang eine „gewandelte Einschätzung zur Rechtsordnung“ habe.

Illa Jandt wurde Ende letzten Jahres nach jahrelanger Kleingruppen- und Totalisolation im Mosbiter „Turm“ endlich in die Leichter Straße rückverlegt.

Trotz ihres äußerst schlechten Gesundheitszustandes wird sie gerade in letzter Zeit von fast allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Die Frauen, mit denen sie Kontakt bekommt, werden ständig umverlegt, so daß emotionale Bindungen kaum entstehen können oder abrupt zerfallen werden. Besuche gibt es nur mit Staatschutz und bei absoluten Notfällen.

Der Kontakt zu Verwandten ist ebenfalls sehr eingeschränkt. Besuche gibt es nur mit Staatschutz und bei absolutem Berührungsverbot. Zeitweilige Zeitungszensur, gestrichener Hofgang, dreiwöchige Beförderungsdauer ihrer Briefe usw. gehören zu ihrem Knastalltag. Die beiden Frauen, die sie regelmäßig besuchen, sehen sich ihrerseits seit einigen Wochen anonymen Anrufen und Denunziationen am Arbeitsplatz, bei Freunden und zuhause ausgesetzt.

Es ist zu befürchten, daß der Druck auf Illa Jandt sich weiter verschärfen wird. Bei einem dritten Prozeß würde ein „Geständnis“ den VS doch sehr aufatmen lassen.

Der Protest ist noch zu leise

In Westberlin gibt es eine Initiative, die sich für ein neues Revisionsverfahren und für die Haftverrechnung für Wolfgang Weßlau und Illa Jandt einsetzt. Sie hat kürzlich eine Broschüre zur Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker herausgegeben, die für 2,50 DM zu bestellen ist bei: c/o Anke v. Gierke, Rathenower Str. 29, 1000 Berlin 21.

PschK Nr. 1974 49-100.

Es wird letztlich vom Druck der Öffentlichkeit abhängen, ob es dem Verfassungsschutz gelingen wird, einen seiner größten Skandale zu vertuschen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Kurzmeldungen

Prozeß gegen Dorff und Taurus wird wieder aufgerollt

Vor der hessischen Staatschutzkammer begann am 22.4. der Prozeß gegen Klaus Dorff und Jürgen Taurus, denen die Staatsanwaltschaft die Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ und mehrere Banküberfälle vorwirft. Dieser Prozeß wird jetzt das zweite Mal aufgerollt, weil der Bundesgerichtshof auf Antrag der Verteidigung das Frankfurter Urteil aus dem Jahre 1978 aufgehoben hat. Unter Abtrennung des Verfahrens wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ – damit's schneller ging – wurden Dorff zu 13 Jahren und Taurus zu 7 1/2 Jahren verurteilt. Daß in dem damaligen Verfahren Beweisanträge der Verteidigung wegen „Prozessverschleppung“ einfach abgewiesen wurden, beurteilte der Bundesgerichtshof als „eklatanten Verfahrensfehler“, der „einer im Gesetz nicht vorgesehenen Prozeßstrafe“ gleichkomme. Auch kritisierte der BGH die Abtrennung des Vorwurfs der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, so daß im jetzigen Prozeß die Akte im vollen Umfang verhandelt wird und mit einem Jahr Verhandlungsdauer gerechnet werden muß.

Der Prozeß begann mit massiven Behinderungen der Öffentlichkeit, indem die Polizei die Personalien der Prozeßbesucher notierte und dabei die Schußwaffen direkt auf die Personen hielt. Der Richter ordnete hier eine Veränderung an, jedoch sah er sich nicht in der Lage sicherzustellen, daß die Namenslisten der Prozeßbesucher nicht im Laufe des Prozeßtages – bevor sie beim Bericht abgegeben wurden – von der Polizei weiterverwendet (sprich kopiert) wurden (FR, SZ, 24.4., „Tagesspiegel“, 23. 4.80).

Prof. Sigrist wieder vor Gericht

Münster: Am Montag, den 28.4. begann vor der 8. Strafkammer des Dortmunder Landgerichts die Berufungsverhandlung gegen den Münsterer Soziologieprofessor Christian Sigrist. Dieser war im August 1978 wegen einiger Äußerungen bei einer Podiumsdiskussion in Stockholm wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik und Beleidigung zu 5.400 DM, ersatzweise 45 Tage Haft verurteilt worden.

Sigrist hatte damals von einem Staatsanwalt gesprochen, „dieser mörderischen Bestie, die mit dem gleichen Personal doch weitergearbeitet hat nach 1945“. Das Gericht hat es als erwiesen angesehen, daß Sigrist wesentlich falsch behauptet habe, der Staatsapparat der Bundesrepublik habe nach 1945 „mit dem gleichen Personal“ weitergearbeitet wie in den Jahren zuvor. Dadurch – so die damalige Urteilsbegründung – ignorierte Sigrist nicht nur die offenkundige geschichtliche Entwicklung seit 1945, er beschimpfte vielmehr den Staat und seine verfassungsmäßigen Organe und mache beide böswillig verächtlich.

Die Verteidigung führte jetzt in der Berufung an, daß Sigrist nach § 37 StGB nur dann bestraft werden könne, wenn er Deutscher sei (das ist allerdings, obwohl die Nazis ihm als Juden die Nationalität entzogen hatten) und wenn die von der Justiz verfolgten Äußerungen auch in Schweden strafbar seien. Dies trifft jedoch nicht zu. Das Gericht lehnte den Antrag der Verteidigung, schwedische juristische Gutachten hierfür einzuholen zwar nicht ab, stellte ihn aber zurück zugunsten einer Paragrafen, den es nun in den Prozeß einführte § 5, Abs. 13 in dem es heißt: „Das deutsche Strafrecht gilt unabhängig vom Ort der Tat für folgende Taten die im Ausland begangen werden...“ Von diesem Paragraphen sind allerdings auch Ausländer betroffen, selbst wenn sie sich in ihrem Heimatland über die Bundesrepublik äußern, so wie es Prof. Sigrist getan hat. Wenn dieses Gerichtsverfahren sich durchsetzen sollte, schimmert es wieder das „Deutschland, Deutschland über alles...“ durch. In einem vorhergehenden Prozeß war Christian Sigrist schon einmal in zweiter Instanz zu 3000 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er ein Flugblatt unterzeichnet hatte, in dem die Mißhandlungen der Polizei an Günther Routhier, die zu dessen Tod führten, „Mord“ genannt wurden. Diese Meinung hatte er auch auf besagter Podiumsdiskussion geäußert, und sich damit gleich noch den Anklagepunkt der Beleidigung (der Polizei) eingeholt. Ein vom Wissenschaftsministerium angestregtes Disziplinarverfahren gegen ihn ruht bis zum Ausgang der Berufungsverhandlung. Hier droht also auch noch das Berufsverbot! (KAB)



„...daß ich bis zum Äußersten gehen werde...“

Nürnberg: Wir bekamen eine Erklärung des Untersuchungsgefangenen Peter Hausleitner zugesprochen. Wir wollen sie hier abdrucken, weil sie die „alltägliche Unterdrückung“ im Knast aufzeigt. Daß Peter Hausleitner für scheinbar Selbstverständliches in den Hungerstreik ging, macht das Ausmaß der Zustände deutlich, denen die Gefangenen in der BRD heute ausgesetzt sind.

Presserklärung

In der Nacht vom 28.4. auf den 29.4.80 hat der Nürnberger Untersuchungsgefangene PETER HAUSLEITNER einen Selbstmordversuch mit kaputtem Fleisch unternommen. Fleischergiftungen sind lebensgefährlich. Er ist zugleich seit dem 13.4.80 in Hungerstreik.

Als „Gegengift“ bekam er einige Tabletten und die Ankündigung, ihm am 30.4.80 in der Krankenstation des Nürnberger Gefängnisses das Wasser abzu-drehen.

Seine Forderungen und die Schilderungen von den Zuständen in der JVA Nürnberg (siehe unten) geben genau wieder, worunter die Gefangenen leiden und was sie wollen. Er selbst wollte nicht warten...

Peter Hausleitner
U-Haft Nürnberg Nürnberg, 27.4.80

Hiermit gebe ich bekannt, daß ich seit dem 13.4.80 aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der U-Haft Nürnberg in den vom 13.4.80 aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen in der U-Haft Nürnberg in Hungerstreik getreten bin.

Der U-Vollzug in Nürnberg grenzt an psychische und nervliche Folterhaft und kann bei depressiven Häftlingen zu irreparablen seelischen Schäden führen. Zur Begründung meiner Behauptung gebe ich folgende Tatsachen bekannt:

1. Der Besucherraum und die Besuchsbedingungen sind eine einzige seelische Grausamkeit. Durch die Räumlichkeiten ist es vollkommen unmöglich, sich normal zu unterhalten. Wegen der Lautstärke im vollen Raum und dem Trenntisch ist man gezwungen, laut zu schreien, um sich zu verstehen. Durch die Glastrennscheibe wird sogar verhindert, daß man seiner Frau wenigstens die Hand halten kann.
2. Das Verteilen der eingegangenen Briefe wird ungerechtfertigt herausgezögert. So kommt es vor, daß teilweise überhaupt keine Post verteilt wird und dann die angesammelten Briefe (zwischen 5 und 10) auf einmal ausgegeben werden.
3. Die sanitären Anlagen sind vollkommen veraltet und Warmwasserversorgung ist überhaupt nicht vorhanden. Vor den Fenstern sind Sichtblenden angebracht, so daß Sonnenlicht kaum eindringen kann. Die Fenster lassen sich nur einen Spalt öffnen, so daß man den Haftraum nicht durchlüften kann.
4. Umkleeschrank findet nur für Häftlinge in Einzelzellen 1 mal pro Woche je 1 1/2 Std. statt. Häftlinge in Gemeinschaftszellen mind 23 Std. am Tag in ihrem Haftraum eingeschlossen. Dies sind unerträgliche Zustände, die zu schwerwiegenden psychischen Schäden führen können (Hast-psychose, Zellenkoller etc.).
5. Die gesetzlich vorgeschriebenen Freizeitgruppen finden nur sporadisch statt. Gemeinschaftsveranstaltungen wie Sportgruppe, Pfarrergruppe etc. finden monatlich hintereinander nicht statt. Nach Anmeldung zu Gruppen betragen die Wartezeiten bis zu 6 Monate und mehr. Das Fernsehen ist beschränkt auf 3-4 mal im Monat.
6. Die ärztliche Versorgung ist nicht gewährleistet. Gefangene, die über gesundheitliche Beschwerden klagen, werden nicht untersucht und es werden unwirksame Medikamente ausgegeben, die nicht helfen. Durchmög-

lichkeit besteht nur 1 mal wöchent-

7. Die psychologische Betreuung ist völlig unzureichend. Für ca. 500 U-Gefangene gibt es nur eine Anstaltspsychologin, die völlig überlastet ist und außerdem mangels Kompetenz Gefangene gibt es nur eine Anstaltspsychologin, die völlig überlastet ist und außerdem mangels Kompetenz gegenüber der Anstaltsleitung wenig Positives für die Gefangenen erreichen kann.

8. Das Wachpersonal besteht zu 80% aus geistigen Tieffliegern mit „Macht-komplex“ und ohne Charakter. Die meisten Beamten haben nicht die geringste Kenntnis über den Umgang mit Menschen. Sie versuchen oft durch andauernde Provokationen und Schikanen die Nerven der Gefangenen aufs Äußerste zu strapazieren.

9. Die Anstaltskost ist übertrieben fettreich, vitaminarm und außerdem oft verdorben, verfallen oder ungenießbar. Man wird durch Korkklappen in der Tür „abgefüllt“, wie es sonst nur bei Tieren üblich ist.

10. Gefangene werden bis zu 3 Tagen ohne Kleidung in sogenannten „Beruhigungszellen“ untergebracht. Dies sind besonders Haftstrafen ohne Einrichtung, wo der Gefangene durch starke Hitzeeinwirkung (bis + 60 Grad C) gefoltert wird.

Aufgrund dieser untragbaren Verhältnisse muß ich mich gezwungen, passiven Widerstand in Form eines Hungerstreiks zu leisten und folgenden Forderungen zu stellen:

1. Wöchentlich 1 Stunde Einzelbesuch unter Überwachung eines Psychologen(in);
2. Täglich für mindestens 3 Stunden Fernsehempfang im Gemeinschaftsraum oder eigenes Fernsehgerät im Haftraum;
3. Aufschluß des Hafttraums täglich für mindestens 3 Stunden, auch für Gemeinschaftszellen;
4. Wöchentlich mindestens 8 Stunden Sport;
5. Qualifizierte Ärzte und ausreichende Versorgung mit Medikamenten, die auch wirklich helfen 2mal wöchentlich Durchmöglichkeit;
6. Fettarme Kost (KZ).

Ich wisse darauf hin, daß ich bis zum Äußersten gehen werde, falls meine Forderungen nicht erfüllt werden.

Peter Hausleitner
Kontaktadresse:
Michaela Coffman/bel M Hess
Falkenbergstr. 11
8500 Nürnberg
oder die Mutter von Peter
Hilde Ehemann
Bahnhofstr. 3
8544 Georgensgmünd

ersatzweise 45 Tage Haft verurteilt worden.

KAB

Ein Toter von Amts wegen?

Broschüre zum Schmücker-Prozeß

Von der Westberliner „Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß“ wurde jetzt eine Informationsbroschüre herausgegeben. Die Initiative will auf diesem Weg erreichen, daß in der Öffentlichkeit das Interesse an dem Verfahren wach bleibt und die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker bekannt wird. Ziel der Broschüre ist es, daß eine erneute Hauptverhandlung in dieser Sache durchgeführt wird, weil nur so der Verfassungsschutz gezwungen werden kann, seine Karten richtig auf den Tisch zu legen.

In der Broschüre wird anhand der bereits beweisbaren Fakten aufgezeigt, wie notwendig eine weitere Aufklärung des Sachverhaltes ist und mit welchen Mitteln Behörden und Justiz bisher versucht haben, diese Aufklärung zu verhindern.

So ergibt sich beispielsweise aus der ganzen Vorgeschichte des „Kreuzen“ Bodeux, daß dieser bereits früher als agent provocateur in linken Gruppen aufgetreten und als Informant des Verfassungsschutzes tätig gewesen ist. Da Bodeux eine Kollaborantenrolle mit dem Verfassungsschutz übernommen hat, würde seine Glaubwürdigkeit in sich zusammenbrechen, wenn seine Verbindungen zum Geheimdienst sich nicht mehr abstreiten ließen. Die gesamte Anklage stützt sich nämlich auf die Aussagen Bodeux'... Die Angaben anderer Zeugen dagegen sprechen eher dafür, daß alles ganz anders gewesen ist, als Bodeux dem Gericht glauben machen will. Z.B. sagte der Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz West-Berlin, Natnach, als Zeuge aus, daß Schmücker noch kurz vor seinem Tod in einem Gespräch mit dem Verfassungsschutz Berlin erklärt habe, er fühle sich „konkret bedroht“ und um eine Schußwaffe gebittet habe. Natnach durfte aber weder seiner beschränkten Aussagegenehmigung nicht die Namen der Personen nennen, von denen Schmücker sich bedroht fühlte. Natnach gab lediglich an, daß es nicht die Angeklagten waren!

Dies ist jedoch nicht der einzige Fall, in dem durch eine nicht erteilte Aussagegenehmigung die weitere Aufklärung zugunsten des angeblichen „Wohls des Landes“ oder „des Bundes“ nicht möglich war. Insbesondere die Verweigerung der Verteidigung, Bodeux' Verbindungen zum Geheimdienst nachzuweisen, scheiterten bisher daran, daß die Behörden keine Aussagegenehmigungen für die Beamten erteilten.

Daher wird in einem der Broschüre beigefügten Schreiben der „Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß“ an Innenminister Baum und den Innenminister von Westberlin Ulrich (jüngere), „daß das Landgericht Berlin bei dieser Sachlage den Mord nicht aufklären konnte. Das Verfahren hätte bis zur Anordnung der Aussagegenehmigungen durch die Verwaltungsgerichte ausgesetzt werden oder – in dubio pro reo – mit Freisprüchen enden müssen.“

Die Minister werden aufgefordert, „die Aussagegenehmigungen zu erteilen, damit in einer erneuten Verhandlung durch die Zeugnisaussagen der Verfassungsschutzbeamten der Sachverhalt richtig aufgeklärt werden kann.“

Die Broschüre „Ein Toter von Amts wegen? – Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker“ ist für 2,50 DM zu bestellen bei:

c/o Anke von Gierke
Rathenower Str. 29
1000 Berlin 21
Konto: A.v. Gierke
PSchK Bln West Nr. 1974 49-100



„...den Knast nicht länger als Institution am Rande der Gesellschaft begreifen“

Interview mit WERNER SCHLEGEL
(während seines Hafturlaubs)

Arbeiterkampf (AK): Nach fünf Jahren Haft und teilweise strenger Isolierung und Haftlingsüberwachung, Ablehnung aller bisherigen Urlaubsanträge hat es endlich geklappt und Du bist für die Teilnahme an der Frühjahrstagung der AGAV herausgekommen. Kannst Du uns etwas über die jetzigen Haftbedingungen von Dir und vor allem auch die der vergangenen fünf Jahre sagen?

Werner: Die letzten fünf Jahre, das läßt sich mit der von mir 1978 selbst geprägten Metapher „Knast im Knast“ auf den Begriff bringen. Oder, satirisch betrachtet, reduzierter Normalvollzug, seit 1977. Meint: Bis Sommer 1977 Einzelhaft, Arbeit auf der Zelle. Ab da Gemeinschaftshofgang, Gemeinschaftsarbeit in der Knastdruckerei. Aber, was bis genau 26.2.1980 so war, ausgenommen das Verbot an Freizeitgruppen teilzunehmen, das fiel wechelte im November 1979 Sicherheitszelle, zusätzliches Vorhängeschloß, Bärenzwingerkette. Die Zelle durfte nur von zwei Grünen gemeinsam geöffnet werden. Den Schlüssel fürs Vorhängeschloß mußten sie beim sogenannten Flügelverwalter abholen, dabei Datum, Uhrzeit, Grund des Aufschließens und Rückgabe des Schlüssels wiederum in ein dafür extra geführtes Buch eintragen. Stark lichtschluckende Fliegengitter vom Fenster. Also im Schließfach ständig Neonlicht anlassen. Ergebnis: Alle neun Monate stärkere Brillengläser.

Bei jedem Schritt außerhalb des Schließfachs zwei Grüne als Begleitung. Zum Arzt etc. Einzelvorführung. Einkauf durfte ich nicht selbst machen, die „Habe“ auf der Zelle war rüch. Einkauf durfte ich nicht selbst machen, die „Habe“ auf der Zelle war bis ins letzte Detail vorgeschrieben, von der Bücherzahl bis zur Menge des beim Einkauf geholten Zuckers (ein Kilo genau) usw. usf. Denke, kann mir die einzelnen Punkte sparen, sie sollten eigentlich bekannt sein. Die AGAV (Arbeitergemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren / Red.) bringt demnächst „ne Doku raus, da steht's sowieso nochmal detailliert drin. Auf einen Punkt sollte vielleicht hingewiesen werden. Nach „dem Schleyerklaus gab's eine extreme Verschärfung, die für alle „Unnennbaren“ galt, ob Gruppenmitglieder oder nicht. Besser: Erst die Schleyerstory brachte die Konstruktion Haftlingsüberwachung, wie sie bis heute existiert. Vorher waren die Morgen- und Nachmittagsbesuche bei den Besuchen zugegen, wurde die Post computerisiert. Die totale Hegemonie von Herold und Co. kam nach Schleyer, nach dem 18.10.1977, um ganz genau zu sein. Die Kontaktsperre war nur ein Aspekt davon. Scherz, wie wochenlang nächtliche Dauerbeleuchtung der Zelle, rund-um-die-Uhr-Überwachung im 5-Minuten-Abstand, wöchentlich Zellenrazzien durch LKA und zweimal pro Woche Zellenwechsel, bis Januar 1978 ging das zunächst mal so, war schon anderer Kaliber. In der Phase lief auch nichts mit Gemeinschaftsarbeit. Erst durfte ich nicht, dann wollte ich nicht. Motto: Nachts nicht pennen können und tagüber an einer Druckmaschine stehen, der Arbeitsunfall wäre damit vorprogrammiert gewesen. kam natürlich Disziplinerverfahren. Drei Monate Einkaufssperre. „Ne Normalisierung, in Aufstufungszellen, kam ab Mai. Zellenwechsel „nur“ noch alle 14 Tage, LKA-Zellenrazzien dito, nächtliche Überwachung „in unregelmäßigen Zeitabständen“. Die Begründung für das Ganze lautete „Selbstmordgefahr“ — bei rund 160 Leuten. Der Zynismus ist „nicht mehr zu überbieten. Bei einer bestimmten Gruppe von Gefangenen entsteht von einem Tag zum anderen Selbstmordgefahr, die mit solchen Methoden, die selbst der eine oder andere Beamte mir gegenüber als „Terror“ bezeichnet, beseitigt werden

Tatsächlich wollte Herold damit „ne Selbstmordgefahr“ einmal eine echte, die dann die Stammbuchindustrie genützt hätte, provozieren. Auf den geht das Ganze ja zurück.

Ich ging dann ab Mai '78 wieder arbeiten, weil's einfach wichtig ist, wenigstens acht Stunden pro Tag mit anderen Menschen zusammen sein zu können. Dafür wurde dann noch

Trennscheibe bei RA-Besuchen eingeführt. Bei Privatbesuchen schaltete das an zwei Punkten. Einmal drohte ich konsequent auf Besuche zu verzichten, in Hunger- und Durststreik zu treten, zum anderen legte sich da der Knast selbst etwas quer. Wurde dann die Regelung getroffen, daß der Polizeinspektor sich vor jedem Besuch von der Aufsichtsbehörde, Vollzugsamt in Köln ist das, Trennscheibenverzicht genehmigen lassen mußte. Je nachdem, was die Computerüberprüfung der Besucher ergab, vorher hatte dann immer Privatbesuche ohne Trennscheibe, weil mich damals schon ein kleiner persönlicher und sehr enger Kreis von Freunden, Freundinnen, die ich z.T. noch aus der U-Haft Zeit kannte, regelmäßig besuchte, Reichte aber auch der Strippenzieher vor und nach jedem Besuch völlig, um von Besuchern nicht mehr reden zu können.

Wie gesagt, im November 1979, erstmals nach 4 3/4 Jahren, wurde die Teilnahme an allen Freizeitgruppen erlaubt. Gleichzeitig die nervende Umzäuerung reduziert auf einmal im Monat, parallel zur jetzt gleichfalls monatlichen LKA-Zellenfizierung. Besserausgabe durch zwei Beamte fiel auch noch weg.

Am 26.2.1980 dann, ich stockte ja gerade in den Vorbereitungen zu nem Hungerstreik. Du hast das ja mitbekommen, wurde die Haftlingsüberwachung aufgehoben. Der Rest war, mit Ausnahme Urlaub, wo sich das Ministerium noch hätte querlegen können, eigentlich Formsache. Normalvollzug steht und fällt mit dem Stichwort Haftlingsüberwachung. Die bedeutet Knast im Knast. Kannst auch sagen GeStaPo-Vollzug, das kommt im Prinzip auf eines raus. Die HU ist eine heroldische Erfindung, da-kulturiert im Prinzip waren. Der HU ist eine heroldische Erfindung, damit eine der Politischen Polizei. Der Begriff wurde nur erfunden, damit - wie in Deutschland üblich - scheinbar pro forma alles seine Ordnung hat. Der Anschein der Legalität ist gewahrt. Aber auch nur für den, der es nicht besser weiß. Im Strafvollzugsgesetz findet sich kein Ton zum Begriff Haftlingsüberwachung. Und bei PPZ stellte das LG Arnberg im November 1979 fest, die Anwendung war rechtswidrig, da „die Rechtsgrundlage fehlt“. Pops machte mir damals „ne Abschrift von dem Beschluß, was sehr nützlich war. Ich selbst, RAs, Ingeborg Drewitz, Brigitta Wolf und andere benutzen diesen Beschluß als Hebel in meinem Fall. Scheinbar, neben den Aktivitäten überhaupt, nicht ganz erfolglos.

AK: Haftlingsüberwachung, sagt Du, ist eine Erfindung von Herold. Das heißt doch, damit wird eine ganz bestimmte Absicht verfolgt?

Werner: Guten Morgen! Oder meinst du das mehr rhetorisch? Natürlich ist das ein ausgefeiltes Konzept. Zielsetzung: Psycho-Terror, Streß-Manipulation, bis zur zumindest psychischen Zerstörung. Stichwort: Nadeln, nichttaktisch. Versuch Dir mal vorzustellen, Du wirst in Deinem Badezimmer eingesperrt, weißt, in bestimmten Zeitabständen kommen die Typen aus Düsseldorf, stellen das Badezimmer auf den Kopf. Nur wenn Du weißt Du nicht. Mal in's Montag, mal Mittwoch, mal Donnerstag. Du wirst dann in ein anderes leeres Badezimmer eingesperrt. Kommst, wenn du fertig bist, in ein drittes, neues. Da liegt Deine „Habe“ kreuz und quer auf dem Boden, in Küten teils. Dann räumst Du erst mal ein. Und stellst fest, es fehlt was. Jedesmal was anderes! Mal drei Filzstifte, die Du „zuviel“ hattest, mal alle DIN A 4 Umschläge, mal ein gerade angelegenes Buch, weil Du angeblich zuviel hast, usw. usf. Was meinst du, wie Du Dich nach einem Monat fühlst? Und da fragst Du nach Absicht? Im Klartext: Dir soll damit vermittelt werden, daß du total in deren Verfügungsgewalt bist, daß es keine Sicherheit vor ihnen gibt. Nichts, was du nicht tun könntest, wollten sie nur Ziel: Ohnmachtgefühle bei dir, bis zur Verzweiflung, zum Zusammenbruch, Zusammenbruch, indem du einfach „nur“ fertig bist oder - so wohl deren Hoffnung - gar zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit. Bei einigen wenigen hat das Erfolg gehabt. Und bestimmt nicht nur, weil die Angst vor 5, 10 Jahren Knast hat



ten, die hatten panische Angst vor dem Knast, stell' ich mir vor. Und so, die Vorstellung, das geht über Jahre so, ist verdammt schwer erträglich. Die mußt du verdrängen.

Tust du das nicht, steigen deren Chancen, nicht deine. Folgen hat's trotzdem, auch wenn du's übersteht und es ist zu überleben. Eine der Folgen hab ich gestern Nacht festgestellt. In einer ganz bestimmten Situation, die ihr Euch wohl denken könnt, ich bin ja nicht alleine hier, panische Angst. Das Gefühl, ausgeliefert zu sein, was du in einer bestimmten Situation ja real bist. Die jahrelange Anspannung gegen deren Zugriff auf dich, die ständige Abwehrhaltung war wohl so verinnerlicht, daß die Tatsache, daß es sich um einen Menschen handelt, dem eigentlich total vertraut wird, erstmal vom Unterbewusstsein nicht akzeptiert wurde.

Vielleicht klingt das lächerlich, aber ich glaube mir jetzt zumindest annähernd vorstellen zu können, wie eine Frau sich fühlt, die vergewaltigt wurde. Und im Prinzip ist deren totale Verfügungsgewalt über dich nichts anderes als Vergewaltigung in Permanenz, wenn auch eine „nur“ psychische. Das Paradoxe war dabei gleichzeitig ein irres Bedürfnis nach Berührung, nach Zärtlichkeit zu empfinden. Total schizophrene Situation.

AK: Worum meinst Du es zurückzuführen, daß sich in relativ kurzer Zeit doch eine betrübliche sensationelle Änderung Deiner Haftbedingungen eingestellt hat?

Werner: Einspruch, Euer Ehren! Die Sichtweise „in relativ kurzer Zeit“ bedarf einer Korrektur. Die ist nämlich sehr relativ. Meine RAs, zuletzt drei, Eisel in Bochum, Nagel in Bochum und Marianne Kunisch in München, dazu Freunde und Freundinnen, Schriftstellerkollegen, Kolleginnen, Bekannte in Redaktionen und Verlagen usw. usf. haben jahrelang zusammen mit mir für Normalvollzug ohne Wenn und Aber gekämpft. Eure Formulierungen klingen mir zusehr nach „vom Himmel gefallen“. Das gibt ein total falsches Bild. Ein gefährlich falsches, nach Motto: Was erreicht werden kann, muß vorgestern erreicht werden, oder wir fangen erst gar nicht an, dafür zu kämpfen.

AK: Wir meinten damit eigentlich die Diskussion um Baums „Liberalisierungslinie“.

Werner: Achja, für zwei Linien, soft und hard. Das halte ich für einen Popanz, für eine Erfindung der Linken. Es gibt keine zwei Linien im gemeinten Sinn. Eine Baumsche Strategie setzt a) voraus, daß da welche sind, die sich zusammensetzen, um sie auszubaldornen, b) sie in der Praxis dann konsequent verfolgen.

Und was kam da bisher? Nichts! Zumindest nichts, was für eine Strategieverfolgung spräche. Baum ergriff nur zwei Chancen. Er und Konsorten wissen genau, welche Gefahr für ihre Futtertröge im Oktober droht. Und über die Gründe machen die sich tödlicher keine Illusionen. Was also lag näher, als ein bißchen Lack über die (dGO-Rostfellen zu pinseln, sobald sich die Chance dazu bot, ohne daß sie real Gegenleistungen erbringen mußten? Die eine Chance bot die Situation, die Verhaftung von Astrid. Hier konnte so getan werden als ob, ohne - für mich ein sehr wichtiger Punkt - mit Widerstand von Or comp. Herold-Mabuse rechnen zu müssen, samt den Hütern des Kaiserlicher Landrechts. Allein Astrid Kampf gegen die Auslieferung ließ in der Öffentlichkeit soviel über ihre Geschichte durchackern, schon bevor die Linken dafür mobil machten, um selbst für Unbedarfteste sichtbar werden zu lassen, sie hat mit der - im doppelten Sinn - unnennbaren Praxis nichts mehr am Hut. Da konnte nicht mal ein Herold mehr was dran drehen. Also kein Problem. Astrid für eine Image-Pflege zu instrumentalisieren, in der Hoffnung natürlich, die Linken fielen darauf herein. Sie fielen recht prompt. Zumindest jene, die vorher dauernd von zwei Linien quatschen.

Aber was kam denn eigentlich raus bei Astrid? Guckt Euch die Verurteilung an, auch wenn sie nicht mehr sitzen muß. Die Mordanklage war schon beim damaligen 1. Prozeß durchsichtig geworden, Vergleich doch mal das Urteil mit denen in Nazi-Prozessen. Spielweise Lischke Hagen und Heinrichsohn. Bei hilfe zum Mord in 70 000 Fällen. Ich kenne die Anklageschrift seit Sommer 1978. Die wurde bei uns gedruckt. Schon nach den Dokumenten der Anklageschrift gab's keinerlei Zweifel, daß diese Typen genau wußten, was sie taten und warum. Bei Astrid

dagegen, Meister Ruhland, welnes Zeichen Berufs-Meineidkronzeug mit dem Schweitzer-Käse-Hirn, und t o t d e m ein Urteil in dieser Höhe. Wo, frage ich Euch, ist da eine Liberalisierungsstrategie? Ich kann diese Idiotie nicht mehr hören. Da scheint mir eher der Wunsch der Väter des Gedankens zu sein.

AK: Du sprichst von zwei Chancen, die Baum nutzte.

Werner: Die zweite liegt auf der Hand. Stichwort: Mahler. Es wäre eigentlich sehr interessant zu wissen, was da vorher hinter den Kulissen abließ, wie das spiegelnde Gespräch zustande kam. Von wem ging die Initiative aus? Wer fragte wen zuerst? Wir wissen's nicht. Merkwürdig, daß die Linken nicht Wert auf die Klärung solcher - für die Beurteilung der Mahlerischen Handlungsweise m. E. wesentlicher - Fragen legen.

Fest steht aber, daß Baum in diesem Interview nicht anders als Schaumschlagend betrieb, wahlpropaganda eskuliert. Wo kritische Bemerkungen von Mahler kamen, wong genug waren's sowieso, wurde zensiert. Da war Baum, wie ich von Erich Fried weiß, wenigstens noch ehrlicher. Der ließ hinterher das unzensurierte Material rumhacken. Aber, für Mahler mußte dies alles vorher klar gewesen sein. Ich sage Es war! Und genau deshalb ist er für mich hier und heute ein zu bekämpfender politischer Gegner. Er ließ sich benutzen, um mal wieder ein bißchen öffentlich Selbstdarstellung betreiben zu können. Nicht als „aufgeblasener Ochsenfrosch“, wie einige sagen. Konvertit - was allein seine Sache wäre ist er für mich, sondern Gegner. Zahl schrieb auch offene Briefe an die Justizministerin von NRW, an ihren Vorgänger. Das gleiche gilt für mich selbst. Es ist nur ein Punkt strikt dabei zu beachten. Wie wird etwas gemacht? Mahler hat sich verkauft, punktum.

AK: Du siehst die Verbesserung Deiner Situation also völlig unabhängig von Baums Image-Pflege?

Werner: Ja und nein. Ja, wenn davon ausgegangen wird, daß die sich in paar Leute rausuchen, bei denen einigermaßen klar ist, wo Lehnen hier und heute eine bestimmte politische Praxis ab, „gewahren“ ihnen Erleichterungen und verkaufen das als Liberalisierung, damit auch noch von

Interview mit WERNER

den anderen, vom Hochherrschertrakt ablenken. Nein, betrachtet man die andere Seite der Medaille. Die heißt normative Kraft des Faktischen. Das Wort von der Liberalisierung ist in der Welt. Und es ging von Baum aus. Also kann es benutzt, gegen ihn gewandt werden.

Die Initiative Rudolf Raabe exzerziert zur Zeit beispielhaft vor, wie Versuchen, den Mann öffentlich festzusetzen, wieder und wieder den Widerspruch zwischen einerseits der Liberalisierungsabsicht und Realität aufzuzeigen, zur Diskussion stellen. Entweder er wird dann in der Öffentlichkeit durch die Realitäten dauernd Lügen gestreift oder er rückt tatsächlich zur Seite. Was von beiden Möglichkeiten er vorzieht, ist ganz entscheidend eine Frage des öffentlichen Drucks. Da verleiht ich's ehrlich gesagt überhaupt nicht, wenn Veranstaltungen, deren Organisation Zeit, Kraft und Nerven kostet, abgehalten werden über die Frage, ob der Staat nun ein soft- oder hardcore-Porno sei, statt daß die dafür aufzuwendende Energie, gepaart mit Phantasie, eingesetzt wird, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erstellen, die Baum und Co. unter Druck setzen könnte. Und bei mir war's zuletzt konkret so, nach einem 3/4 Jahr vergeblicher Rechtsweg-Versuche, Briefwechsel, Telefonate, daß jemand, der Kontakt mit Baums Staatssekretär A.v. Schoeler und einem Draht zur FR hatte, auf verschiedene Arten ziemlich massiv klammerte, wenn sich jetzt nicht bald in meinem „Fall“ was Positives täte, käme ein Artikel in der FR, der vor ich mit einem neuen Hungerstreik meine angeschlagene Gesundheit endgültig ruinieren. 14 Tage später war die HU aufgehoben. Der entsprechende Wink dazu kam aus dem BIM. Womit sich mal wieder die zentrale Steuerung der Haftbedingungen bestätigt hatte. Von wegen Ländersache.

Natürlich half noch anderes. Ganz wesentlich wie schon erwähnt z.B. ein Beschluß des LG Arnberg vom November 1979, PPZ betreffend. Da hat es geheißt, die Anordnung der HU bei ihm sei rechtswidrig gewesen, da die Rechtsgrundlage fehlerhaft sei. Ich habe mir's am Kopie oder 'ne Abschrift, weiß ich jetzt nicht mehr genau. Ich wiederum tippte davon Abschriften, ließ die an alle gehen, die sich gerade voll engagierten. Von I. Dravitz über Brigitte Wolf bis sonst wohin. Damit wurde dort wiederum

wohin. Damit wurde dort wiederum operiert. Als dann der Aspekt FR-Artikel dazu kam, reagierten die halt. Weil gerade die HU eine Sache ist, deren Rechts- und Verfassungswidrigkeit eben nicht in der Öffentlichkeit bekannt ist. Oder sagen wir, die's wissen, hüten sich, es öffentlich breit zu treiben. Und bei mir war's halt so, daß der Hinweis auf die FR eine sehr realistische Grundlage hatte. Mich selbst hat's sogar in die bishen gehörig, daß die dann so rasch reagierten. Den Artikel hat's ich verdammt gern in der FR gesehen. Damit die Schweinerei der HU Öffentlichkeit erfährt, die über das linke Ghetto rausgeht.

Aber selbst wenn du so'n Draht nicht hast, bist du abhängig von den dich Unterstützenden. Und da lief ich mit dem obigen Argument voll auf, bekam hingegen die Antwort: Wenn ich jetzt an die Öffentlichkeit gehe, verpöle ich die Verantwortlichen, kann meinen Kontakt nicht mehr für andere „Einzelfälle“ benutzen. Über so eine Haltung läßt sich sicher diskutieren. Genau das macht sich M.E. der Unterschied fest, ob jemand „nur“ aus humanitärer Motivation handelt, wie's bei dem betreffenden Menschen der Fall war und ist, die Situation des zu Unterstützenden dann ebenfalls nur unter dem Gesichtspunkt Humanität betrachtet oder unter politischen, über den Einzelfall hinausgehenden Blickwinkel. Eines aber zeigt das Ganze klar: Es ist was erreichbar, wenn bestimmte Schwachstellen der anderen Seite erkannt und gezielt ausgenutzt werden. Der offene Brief von Iba Schwipper-Jandt an Baum, der zu ihrer Verlegung aus dem Moabiterturm führte, beruhte sicher auf den gleichen Überlegungen.

AK: Was Du eben über öffentlichen Druck sagtest, bringt uns zu der von den bunten/alternativen Luten geplanten Kampagne im Sommer. Du selbst hast Dich in einem Brief an A. Schubart von der Grünen Liste Hessen dagegen ausgesprochen, mit wenigen „prominenten“ Namen einiger Gefangener diese Kampagne zu führen. Ist das nicht ein Widerspruch und wo steht Du überhaupt die Mängel heutiger Knastarbeit?

Werner: Das ist kein Widerspruch! Ich war und bin nicht gegen Einzelkämpferkampagne. Vorausgesetzt es ist von der Situation des oder der Betroffenen her notwendig. Also eine akute Situation, wie bei Werner Hoppe oder jetzt bei Rudolf Raabe. Günther Sonnenberg, da wir's auch nur zu nötig. Aber wenn ich lese, was bei der GLH der Fall war, da soll eine Kampagne für Astrid, für PPZ unter anderem geführt werden, zu einem Zeitpunkt, wo der Ausgang von Astrid Prozeß absehbar, wo PPZ „aus dem Gröbsten raus“ war, wie er selber sagte, wird mir in der Tat anders. Da drängt sich mir der Schluß von Genoss/innen 1., 2. und 3. Klasse auf. Danach kommen die Partis sprich alle nicht vom Heroldsvollzug betroffenen Gefangenen. Ich bin schon deshalb in „Füllen“ wie oben genannt nicht gegen Einzelkampagne, weil ich selbst keine bessere Lösung weiß. Kann ich nicht, weil Eure Realität „draußen“, Euer Alltag, das, was da überhaupt noch machbar ist, was nicht, warum nicht, das alles ist aus der Knastdistanz nicht mehr abschätzbar. Ganz wohl, auch im eigenen „Fall“, ist mir allerdings nie bei diesen Kampagnen. Ich weiß nichts Besseres für Situationen, wo, wie bei Werner Hoppe, Lebensgefahr besteht. Ich seh' nur die Problematik dabei, daß die ganzen Kampagnen sich auf kapitalistische Mechanismen beziehen, die reproduzieren. Nehmt Rudolf Raabe, der mußte quasi erst mal „prominent“ gemacht werden, damit sich was rührte. Oder anders: Zu Rudis Beerdigung eilen die linken Massen. Wogegen nichts einzuwenden ist. Nur für eine Genossin aus der Frankfurter „Szene“, die das Handtuch warf, sich selbst tötete, hat noch nicht mal die taz drei Zeilen übrig. Bekannt, also prominent, also wichtig genug. Der Wert eines Menschen, wobei schon das Wörtchen Wert eine Menge aussagt, wird auch hinterhand nur nach seinem Bekanntheitsgrad, nach dem Schein gemessen. Traurig, aber

Sollte es nicht eine Selbstverständlichkeit sein, wenn ein Artikel mit Informationen und Bitten um Protestschreiben etc. pp. im ID veröffentlicht wird, daß reagiert wird?

Warum müssen da die Freunde und Freundinnen von Raabe erst drei, viermal nachhaken, einen Aufwand, auch finanziell, betreiben, wie Kraftwürgungen public-relation-Büro bei Verbreitung der Lichter-aus-Märchen, um dessen Leben zu retten? Darum stehe ich diesen Kampagnen so zwiespältig gegenüber. Eine Möglichkeit davon wegzukommen scheint mir zu sein, den Knast nicht länger als Institution am Rande der Gesellschaft zu begreifen. Ich meine jetzt die Kampagnen bei „Knastfüllen“. Knast, vor allem seine Funktion, steht inmitten der Gesellschaft. Foucault hat in „Überwachen und Strafen“ die Geburt des Gefängnisses als eine Menge darüber geschrieben. Knast darf vor allem nicht mehr die das Kaninchen hypnotisierende Schlange sein. Also diese Fixiertheit auf die Institution, davon müssen wir wegkommen. Sie führt dazu, die Internierten als Nur-Gefangene, damit als Objekt zu sehen, verleiht zu ihrer Funktionalisierung als bloße Betreuungsobjekte. Und daran leidet doch die gesamte sogenannte Knastarbeit seit Jahren. Ich weiß nicht, wieviel WG's es heute in der BRD gibt. Aber wenn die existenten und Intakten, in denen nicht nur nebeneinander hergelebt wird, eine Art Patenschaft für je einen Gefangenen, eine Gefangene übernehmen, wobei die zwischenmenschliche Beziehung und nicht die Sozialarbeiterfunktion im Vordergrund stünde, sähe wohl einiges besser aus. Die Gefangenen werden explizit als Opfer gesehen. Sie sind aber zuallererst mal Menschen. Menschen mit einer Geschichte, mit Bedürfnissen, Hoffnungen, Träumen und Wünschen, wie ihr „draußen“ auch. Und von meinen persönlichen Erfahrungen her – ich hab seit Jahren einen kleinen Kreis von Freunden, Freundinnen, für die ich Bakuninweisend nicht der politische Gefangene Wsch, nicht der „Knastautor“ o.ä. bin, nicht mal der Genosse Wsch, sondern ganz einfach Freund –, von diesen Erfahrungen her weiß ich, daß allein der Punkt, Kontakt zu einem Menschen „drinnen“ zu haben, nicht weiß er „draußen“ ist, sondern weil man ihn mag, als Mensch, mit dem man sich zu tun haben wollte, wäre er draußen, für Verbindlichkeit bürgt. Da steht im Vordergrund eben, nehmen wir das scheußliche Techno-Wort, die Beziehung. Die emotionale Bindung. Und die ist immer eine weit stärkere Motivation für Kontinuität, für Ausdauer, als der bloße linke Anspruch, aus dem Kopf her vertreten Angehörige, soweit Gefangene noch welche haben – ich selbst hab keinen Angehörigenkontakt mehr, seit Jahren

schon nicht –, besuchen die Internierten ja auch nicht, weil sie interniert sind, sondern weil da persönliche Beziehungen bestehen, weil ihnen der Mensch wichtig ist. Apropos Angehörige: Wann sind linke Knastgruppen eigentlich ja auf die Idee gekommen die Angehörigen von Gefangenen, wo noch vorhanden, in ihre Arbeit mit einzubeziehen? Es gäbe noch 'ne Menge mehr zu diesem ganzen Komplex zu sagen. Einiges schneit ich an in einem Beitrag, bei Buch wohl demnächst vorabveröffentlicht (AK 174, S. 46/47 Red.), für ein neues Buch von Helmut Ortner. Wichtiger noch scheint mir dazu ein Hinweis auf Ortner's „Normalvollzug“ (IVA-Verlag, Tübingen). In dem Aufsatz „Gefangenearbeit die aufhört Gefangenearbeit zu sein“ greifen er und R. Wetter diese Problematik auf, machen eine Menge Vorschläge für eine andere Praxis, die zu überdenken sich lohnt.

AK: Gibt es denn eigentlich Kämpfe im Knast, kannst du uns etwas darüber sagen, gibt's so was wie eine Knastbewegung?

Werner: Eine realistische Antwort kann nur lauten: Nein. Es gab in der BRD nie eine Knastbewegung wie beispielsweise in Frankreich, Spanien nach der Franco-Ära oder in Italien. Was es gibt, ist der alltägliche Widerstand, sind Einzelaktionen. Im Grunde bedeutet jeder unterlebte Tag ohne Anbiederung, ohne auf Kosten der Mitgefängenen erkaufte Vorteile, einen Tag Kampf, einen Tag Widerstand. Die Formen von Widerstand sind vielfältig im Knast, oft auf Anhieb nicht als solcher zu erkennen. Das beginnt beim „Beschwerde-schreiben“, endet noch lange nicht beim „Zelle-kommen-lassen“. Im letzten Jahresbericht der JVA Rheinbach stellte der A-Leiter fest, die „Beschwerdeberatung sei weiter gesunken“. Aktionen im von Euch mir mit dem Begriff „Kampf“ gemeinten Sinn, vor allem kollektive – da läuft nicht viel. Zumindest nicht in Rheinbach. Das liegt mit daran, daß hier über Jahre von drei Leuten ein extremes Spitzel- und Denuntiantenwesen aufgebaut wurde. Wie sollen bei solchen Voraussetzungen gemeinsame Kämpfe geführt werden können? Da herrschen „draußen“ bei euch oft völlig falsche Vorstellungen. Der Gefangene kennt den Apparat, der ihm gegenübersteht, durch und durch. Kennt vor allem dessen Sanktions- und Machtmittel, das ganze Repressionsinstrumentarium, vom Hausvertrafverfahren bis zur 2/3- und Urlaubsverweigerung. Es ist verdammt bülg von manchen „draußen“, bei offenen Türen, einem Glas Bier und der Freundin im Arm von Sen“, bei offenen Türen, einem Glas Bier und der Freundin im Arm von Kampf ohne Rücksicht auf Verluste zu reden. Bülg, großmäulig vor allem, besonders wenn's von den Linken kommt, die im eigenen Alltag Kompromiß auf Kompromiß mit den Verhältnissen eingehen, bis sie selbst nur ein einziger Kompromiß sind. Wer drin ist, will eines: raus. Und weil's nur für drei Tage Urlaub. Soll ich's ihm verübeln, wenn er sich still verhält, bemüht ist nicht aufzufallen? Wie könnte ich?

Die Grenze liegt dort, wo sich Vorteile auf Kosten von Mitgefängenen verschafft werden. Ich selbst hatte mir im Knast ein neues Ermittlungsverfahren nach 129a eingehandelt, aufgrund einer entsprechenden Denunziation. Der Typ schrieb damals in einem Brief an Pomer (bis 1978 JM NRW/Red.) klipp und klar, nähere Angaben würde er gegen Zureicherung von Hafturlaub oder Haftunterbrechung machen, er müßte seine Ehe retten. Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: grundlegende Änderungen sind da erst zu erwarten, wenn minimale Voraussetzungen, die für euch draußen Selbstverständlichkeiten sind, wie offene Türen ganztags, damit ungehinderte Kommunikation unter den Gefangenen, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, z.B. wollten in Butzbach Gefangene vor einiger Zeit eine eigene Gewerkschaft gründen, was an den letzten beiden nicht gegebenen Punkten scheiterte, urw., geschaffen wurden. Wie das in Knästen wie Rheinbach, Knästen des C-Vollzugs, also höchste Sicherheitsstufe, erreicht werden könnte – ich weiß es nicht. Nicht mehr, falls man die früheren idealistischen Vorstellungen als Wahn bezeichnen kann. Wie's auf keinen Fall geht: Von „drinnen“ von den Gefangenen allein. Dafür sind die Strukturen zu fest, hatten zu lange Zeit, sich ungestört herauszubilden.

AK: Was Du über Demoralisation sagst, läßt doch eigentlich den Schluß zu, die Unterscheidung in politische und normale/sociale Gefangene ist gerechtfertigt?

Werner: Ach Quatsch! Es gab schließlich auch einen Jürgen Bodeux, einen Ruhland, einen Müller, gab Typen wie Delitto II und Spillet. Es wird da noch lange geben. Überall. Aber das sind in der Tat Fälle, Einzelfälle. Die Mehrheit der Gefangenen gehört nicht zu dieser Sorte. Weder da noch dort. Und ich sagte schon. Diese Mehrheit kämpft auf ihre Art, unauffällig, ohne Spektakel. Überleg mal, wer lebenslänglich hat, damit die „Perspektive“, auf keinen Fall vor 15 Jahren rauszukommen, trotzdem nicht Mitgefängene denunziert, sondern „nur“ unterlebt, in dieser Extremsituation, mit so einer „Perspektive“ – tut der nicht schon mehr, kämpft der nicht schon bewußt, als eine Menge Linker?

AK: Werner, eine letzte, sehr subjektive Frage. Nach 5 Jahren erstmals für 3 Tage draußen – was empfindest Du da im Moment?

Leserbrief Die Kehrseite der Medaille zu Borin Wulf

Es ist mir ebenso wie vielen anderen Gefangenen der JVA II unerträglich, wenn uns der Mitgefängene Wulf unversprochen öffentlich denunziert.

Wir betonen: nicht die Masse der Gefangenen setzt sich von Wulf ab, sondern der große intellektuelle Borin distanziert sich einseitig und allein auf seine arrogante Art.

Wir fragen uns, wozu nimmt der kleine Petzold – als solcher steht er vor Gericht – die Brust, gegen andere Petzolds zu motzen? Exproprieren nicht beide?

Weshalb läßt sich Wulf eine Jacke, die er sooo stolz trägt, Pullover und Hemden von einem Mitgefängenen schenken, der nach Wulf's Aussage zu den Zuhälterkreisen gehört?

Herr Wulf leistet sich auch einen roten Teppich in seiner privilegierten Zelle – die Masse der Gefangenen hat keinen Teppich und vegetiert in dunkleren und verkommenen Löchern; auf der Isolierstation Dora I werden diese als Abfallerzeugnisse abgelehnt.

Nachdem er andere Gefangene ausgiebig ausgenutzt hat – u.a. pflegte Herr Wulf bei einem Mitgefängenen seinen geschornen Kaffee unter einem Hiltelbild zu genießen – muß jetzt offensichtlich die Taktik des Denunzierens, des mehr oder weniger offenen Zusammenarbeitens mit den Bewachern.

Wenn er politischer Gefangener seine Mitgefängenen am Arbeits-

platz – wo er sich hervortut, Überstunden leisten zu dürfen – denunziert, daß diese Schwarzarbeit leisten zur Aufbesserung ihres minimalen Arbeitseingeltes, so ist das gewiß nicht mehr politisch.

Wenn er im AK einen sog. Wirtschaftsberater fälschlich denunziert und vorsätzlicher Straftäter bezichtigt, so daß diesem Konsequenzen wegen seines Urlasses drohen, dann läßt das schon nicht mehr auf eine Mahler-Taktik, sondern auf eine intellektuelle Ruhland-Strategie schließen.

Wir wissen, daß unter den Gefangenen eine Unmenge Widersprüche vorhanden sind. Wir wissen auch, daß eine Mehrheit der „Lumpen“ sich so viel Menschlichkeit bewahrt hat, keine Kompromisse mit der Justiz einzugehen, ihr nicht in die Hände zu arbeiten wie ein B. Wulf, der hofft, sich das Wohlwollen der Unterdrückten erkaufen zu können.

Übrigens wird die Magna Charta durch die Unterschrift von Wulf mitgetragen.

Es ist nie zu spät, Borin! Finde von Deinem selbsternannten Thron der Menschenseindlichkeit zurück in die Wirklichkeit zu den Massen – ohne diese bleibst Du genau so ein lebensunfähiger gefährlicher Spinner, wie Du die Gefangenen zu denunzieren versucht.

Karl Heinz Glander

Die „Liberalisierung“ hat nicht stattgefunden

Das Anfang dieses Jahres von ca. 70 bekannten Wissenschaftlern, Publizisten und Juristen gegründete „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ legte Anfang Mai seinen ersten Arbeitsbericht zum Thema Berufsverbote vor. Die Untersuchung konzentriert sich auf den Zeitraum nach der angeblichen „Liberalisierung“ der Richtlinien für die Berufsverbotspraxis durch die Bundesregierung im Januar 79 und befaßt sich mit der Frage, ob es in dieser Zeit tatsächlich eine Veränderung gegeben hat, die die Berechnung „Liberalisierung“ verdient. Das Komitee kommt in seinem Bericht zu dem Ergebnis: „Die „Liberalisierung“ hat nicht stattgefunden“.

Nach den Untersuchungen des Komitees sind auch 1979/80 noch 235 Verfahren in Sachen Berufsverbote anhängig. Diese konzentrieren sich aber keinesfalls auf die CDU/CSU-regierten Länder. So entfallen von den 134 Neufällen (nach dem 1.1.79) 40 % auf CDU/CSU-regierte und 47 % auf SPD/FDP-regierte Länder, sowie 7 % auf Westfalen (SPD-regiert), obwohl die CDU/CSU die Mehrheit der Landesregierungen stellt (und dort auch die Mehrheit der Bevölkerung lebt). Eine Maximierung von Fällen ist bei der Bundesbahn und Bundespost (SPD-Bundesministerium), in Baden-Württemberg (CDU), Bayern, Niedersachsen (alle

CDU) und NRW (SPD/FDP) zu beobachten. Ausbildungsverbote (d.h. Nichtübernahme nach dem 1. Staatsexamen in den Referendariatsdienst zur Erlangung des 2. Staatsexamens bei Lehrern und Juristen) kommen jedoch in überwiegender Anzahl in CDU/CSU-regierten Ländern vor (25 von 28).

Einer der Kernpunkte der „Liberalisierung“ versprochen war, die Falschabrechnung bei Mitgliedschaft in einer sog. „verfassungsfeindlichen“ Organisation und die damit verbundene Regelanfrage beim Verfassungsschutz (VS) abzuschaffen. Beides wurde nicht eingehalten. Die Begründungen für Berufsverbote konzentrieren sich nach wie vor ganz überwiegend auf Partei- und Organisationsmitgliedschaften sowie auf andere „politische Bindungen“ (74 %); in 15 % der Fälle wurde den Betroffenen ihre Aktivität für eine studentische Organisation vorgeworfen; insgesamt wurden also fast 90 % der Fälle nach diesem Kriterium entschieden. Die „konkreten Erkenntnisse“ beschränken sich nach wie vor auf die Teilnahme an Veranstaltungen, Demonstrationen usw., die von kommunistischen Organisationen getragen oder mitgetragen wurden. Die Regelanfrage ist zwar verbal abgeschafft, wobei keine Sicherheit darüber be-

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Fortsetzung von der vorherigen Seite

steht, ob dies de facto eingehalten wird, gleichzeitig sind an ihre Stelle andere Formen der Nachforschungen getreten wie: Personalfragebögen, „Rasteranfragen“ (die den „Vorteil“ haben, nicht so zeitaufwendig zu sein), Amtshilfe usw. Das Gros der Berufsverboteffile liegt nach wie vor mit 59 % im Lehrerbereich, es folgen Bahn und Post (14 %) und das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen (12 %).

Über diese Fakten hinaus, die eindeutig gegen die Propaganda von der „Liberalisierung“ sprechen, weist das Komitee darauf hin, daß diese Praxis nicht einmal im Gegensatz zu den neuformulierten Richtlinien steht, denn auch „die Liberalisierung“ der Richtlinien hat nicht stattgefunden.

Nach wie vor kann nach diesen Richtlinien die Mitgliedschaft als alleiniges Kriterium für eine Ablehnung bzw. Entlassung herangezogen werden, wobei die Regierungsstellen (über den Verfassungsschutz) völlig freie Hand haben, welche Organisationen als „verfassungswidrig“ eingestuft werden (und damit die Mitgliedschaft als unvereinbar mit der Arbeit im Staatsdienst).

Das Komitee kommt zu dem Schluß, daß die „Liberalisierung“ scheitern mußte, weil sie nur auf „kosmetische Operationen“ angelegt war. Als Konsequenzen werden gefordert:

1. Abschaffung jeder Gesinnungsüberprüfung bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst
2. Das Beamtenrecht darf kein Sonderrecht für den öffentlichen Dienst schaffen und ist zu korrigieren, wenn es dem Grundgesetz entgegenläuft.
3. Der Kompetenzbereich der Verfassungsschutzämter muß beschnitten werden.
4. Der Begriff „Verfassungsfeind“ gehört abgeschafft; insbesondere ist dem VS die Kompetenz zu entziehen, festzulegen, wer „Verfassungsfeind“ ist.

Die ganze Studie ist zu beziehen über: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

Berufsverbotekommission, Hamburg (nach einer Kurzfassung des Berichts)

„Eine erhebliche kriminelle Neigung“

Freiburg. Joachim Schnorr, Mitglied des Arbeitskreises Strahlenschutz in Freiburg, soll nicht zum Staatsexamen in Medizin zugelassen werden, ein bisher in der BRD einmaliger Fall. Sein Antrag auf Zulassung zur Prüfung wurde vom Landesprüfungsamt abgelehnt mit der Begründung, sein Charakter lasse „eine erhebliche kriminelle Neigung“ erkennen. Es gebe „abechließende Hinweise für ein schuldhaftes Verhalten, aus dem sich eine Unwürdigkeit bzw. Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt“.

Die „Hinweise“ konstruiert das Landesprüfungsamt aus einem Gerichtsprotokoll gegen Joachim Schnorr, in dem er wegen „Eingriffs in den Straßenverkehr“ und „Nötigung“ zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden war. Als Mitglied des AKs war er nämlich an Untersuchungen des Uranabbaus in der Nähe von Baden-Baden aktiv gewesen. Als er das Gelände des Uranmines verlassen wollte, war die Straße von Bauarbeitern blockiert, er selbst mit der Spitzhacke bedroht worden. Rotten konnte er sich nur mit riskanten Ausweichmanövern (wobei allerdings niemand zu Schaden kam). Daraufhin war eine Großfahndung gegen ihn eingeleitet worden. Er wurde verhaftet und unter „Mordverdacht“ mehrere Monate in U-Haft gehalten. Vor Gericht brachen die ganzen Konstrukte der Staatsanwaltschaft zusammen, und im Urteil wurde ihm sogar eine keinerlei „rechtsfeindliche Gesinnung“ und ein positiver persönlicher Eindruck auf das Gericht besätigt, so daß die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden konnte.

Aufgrund dieses Urteils eine „erhebliche kriminelle Neigung“ des Angeklagten zu behaupten, ist also völlig absurd. Interessant ist, daß das Prüfungsamt zunächst gegen eine Zulassung zur Prüfung nicht einzuwenden hatte. Der Leiter des Amtes nach seinem plötzlichen Meinungswandel über Gründe befragt erklärte telefonisch, daß „hochgestellte Juristen“ in dieser Sache „interventioniert“ hätten.

Für Interessierte gibt es eine Dokumentation über die Vorfälle und eine Unterschriftenliste beim Unterschriftenkreis gegen das Prüfungsverbot Nr. Joachim Schnorr c/o Gabriele Schäfer, Julius-Brecht-Str. 2, 7800 Freiburg, Spendenkonto: Nr. 1170 47 - 730 Pöschel Karlsruhe.

Ja, sie dachten sich das schön!...

Teilnehmer und Augenzeugen berichten über die „Bremer Krawalle“

Es sollte eine schöne Feier werden: der 25. Jahrestag des Eintritts der Bundeswehr in das „westliche Verteidigungsbündnis“ NATO. Zur Feier dieses Tages sollten 1.700 Rekruten in einer Massenveranstaltung vereidigt werden. Zeremonienmeister: Alt-Nazi Carl Carstens, heute Bundespräsident. Die Bremer Bevölkerung war zum Jubeln ins Weserstadion geladen.

Wer letztlich erschien, waren an die 15.000 Gegendemonstranten, die wohl größte Demonstration in Bremen gegen Bundeswehr, NATO und Kriegspropaganda seit dem Kampf gegen die Remilitarisierung.

Trotz wochenlanger Proteste von 14 Bremer Jugendverbänden; 200 kirchlichen Mitarbeitern – darunter 53 Pastoren – und allem, was auf dem linken Flügel Rang und Namen hat – bis hin zu großen Teilen der Bremer SPD-Basis – führte die 32. Panzergrenadierbrigade (Schwanewede) diese Veranstaltung durch, mit Hausrecht im Stadion (!) und gestützt vom Bremer Senat mit 1.000 Bremer und 500 niedersächsischen Bereitschaftspolizisten und insgesamt 5 Wasserwerfern. Die Kriegstreiber und der Bremer Senat tragen damit auch die Verantwortung für das, was möglicherweise als die „Schlacht vom Weserstadion“ in die Geschichte eingehen wird.

16.40 Uhr – Abmarsch

Die Demonstration wird immer länger: nach den etwa 1.000 Metern bis zur Innenstadt dürfen es schon über 5.000 sein, die Richtung Goetheplatz...

Die Stimmung steigt heute gehört Bremen den Antimilitaristen und Kriegsgegnern!

Als die Spitze des Zuges den Goetheplatz erreicht, stehen dort die ersten Teilnehmer des anderen Blocks: DGB-Jugend, DKP, VVN, Jusos etc. hatten zu einer Demonstration mit anschließender friedlicher Kundgebung – etwa 300 Meter vom Stadion entfernt – aufgerufen. Ihre Bands war allerdings teilweise schon seit dem Hauptbahnhof dabei! Pau-

umkurvt die Demonstration Lautsprecherwagen und Ordnerkette – weiter geht's, Richtung Stadion!

16.20 Uhr, Weserstadion, Hausrecht bei der Bundeswehr...

„Panzergrenadierbrigade 32“ steht auf Pappschuhen an den Eingängen zum Stadion. Nicht gerade eine Einladung. Im Übrigen ist das Stadion bereits „besetzt“. Überall in den Gängen sehen wir rote Barretts, weiße Mützen, weiße Helme, Knüppel und Schilde. Am nächsten Tag wird Innenminister Fröhlich Zahlen nennen: 1.000 Bremer Beamte, 5 Hundertschaften aus Niedersachsen (Stade und Oldenburg) und insgesamt 5 Wasserwerfer sollen die Veranstaltung sichern. Nur zögernd betreten einzelne Linke das Stadion – einzeln, durch ein Späler von Bundeswehrsoldaten...

Wut breitet sich aus. Längst fliegen die ersten Steine und Knäuel gegen diese Demonstration staatlicher Macht und Gewalt. Vor dem Stadion entwickelt sich eine erste Schlacht zwischen militanten Kriegsgegnern und etwa zwei Hundertschaften, die immer häufiger Steine zurückwerfen. Jedes aggressive Vorgehen der Polizei wird in den Stadionsgängen von Uniformierten mit begeistertem Gejohle aufgenommen – die Stimmung wird immer gereizter, die ersten Brandsätze fliegen.

Mit Blaulicht und Sirenen rauschen zwei weitere Hundertschaften und die ersten beiden Wasserwerfer heran, müssen aber kurz stoppen: die Zufahrtsstraßen ist aufgeräumt und muß

breit auch er muß laufen.

Der erste (leere) Bundeswehr-Bull wird umgeworfen und geht in Flammen auf, auch die anderen werden umgeworfen – Straßensperren gegen die Wasserwerfer.

Die Auseinandersetzung verlagert sich jetzt immer mehr auf den Osterdeich, nach und nach brennen auch die anderen Bundeswehrfahrzeuge. Lange Zeit tobt eine Straßenschlacht, Steine fliegen hin und her. Die Polizei beschränkt sich längst nicht mehr darauf, die Veranstaltung im Stadion zu sichern, sondern macht immer brutaler von ihren Knüppeln Gebrauch.

Manche Demonstranten haben den Sinn der Auseinandersetzungen nicht mehr, „Aufhören, Aufhören!“ rufen sie in kleinen Gruppen. Doch keiner geht – die Wut ist zu groß, Tausende hatten aus, protestieren weiter, trotzen weiter Wasserwerfern und Knüppeln.

Über das Stadion ziehen Rauchschwaden, während drinnen das schaurige Spektakel der Vereidigung begonnen hat. Nur etwa 200 Demonstranten sind ins Stadion gekommen.

„Achtung, wenn Sie nicht sofort ruhig sind, stellen wir Sie in den Steinhaag Ihrer Freunde draußen!“

„... nun werden wir drin, Soldaten, Soldaten, Feldjäger, nichts als Uniformen um uns herum... auch hier macht's Politz!“

Als die Geprügel auf Menschen, deren wochenlanger Protest nichts genützt hatte und die nun mit letzten Mitteln versuchten, ihren Widerstand gegen die Kriegshetze durchzusetzen.

Wir sehen die Wasserwerfer auf dem Osterdeich, die bundesdeutsche Knüppelgarde im Einsatz. Wieder rennen Menschen zu hunderten davon, stürzen die Böschung herunter.

Die Kriegstreiber kamen von oben: Apel, Kochnik und Carstens wurden mit Hubschreibern ins Stadion geflogen, doch der Empfang war kühlig. Nur ca. 3.000 Bremer wollten das Spektakel miterleben, alle anderen waren dem müßigen Schauspiel ferngeblieben. Ein Erfolg auf alle Fälle!

200 Linke stimmten ein Geföhle, Geföhle und Gebrüll an, das die Einzelsitzung erstmal veranlaßte, überall mit einem einmal veranlaßte, überall um uns herum die Jubel-Soldaten aufzustellen und zur Einschüchterung Feldjäger in unserem Nacken. Politisch Unruhe auf der Tribüne: ein Durchbruch! Die draußen hatten es geschafft! Wir stürmen durch den Tribünenzugang, wollen sie reinkommen sehen – Pustekuchen! Wasserwerfer und Polizeibeamten riegen das Loch ab...

Wir schreien weiter unsere Parolen, pfeifen, der Einsatzleiter mit Megaphon kommt: „Achtung! Wenn Sie nicht sofort ruhig sind, stellen wir Sie in den Steinhaag Ihrer Freunde draußen!“ Dieser Zynismus. Die nächsten Tage werden die Zeitungen tröpfen von Tränen über unsere „rohe Gewalttätigkeit“, aber in Wahrheit haben sie nichts gegen Gewalt, nur uns soll sie treffen... (alle, auch die folgenden Zitate aus Berichten von Demonstrationsteilnehmern)

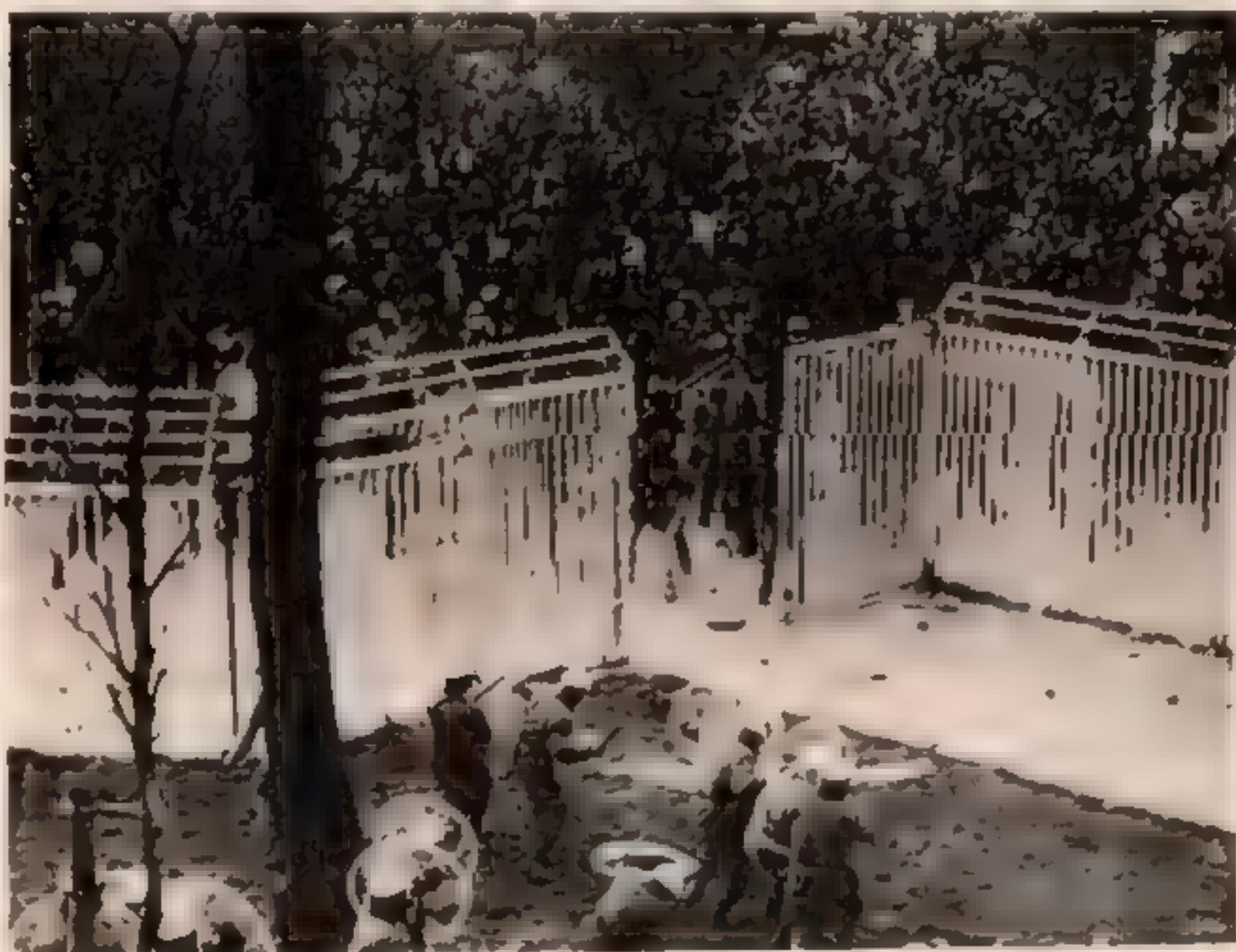
Ein TAZ-Mitarbeiter mit deutlich nichtbarem Pressesurweis, ausgestellt von der Panzergrenadierbrigade 32, fotografiert steinwerfende Polizisten. Sein Teleskopobjektiv wird zerstört, er selbst brutal aus dem Stadion geprügelt. Auch die anderen Protestler werden unsinnig aus dem Stadion be-

„Mich griffen sie als ersten von hinten und rissen mich los. Zwei rissen und schmissen mich in den Tribünenzugang, ich schrie sie an, einer trat mit dem Fuß. Ein Feldjäger und ein Zivilist rissen mich hoch: der Feldjäger drehte meinen Arm um, der Zivilist zog meinen Hosenknäuel hervor, holte aus und stochte: „Halt die Schnauze, ich hau auf!“ Das reichte, sie hatten mich.“

Der Vorplatz des Stadions ist inzwischen vollständig geräumt, trotzdem bleiben Tausende bis zum Schluß stehen, lassen sich von Wasserwerfern durchsprühen, aber protestieren weiter, weichen keinen Schritt zurück.

22.30 Uhr, Osterdeich: „Ich dachte nur noch, die schlagen mich tot!“ Das Spektakel im Stadion ist zu Ende, beim Abzug verhalten sich alle sehr diszipliniert: Ketten werden gebildet, auf dem Osterdeich formieren sich noch einmal ein Zug von mehreren tausend Antimilitaristen. Ein langsamer Rückzug soll beginnen.

„... weit hinter uns haben wir weiße Helme und Schilde, Tränengas drante in unseren Augen. Immer schneller kam die Knüppelgarde näher, Panik bricht aus. Wir begreifen, daß die Bullen noch einmal voll zu-



Kurzfristig gelang es den Bremer Antimilitaristen, die Umzäunung des Weserstadions aufzubrechen ... denn rückten die

Bremen, 6. Mai, 16 Uhr

Auf dem Bahnhofsvorplatz treffen die ersten Demonstrationen ein, Transparente werden entrollt, teilweise kennen wir sie noch vom 1. Mai. „Carter und Schmidt – wir machen Euren Krieg nicht mit!“, „Frauen zum Bund? Nein Danke!“, „Krieg dem Krieg!“ und vor allem: „Keine Vereidigung im Weserstadion!“

Auch Schwula und Werder-Fans sind dabei: „Warme Brüder gegen kalte Krieger“ und „Werder SI – NATO No!“ ist auf den Transparenten zu lesen.

Auch die Bremer Grünen marschieren mit vom Bahnhofsvorplatz ab, marschieren mit dem Teil der Demonstration, der direkt im oder wenigstens am Weserstadion protestieren will: „Schließlich haben wir auch in Brokdorf am Beuplatz demonstriert!“, Ein Lautsprecherwagen der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen) kommt an, Schauspieler vom „atblarten“ „Theater am Goetheplatz“ lesen Brecht-Gedichte.

Dann verläßt Peter Willert, Mitglied der Gruppe der Bremer Grünen Liste in der Bürgerschaft, eine von der SPD-Spitze schon vorbereitete Erklärung für die Bürgerschaftsdebatte am nächsten Tag, in der es sinngemäß heißt: Die Bremer SPD begrüßt es, daß sich die Bremer Bevölkerung nicht an den Ausschreitungen einer kleinen Minderheit von Extremisten beteiligt habe.

Betroffenheit und Empörung macht sich breit.

senlos treffen weitere Demonstranten ein. Um 17.30 Uhr sollte es gemeinsam weitergehen – ein kleiner, gut ausgerüsteter Block kann es nicht abwarten und marschiert los: Richtung Weserstadion! Zehn Minuten später setzt sich die riesige Antikriegsdemonstration in Bewegung. Die Stimmung ist bombig, unterwegs wird eine lebensgroße Carter-Puppe verbrannt; doch schon bald gibt es den ersten Knätsch.

18 Uhr, Lüneburger Straße, „Brokdorf oder Itzehoe!“ – Stadion oder ...

Der von DKP und Jusos organisierte Block hatte sich geschlossen eingestellt, nachdem die ersten 2.000 Demonstranten abmarschiert waren, also relativ weit vorn. An der Lüneburger Straße kommt es zwangsläufig zum Konflikt: geradeaus weiter zum Weserstadion oder rechts ab zur friedlichen Kundgebung an den Weserterrassen? Und dann leider das bekannte Bild:

DKP-Ordner bilden quer über die Straße eine Kette, der Lautsprecherwagen „gibt bekannt“, daß jetzt alles zur friedlichen Abschlußkundgebung marschiert. Während die Spitze längst Richtung Weserstadion unterwegs ist, soll der gesamte Rest der Demonstration zur Abschlußkundgebung auf die grüne Wiese geführt werden. Doch manchmal kommt es anders: nachdem der friedliche Block vorbeigezogen ist, hüpfen die Ordner zwar im Dreieck aber nach einem kurzen Gerangel um ein Megaphon

notwärtig geflickt werden. Auf den Wegen zu den Stadioneingängen bilden Demonstranten Ketten, viele Besucher der NATO-Feier müssen unverrichteter Dinge umkehren, die Stadioneingänge auf der Nordseite sind geschlossen worden, außer den geladenen und befohlenen Gästen erreicht kaum jemand die Zuschaueränge. Längst kreist ein Hubschrauber über uns.

19 Uhr, Osterdeich

Zwei Bullen packen eine Frau an den Haaren und schlagen ihren Kopf mehrfach auf den Bordstein – empörte Demonstranten können eingreifen und das Schlimmste verhindern. Der Osterdeich (Hauptverkehrsstraße auf dem Weserdeich, 100 Meter vor dem Stadion) ist auf der Länge von mehreren hundert Metern längst in der Hand der Demonstranten, trotz dem haben fünf Bundeswehrbullis des Ehrgelz, mitten durch die Demonstration zum Weserstadion zu fahren. Demonstranten besetzen die Straße, die Bäume müssen stehenbleiben, die uniformierten Horren zu Fuß zum Stadion marschieren durch ein Späler von Demonstranten. Ein mit „Lametta“ dekorierter kurbelt die Scheibe seines Bundeswehrfahrzeuges herunter und schimpft auf die „Kommunistenachweine“. Militante kommen dazu, die Scheiben seines Wagens gehen zu Bruch, die Motorhaube wird aufgerissen und der Verteilerkopf verschwindet. Der Motor gibt seinen Geist auf, Fessungslosigkeit macht sich auf seinem Gesicht



langten. „Ein Blick über die Schulter: Eine Reihe nach der anderen wurde verschlagen. Schreie. Noch eine Reihe zwischen und den Bullen...“

„Ich höre hinter uns das rhythmische Geklopfe. Erst später erfahre ich, daß das die nachrückenden Bullen waren, die sich durch das Klopfen auf ihre Schilder in Stimmung brachten. Dann ging das Geklopfe los. Vor mir fiel eine Frau, als ich ihr helfen wollte, stolperte ich selbst. So am Boden ging die Prügelei auch schon los; die Bullen rufen: „Bringt sie alle um die Schweine!“ und ähnliches. Mit mehreren Leuten stürzten sie auf mich ein, ... nannten von einem zum anderen und schlugen drauf, bis ich nichts mehr rührte. Ich erhielt mehrere Schläge auf den Kopf und auf den Rücken. Als ich die Arme hob, drochten sie drauf. In diesem Moment dachte ich nur noch: die schlagen mich tot!“

Bei diesem brutalen Überfall gibt es die meisten Verletzten unter den Demonstranten. Platzwunden am Hinterkopf (durch Schläge auf die sich zurückziehenden Demonstranten), Knochenbrüche, ausgeschlagene Zähne, Prellungen. Krankenwagen, die vom Bürgerhaus Weserterrassen aus angefordert werden (dort wurden viele Verletzte ambulant behandelt), kommen nicht mehr durch, da sie verletzte Demonstranten, darunter viele Frauen, von der Straße auflösen.

Demonstranten müssen durch Löcher in Zäunen, durch Vorgärten, Keller und Hinterhöfe fliehen, viele schaffen es nicht, viele können sich aber noch einmal sammeln. Die Demo erreicht dann unbehelligt das Ostertorviertel, dort löst sie sich auf, aber noch einmal sammeln. Die Demo erreicht dann unbehelligt das Ostertorviertel, dort löst sie sich auf.

Terror auf den Polizeiwachen:

Nach offiziellen Angaben werden an diesem Abend 17 Demonstranten verhaftet, zum Teil schwer verletzt, zum Teil werden sie auf den Wachen mißhandelt: 2 Schüler, die unverletzt verhaftet werden – dafür gibt es Zeugen – müssen auf der Wache durch eine Reihe von 16 Bullen „Spießrutenlaufen“, offiziell wird es später heißen: „Widerstand bei der Festnahme...“

7. Mai, vormittags:

In der Mozartstraße im Bremer Ostertorviertel werden 8 Hamburger verhaftet, die Helme und Material in einem Wagen laden. Sie erhalten eine Anzeige wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“, die Wohngemeinschaft, bei der sie übernachtet haben, eine Anzeige wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“.

Tage später wird auch der letzte wieder freigelassen, der „harte Kern der RAF“, wie erst gelubt wurde, war es dann wohl doch nicht.

Zwei Demente:

– Noch am Mittwoch verbreitete die Bremer Polizei, ein Beamter, der von einem Brandstift getötet wurde, sei seinen Verletzungen erlegen. Tatsache ist, daß ein Bulle Feuer gefangen hatte, die Flammen wurden jedoch sofort gelöscht. Er war danach übrigens sofort wieder im Einsatz.

– Noch in der Bundestagsdebatte am 13.5. wurde berichtet, daß ein Bundeswehrangehöriger mit einer Brandschere in einen brennenden Wagen zurückgeprallt wurde und erst unter Lebensgefahr blutüberströmt fliehen konnte.

Tatsache ist, daß er nachdem der Wagen schon brannte – den Helmen epielen und den Feuerlöscher aus dem Wagen holen wollte. Daran (1) wurde er gehindert, im übrigen wurde er kaum verletzt.

KB/Gruppe Bremen

Zur Diskussion in der Linken über den 6. Mai in Bremen

Nach dem „Bremer Krawallen“ – inzwischen vielzitiertes Begriffs für militante Antimilitarismus – hat es in der Linken unterschiedlichste Reaktionen auf die unerwartet heftige Radikalisierung gegeben, von der empörten und vollständigen Distanzierung bis zur Ablehnung jeder Distanzierung und dem öffentlichen Bekenntnis zum militanten Protest. Ebenso weit auseinander gehen die Einschätzungen, ob die Gegenaktionen vom 6. Mai letztlich eine Erfolg oder eine Niederlage für die Antikriegsbewegung waren.

Zur Diskussion dieser Frage fand am 12.5. in Bremen bereits eine von der BBA organisierte Veranstaltung statt, die mit ca. 700 Teilnehmern hoffnungsvoll überfüllt war und auf der Vertreter aus allen Bereichen der Bremer Linken ihre Sicht der Dinge darlegten. Im Folgenden wollen wir die unterschiedlichen dort eingebrachten und in schriftlicher Form veröffentlichten Positionen vorstellen.

Die Jungsozialisten

Die wohl schärfste Form der Distanzierung von den „gewalttätigen Demonstranten“ kommt von den Jusos. Ihr Sprecher verurteilte nicht nur die „Ausschreitungen“ der „kleinen Provokationsgruppe“ vor dem Weserterrassen, sondern wertete das ganze Vorgehen der Militanten als Teil einer genetzten Taktik von Polizei und Bundeswehr gegen die „friedlichen Demonstranten“. Angefangen habe es mit dem Hubschrauber, der so niedrig über der von DKP, Jusos etc. veranstalteten „friedlichen Gegenkundgebung“ herumflog, daß diese sich als bald auflösen mußte; fortgesetzt wurde es mit dem Auflaufen von Bundeswehrfahrzeugen auf dem von Demonstranten besetzten Osterdeich, welche dann in Flammen aufgingen, der Gipfel dieser „Polizeitaktik“ sei dann gewesen, daß „die kleine mili-

tante Chaotengruppe“ nicht sofort festgenommen worden sei, sondern stundenlang Polizei- und Bundeswehrkräfte attackierten und dadurch den Charakter der gesamten Protestaktion bestimmen konnte.

Auf ähnlicher Ebene hatte sich der Juso-Landesvorsitzende Uwe Parpert in der Presse geäußert: er kritisierte Polizei und Innensenat, außer der von DKP und Jusos initiierten Demonstration überhaupt eine weitere Genehmigung zu haben und dem KBW nicht das Aufstellen eines Lautsprecherwagens vor dem Stadion verboten zu haben. Damit soll von den „Provokateuren“ Aufstellen eines Lautsprecherwagens vor dem Stadion verboten zu haben. Damit wird von den Jusos unverhohlen eine noch stärkere staatliche Repression gegen die radikale Linke gefordert.

Die Jusos sind dabei in der schwierigen Lage, ihre auch von der SPD-Führung geforderte Integrationsfunktion gegenüber der linken und antimilitaristischen Bewegung erfüllen zu müssen (deshalb durften sie mit Billi-

gung des Landesvorstandes zum Protest gegen die Rekrutierungsverweigerung aufrufen), sich gleichzeitig aber in der Linken gegen die (hier sichtbar gewordene) radikale Ablehnung des herrschenden Systems und seiner Kriegsvorbereitung stellen zu müssen.

Die Revisionisten

Auch der SHB, ein DKP-naher Hochschullehrer, verfiel in regelrechte Heiße gegen die militanten Demonstranten. Der SHB distanziert sich mit einem Flugblatt an der Hochschule für Wirtschaft prinzipiell von „solchen gewalttätigen Methoden“ und bringt es fertig, sie mit „neonazistischen Kampfmethoden“ gleichzusetzen.

...

Die DKP ging in der „UZ“ vom 8.5. zunächst relativ maßvoll auf die „spektakulären Ereignisse“ ein. Durch das Verhalten des Bremer Senats und das riesige Polizeiaufgebot „kam es ... zu Zusammenstößen“, vor allem von außerhalb angereiste Personen“ hätten sich „durch dieses Aufgebot zu Handlungen hinreißen“ lassen. Mit dieser klaren Gewichtung der Verantwortung war man offenbar im DKP-Partei-Vorstand nicht zufrieden, sodaß ab dem 9.5. auch in der „UZ“ das Geheul losging: Die Zusammenstöße seien „wie bestellt organisiert“ worden. „Das kann kein Zufall sein“. Es habe sich um „organisierte Provokationen“ gehandelt (9.5.).

...

Noch wilder ging es in der DKP-nahen „Neuen“ zu: „Extremisten“ seien „über Polizeibeamte hergefallen“, die Straßenschlacht sei von ihnen „provziert“ und „möglicherweise sogar inszeniert“ worden (14.5.). Es habe sich um „unpolitische Schläger“ gehandelt, die daran schuld seien, „daß jetzt immer mehr SPD-FDP-Politiker die Kalten-Kriegs-Formeln der CDU/CSU übernehmen“ (9.5.) – nebenbei ein phantastisches Weltbild in einer Tageszeitung, in der Herausgeber Guggemos anläßlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan in kaum gebremstem Jubel aubruch Neben den Varianten „Extremisten“ (14.5.) und „unpolitische Schläger“ (9.5.) war am 14.5. in der „Neuen“ auch eine Darstellung zu lesen, in der „die Provokateure“ geradezu als Polizei-Agenten dargestellt werden. Lang und schlapp wird sich dann darüber empört, daß die Polizei nicht prompter und härter gegen die „Provokateure“ vorgegangen sei – offenkundiger Beweis der Komplizenschaft zwischen der Polizei und den „Provokateuren“!

Die Bremer Grünen

Die Bremer Grünen

Ebenfalls zur Distanzierung genötigt sahen sich die vornehmlich im Hochschullehrerbereich angesiedelten Mitglieder der Gruppe „Links für Grün“. Von ihnen wurde während der Bremer Veranstaltung vertreten, man dürfe nun nicht die Polizeibrutalität am Abend des 6.5. in den Vordergrund stellen – das legitimiere nur die

Gewalt, die aus den Reihen der Demonstranten angewendet wurde. Eine „selbsternannte Avantgarde von 50 Leuten“ habe der gesamten Demo die Form des Protestes diktiert. Der Sprecher J.M. stellte die Frage, warum dagegen nicht von Seiten der Demonstranten eingeschritten worden sei. Durch diesen Verlauf der antimilitaristischen Aktion sei daraus eine „komplette Niederlage“ geworden. Er forderte, künftig die Form des Protestes verbindlich festzulegen.

Erfreulich und erstaunlich zugleich war dagegen die Stellungnahme des grünen Bürgerrechtsbeauftragten Axel Adamietz, der im Namen der Bremer Grünen Linie sprach. Er distanzierte sich nicht von den militanten Aktionen, sondern wertete die Protestaktion insgesamt als Erfolg – wenn auch noch nicht entschieden sei, ob sie nun ein voller Sieg seien. Gegenüber der Kampfform sei jedenfalls der Inhalt des Kampfes als wesentlicher zu betrachten – „die Masse wollte eben nicht nur friedlich ein Liedchen singen“.

BBA/Spontis

Eine taktisch begründete Distanzierung brachten bekannte Mitglieder aus der BBA und Spontikreisen. Schädlich sei gewesen, daß die Gruppe der Militanten gleich zu Beginn die Konfrontation mit den Polizeikräften eingeleitet sei. Das sei nicht abgesprochen gewesen und habe eine schnelle Eskalation bewirkt. Wenn aber von uns militant vorgegangen werde, müsse das „moralisch piccolo“ zu rechtfertigen sein. Dies sei anfangs nicht der Fall gewesen. – Damit ist eine Frage aufgeworfen, die gegenwärtig in der Bremer Linken viele beschäftigt, die nicht prinzipiell gegen Militanz sind, die aber wohl erst in Reaktionen auf Polizeibrutalität gerechtfertigt sehen. Ein „freischwebender Linker“ hielt auf der Veranstaltung dagegen, militanter Widerstand sei allemal gerechtfertigt, da dieses System schon lange und tagtäglich mit Gewalt gegen uns vorgeht (Atomprogramm, kapitalistische Ausbeutung etc.) und offiziell gebilligte Widerstandaktionen der Bevölkerung fast vollständig ohne Wirkung bleiben. Schon die Wut und Verzweiflung darüber rechtfertige militante Aktionsformen. Dieser Beitrag erhielt großen Beifall im überfüllten Saal, was die Stimmung der hier hauptsächlich anwesenden radikalen „undogmatischen Linken“ widerspiegelt: von Distanzierung wollen die meisten nichts wissen.

„Komitees für Demokratie und Sozialismus“ und „Gruppe Arbeiterpolitik“

„Komitees für Demokratie und Sozialismus“ und „Gruppe Arbeiterpolitik“

In Abwandlungen vertreten die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ und die Gruppe „Arbeiterpolitik“ ebenfalls einen Standpunkt, der sich gegen prinzipielle Distanzierung wendet, eine taktisch begründete aber dennoch vornimmt. Der Sprecher der „Komitees“ wandte sich gegen das

Fortsetzung auf der nächsten Seite



In Zukunft erwünscht: Jusos, DKP'ler und friedfertige TAZ-Fans wollen einen anarchistischen Provokateur in seine

Gedanken eines Friedfertigen

Mit Wut und Trauer sehe ich immer wieder solche Bilder Waffenstrotzende Polit-Macker bauen Barrikaden werfen Steine prügeln Menschen in Uniform gefährden Unbeteiligte.

Links wollen das sein?

Für mich aber seid ihr potentielle Mörder, die in der geliebten Pubertät stecken. Nicht besser als KZ-Schergen und Amis in Vietnam.

Wir die Friedfertigen müssen auch genauso bekämpfen wie die Staatsmacht.

Denn wir sind gegen jede Gewalt. Darum müssen wir auch ausgrenzen auch in den Arm fallen. Wenn ich einen von euch erwische dem könnte ich mit dem Knüttel oder auch mit einem Stein falls großflächig so auf den Kopf daß er kaputt wie man alternativ demonstriert

(Unter Verwendung von „Original-Texten“ auf der „TAZ“)

Vorgehen der Militanten, da es nicht nützlich gewesen sei, sondern Ohm macht gegen den staatlichen Gewaltapparat demonstriert habe. Angesichts der Widersprüche, die die Rekrutenvereidigung in der SPD ausgelöst habe, und angesichts der nach wie vor bei der überwiegenden Masse der Bevölkerung vorherrschenden Meinung, die Bundeswehr sei eine in ihrem Interesse notwendige Einrichtung, wiege z.Zt. ein Argument gegen die Bundeswehr ungleich schwerer als ein Stein. Auch die „Arbeiterpolitik“ stützt ihre Bedenken darauf, die militanten Aktionen hätten eine abschreckende Wirkung gehabt und behinderten dadurch eine Verbreiterung.

„Initiative Krieg dem Krieg“ und KB

Gegen die Distanzierung sprach sich auch die „Initiative Krieg dem Krieg“ aus. Deren Sprecher meinte, wir sollten uns nicht selber durch die Distanzierungskampagne vom eigentlichen Grund der Demonstration abbringen lassen: die Gefahr eines 3. Weltkrieges. In einem Flugblatt hatte die Initiative bereits erklärt: „Die Verantwortung für alle Auseinandersetzungen am 6.5. liegt von Anfang an bei den Veranstaltern, bei Bundesregierung, Bundeswehr und Landesregierung.“ Ebenso wie die anderen Anti-Distanzierungs-Stellungnahmen wurde bei der Veranstaltung auch der Beitrag des KB mit Beifall aufgenommen. Darin wurde noch einmal die Rechtfertigung des militanten Vorgehens daraus begründet, daß die Veranstalter sich durch die breitesten Proteste, die es seit der Bewegung gegen die Kernwaffenrüstung der BRD gegeben hat, nicht einen Deut von ihrem militaristischen Schauspiel haben abbringen lassen, es könne nun keinesfalls zugelassen werden, daß auf Druck eben dieser Kreise eine Spaltung zwischen „Friedlichen“ und „Militanten“ vollzogen werde, sondern der Trennungsstrich sei zwischen Kriegstreibern und Gegnern zu ziehen. In einer Pressemitteilung erklärte auch die Alternative Liste Bremen, daß für „die gewaltsamen Auseinandersetzungen [...] die Organisatoren der Militär-Show die Verantwortung“ tragen.

Beinahe alle Diskussionsredner auf der Veranstaltung zogen eine Konsequenz aus den Ereignissen am 6.5.: derartige Großaktionen müssen künftig noch besser koordiniert und organisiert werden. Die „Arbeiterpolitik“ schlug vor, einen ständigen „Koordinationsrat“ aller linken Gruppen in Bremen zu schaffen, der nicht nur bei anstehenden Großaktionen hilfreich sein könnte. Diesen Vorschlag sollte unbedingt nachgegangen werden. Eine weitere Veranstaltung dieser Art soll in ca. 4 Wochen stattfinden, um das Thema Kriegsfahr zu diskutieren.

KB/Gruppe Bremen

den Eine weitere Veranstaltung dieser Art soll in ca. 4 Wochen stattfinden, um das Thema Kriegsfahr zu diskutieren.

KB/Gruppe Bremen

KPD-ML distanziert sich von „Ausschreitungen“

Die KPD/ML ist von der DKP immer weniger zu unterscheiden. Jetzt hat sie sich sogar schon von den „Ausschreitungen der Spontis“ in Bremen „distanziert“. Um „Renditeerwartungen“ habe es sich gehandelt. „Dieser von den 100 bis 200 Spontis inszenierte Schlacht war ein Fehler und hat der machtvollen Demonstration geschadet. Denn so ist es den herrschenden Politikern und ihren Schreiberlingen in den Redaktionen der Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehstationen gelungen, von der eigentlichen Bedeutung der Demonstration abzulenken.“ („Roter Morgen“, 16.5.80)

Wer denkt da noch an die längst vergangenen Zeiten, als KPD/ML-Vorsitzender Aust seine Jünger in sinnlose, isolierte Schlächten mit der Polizei schickte – wie etwa an jenem rühmreichen „Roten Antikriegstag“ 1972 in München? Die KPD/ML hat sich früher (zuletzt ausführlich von Brakdorf II) immerhin des Rufes erfreut, in den Fläuten der a u s zu haben, was ihr im Kopf fehlt. Dieser Ruf ist inzwischen auch verblüht. Militanz gibt es bei der KPD/ML offenbar nur noch, wenn es gilt, massenhafte Abweichler zusammenzuschlagen, wie auf dem Sommerlager der ML Jugendorganisation „Rote Garde“ im letzten Jahr.

Emden Protestaktion gegen Vereidigung

Ca. 800 + 1.000 Menschen demonstrierten am 14.5.1980 gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im „Kickers-Stadion“ in Emden.

Bereits im Vorfeld der Demonstrationen versuchten die Medien der BRD die Bevölkerung – gerade auch in Hinblick auf die „blutigen Krawalle“ in Bremen – mit den nötigen Hetzereien auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen einzustimmen.

Polizeistat

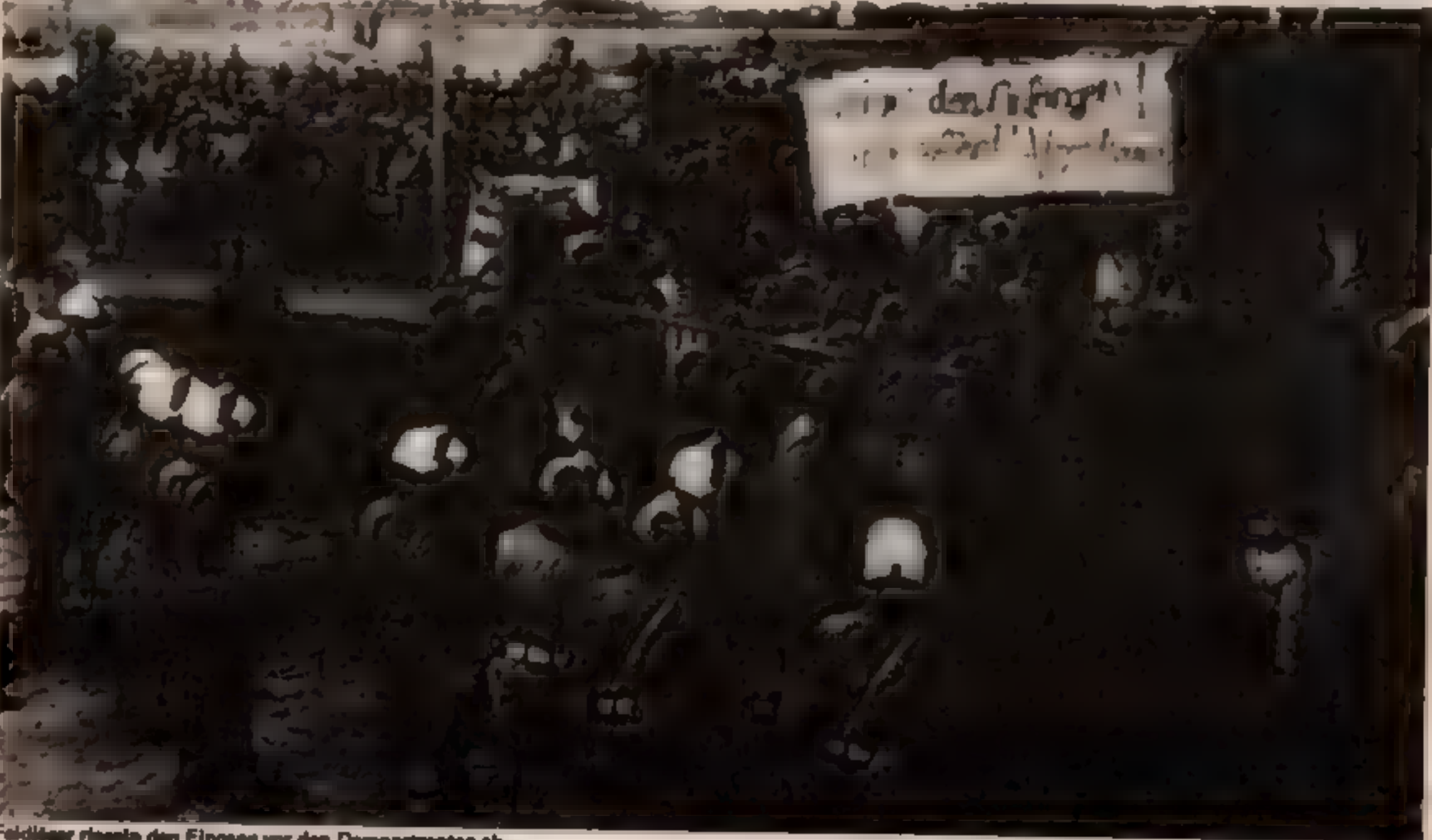
Was Emden dann am „Heißen Mittwoch“ an „Sicherheitsmaßnahmen“ miterleben durfte, war noch nicht dagewesen: Über 1.000 Bullen aus ganz Niedersachsen, bewaffnet mit Knüppel, Schildern, Helmen, Gasmasken, Chemical Mace, Maschinengewehren,

laden hätte! Nach dieser Unverschämtheit zu Beginn der Sitzung wurde vom AStA-Vertreter die Notwendigkeit einer Plattform dargestellt und – von den „Falken“ prompt präsentiert. Es handelte sich dabei um eine Plattform des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ), in der in üblicher Rev-Manner die hervorragenden Leistungen der „Entspannungspolitik“ etc. hochgejubelt wurden.

Begeistert wurde diese Plattform von den Anwesenden (ohne inhaltliche Auseinandersetzung!) als Grundlage für die Gründung eines örtlichen KOFAZ begrüßt, wobei gleich klargestellt wurde, daß diejenigen, die sich nicht hinter die Plattform stellen würden, nicht als Bünd-

Montag, dem 12.5., wurde die Absage „berichtigt“. Und zwar hatte sich Kriegsminister Apel gleich nach Bekanntwerden der Absage ans Telefon gehängt und die unbedingt öffentliche Vereidigung unter seiner Beteiligung angeordnet, nach dem Motto: „Jetzt erst recht!“

Als neuer Versammlungsort wurde nun das ca. 2 km von der Stadtmitte entfernt liegende „Kickers-Stadion“ genannt. Die Mobilisierung der AE lief nun auf Hochtour und auf einem erneuten Treffen einigten sich die ca. 50 Anwesenden (!) auf folgendes Vorgehen: Um 19 Uhr wurde in der Nähe des Rathauses eine Kundgebung bis ca. 20 Uhr durchgeführt, die dann offiziell aufgelöst werden sollte.



Feldjäger riegeln den Eingang vor den Demonstranten ab.

scharfen Hunden, Wasserwerfern etc., verstärkt durch 200 „Feldjäger“, verwandelte das Stadion in eine waffenstarrte Festung, die teilweise mit Stacheldraht umzäunt war. Bereits zwei Tage im Voraus kreisten Hubschrauber über der Stadt und patrouillierten Menschenfahrzeuge in den Straßen.

Die drei Ausfallstraßen Emdens waren durch Bullensperren besetzt, die verdächtige PKW sowie Bume durchsuchten, Flaschen, Kanister und Transparenten beschlagnahmten.

Im Umkreis von 500 Metern vor dem Stadion das gleiche Spiel: Verdächtige Personen wurden durchsucht, Taschen durchschnitten, Personalkontrollen und Beschlagnahme von Halstüchern und Flaschen durchgeführt. Dann ging es weiter vorbei an Bullenkettens, dahinter Sperrgitter und Stacheldraht. Am Stadiontor nochmals Taschenkontrolle und Leibrevisierung.

Ca. 500 Antimilitaristen versammelten sich am Zaun des Stadions und veranstalteten ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert (das innerhalb des Stadions jedoch immer kaum wahrnehmbar war), während eine andere Kundgebung in der Innenstadt mit ca. 400 Menschen stattfand.

Zur Vorgeschichte

Wie kam es zu diesen zwei Demon-

Am dritten Mai, kurz nach Bekanntgabe der öffentlichen Vereidigung auf dem Emdener Rathausplatz luden die „Falken“ zu einer Vorbesprechung eventueller Gegenaktionen ein, zu dem jedoch nur ein ausgewählter Kreis (von SHB bis DKP und wieder zurück) erwünscht war. N i c h t eingeladen wurden SÖdZdL, Initiativen gegen Atomunlagen, Autonome Frauenhochschulgruppe, Buute Liste der FHO und der KB.

Auf die Frage, warum dies nicht der Fall sei, antwortete ein Vertreter der „Falken“ auf dem Treffen frei heraus, daß man halt nur das „demokratische Spektrum Emdens“ einge-

nispartner in Frage kämen.

Kriminell wurde es, als von AStA- und SDAJ-Vertretern für eine eventuelle Demo „Transparentkontrolle“ gefordert und auch durchgesetzt wurde.

Gleichzeitig setzte das KOFAZ fest, daß eine direkte Störung der Veranstaltung nicht in Frage käme.

Am 6.5. luden daraufhin KB und ESG zu einem alternativen Treffen ein, an dem sich die SuLi der FHO, die Autonome Frauenhochschulgruppe (AFHG), die SÖdZdL, die Initiative gegen Atomunlagen (IGA), die BRD-Gruppe der KB beteiligten.

Den ca. 30 Anwesenden war klar. Es wird eine für alle Antimilitaristen offene Aktion gemacht, die direkt die Vereidigung verhindern oder zumindest stören sollte.

Ein gemeinsames Flugblatt unter der zentralen Forderung: „Keine öffentliche Vereidigung in Emden und anderswo!“ wurde herausgegeben und in einer Auflage von 5.000 Stück in Emden und Umgebung verteilt.

Währenddessen begann die Hetzkampagne gegen die Auseinandersetzungen in Bremen, und auch die Revis und linken Sozialdemokraten Emdens übertrafen sich gegenseitig im Distanzieren.

Das KOFAZ begann am Donnerstag recht zaghaft mit der Mobilisierung zu ihrer Kundgebung in der Innenstadt, bis sich am Freitag morgen der ganze Sechserhaufen änderte: Aufgrund der Widerstandaktionen in Bremen trugen Oberbürgermeister und Artilleriekommandant die öffentliche Vereidigung auf dem Rathausplatz ab und verlegten sie in die kasernen militaristen. Das KOFAZ zog sich zurück, während für die Aktionsfähigkeit weiterhin klar war: Die Kundgebung in der Nähe des Rathauses wird stattfinden! Nicht zu Unrecht, wie sich bald herausstellen sollte.

Allen war klar, daß danach ein Spaziergang zum Stadion stattfinden würde.

Einen Tag später beschloß das KOFAZ, nun doch eine Kundgebung mit Demo durchzuführen (rein zufällig auch um 19 Uhr, versteht sich), nicht ohne vorher bei der ESG anzurufen und vorsichtshalber einmal anzufragen, ob man zum abendlichen AE-Treffen nicht einen KOFAZ-Vertreter zwecks Bundesverhandlungen schicken dürfe, was bejaht wurde.

Als am Abend dann die Vertreter nicht erschienen, fragte die ESG nochmals telefonisch an, warum dies nicht der Fall sei. Der KOFAZ-Vertreter bestritt jedoch, daß es je eine solche Abmachung gegeben hätte (!), denn das KOFAZ würde eine eigene Sache machen, und die AE-Beteiligten sollten nicht auf die Idee kommen, auf der Demo zu erscheinen, man hätte sonst ein paar Bur-

echen bereit stehen...

Noch am selben Abend begann die Mobilisierung der KOFAZ (die schon ihre Merkwürdigkeiten hatte: So wurde der Vorsitzende der SDAJ in einer Kneipe dabei erwacht, wie er ein Mobilisierungsplakat der AE abräu!).

Der „heiße Mittwoch“

Am Vormittag des 14.5. erhielt die AE eine Einladung des KOFAZ, zu einem Bündnistreffen im AStA-Büro zu erscheinen. Dort angekündigt wurde von Seiten des KOFAZ die „Bereitschaft zur Zusammenarbeit“ bekundet unter folgenden Bedingungen:

1. Keine Provokation und Störung gegen die Vereidigung!

2. Alle AE-Transparente müssen dem KOFAZ zur Genehmigung vorgelegt werden!

3. AE-Flugblätter und Zeitungen dürfen nicht auf der Kundgebung verteilt werden!!

4. Ein Redebeitrag der AE muß dem KOFAZ zur Genehmigung vorgelegt werden!!

5. Eine Rede der AE darf nicht von einem KB'ler gehalten werden!!!!

Auf diese dreisten Forderungen hin verließen die AE-Vertreter das Treffen. Am selben Vormittag wurde

Gruppe z.T. angereicherter Schläger durchgeführten Gewaltaktionen“ in Bremen und distanzierte sich schon im voraus „auf's Schärfste“ von den zu erwartenden Störungen in Emden. Der Sprecher des KOFAZ, der sich noch dafür entschuldigte, daß sich

Der Sprecher des KOFAZ, der sich noch dafür entschuldigte, daß sich ihre Kundgebung und die Vereidigung zeitlich überschneiden würden (!), erklärte: „Man wolle mit diesem Zug durch die Emdener Innenstadt und der sich anschließenden Kundgebung nicht gegen die Bundeswehr und ihre Soldaten schlechthin 'schleichen', sondern lediglich Anstoß nehmen an der öffentlichen „Zurschaustellung““ („EZ“, 14.5.).

Die Kundgebungen

Gegen 19 Uhr begannen die beiden Kundgebungen mit jeweils ca. 400 bis 500 Menschen. Auf der Kundgebung der AE wurde vom Vertreter der ESG eine vorher vereinbarte Rede gehalten, danach sprach eine Vertreterin der AFHG zum Thema „Frauen zum Bund“ und schließlich wurde noch eine Resolution einer Norder Initiative gegen die Vereidigung verlesen. Als dann gegen 20 Uhr die Kundgebung für beendet erklärt wurde, begann der Spaziergang zum Stadion, dem sich alle Teilnehmer anschlossen. Verwirrung kam auf, als man auf den KOFAZ-Demoszug traf, der kurzfristig ca. 200 Leute für sich vereinnahmen konnte. Innerhalb von 15 Minuten jedoch waren diese 200 wieder auf dem Weg zum Stadion (wobei noch etliche Leute gewonnen werden konnten). Am Stadion angekommen, begann das Pfeifkonzert von ca. 500 Menschen. Gegen 21 Uhr bildete sich spontan eine kämpferische Demo mit 300 Teilnehmern, die nochmals in die Innenstadt zogen, kurzfristig Kreuzungen und den Rathausplatz besetzten und mit Tänzen, Kettenbildern etc. bis 22.30 Uhr die hundertherflitzenden Bullen an der Heimreise hinderten.

Aufgrund dieses guten Ergebnisses plant die AB nunmehr die Erstellung einer Broschüre

KB Emden

der AStA-Referent BRD/Internationaler, offizieller KOFAZ-Vertreter, dabei erwacht, wie er ausgelegte Flugblätter der AE verrichten wollte. (Painlich, painlich!).

In der Presse wurde unterdessen schon eifrig gegen die „Chaoten“ Stimmung gemacht. Auf der einen Seite warf sich OB Klingenborg (SPD) mit einem Aufruf „Alle Demokraten sind zum Gelöbnis aufgerufen!“ in der Emden und der Ostfriesenzeitung („EZ“, „OZ“) ins Zeug „Menschen, die mit Steinen und selbstgebastelten Bomben auf Bundeswehr und Sicherheitskräfte werfen, zielen auf diesen Staat und seine Verfassung. (...) Ich rufe die Bürger Emdens und Ostfrieslands auf: Lassen Sie uns gemeinsam den Kampf gegen die Verfassungsfeinde aufnehmen!“ („EZ“, „OZ“, 14.5.). Gleichzeitig wurde die „Eintrittsbereitschaft der Polizei“ groß herausgetrieben und Warnungen an „militante Chaoten“ gesandt.

Aber auch die Jusos und KOFAZ ließen sich nicht lumpen. In einer Stellungnahme der Jusos wandte man sich gegen die „von einer kleinen

Friedensaktivitäten zum 8. Mai

Friedenswochen in Hamburg Ein guter Anfang

Höhepunkte der Friedenswochen waren die Ausstellung „Nie wieder Krieg“, die von über 80 Schulklassen und diversen Einzelpersonen bestaunt wurde, sowie die Podiumsdiskussion zum Thema „Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?“ mit rund 1.300 Zuhörern, die eine sehr interessante Diskussion erlebten. Insbesondere die sogenannten „Bremer Krawalle“, die wenige Tage vor der Podiumsdiskussion stattfanden, wurden nach einem „Live-Bericht“ eines Bremer „Krawallmachers“ heiß und kontrovers diskutiert, wobei die überwiegende Mehrheit der Anwesenden deutlich machte, daß auch für die Bremer Aktion ein Auftakt für weitere Aktivitäten, keineswegs aber Anlaß zu irgendwelchen Demonstrationen gegen Teile der Demonstration ist. Insbesondere die Podiumsdiskussionen Karl-Heinz Roth und Jean-Pierre Vigier „In den Augen unserer Feinde sind wir die Widerstandskämpfer „Poltröcker““ sprachen sich gegen jegliche Distanzierung aus.

Einmütig wurde auf der Diskussionsveranstaltung eine Resolution angenommen, die „Angesichts der drohenden ... Kriegsgefahr“ alle Hamburger Gruppen auffordert, sich endlich an einen Tisch zu setzen und eine „ständige Friedenskordinations“ zu bilden.

Die Friedenswochen-Bündnis erreichte eine Stärke von fast 20 Gruppen, u.a. SO, ESG, Friepo, KB, Werkstatt - 3, Evangelische Jugend, Judos, ASG, Frauen-AB, die Grünen zu bilden.

Die Friedenswochen-Bündnis erreichte eine Stärke von fast 20 Gruppen, u.a. SO, ESG, Friepo, KB, Werkstatt - 3, Evangelische Jugend, Judos, ASG, Frauen-AB, die Grünen, BUU-Delegierten Plenum, Antifa-AK-Hamburg, ASIA-H/BK und FSPI, DFG/VK Lüneburg.

Leider mußte die Veranstaltung „Frauen für den Frieden“ wegen kurzfristiger Abwesenheiten ebenso kurzfristig abgesagt werden, was zu einiger Verärgerung führte. Ebenso eine Filmveranstaltung (kein Film).

Etwa 60 Interessierte kamen zur Podiumsdiskussion „Wohin steuert der Zivildienst“, wo der Bremer ZD-Pastor Finckh sich mit den anwesenden Vertretern von SPD und FDP über die Gesetzes-Anschläge der Regierung zu KDV und ZD sehr kritisch und informativ auseinandersetzte.

Etwa 100 Leute (viele Schüler) erfreuten sich an den Vorführungen des Offenbacher Soldatenbroters, dessen Stück „Jenseits vom Donnerbalken“ eine Diskussion um die Frage, ob man zur Bundeswehr gehen oder verweigern sollte, auslöste.

Etwa 50 Leute kamen zur Film- und Diskussionsveranstaltung „Frauen und Militär“.

Rund 80 Schulklassen und etliche Einzelbesucher sahen sich die von der SöDZDL, Friepo und der ESG gezeigte Ausstellung „Nie wieder Krieg“ an.

Nach Berichten von Genossen und Freunden.



Westberlin: Über 20 000 gegen die Kriegsgefahr

Zur Demo am 8. Mai rief ein breites Bündnis auf (u.a. die AL, die Westberliner „Grünen“, das SB, „Anstiftung der Frauen für den Frieden“, „Christen für den Sozialismus“, IDK Westberlin, der Bund demokratischer Wissenschaftler, die Antifaschistische Gruppe der AHA, das Netzwerk, der Landesverband der Jungdemokraten, der LHV, Agit-Druck, „radikal“, das Liberale Forum, „Z“, usw.). Unter

Kaputte Zynker

„Wandzeitung“ der JUSO-HSG Marburg ausgehängt am 28.04.80 in der Marburger Mensa

„Braucht ihr den Pfeffer?“

Hausfrau Carter setzte seine Politik der Verrücktheiten fort und macht in High Noon - Manier den Versuch, die festgehaltenen Geiseln zu befreien.

Die Sauerbraten der USA sind dem MSB Anlaß genug, eine Demo für den - ach so - bedrohten Iran zu organisieren. Die Solidarität mit dem Religionsfanatiker in Göttingen war beim MSB schon immer gut aufgehoben - und die Solidarität mit ihm ist jetzt nach Carters Aktion auch noch moralisch rundum abgesichert. Der Mythos des Internationalismus feiert fröhliche Urständ.

Doch eines an die Freunde vom MSB: Eure Demo für Chomeiny beweist nichts anderes als Euer reines antiamerikanisches Gewissen und hohe internationale Moral. Ihr habt scheinbar eine solche Selbstbewußtheit und einen Beweis Eures stramm proletarischen Internationalismus nötig - wir nicht!

DESHALB MUßT IHR HEUTE NACHMITTAG AUF UNS VERZICHTEN! EURE JUSOS

Zu der Protestdemonstration am 20.3., an der MSB, KB und SHB aufgerufen hatten, kamen 300 Menschen.

dem Motto „Wir wollen leben - nie wieder Krieg“ protestierten über 20 000 Menschen gegen die „kriegstreibende Politik Carters“ (Aufruf-Flugblatt). Die Hauptparole auf der Demonstration war immer wieder „keine Moneten - für Bomben und Raketen“. Erfreulich auch, daß viele Mitglieder der SEW bzw. ihr nahestehender Organisationen sich an der Demonstration beteiligten. Auf der Abschlusskundgebung sprach ein Pfarrer, eine Vertreterin der dänischen Frauenfriedensbewegung sowie der achtzigjährige Antifaschist und Antimilitarist Hübbe, der bereits in zwei Weltkriegen Widerstand leistete. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Westberlins, Pastor Heinrich Alberts, unterstützte diese Demonstration ebenfalls.

Die AL wurde nachträglich der Aufruf von Ex-KPD-Leuten scharf angegriffen, weil halt die „gefährliche Supermacht“ fehlte. Mehrheitlich wurde eine Resolution gegen „die Kriegstreiberei der Großmächte USA und UdSSR“ durchgesetzt.



Friedenswochen in Nürnberg

Eine ganze Woche lang antimilitaristische Veranstaltungen und Aktionen, an der sich insgesamt über 4.000 Menschen beteiligten.

Träger der Friedenswochen war der Kreisjugendring der Stadt Nürnberg, an der sich zahllose Initiativen und Gruppen beteiligten.

Am 2. Mai wurde ein Festakt an der sich insgesamt über 4.000 Menschen beteiligten.

Träger der Friedenswochen war der Kreisjugendring der Stadt Nürnberg, an der sich zahllose Initiativen und Gruppen beteiligten.

Den Auftakt bildete am 2. Mai eine Veranstaltung der Evangelischen Jugend und der Frauengruppe gegen Militarismus zum Thema Frauenmilitarisierung. Es sprachen Hanne Burkenbach, Redakteurin der Antimilitarismus-Informationen, Eva-Maria Bannach-Epple vom Bundesvorstand der DFG/VK und Renate Janßen, Mitglied der Initiative „Frauen in der Bundeswehr - wir sagen nein“.

Sketches und Informationen rundeten die Veranstaltung, zu der 300 Interessierte gekommen waren, ab.

Am (verkaufsoffenen) Sonnabend beherrschten die Antimilitaristen die Innenstadt. Die Initiative gegen die Munitionsbunker im Reichswald, die DFG/VK, SöDZDL, Naturfreundejugend, Schwulengruppe, Fluderich, die Anti-AKW-Initiative, PDB/BDI, Frauengruppe gegen Militarismus, verschiedene Gruppen des Kommunikationszentrums KOMM, Gruppen der Evangelischen und Katholischen Jugend, wie Behindertengruppe, 3. Weltgruppen hatten Stände aufgebaut und führten antimilitaristische Sketches auf.

Abends spielte - vor 350 Zuhörern - die Musikgruppe „Aufbau“ aus Wien. Die DGB-Jugend und Falken hatten die Sache organisiert.

Zusammen mit dem Jugendclub Courage der DFG/VK und dem BDP/BDI berichtete die Initiative gegen die Munitionsbunker über die Planungen im Reichswald (Erlangen). Zunächst sollen 47 Bunker gebaut werden, doch 92 sind schon im Gespräch. Hintergrund sind die im NATO-Langzeitprogramm von 1976 beschlossene „Einlagerung erhöhter Kriegsvorräte“.

Rund 100 Leute beteiligten sich an der Veranstaltung.

Paul Jacobs und die Atombande, diesen Film zeigte Dienstag und Mittwoch die Anti-AKW-Initiative. Der Film wurde in im schwedischen Fernsehen - und inzwischen natürlich auch im westdeutschen - verboten. 550 Menschen besuchten die Vorstellungen. Die vorgesehenen Schulvorführungen mußten abgesagt werden.

an einer Schule hatte der Rektor in-

„Frieden ja - aber wie“, das war das Thema zu dem Vertreter der CSU, SPD und FDP auf einer Podiumsdiskussion befragt werden sollten. Heinrich Häberlein und Pfarrer Hans-Jörg Meyer mußten mit auf diesem Podium als engagierte Friedenskämpfer

Der CSUler bekam - wie schon üblich - ganz akut eine Krankheit, doch auch Eimer (FDP) und Lutz (SPD) suchten die Verantwortlichen in der Sowjetunion und in Afghanistan, außerdem sei die SU „haus-überlegen“, da mache denn die Nachrichtung des Frieden „sicherer“. Nicht einmal den Dialog suchten diese Herren. Auf die 200 Stimmen der Anwesenden könne er verzichten, meinte der SPDler. Auch den „Nürnberg Nachrichten“ war das zuviel. Daß die Frage Krieg und Frieden „nicht nur die parlamentarischen Repräsentanten, sondern alle Menschen dieses Landes“ angehen würde, sowas könnten sie wohl nicht einsehen, würde „zu überfordern“. Ihre Aufgabe würden „den Fatalismus der jugendlichen Diskussionsbeteiligten noch ... bestärken“ („NN“, 13.5.).

General Bastian sollte auf einer weiteren Veranstaltung der evangelischen Jugend sprechen. 170 Menschen warteten vergeblich. Bastian hatte Redeverbot bekommen.

Beendet wurden die Friedenswochen durch ein Friedensfest im KOMM.

Am Vormittag des vorletzten Tages hatte das „Bürgerkomitee gegen Neonazis“ eine Stadtführung organisiert, wo man über die Ereignisse während des Hitlerfaschismus in Nürnberg informiert wurde.

Beendet wurden die Friedenswochen durch ein Friedensfest im KOMM.

Am Vormittag des vorletzten Tages hatte das „Bürgerkomitee gegen Neonazis“ eine Stadtführung organisiert, wo man über die Ereignisse während des Hitlerfaschismus in Nürnberg informiert wurde.

Eine Provokation leistete sich die Junge Union in diesen Tagen. Mit zwanzig Leuten protestierte sie mit einem Marsch gegen den Einmarsch der SU in Afghanistan, wobei sie gleichzeitig für die Unterstützung des US-Überfalls im Iran warb. Ihre Kundgebung ging - „Gott sei dank“ - im Glockengeläut unter.

Auch für die Kinder gab es zwei Filme zum Thema Frieden. Außerdem ein Kinderfest.

Das Kino „Messengele“ zeigte während der Friedenswoche Antikriegsfilme („Die Brücke“, „War Game“, „Mehr Atomkraftwerke“).

Der Vorsitzende des KJR faßte die Erfahrungen der Friedenswoche aus der Sicht der Veranstalter in der Ortspresse zusammen. „Durchgängig hätte man den Eindruck einer großen Angst bei Jung und Alt vor einem Krieg gehabt. Andererseits schlägt zumal bei vielen Jugendlichen diese Angst in Fatalismus und Resignation um“.

Die bisher ziemlich einmalig breite Zusammenarbeit der Initiativen und Gruppen soll fortgesetzt werden. In der Ortspresse hieß es dazu, man überlege, „wie aus dieser Veranstaltung eine Woche von allen Bürgern gestaltetes „Friedensfest“ wird... könnten es im nächsten Jahr nicht auch Schulen, Theater und Vereine, Begegnungsräume und freie Initiativen sein, die für eine Woche Nürnberg zu einer Stadt des Friedens machen“. Dazu soll auch die Stadt „helfend“ eingreifen. (nach „NN“, 13.5.).

KB/Gruppe Nürnberg



8. Mai in Kiel: Demonstration gegen die wachsende Kriegsgefahr

Aufgerufen hatten die drei Ästen der Kieler Hochschulen (UnLPH, Fachhochschulen): „Wir können und wollen nicht länger schweigen, wenn die Bundesregierung mit ihrem Einsatz für die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse eine Aufrüstungspolitik betreibt, die UdSSR in Afghanistan einmarschiert, die USA ... mit einem Krieg ... droht und bereits kriegerische Handlungen gegen den Iran unternimmt. Dregger die Erweiterung des NATO-Einflusses auf den Nahen Osten fordert, Bundesdeutsche zerstört diese Einflüsse verlassen und in Krisengebiete fahren. Zeigen wir allen Kriegshetzern, daß wir uns nicht für dumme Verkäufer und für ihre Interessen einspannen lassen.“ Der Aufruf wurde unterstützt von den Jungs, „die Grünen Kiel“, SB, KB, LDU (Liga für Demokratie und Umweltschutz), DFG-VK und der ESG. Die meisten breiten Spektrum ist es auch zu verdanken, daß 2.300 Leute zur Demo kamen, immerhin so viele, wie seit Jahren nicht mehr

zu einer Demo in Kiel

Höhepunkt der Demo war die Verbrennung von ca. 20 Wehrplänen. Die Asche wurde sorgfältig gesammelt und dem Kreiswehrersatzamt zugesandt.

Am Abend fand in der Uni eine Podiumsdiskussion zum selben Thema statt, zu der sich allerdings nur 200 Gäste einfanden. Auf dem Podium saßen Lars Kjaergaard von den Dänischen Volkssozialisten, der schon bei der Abschlusskundgebung der Demo gesprochen hatte, SPD-MdB Norbert Gansel, der sich gewehrt hatte, da zu sprechen, ein Vertreter der „Grünen“ und ein FDPler. Während Gansel und der FDPler die Politik der Bundesregierung verteidigten (samt „Nachrüstung“-Beschlüssen und „Ausbildungs“-Fahrten der Bundesmarine in den Indischen Ozean) sprach sich Lars Kjaergaard für eine einseitige Abrüstung von den „Rändern“ der Bündnisse her aus, etwa von Dänemark aus, so wie bereits von Rumänien im letzten Jahre vorgeschlagen wurde. (Rumänien hatte beschlossen, einseitig den Betrag für die Rüstung im Landeshaushalt drastisch zu reduzieren).

Die Beiträge des Publikums richteten sich verdientermaßen gegen Gansel und den FDPler.

Kommunikation



8. Mai-Friedensaktivitäten in Göttingen



8. Mai-Friedensaktivitäten in Göttingen

„Amis raus aus dem Iran-Carter auf die Erdbüßfahne!“ war eine der meistgerufenen Parolen auf einer Demonstration gegen die Kriegspolitik der USA. Aufgerufen hatten u.a. die Bunte-Liste-Initiative, SöDZDL, ASTA, Jungs, KB, Z, mehrere Frauengruppen, Christen für den Sozialismus, Aktion Sühnezeichen, ESG, Antifa-Arbeitskreis, Schülergruppe, insgesamt 18 Gruppen und Initiativen. Bei strömendem Regen kamen dennoch 350 Leute, die statt der Demo nur einen kleinen Umzug durch die Innenstadt und eine kurze Kundgebung durchführten. Kritisch bleibt aber festzuhalten, daß sich die meisten der aufrufenden Gruppen bei der Mobilisierung nicht gerade überschlagen haben.

Eine vierstündige Fastenaktion führten 20 Theologiestudenten/innen durch. In einer Erklärung schreiben sie: „Durch unsere Aktion wollen wir protestieren gegen den Nato-Nachrüstungsbeschluß, die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan, die Botenchaftsbotschaft in Teheran, zugleich aber protestieren wir gegen eine Medienpolitik, die eine schlechende Gewöhnung an den Gedanken des Krieges vorbereitet. Wir wollen Mut machen, ohne den „Schutz“ militärischer Rüstung zu leben.“

Von der Gewaltfreien Aktion initiiert erschien am folgenden Samstag eine Anzeige im „Göttinger Tageblatt“, die von der Gewaltfreien Aktion, Aktion „Christen fasten für den Frieden“, Studentenschaft des Theol. Stiftes, „Z“ und ca. 80 Einzelpersonen unterschrieben wurde. „Für den Fall, daß der Staat in dem ich lebe, einem zweiten Staat, in dem andere Leute leben, den Krieg erklärt, erkläre ich diesen Leuten heute schon den Frieden.“ Die Unterzeichner fordern von der Bundesregierung, daß sie allen Kriegsvorbereitungen entgegentritt, abziehende US-Truppen in Europa nicht durch Bundeswehr ersetzt werden und erklären ihre Verweigerung jeder Handlung und Regierung, die einen Krieg fördert.

Ein Bündnis von VVN und DKP mobilisierte zur KOFAZ-Demonstration nach Hannover und führte am 8. Mai eine Mahnwache auf dem Markt durch. Trotz dieser Vielzahl an Aktivitäten bleibt es bedauerlich, daß es nicht möglich war, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Zur Auseinandersetzung mit dem KOFAZ

Parallel zur Einladung des Friedensbündnisses Anfang April tauchte plötzlich ein Brief der VVN auf, in dem zu einem Vorbereitungstreffen ihrerseits eingeladen wurde. Der Brief war von einem DFG-Mitglied „privat“ verschickt worden. Dem MSBler waren die Aktivitäten des Friedensbündnisses wohl bekannt, so daß seine Ausflüchte, warum nur die DFG vom Friedensbündnis eingeladen worden war, eher peinlich wirkten. Auf dem Treffen, auf dem dann doch reichlich „ungeladene Gäste“ erschienen, wurde schnell deutlich, daß es

DKP und VVN ausschließlich um einen gemeinsamen Aufruf nach Hannover, zur KOFAZ-Demonstration am 10.5., ging. Es wurde vereinbart, daß das Friedensbündnis einen alternativen Aufrufentwurf vorbereiten sollte.

Daraus kam dann ein gemeinsamer Aufruf von DKP,DFG,Grüne, Christen für den Sozialismus, KSG, ESG, Jungs, ASTA,SHB, Aktion Sühnezeichen u.a. Die Kritik an der Sowjetunion, die die Grünen erst als „Essential“ bezeichnet hatten, wurde rausgelassen, ebenso die Kritik am US-Vorgehen. Gefordert werden „mehr Entspannung“, „Abzug fremder Truppen von fremden Territorien“, „Auflösung aller Militärblöcke, insbesondere NATO und Warschauer Pakt“. Auch die „Soziale Verteidigung“ und das KDV-Recht weltweit wird propagiert. Die GA zog ihre Unterschrift unter diesen Aufruf zurück, Teile des Friedensbündnisses unterschrieben nicht mit.



Heidelberg:

Der „Kriegsgefahr nicht tolerant zu sehen“, unter dieser Parole riefen die Heidelberger SB-Gruppe zusammen mit den Grünen zu einer Demonstration am 3.5. auf. Eine Gruppe um Fight Back (amerikanische GI's), die Irlandgruppe und der Dachverband der Jugendzentren der Region Heidelberg riefen dazu auf, zum amerikanischen Hauptquartier, Mitorganisator der Aktion im Iran, zu marschieren. Das SB wehrte sich dagegen, man würde damit „politisch unglaubwürdig“ werden, weil man zum Einmarsch der SU in

der Region Heidelberg riefen dazu auf, zum amerikanischen Hauptquartier, Mitorganisator der Aktion im Iran, zu marschieren. Das SB wehrte sich dagegen, man würde damit „politisch unglaubwürdig“ werden, weil man zum Einmarsch der SU in Afghanistan geschwiegen habe. So gab es leider zwei Demonstrationen 600 demonstrieren durch die Innenstadt (sehr langsam die größte Demon-

stration in Heidelberg), 300 versammelten sich bei dem US-Hauptquartier außerhalb der Innenstadt. Die Demonstration in der Innenstadt stand - ähnlich wie der Aufruf - unter sehr allgemeinen Parolen: „Stop der Kriegstreiberei“ war die meistgerufene Parole. „Russen und Amis auf der Rad - und der Krieg findet nicht statt“, wurde von einigen Grünen gerufen. Immerhin forderte der grüne Landtagsabgeordnete Heilmann nach Zureufen seiner Leute dann doch noch in seiner Rede „BRD - raus aus der NATO“. Zur Aktion vor dem US-Hauptquartier mochte er nur individuell aufrufen. Außerdem sprach noch Andreas Burro vom SB. Vor dem Heidelberger US-Hauptquartier ging es auch vor allem „friedlich“ zu. Nur eine Minderheit war bereit, sich auf die Straße zu setzen, die Mehrheit schaute am Rande zu. „ein Bein vielleicht symbolisch auf die Straße gestreckte, getreten den Anweisungen der Polizei“. Wie es in einem Leserbrief der „Heidelberger Rundschau“ (vom 13.5.) hieß: „Allerdings waren nur 20 Polizisten dagewesen. Es soll in der nächsten Zeit eine Veranstaltung zur Kriegsgefahr durchgeführt werden.“



Hannover: KOFAZ - Demo diesmal bunter

Auch dieses Jahr rief das Komitee für Frieden und Abrüstung (KOFAZ) zu 3 zentralen Kundgebungen auf 12 000 demonstrieren am 10.5. in Mannheim, wo gleichzeitig ein Kongreß gegen Krieg und Faschismus stattfand; 5 000 demonstrieren in München, wo auch ein SPD-Kreisverband aufgerufen hatte. 15 000 (20 000 nach Angaben der DKP) demonstrieren in Hannover. Bei der Demonstration in Hannover kam es dieses Jahr teilweise zu einem bunten Zug und zu einem Bündnis, das über das traditionelle KOFAZ- und DKP-Spektrum hinausreichte. MSB, DFG/VK, VVN und DFI hatten in ganz Norddeutschland mobilisiert, viele Unterschriften für den Aufruf „gemeinsam für Frieden und Abrüstung, gemeinsam gegen rechts“ gab es auch aus Juso- und Gewerkschaftskreisen. 27 Pastoren (u.a. Pfarrer Bergengruen) hatten die Christen aufgefordert, sich an der Demo zu beteiligen. Der ASIA der TU Braunschweig und die Baugruppen reisten ebenfalls wie die Revs mit einem Block von 100 Menschen an. Neben Parolen „BRD raus aus der NATO“ konnten sogar Parolen „DDR raus aus dem Warschauer Pakt“ und „Russen raus aus Afghanistan“ unbehelligt von DKP-Schlagern in diesem Block mit „KPD“-lern mitgetragen werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Schon in den Vorverhandlungen hatten die „Frauen gegen Militär“ aus Hannover und die DFG/VK einen Frauenblock durchsetzen können, eine Frau wurde als Sprecherin gegen die Frauenmilitarisierung akzeptiert. Ein Wie Frauenflugblatt hatte dazu aufgerufen. Im Block der Zivilisten leistenden - aufgerufen hatten die DFG/VK Hannover, die SO und die „Totalverweigerer“ - sanken die Leute nach lauten Sirenengeheul als „Atomieschen“ zu Boden. Auch die Grünen hatten aufgerufen. Lilo Wolny von den Frauen aus Lühchow Dannenberg konnte auf der Kundgebung als Rednerin sprechen.

Allerdings war dies erst in zähen Verhandlungen erreicht worden. Als die Frauen mit ihrer Forderung nach einem Frauenblock kamen, ließ es erst, da könne ja jeder kommen. Als Rednerin konnte nicht irgendeine Frau aus der Frauengruppe gegen Militär genommen werden. Es mußte eine DFG-Frau sein.

Als die DFG/VK Gruppe Hannover unter Protest die Vorbereitungsgruppe verließ, konnte die Zusage erreicht werden, daß nur „friedensfeindliche“ bzw. ausdrücklich gegen beteiligte Gruppen gerichtete Transparente aus dem Zug geholt würden.

Doch umgekehrt hatte dennoch Prof. Kade als KOPAZ-Redner die „Friedensliebe“ der SU gelobt, DKP-Hehnen grenzte sich von den „Krawallen“ in Bremen ab. Vor der Presse freute er sich dann aber über die „breite Bündnis“. Bleibt noch zu erwähnen, daß nur pro 5.000 Demonstranten ein AK-Verkäufer gesehen wurde.

Ein Bundeswehrsoldat, der auf der Kundgebung in Uniform gesprochen hatte, ist inzwischen mit 5 Tagen Kasse bestraft worden.

Freiburg

Vom 8. bis 14.5. fanden in Freiburg zum 2. Mal in diesem Jahr Friedenswochen mit einer Unzahl von Veranstaltungen, Filmen, Festen und Umzügen etc. statt. Rund 30 Gruppen und Organisationen umfaßte das Bündnis, darunter eine Reihe von kirchlichen Organisationen, DFG/VK, SOZDI, Stadtjugendring, SPD, FDP, Grüne, 3. Welt- und Umweltschutzgruppen, u.a. die Volkshochschule Wyhl-Wald, DKP und das ganze KOPAZ-Spektrum und auch den KB.

Die gemeinsame Plattform wendet sich gegen das Wettlaufen und die „wachsenden Spannungen“ zwischen den Industrienationen und den Ländern der 3. Welt. Gefordert wird die „generelle Abrüstung, auch durch einseitige Vorleistungen“, „Umstellung der Rüstungsindustrie“, „Einstellung des Exports von Waffen und Atomtechnologien“, sowie die „Abrechnung jeglicher Gewissens- und Gesinnungsprüfung“ u.a.m.

Auch nach den Friedenswochen soll ein ständiger Koordinationskreis von antimilitaristischen Gruppen aufrechterhalten bleiben, „Abrechnung jeglicher Gewissens- und Gesinnungsprüfung“ u.a.m.

Auch nach den Friedenswochen soll ein ständiger Koordinationskreis von antimilitaristischen Gruppen aufrechterhalten bleiben (Von den Ergebnissen im einzelnen liegt uns leider kein Bericht vor).

Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Kriege in der Dritten Welt bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen weltweiten Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf.

Seit über fünfundsiebenzig Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettlaufen ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophischen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue, „einsatzfähiger“ Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines „begrenzten“ Atomkriegs gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnten. Die zunehmende Verbreitung von Kernkraftwerken und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obwohl die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung. In dem das Wettlaufen von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt: ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkriegs aufgewachsen und haben sich an die Bedrohungen gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht des Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Bootstützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen. Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckentraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Wir fordern die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckentraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedensten Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.

Wir müssen damit anfangen, so zu handeln, als ob ein vereintes, neutrales und friedliches Europa bereits existierte. Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem „Osten“ oder „Westen“, sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Bereitstellung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuwirken und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein, wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten, indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden ansetzen.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von zielbewußten und phantasievollen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigenden Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgehen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe.

Dieser Aufruf wurde initiiert von: The Bertrand Russell Peace Foundation, Gamble Street, Nottingham NG7 4ET, England. Er wurde bis Mitte April 1980 von zahlreichen Parlamentariern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England unterzeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland werden zur Zeit verschiedene Initiativen erwoogen.

Prof. Dr. Michael Vester
Beethovenstr. 7, 3000 Hannover 91
Tel.: (0511) 441928 und 782-4683

Hannover, den 22. April 1980

Prof. Dr. Michael Vester
Beethovenstr. 7, 3000 Hannover 91
Tel.: (0511) 441928 und 782-4683

Hannover, den 22. April 1980

Die Grünen: Partner im Kampf für den Frieden

Neben dem Programmenteil „Arbeit und Wirtschaft“ hat der friedenspolitische Teil des in Saarbrücken verabschiedeten Programms der Grünen die größten Widersprüche innerhalb der Grünen eingebracht und die härtesten Aufreißungen aus dem Lager der bürgerlichen Presse und Parteien andererseits hervorgerufen. Allenfalls wird darüber gesprochen, daß sich in diesen Fragen die radikale Linke durchgesetzt hätte. Dies stimmt jedoch nur zum kleinen Teil. 1) Der Programmenteil geht aus von der Forderung nach Auflösung der Militärblöcke, einseitiger Abrüstung und Abschaffung der Bundeswehr bei Ersetzung durch eine „soziale Verteidigung“. Er wendet sich zugleich gegen die imperialistische Beherrschung der Länder der sog. „Dritten Welt“, ruft zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen auf, aber enthält auch Elemente der Bevormundung gegenüber dem Entwicklungsprozeß dieser Völker (insgesamt wird die Ausbeutung der „Dritten Welt“ natürlich nicht kleinsäugig aufgeworfen, d.h. auch in diesen Fragen wird als Lösung an die „Vernunft“ appelliert und nicht der Sturz des Imperialismus und Kapitalismus propagiert. Dennoch wird schon dieser radikal formulierte Pazifismus innerhalb des bürgerlichen Lagers als Bedrohung angesehen, und in ihm drücken sich die Ängste vor der drohend bevorstehenden Kriegesgefahr aus. Betreitet man den friedenspolitischen Teil des grünen Programms nicht allein unter dem Blickwinkel, inwieweit sich dort die Forderungen und Anschauungen der radikalen und revolutionären Linken wiederfinden, sondern vom Blickwinkel der bundespolitischen Möglichkeiten der Linken her, wird man feststellen müssen, daß diese Programmformulierungen der Linken neue Möglichkeiten im Kampf gegen den nächsten imperialistischen Krieg eröffnen. Einschränkung muß bereits allerdings noch gesagt werden, daß abzuwarten bleibt, inwieweit die Grünen tatsächlich bereit sind, aus diesen Programmformulierungen praktische Konsequenzen zu ziehen, d.h. inwieweit dies nur Wahlparole sind oder tatsächlich Ausdruck des Willens, mit allen antimilitaristischen und friedliebenden Kräften Bündnisse einzugehen und gemeinsame politische Kampagnen zu organisieren. Dieser Zweifel ist aus den Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung her sicherlich berechtigt, sollte die Linke jedoch keinesfalls zur Abstimmung verleiten, sondern zu Forderungen an die Grünen.

Diese hier angesprochene Bedeutung dieser Frage ist der Grund, daß wir uns mit diesem Teil des Grünen Programms beschäftigen.

Die Saarbrücker Beschlüsse

Der außen- und friedenspolitische Komplex im grünen Programm gliedert sich in drei Teile: Westpolitik,

Europäische Friedenspolitik, Partnerschaft mit den Völkern der „Dritten Welt“, im Vergleich zur Vorlage der

Programmkommission wurde dieser Teil in Saarbrücken um viele Aspekte ergänzt und konkretisiert, insbesondere im Bereich der antimilitaristischen Forderungen.

Für die Partnerschaft mit den Völkern der „Dritten Welt“ -

Für die Unterstützung von Befreiungsbewegungen! -

Aber auch Bevormundung der „Dritten Welt“!

Die „weltpolitische Analyse“ zu Beginn dieses Programmentils betont die Notwendigkeit einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt“ als obersten Grundsatz der Außenpolitik der Grünen. In der Beschreibung des Verhältnisses zwischen entwickelten und „unterentwickelten“ gehaltenen Ländern werden eine ganze Reihe der Phänomene imperialistischer Politik benannt: „Wir verurteilen die Ausbeutung der Industrieländer, aufgrund wirtschaftlicher Interessen ihre technisch-materiellistische Einheitszivilisation allen Menschen aufzudrängen zu wollen. Die bisherige Politik der Industrieländer gegenüber der „Dritten Welt“ war überwiegend an ihrem eigenen Nutzen orientiert und ist damit abzulehnen... Eine wesentliche Ursache des Hungers in der

„Dritten Welt“ ist deren Zwang, Exporteinnahmen aus Nahrungsmittelverkäufen bzw. Exportgüterherstellung zu erzielen...“

„Solange es keine Hoffnung für die Armen in der Welt gibt und solange es einen erbarmungslosen Kampf aller Industrieländer in Ost und West um Rohstoffe und Weltmärkte gibt“, so es keine Hoffnung auf einen „stabilen Weltfrieden“, aus „Rohstoffkriegen“ könne „eines Tages der Dritte Weltkrieg entzünden, ebenso verurteilen wir jede militärische und geheimdienstliche Intervention in der Dritten Welt“. Jede Zusammenarbeit mit „faschistischen und rassistischen Regimes“ wird abgelehnt. Außerdem müsse - nach den Grünen Vorstellungen - „der Raubbau an ausländischen Bodenschätzen durch deutsche und multinationale Firmen“, sowie „die Ausbeutung von Arbeitern in sog. Billiglohnländern durch deutsche Firmen“ abgestellt werden.

Verlangt wird eine „größere Hilfe für die Länder der Dritten Welt mit dem Ziel, deren eigenständige Entwicklung zu fördern“, die staatliche Entwicklungshilfe müsse „mindestens 0,7% des Bruttoinlandsprodukts betragen“ (UN-Richtlinie). Die Grünen fordern ein Schulden-Moratorium, Ausbildungshilfe, sowie medizinische Versorgung der Bevölkerung - sofern Regierungen nicht „die Menschenrechte mißachten“.

Über die Frage des Weges der selbstständigen Entwicklung macht das grüne Programm widersprüchlich Aussagen. Zum einen wird die „Unterstützung von Befreiungsbewegungen“ gefordert, an anderer Stelle wird dies ausdrücklich auf „friedliche Unterstützung des Widerstands“ eingeschränkt. Andererseits heißt es dann, daß die Zukunftsaufgaben „... nur durch eine weltweite Organisation bewältigt“ werden können, nämlich durch die Vereinten Nationen. Deshalb sei ein Vetorecht in der UN (der Großmächte) „grundsätzlich abzulehnen“.

Auf der anderen Seite wird die völlig selbständige Entwicklung der Länder der 3. Welt betont. Sie müssen „alle Möglichkeiten zur Nutzung ihrer Fähigkeiten und Ressourcen“ ausschöpfen, auf der anderen Seite wird ihnen der Weg einer bestimmten ökologischen Entwicklung vorgeschrieben.

Da sollen auch die Länder der 3. Welt, ebenso wie die kapitalistischen Länder auf „sparsame Verwendung“ der Rohstoffe verpflichtet werden, um „kommenden Generationen noch einen Anteil“ zu erhalten - heißt es in der Begründung der Grünen. Da sollen auch Länder mit Hungerernden wirtschaftliche Gesichtspunkte „ökologischen Grundsatzen“ unterordnen, „weil nur diese letztlich das Wohlergehen eines Volkes bestimmen“. Ökologische Grundsätze beschränken die Wirtschaft in der 3. Welt auf

„handwerkliche Mischwirtschaft“ und Kleinbetriebe. Auch Geburtenkontrolle für „überbevölkerte Länder“ wünschen die Grünen, ohne die „sonst die Probleme unlösbar“ würden. Neben der Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt im Grünen Programm, haben antimprialistische Forderungen für die Länder der Dritten Welt wenn auch nur teilweise – Eingang im Programm gefunden.

Es paart sich in diesem Programm also das antimprialistische Engagement gegen die imperialistische Unterordnung der Länder der sog. 3. Welt mit der Arroganz imperialistischer Ideologie, diesen Völkern ein bestimmtes Wirtschaftssystem vorzuschreiben. Entlehnt sind die letzteren Forderungen dem Gruhl'schen Programm, der ja diktatorische Maßnahmen gegen die „Selbstverwaltung durch Geburten“ forderte, für den die Aktion „Brot für die Welt“ der vielfache „Tod für die Welt“ bedeutet. Gruhl ist in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert“ – das ja nie zurückgezogen wurde – die Entwicklung einer handwerklichen, ökologischen statt industriellen Entwicklung in der 3. Welt so bedeutsam, daß er selbst für Mobutu schwärmte, der die unglaubliche Armut seines Landes damit verteidigte, daß die schöne Natur erhalte, während die Rohproduktion „soh im geistigen Sinne mache“ und Gift produziere, da solle man doch „die Wohltaten des natürlichen Lebens vorziehen“.

Ein konsequent pazifistisches Programm...

„Diese Charakterisierung ist sicher nicht übertrieben, wenn man sich den 2. Teil zur „Europäischen Sicherheitspolitik“ genauer betrachtet. Das Prinzip der „Gewaltfreiheit“ wird abgeleitet aus der Existenz eines wesentlichen Vernichtungspotentials, welches jeden Krieg „zum reinen Mord an Völkern und zum Verbrechen am Leben überhaupt“ gemacht hat. „Friedenspolitik ist gegen alle Formen der Aggression, des Militarismus nach innen und außen, des Wettrennens und Rüstungswahns gerichtet und orientiert auf friedliche und solidarische Zusammenleben der Menschen.“ Das Zusammenleben der Völker soll nicht auf Gewalt, sondern auf Recht beruhen, örtliche Konflikte sollen durch Verhandlungen gelöst werden. „Nur wenn das Recht an die Stelle der Gewalt tritt, kann die Menschheit überleben. Diese Forderung“ müssen besonders wir Deutschen erheben, da uns jeder sogenannte „Erntestillstand“ der Untergang bringen würde. Die „atomare Abschreckung“ ist zu einer unwirksamen Drohung geworden, da sie die atomare Selbstvernichtung einschließt. „Frieden und Abrüstung“ muß deshalb zum Leitmotiv der deutschen Außenpolitik werden.“

Aus dieser Einschätzung der Gefahr der totalen Vernichtung der Erde und der Menschen bei einem neuen Krieg kommen die Grünen zu folgenden für bürgerliche Verhältnisse radikalen Forderungen für eine konsequente Friedenspolitik. „Der Ausbau einer im Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Pakts, einhergehen. Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung mit dem Ziel, alle festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen durch konkrete und durchführbare Vorschläge zu Ergebnissen zu bringen. Dazu gehören: erste kalkulierte Schritte der BRD, z.B. keine Einführung neuer Waffensysteme, sofortige Abrüstung muß dabei im eigenen Land beginnen, und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten. Die einseitige Abrüstung sollte betreiben, die Friedensbewegung zu stärken, um einer weltweiten Abrüstung, vor allem der USA und der UdSSR, zum Durchbruch zu verhelfen.“

- Verbot der Lagerung und Produktion atomarer, chemischer und bakteriologischer Waffen in aller Welt.
- Keine Produktion und Stationierung von NATO-Mittelstreckenwaffen (wie Pershing II und Cruise Missiles) und Abschaffung der Warschauer-Pakt-Mittelstreckenwaffen (wie SS 20).
- Schaffung einer waffenfreien Zone in Ost- und Westeuropa.
- Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien!
- Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr atomarer Technologien und Anlagen, die atomare Reaktoren und Atombombenbau nicht voneinander zu trennen sind.

• Abbau der deutschen Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf friedliche Produktion, z.B. auf neue Energiesysteme und Fertigungen für den Umweltschutz.

• Überprüfung aller wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen daraufhin, ob sie irgendwo in der Welt Konflikte verschärfen oder abbauen helfen.

• Soziale Verteidigung anstelle des Wettrennens, das zum Dritten Weltkrieg führt.

• Erziehung und Aufklärungsprogramme für gewaltfreies Handeln.

• Verbot des Verkaufs von Kriegsspielzeug und gewaltverherrlichenden Büchern und Filmen.

Ausbau und größere finanzielle Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung.

• Unterstützung aller Verbände, die antimilitaristische Arbeit leisten.

• Verbot der Bundeswehr, an Schulen zu werden.

Die Konsequenz und Radikalität dieses Programms besteht darin, daß nicht nur wie vielfach bei den linken Sozialdemokraten allgemeine Appelle zur Abrüstung in Ost und West gefordert werden, die die „Logik“ des militärischen „Gleichgewichts“ nicht antasten, sondern daß neben der Auflösung der Militärblöcke auch eine e i l i g e Abrüstungsschritte verlangt werden.

... Im Interesse von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden!

Die Forderungen der Kriegsdienstverweigerer und im Saarbrücker Programm in allen wesentlichen Teilen enthalten: „Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muß uneingeschränkt Gültigkeit haben, das bedeutet die Abschaffung des diskriminierenden Gewissensprüfungsverfahrens und Verkürzung des Zivildienstes auf die Dauer der Wehrdienstzeit.“

• Abbau der Bundeswehr und des staatlich verordneten Ersatzdienstes...

• Langfristig wird die Abschaffung des Militärdienstes erwartet.

• Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für Soldaten und Zivildienstleistende!

• Langfristig wird die Abschaffung des Militärdienstes erwartet.

• Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für Soldaten und Zivildienstleistende!

• Aufhebung der Kernenergiepflicht für Soldaten und Zivildienstleistende!

• Freie Wahl der Arbeitsstelle durch den Zivildienstleistenden nach Möglichkeit und kein Abbau von Plantellen zugunsten des Einsatzes von Zivildienstleistenden.

Erfreulich ist, daß der derzeitige Zivildienst nicht als „Friedensdienst“ in den Himmel gelobt wird, sondern im Gegenteil die zunehmende militärische Ausrichtung des Zivildienstes angegriffen und die Abschaffung aller staatlichen Zwangsdiensste gefordert wird. Problematisch in diesem Teil ist sicher die Forderung nach „Förderung freiwilliger sozialer Dienste“. Denn auch wenn es im Grünen Programm heißt: „Wehren wir uns gegen jeden Militärdienst von Frauen. Frauen zum Bund – nein danke“, kann doch nicht übersehen werden, daß die sozialen Dienste für Frauen als Vorstufe einer allgemeinen Dienstpflicht von den Militärplanern betrachtet werden.

Die Widersprüche bei den Grünen

Es ist eigentlich nicht verwunderlich, daß ein solches, tatsächlich radikal-pazifistisches Friedensprogramm bei den rechten Grünen auf erhebliche Widersprüche stößt. Gruhl, Exponent der rechten Kräfte und Verlierer auf dem Saarbrücker Parteitag, deutet dies an, wenn er gegenüber der „BILD-Zeitung“ in einem Interview erklärte: „Ich bin enttäuscht, ich kann z.B. die Forderung nach sofortiger Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts nicht mittragen“ (24.3.). In ähnlicher Richtung, aus etwas deutlicher, äußerte er sich in einem internen Rundbrief an alle GAZ-Mitglieder nach Saarbrücken (in dem er u.a. vertritt, angesichts der Beschlüsse von Saarbrücken die GAZ zunächst nicht aufzulösen).

„Es wurde erkannt (in Saarbrücken, Anm.), daß Frieden und Abrüstung in der Welt nur durch geduldige, andauernde Bemühungen erreicht werden können, nicht durch wortreiche Erklärungen, und nicht durch einseitige Entblößung.“ Gerade angesichts dieses recht vornehmlich vorgetragenen „Bedenken“ gegenüber dem Friedensprogramm der Grünen sollte man/frau sich noch einmal erinnern an die Vorstellungen die Gruhl bezüglich der Probleme von Zivildienst, Rohstoffknappheit usw. in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert“ entwickelt hat. „Angesichts der Knappheit auf der Welt haben jetzt die Völker einen Vorteil, ihr Land noch nicht in dem Maße abgegrast haben, und sie

haben einen weiteren Vorteil, wenn ihre Bevölkerung noch nicht so verwöhnt ist. Für die Zukunft werden die Völker einen stetigen Vorsprung erreichen, denn es gelingt, ihren Rüstungsstand auf der höchsten Spitze, ihren Lebensstandard jedoch niedrig zu halten. Dies wird das Feld sein, auf dem sich der internationale Wettkampf abspielt... Es gibt historische Beispiele dafür, daß Völker sich auf die Verteidigung ihres Lebenskonzentriert haben. Die Spartaner sind dadurch berühmt geworden, daß sie eine hohe militärische Bereitschaft durch eine harte, eben „spartanische“ Lebensweise erlangt haben. Was aber heißt das heute? Jetzt ist, um mithalten zu können, eine atomare Bereitschaft erforderlich, die selbst wieder heutige Industrien zur Voraussetzung hat... Der optimale Wohlstand benötigt viel mehr Grundstoffe als die optimale Rüstung! Wer beides zugleich will, wird bei gleichem Ausgangspunkt viel früher am Ende seiner Kräfte sein als der, der sich beschränkt. Damit gewinnt das Volk sehr schnell einen immer größer werdenden Vorsprung, welches den privaten Wohlstand einschränkt.“ Die Sowjetunion sei deshalb der USA überlegen, weil sie „ein Optimum an militärischer Bereitschaft bei einem Minimum an Wohlstand – und damit einem geringeren Grundstoffverbrauch – erreichte.“ Je höher die westlichen Länder insgesamt ihren Lebensstandard halten wollen, umso hoffnungsloser wird ihre Situation, um so größer der Vorsprung der Sowjetunion.

Die Schlussfolgerungen aus einer solchen Analyse und für Gruhl natürlich klar nicht etwa bei der Rüstung soll man sparen, sondern die Bäume sollen sich einschalten, damit der Westen im Konkurrenzkampf mit dem Osten seine Vormachtstellung sichern kann (S. 322-331). Was wundert es da noch, daß Gruhl der Forderung nach Auflösung von Warschauer Pakt und NATO nicht zustimmen kann?

AUD: Für einen freien Sozialismus, nationale Unabhängigkeit, Neutralität, Frieden

AUD: Für einen freien Sozialismus, nationale Unabhängigkeit, Neutralität, Frieden

Welch gegensätzliche Positionen heute unter dem gemeinsamen Dach der Grünen gerade an der Frage der Außen- und Friedenspolitik zu finden sind, wird noch offensichtlicher, betrachtet man einmal das alte AUD-Programm. Hier wird nicht nur klar und eindeutig vom „imperialismus“ gesprochen, hier wird als Ziel sogar ein „freier Sozialismus“ propagiert: „Der Imperialismus mit seinem Ausbeutungs- und Unterwerfungs- und Ausbeutungscharakter muß überwunden werden im Rahmen einer neuen Weltgleichgewichts, der Unterdrückung, in welcher Form auch immer nicht mehr zuläßt. Eine reale Demokratie, in der sich die Völker zum ersten Mal wirklich selbst regieren, und ein freier Sozialismus, in dem die Menschen sich selbst verwirklichen, werden erst im Rahmen einer solchen Weltfriedensordnung ihre die ganze Menschheit umfassende Vollendung finden.“

Das Prinzip nationaler Unabhängigkeit, ein weiteres Ziel der Außen- und Friedenspolitik, habe so heißt es im Programm, alle revolutionären Bewegungen der heutigen Welt beherrscht. „Ebenso festerlich wie die Gründer der USA und die Führer der sowjetischen Revolution bekannnt sich die FR Österr. zu diesem Grundgesetz: „Staaten wünschen Unabhängigkeit, Nationen wünschen Befreiung, und Völker wünschen Revolution.“

Die antimilitaristischen Forderungen der AUD entsprechen weitgehend denen des Grünen-Programms, wobei als besondere Variante allerdings noch Forderungen zur „Deutschen Einheit“ enthalten sind. Es ist tatsächlich ein Witz, wenn heute die bürgerliche Presse sowie die rechten Grünen die Beschlüsse zur Außen- und Friedenspolitik als Ergebnis der geschickten Unterwanderung der Grünen durch die „Roten“ hinzustellen versuchen. Fakt ist, daß sich bereits im Friedenspolitischen Teil des Europa-Programms der Grünen die linken Positionen der AUD durchgesetzt hatten, was Gruhl seinerzeit ohne öffentlichen Protest hingenommen hatte. Alle antimilitaristischen Forderungen, die jetzt nach Saarbrücken als kommunistische Parolen“ angegriffen wurden, sind dort bereits zu finden. Die Forderung nach ersten kalkultierten Abrüstungsschritten von der Seite der BRD, Verzicht auf die Einführung neuer Waffensysteme, Verhinderung einer westeuropäischen Atomkraft-Förderung nach Verhandlungen zur Errichtung waffenfreier Zonen in Ost- und Westeuropa, allmähliche Überwindung der aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Militärblöcke, europäisches Recht auf

Kriegsdienstverweigerung, Abbau der wirtschaftlichen Ausbeutung der Völker der Dritten Welt. In Saarbrücken und diese Forderungen im wesentlichen konkretisiert und durch verschiedene weitere Aspekte einer radikal-pazifistischen Friedenspolitik erweitert worden. Diese Darstellung beweist auch, daß es glatter Unsinn ist, wenn behauptet wird, daß sich allein die radikale Linke im Friedenspolitischen Teil des Programms durchgesetzt habe. Neben der Feststellung, daß sich in diesem Teil gar keine revolutionären Parolen zur Kriegs- und Friedenspolitik wiederfinden, kommt noch hinzu, daß die Linke innerhalb der Grünen in dieser Frage gar nicht gemeinam handlungsfähig war. Auf dem Vorbereitungstreffen der linken Grünen (vor Saarbrücken) in Bielefeld konnten keine Richtlinien verabschiedet werden, da die vorkommenden Positionen der aufgelösten „KPD“ völlig unanpassbar waren. Die Linke kam in diesem Fall nur aufgrund der vorgegebenen Positionen der AUD auch ihre Vorstellungen unterbringen, wobei die Vertreter der aufgelösten „KPD“ sogar teilweise mit den Rechten stimmten. Diese Konstellation weist aber auch daraufhin, daß es ein breites Potential für friedenspolitische Aktivitäten innerhalb der Grünen gibt.

Die Grünen - einzige Partei mit 'Deutlich pazifistischen Forderungen'?

Eine Erklärung des Landesvorsitzenden der Westfälischen DFG/VK, die ja bekanntlich der DKP sehr nahe steht, hebt das Grüne Friedensprogramm lobend hervor: „Der Landesverband Berlin der DFG/VK begrüßt die friedenspolitischen Beschlüsse der Grünen auf dem Saarbrücker Parteitag. Besonders die in das Programm aufgenommenen Forderungen nach einseitigen Abrüstungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und der Schaffung einer waffenfreien Zone in Europa verdienen breite Zustimmung in der Friedensbewegung; die Grünen sind damit die einzige Partei in deren Programm sich deutlich pazifistische Forderungen wiederfinden.“ Bei den zu erwartenden polemischen und demagogischen Reaktionen der Vertreter militärischer Herrschaftsicherung, ihrer Lobbyisten in Industrie, Medien und Parlamenten auf dieses Konzept einer alternativen Friedenspolitik werden die Grünen die Festhalten an ihrer Seite haben.

Dieses z.T. sogar überschüssige Lob („einzige Partei mit deutlich pazifistischen Forderungen“) aus den Reihen der DFG/VK-Opposition muß vor allem als Ankündigung bzw. Aufforderung gesehen werden, die Grünen in Friedensaktivitäten und -bündnisse mit einzubeziehen. Auch die DKP-Presse hat die Friedenspolitischen Beschlüsse der Grünen in Saarbrücken lobend hervorgehoben. Für Gruhl sei ein „erster Stein des Aufbaus“ gewesen, daß die Grünen eine Abgabe an „nukleare Nato-Raketen“ erteilt haben, bzw. die „Abschaffung der SS-20 Raketen“ sowie „einseitige Vorleistungen“ der BRD gefordert hätten („DVZ“, 27.3.80). Ähnlich schriebe die „UZ“, daß diese Beschlüsse „Bedeutung verdienen“ (28.3.) Doch auch hier ist die Frage, wie weit die DKP bereit ist, mit den Grünen zusammenzuarbeiten, nachdem sie aufgrund der Saarbrücker Beschlüsse betonte, „das Einzige“ sei „größer als das Trennende“, bzw. solche Kräfte in der DKP einen „verlässlichen Partner“ (ebenda) finden. Das wirkt gleichzeitig die Frage auf, welche Möglichkeiten es von der inhaltlichen Seite her gibt, die verschiedenen in der Friedensbewegung tätigen Kräfte in einem gemeinsamen Bündnis zusammenzuschließen. Deshalb sollen zum Vergleich im weiteren auch noch die programmatischen Aussagen der DKP und der Jusos vorgestellt werden.

OKP: Für Frieden und Entspannung, für Abrüstung, Völkerverständigung und nationale Unabhängigkeit!

Im Mittelpunkt des OKP-Programms steht natürlich, wie hätte das gedacht, die „Entspannungspolitik“. Die OKP „wirkt dafür, daß die BRD einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Fortsetzung der internationalen Entspannung, zur Inangriffnahme der Abrüstung leistet.“ Die BRD solle die Prinzipien friedlichen Koexistenz kennen, sie dürfe die bestehenden Grenzen in Europa nicht in Frage stellen. Sie solle sich besonders bemühen um ein gutes Verhältnis zur Sozialistischen Staatengemeinschaft, Revisionismus und Kalter Krieg seien

geachtet, eine solche Politik dürfe nicht wiederholt werden, die Schlußakte von Helsinki müsse als Ganzes angewandt und verwirklicht werden. Unter dem Motto, die „politische Entspannung“ solle durch die „militärische Ergänzung“ werden, und folgende konkretere Aussagen zu finden:

- vordringlich ist das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwendung von Kernwaffen und Massenvernichtungswaffen
- Die DKP fordert konkrete Maßnahmen zur Verminderung der Militärausgaben der Truppen und Rüstungen, insbesondere in Mitteleuropa. Das wären wichtige Schritte auf dem Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung.
- Zugleich könnten auf diese Weise günstige Voraussetzungen für die gezielte Umstellung von der Rüstungsproduktion auf die arbeitsteigere Erzeugung von Gütern des zivilen Bedarfs geschaffen und damit Beiträge für das Bemühen um die Sicherheit von Arbeitsplätzen geleistet werden
- Die Bundeswehr darf nicht Instrument der Aggression gegen andere Völker und der Unterdrückung des eigenen Volkes sein
- Soldaten sollen im Geiste des Friedens erzogen werden, die militärische Traditionspflege soll eingestellt werden
- Soldaten und Zivildienstleistende sollen Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung erhalten; das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muß uneingeschränkt durchgesetzt werden
- Die NATO soll ihren Einflußbereich nicht weiter ausdehnen, es sollen keine neuen aggressiven Militärblöcke geschaffen werden
- Durch die Fortsetzung der Entspannungspolitik soll die Spaltung Europas in verschiedene Militärblöcke überwunden werden, die BRD müsse sich aus der Abhängigkeit von der USA lösen.

Jusos

Auch die programmatischen Aussagen der Jusos in der Friedenspolitik sind dem grünen Programm ähnlich. In ihrer Plattform „Für eine aktive Friedenspolitik! Schluß mit dem Rüstungswettlauf!“ schließen sie in zehn

Teilen ausführlich zu allen wesentlichen antimilitaristischen Fragen Stellung. Dann greifen sie den internationalen Rüstungswettlauf an und fordern die Supermächte auf, „sich nicht weiter aus fadenfadenhaken Motiven hinter dem angeblichen Rüstungsvorsprung der anderen zu verstecken.“ Für die BRD fordern sie einen „eigenständigen Beitrag“ „beim Rüstungsabbau und eine aktive Rolle bei internationalen Abrüstungsverhandlungen.“ Außerdem fordern sie „die Einschränkung der Rüstungsausgaben und ihre Senkung um jährlich 5%.“ Für Mitteleuropa fordern sie schließlich „eine Zone der militärischen Entspannung“, die gekennzeichnet ist durch das Verbot der Herstellung oder Lagerung von Atomwaffen, den Abzug aller fremden Truppen, die Reduzierung der verbleibenden Truppen und die Einrichtung eines gesamteuropäischen Abrüstungsmechanismus.

Doch bei den Schlussfolgerungen stehen die Jusos – wie bei all ihren programmatischen Aussagen – vor dem gleichen Dilemma: Ihre Forderungen mögen noch so links, fortschrittlich oder konsequent pazifistisch sein, die Jusos sind und bleiben (derzeit) mit Haut und Haaren an ihre Mutterpartei gebunden, die ja bekanntlich – als weitreichendste Maßnahme – den Austrittsbeschlüssen der NATO zugestimmt hat. Und das haben bislang noch so viele korrekte Beschlüsse der Jusos nichts daran ändern können. So sind die Jusos auf Druck der SPD schon Mitte der 70er Jahre aus dem Komitee für Frieden und Abrüstung zurückgetreten. Ein bereites Zeugnis für ihre Konsequenz geben die Jusos dann auch prompt nach Saarbrücken zu den Beschlüssen der Grünen ab. Die Grünen seien keine „gleichwürdige Alternative“, ihre Aussagen seien teilweise „billiger Adhäsion von Positionen, die die Jungsozialisten schon zu Beginn der siebziger Jahre entwickelt haben“ („FAZ“, 24.3.80). Das scheint für die Jusos eher ein Grund für eine Distanzierung von den Grünen zu sein, als die Chance von gemeinsamen Aktivitäten. Ihnen ist die Polemik gegen die Grünen und die Propaganda für die SPD noch allemal wichtiger als programmatische Aussagen, die eben nur auf dem Papier stehen.

Doch auch bei den Grünen muß sich noch erweisen, wie weit sie ihre Programmaussagen gegen rechte Grüne zu verteidigen bereit sind, bzw. dem Programm tatsächliche Aktivitäten gegen die wachsende Kriegsgefahr folgen werden.

Ehemalige Nato-Sekretärin packt aus

Einige aufschlußreiche Enthüllungen aus dem Nato-Hauptquartier

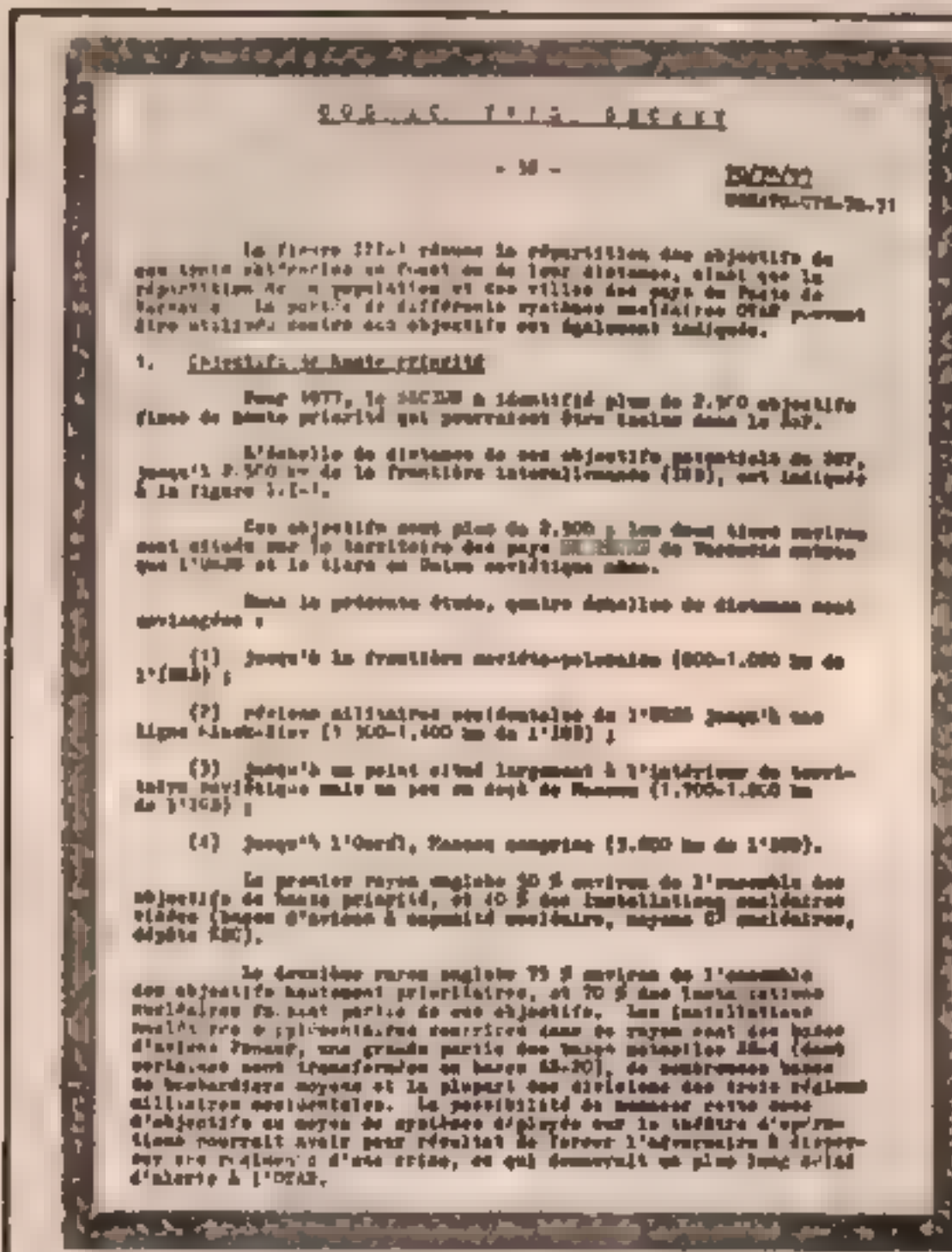
Die ehemalige Sekretärin des internationalen Sekretariats des NATO-Hauptquartiers, Imelda Verrept, hat es in Brüssel nicht mehr ausgehalten: sie packte gegenüber der DDR-Nachrichtensagentur ADN kräftig aus und hatte in ihrem Reisepäck einige „Top-Secret“-Papiere aus dem NATO-Archiv mitgehen lassen, die an ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

So bestätigte Frau Verrept, daß der Nato-„Nachrüstungsbeschluß“ vom Dezember 1979 nach Anschaffung und Stationierung von über 600 Mittelstreckenraketen („Pershing-II“ und „Cruise Missile“) keinesfalls die Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen war, sondern bereits in das Jahr 1977 zurückzuverfolgen ist: grünes Licht für die Einführung der Mittelstreckenraketen und ihrer Stationierung vor allem auf dem Territorium der BRD gab die „Nukleare Planungsgruppe“ der Nato auf ihrer Tagung in Bari vor drei Jahren. Auf einer Tagung des Nato-Ministerrates führte der italienische Minister Sarti dazu aus: „Die Entscheidung, die die Nato treffen wird... wurde meiner Meinung nach nicht übereilt ausgearbeitet; sie ist das Ergebnis eines tiefgreifenden Studiums der Lage, das über längere Zeit... erfolgte.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Einführung der neuen Mittelstreckenraketen einerseits Bestandteil des Nato-Langzeitprogramms von 1978 ist, wonach die Nato-Länder u.a. vereinbarten, in den nächsten 15 Jahren rund 100 Milliarden Dollar mehr für die Rüstung auszugeben - andererseits fiel die Raketenentscheidung auch in unmittelbarem Kontext der Neufestlegung von rund 2500 Zielen in Staaten des Warschauer Paktes, die im Kriegsfall einem atomaren Schlag zum Opfer fallen sollen. Hinzu kommt, daß die Nato im gleichen Zeitraum eine „Modernisierung“ ihrer in Westeuropa gelegenen Atomsprengköpfe beschloß. Frau Verrept brachte u.a. das Nato-Dokument „PO/78/99 USNATO-CTS-78-71“ zur Veröffentlichung, aus dem hervorgeht, daß die 2500 Ziele für Atom-Schläge sich zu zwei Dritteln auf den Territorien der Warschauer-Pakt-Länder außerhalb der Sowjetunion befinden und zu einem Drittel im westlichen Teil der SU bis zum Ural. Im Dokument heißt es: „Die Entfernungen dieser potentiellen Ziele bis zu 2500 km von der innerdeutschen Grenze entfernt sind in der Anlage III-1 aufgeführt... Die Anlage III-1 beinhaltet die Zielauflistung für die drei Kategorien nach ihrer Entfernung sowie nach der Bevölkerungsdichte und der Dichte der Städte der Länder des Warschauer Paktes.“

Zweiterlei wird daran erneut deutlich: Zum einen belegt der Hinweis auf die „innerdeutsche Grenze“, daß die Nato-Atomraketen vom Territorium der BRD aus abgeschossen werden sollen; damit bildet die BRD gleichsam die atomare Speerspitze gegen die Staaten des Warschauer Paktes. Außerdem wird in aller Offenheit die Strategie verfolgt, daß die atomaren Vernichtungswaffen vor allem gegen die Zivilbevölkerung („Dichte der Städte“) eingesetzt werden sollen.

Zur Funktion der beiden neuen Mittelstreckenraketen „Pershing-II“ und „Cruise Missile“ heißt es in einem anderen Dokument der „Nuklearen Planungsgruppe“: „Die beiden Systeme haben eine ausreichende Reichweite, um das Territorium der Sowjetunion vom Verantwortungsbereich der Nato in Europa zu erreichen. Damit wurde der Nato die Möglichkeit gegeben, diese bedeutende Maßnahme im Prozeß der Eskalation mit Mitteln vorzunehmen, die



sich grundlegend von den strategischen Mittelunterscheiden. Die „Pershing-II“ ist ein strategisches Mittelstreckenraketen-System, das eine spezielle erhöhte Genauigkeit, in die sowjetische Verteidigung einzudringen... Die GLCM (das sind die Marschflugkörper „Cruise Missile“, Anm. d. Red.) sind nicht so kostenintensiv und haben eine größere Reichweite, so daß sie eine breite Palette von Zielen angreifen können...“

Auf Seite 4 dieses Dokuments heißt es denn abschließend, dieses Mittelstreckenpotenzial würde „die Nato besser in die Lage versetzen, die flexible Reaktion und die Vorwärtverteidigung zu gewährleisten, eine ausgewogene Eskalation vorzunehmen und gegebenenfalls auf einen allgemeinen Kernwaffenkrieg zurückzugreifen.“

Hieran wird noch einmal deutlich, daß in den militärischen Aggressionsplänen der Nato eine sehr niedrige atomare Schwelle angelegt ist, die Kernwaffen sollen schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt „abschreckend“ eingesetzt werden.

Frau Verrept weist anhand weiterer Dokumente nach, daß vor allem die USA und die BRD für den sogenannten „Nachrüstungsbeschluß“ der Nato sorgten und dabei die kleineren Nato-Länder unter Druck setzten. So lautet ein interner „Nachrüstungsbeschluß“ der Nato: „Es muß sich um ein Nato-Programm handeln. Alle Regierungen der Mitgliedsländer müssen öffentlich ihre Unterstützung bekunden. Sie müssen sich gleichzeitig an der Finanzierung der Bauarbeiten im Rahmen des Infrastrukturprogramms beteiligen.“ Und weiter: „Um den bedeutenden Konzepten der Aufstellung der Raketen und der Solidarität einen konkreten Inhalt zu geben, ist auch in Zukunft notwendig, daß die über keine Kernwaffen verfügenden Mächte der Nato sich im großen Umfang an dem Nato-Kernwaffenziel beteiligen.“

Aus diesen klaren Aussagen wird erklärlich, warum der US-Sicher-

heitsberater Brzezinski darauf hinwies, daß die Führung des Dritten „Informationsaustausch“ unwahrscheinlich sei, daß die Führung des Dritten Weltkrieges entscheidend von Westeuropa abhänge...

Ein bezeichnendes Licht wird auch auf die wahren Ziele und Absichten des Imperialismus bei den aus schon seit 10 Jahren frustierenden sog. „Abrüstungsverhandlungen“ im Mitteleuropa (MBFR) geworfen. Nicht nur, daß sämtliche Vorschläge seitens der Warschauer-Pakt-Staaten damit abgelehnt wurden, weil dies „für die Sicherheit der Allianz ernste Folgen haben könnten“.

Die getroffenen Vereinbarungen über sogenannte „vertrauensbildende Maßnahmen“ oder „begleitende Maßnahmen“ dienen der Nato (und wohl auch der anderen Seite) in erster Linie zur Erhöhung der Spionageaktivitäten. So heißt es in einem Nato-Dokument über die Übereinkunft, sich gegenseitig größere Manöver mitzuteilen und zu diesem Zweck auch gegenseitig militärische „Beobachter“ zu entsenden: „Sie wären für die Nato zum Vorteil, weil die Maßnahmen dazu beitragen würde, die Aufklärungsaktivitäten steigert zu führen... Die Maßnahmen würde indirekt die Überwachung verbessern und dabei die Aufklärungsaktivitäten erleichtern.“ Die Nato forderte gar, daß der gegenseitige „Informationsaustausch“ ergebiger wird, um zu erreichen, eine „globale Einschätzung der Aktivitäten des Warschauer Paktes... vorzunehmen.“

Wiederum wird damit anschaulich belegt, daß die MBFR-„Abrüstungs“-verhandlungen nichts anderes sind als ein reines Täuschungsmanöver gegenüber den Völkern, um umso besser die eigene Hochrüstung betreiben zu können. (Alle Zitate aus „Neues Deutschland“, 13.5.80)

Antimilitarismuskommission

Dokument PO/78/99 USNATO-CTS-78-71 Cosmic Très Secret

Kernwaffenziele bis zum Ural

Die Übersetzung des obigen Dokuments lautet:

Die Anlage III-1 umfaßt die Aufstellung der Ziele nach 3 Kategorien hinsichtlich ihrer Entfernung, der Evolution der Bevölkerung und der Städte der Länder des Warschauer Vertrages. Gleichzeitig ist die Reichweite verschiedener Kernwaffen-Einsatzsysteme angegeben, die gegen diese Ziele eingesetzt werden können.

1. Ziele mit großer Priorität

1977 hat SACEUR mehr als 2500 feste Ziele mit hoher Vorrangstufe identifiziert, die in SSP aufgenommen werden könnten. Die Entfernungsskala dieser potentiellen Ziele des SSP bis zu 2500 km von der innerdeutschen Grenze (IGB) ist im Anhang III-1 bestimmt.

Diese Ziele sind über 2500; zwei Drittel davon liegen auf den Territorien der Länder des Warschauer Vertrages außer der UdSSR und ein Drittel in der Sowjetunion selbst.

Die gegenwärtige Studie enthält vier Entfernungsskalen.

(1) Bis zur sowjetisch-polnischen Grenze (800 - 1000 km von der innerdeutschen Grenze):

(2) Die westlichen Militärregionen der UdSSR bis zur Linie Minsk-

Kiew (1300 - 1600 km von der innerdeutschen Grenze).

(3) Bis zu einem Punkt im Innern der UdSSR ein wenig die Hälfte von Moskau (1700 - 1800 km von der innerdeutschen Grenze).

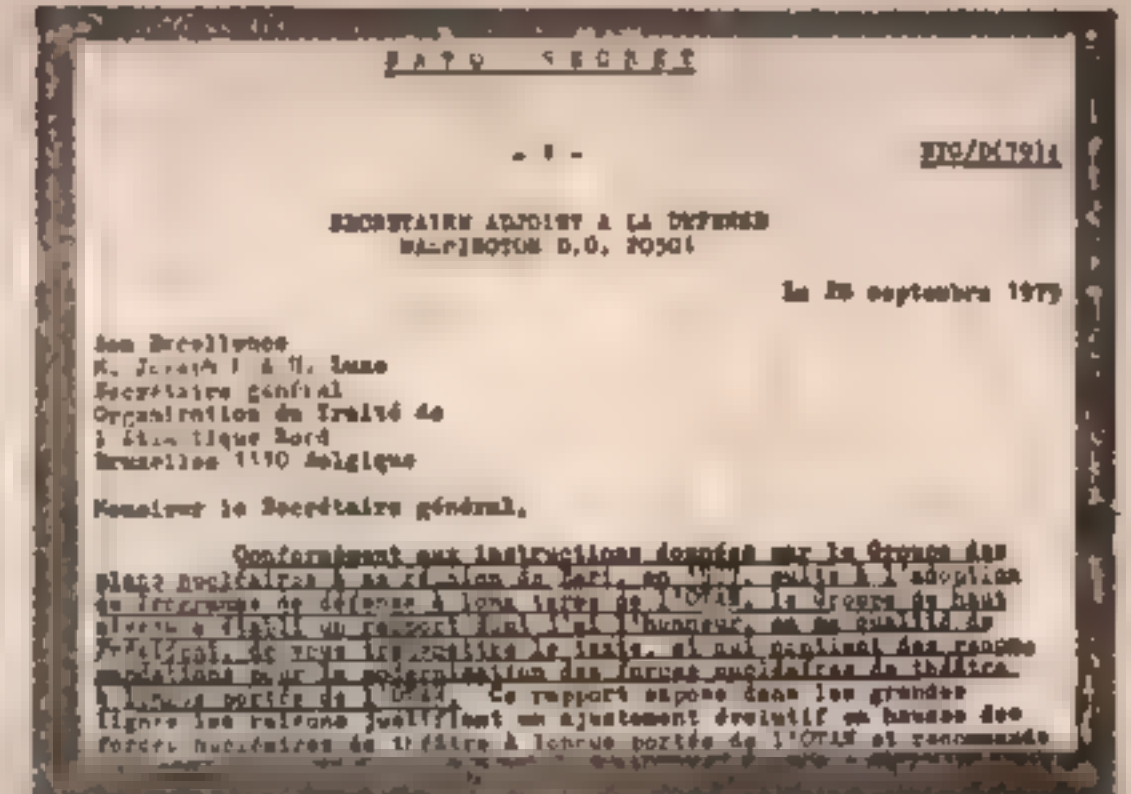
(4) Bis zum Ural einschließlich Moskau (3800 km von der innerdeutschen Grenze).

Das erste Gebiet umfaßt etwa 30 Prozent der Ziele mit hoher Priorität und 40 Prozent von Kernwaffenobjekten (Flugzeugbasen mit Kernwaffenkapazitäten, KWE, NBC-Depots).

Das zweite Gebiet umfaßt etwa 75 Prozent der Ziele mit hoher Priorität und 70 Prozent der Kernwaffenobjekte, die zu diesen Zielen gehören. Zu den zusätzlichen Kernwaffenobjekten in diesem Gebiet gehören die Flugzeugbasen „Fencer“, ein großer Teil der Abschubrampen SS-4 (von denen zahlreiche durch die SS-20 ersetzt wurden), zahlreiche Basen mittlerer Bomber und die Mehrzahl der Divisionen der drei westlichen Militärbezirke. Die Möglichkeit dieses Zielgebiet mit auf dem Kriegsschauplatz entfalteten Systemen zu bekämpfen, könnte den Gegner zwingen, seine Regimenter in einer Kriegssituation zu dezentralisieren, was einen längeren Zeitraum der Ausübung der Atomierung in der NATO ergeben würde.

Dokument NPG/D (79) 4 NATO Secret

Schon 1977 in Bari ausgeheckt



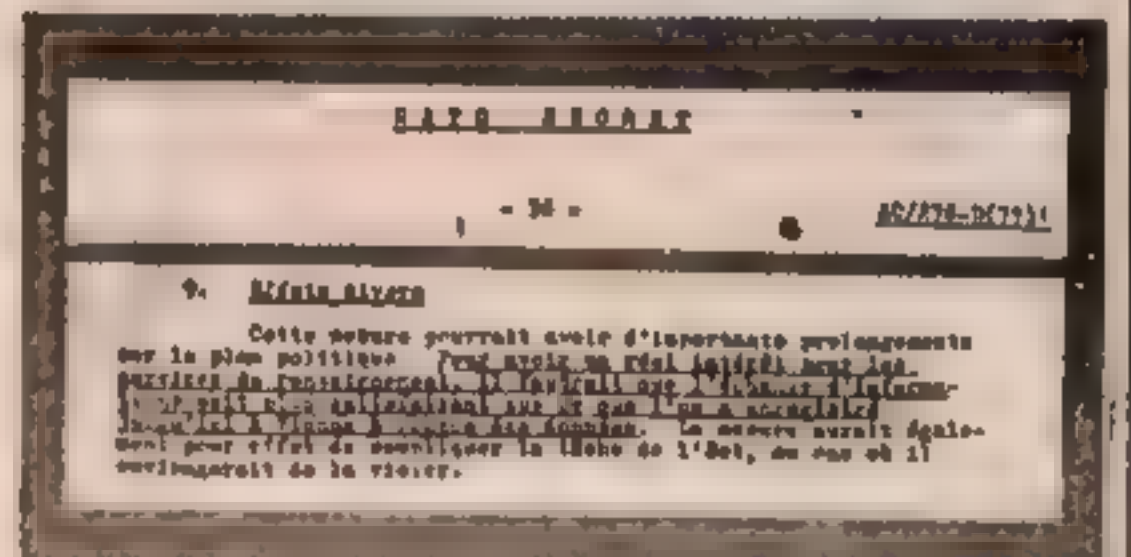
Die unterstrichenen Zeilen lauten in der Übersetzung:

Entsprechend der Anordnung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) auf ihrer Tagung in Bari im Jahre 1977 und der Realisierung NATO-Langzeitprogramms hat die

Gruppe auf höchster Ebene einen Bericht erstellt, ich habe die Ehre, Ihnen den Bericht in meiner Eigenschaft als Präsident zu übermitteln, der als Empfehlung dient zur Modernisierung der nuklearen Streitkräfte der NATO mit Systemen großer Reichweite.

Dokument AC/276-D (79) 1

Direktive: Spionage verstärken



Der unterstrichene Text besagt: Um für die Aufklärungsdienste von echtem Interesse zu sein, ist es notwendig, daß der Informationsaustausch viel ergebiger wird als das, was man bis jetzt in Wien hinsichtlich der Angaben beschaffen konnte.

wendig, daß der Informationsaustausch viel ergebiger wird als das, was man bis jetzt in Wien hinsichtlich der Angaben beschaffen konnte.



1, 2, 3, 4 - viele Mädchenzentren brauchen wir!

Interview mit drei Schülerinnen Petra, Christine, Ulli und der Diplompädagogin Birgit aus dem Mädchenzentrum im Gallusviertel (Frankfurt). Claudia stellte für den AK die Fragen.

Claudia: Seit wann gibt es das Mädchenzentrum und wie ist es eigentlich entstanden?

Birgit: Die Beratungsstelle für arbeitslose Mädchen gibt es seit dem 1.1.1978, am 9. März, dem internationalen Frauentag, haben wir offiziell eröffnet - aber damals war das eigentlich noch kein Mädchenzentrum. **Claudia:** Wie meinst du das?

Birgit: Wir waren fünf Diplom-Pädagoginnen und hatten uns schon vorher mit der Situation von Mädchen auseinandergesetzt. Zum Teil hatten wir unsere Erfahrungen in der Frauenbewegung gesammelt und/oder in der Jugendarbeit, die wir gemacht hatten. In der sogenannten „normalen“ Jugendarbeit geht es ganz automatisch immer um Jungen und um deren Interessen und Probleme, die Mädchen fallen da unter den Tisch oder hinken hinten nach. Bevor wir die Beratungsstelle eingerichtet haben, haben wir eine Konzeption erarbeitet und mit vielen Mädchen

Schülerinnen und arbeitslosen Mädchen - diskutiert. Wir machten Gruppendiskussionen in Grundausbildungsjahren für arbeitslose Jugendliche, mit Berufsschülerinnen usw. Natürlich haben wir auch mit Sozialarbeitern, dem Arbeitsamt usw. Diskussionen geführt und Informationen gesammelt. Die Konzeption ist also nicht bloß am grünen Tisch entstanden, sondern war das Ergebnis eines Auseinandersetzungsprozesses. Nun war es uns schon damals sehr wichtig, die Arbeit so aufzubauen, daß nicht nur Einzelberatung in bronzigen Situationen gemacht werden kann, sondern eine längerfristige pädagogische Arbeit geleistet werden kann. Daß also Mädchengruppen entstehen können, die gemeinsame Interessen verwirklichen, daß die Mädchen lernen, ihre Beziehungen zueinander zu gestalten, daß sie auch die Sachen im Mädchenzentrum selbst in die Hand nehmen können, sich dafür verantwortlich fühlen und daß eine Solidarität zwischen den Mädchen entstehen kann.

Aus diesem Grund sollte in der Beratungsstelle ein offener Jugendclub für Mädchen eingerichtet werden, mit einem Angebot an themenbezogenen Kursen - und natürlich sollte auch Einzelberatung gemacht werden, aber eben als ein Teil neben anderen. Zu Anfang lief dann aber erstmal doch nur Einzelberatung.

Bekanntgemacht haben wir uns durch Flugblätter und Plakate, und dann kamen einzelne Mädchen, meist haben die ihre Freundin mitgebracht.

Bekanntgemacht haben wir uns durch Flugblätter und Plakate, und dann kamen einzelne Mädchen, meist haben die ihre Freundin mitgebracht. Sie hatten zunächst kein Interesse an themenbezogenen Gruppen, bis sie sich untereinander kennengelernt hatten durch Feste, Geburtstagsfeiern... und auch ein Vertrauen zu uns entwickeln konnten.

Ab da - etwa Weihnachten 78 - entstand ein massives Interesse an den Kursen.

Claudia: Kannst du nochmal kurz sagen, wie das Mädchenzentrum finanziert wird?

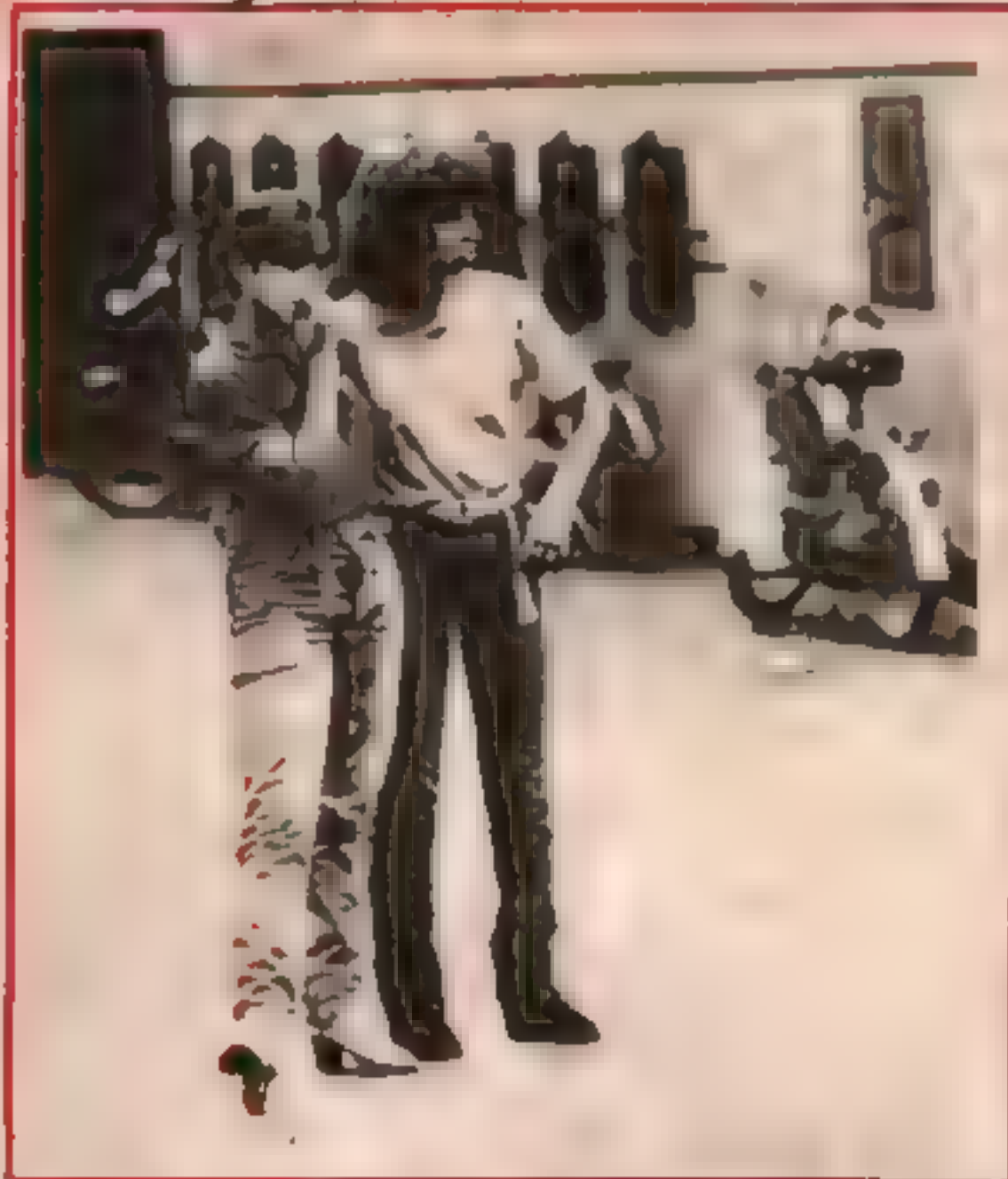
Birgit: Wir sind eine Einrichtung des Internationalen Bundes für Sozialarbeit. Bisher gab es Geld über ein Modellprogramm des Bundesfamilienministeriums für arbeitslose Jugendliche, in dem eine spezielle Betreuung arbeitsloser Mädchen vorgesehen war.

Nunmehr sind wir in eine Modellförderung durch das Land Hessen aufgenommen worden. Solche Modelle werden für eine gewisse Zeit finanziert, und es ist das offizielle Ziel solcher Programme, dann zu entscheiden, ob sich ein Modell so weit „bewährt“ hat, daß es eine Regelförderung durch die zuständige Stadt oder das Land erhält.

Die finanzielle Situation hat sich in der letzten Zeit laufend verschlechtert, als im März 79 drei Personalstellen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes finanziert wurden, bis Juni 80 werden alle diese Maßnahmen ausgelaufen sein. Inzwischen ist es zwar gelungen, zwei feste Planstellen einzurichten, darüberhinaus ist aber keine Personalstelle in Sicht, d.h. es flodert bis Juni 80 eine drastische Personalreduzierung statt.

Claudia: Da will ich später nochmal genauer fragen, aber jetzt würde mich erstmal interessieren, seit wann und wie ihr ins Mädchenzentrum gekommen seid, und was ihr davor so gemacht habt, wie sich das bei euch so alles entwickelt hat.

Petra: Das weiß ich noch genau, das war am 29.7.1978. Meine Freundin hat hier ihren Geburtstag gefeiert. Ich war damals 14. Ich hatte unheimlich weiche Knie und viel Schiß. Birgit hat den Clown gespielt und ich hab nur gedacht „oh Gott, was ist denn das für ein Haufen“ und bin dann gleich wieder nach Hause gegangen.



Erst nach zwei Monaten bin ich mit 'ner Freundin nochmal hingegangen, aber ich hab da ummer den totalen Macker gespielt, hab die Mädchen als Kumpels behandelt, wie ich's aus der Clique - ich war unter 15 Jungen das einzige Mädchen - gewohnt war. Dann kam es zu einer Diskussion, wo die anderen mit mein Mackertum vorgeworfen haben, sie haben sich von mir unter Druck gesetzt gefühlt. Danach hab ich erstmal festgestellt, daß ich eine Frau bin, ich mußte nicht mehr ständig den Macker spielen, um mich akzeptieren zu können - das war unheimlich toll. Da hab ich gemerkt, daß mir das was bringt und den anderen Frauen auch und dann hab ich mich voll fürs Mädchenzentrum eingesetzt, hab Fahrten organisiert, bei dem Buch

„Ein Mädchen ist fast so gut wie ein Junge“ mitgeschrieben usw. Ich will das Mädchenzentrum erhalten, ich kämpfe dafür, daß Mädchen andere Möglichkeiten haben als Macker, Clique und den Scheiß zuhause und in der Schule, daß Mädchen die Möglichkeit haben, ein Mädchen ein Selbstbewußtsein zu entwickeln. Dazu brauchen wir noch viel, viel mehr Mädchenzentren. Und natürlich bin ich für Lohn für Hausarbeit, denn ich hab 'ne Mutter mit fünf Kindern, und für einen Existenzlohn für Jugendliche.

Christine: Mich hat Juli 78 ne Freundin dahin mitgeschleppt, da haben die noch da... Kettchen gebastelt. Abends bin ich dann beim und hab Ulli, meine Schwester, dahin mitgenommen. Ich war aber sehr mißtrauisch, hab nur alles beobachtet und bin nicht aus mir rausgegangen. Ich war immer schon sehr schüchtern, das habe ich erst hier verloren. Ich hatte eine feste Freundin, mit der war ich in einer Clique, wo unsere Freunde drin waren. Dann hatte ich einen anderen Freund und

bin in eine andere Clique und dann wieder in eine andere und wieder 'ne andere. Die Freundschaft zu meiner Freundin ist dann auch ganz schnell kaputt gegangen, da hab ich sie richtig gehaßt. Es waren dann immer Feten im Falkenheim, ich war nachsicher mit drei Typen zusammen, da wurde immer viel getrunken. Einen Sommer lang lief es dann so, daß die Typen jeden Nachmittag Fußball gespielt haben, die Mädchen standen dumm herum, haben zugesehen oder sich unterhalten. Die Typen haben die Macker gespielt - dann bin ich abends nach Hause zum Essen, und dann gleich wieder zu den Typen in eine Kneipe. Ich hab mich oft besoffen, hab rumgehungen und mich total mies gefühlt, alles hat mich angekotzt. Ich war gewohnt, still in der Ecke zu sitzen, das hat sich durch das Mädchenzentrum dann schnell geändert, weil ich nichts verbergen mußte, sondern mich verhalten konnte, wie ich mich gefühlt habe und mich vor allem einbringen konnte. Da gab's auch Auseinandersetzungen, wir arbeiten hier alle selbstständig mit, sind fürs Mädchenzentrum selbst verantwortlich, nicht nur die Sozialarbeiterinnen. Ich hab' die anderen besser kennengelernt, mein Verhältnis zu Mädchen hat sich total geändert. Ich hab von den Mädchen nie viel gewußt, wir waren meist nur eifersüchtig und aggressiv aufeinander - jetzt seh ich sie als Frauen, mit den gleichen Problemen in Schule, Familie, Beziehungen... und wir unterstützen uns gegenseitig. Hier kann ich ausgelassen sein, aber in der Schule hab' ich meist wenig Kontakt und bin still.

Ulli: Ich hab auch immer den Macker gespielt, um von den Typen akzeptiert zu werden. Ich war ein Kumpel für die. Aber ich war total abhängig von C., die hat die Typen gehabt und ist in die Cliques reingekommen und ich bin dann immer mitgegangen. Ich wollte keine Beziehung haben. Einmal war ich drei Tage mit 'nem Typ zusammen, dann hat's mir gestunken, da hab' ich Schluß gemacht. Die anderen Mädchen haben mich „Zwitter“ genannt. Es hat mich immer total aggressiv gemacht, wie die Typen die Mädchen angemacht haben. Ich hatte oft Streit mit den Mädchen. Mich hat es auch angekotzt, wenn C. jede Woche einen neuen Typ hatte, aber ich war ja abhängig von ihnen Typen, um Kontakt zu kriegen. Ich hab dann auch immer beim Fußball mitgespielt und so alles gemacht, was die Typen gemacht haben und wurde deshalb von denen akzeptiert. Die Mädchen kamen dann auch sehr oft zu mir, ich war die „Retterin“, ich hab den Typen auch

begegnet und wurde deshalb von denen akzeptiert. Die Mädchen kamen dann auch sehr oft zu mir, ich war die „Retterin“, ich hab den Typen auch oft was auf die Schnur gegeben, mich mit denen rumgeprügelt. Das war ein ständiger Druck, mich immer so zu verhalten wie die, meine Gefühle und was ich eigentlich dachte, konnte ich ja nie sagen, anders haben mich auch meistens für einen Typ gehalten, deswegen hatte ich zum ersten Mal hier auch einen Mordschuß, daß die mich für einen Typ halten. Ich hab dann auch erstmal alles beobachtet, aber es hat mich gleich interessiert, ich wollte hier mitmachen. Ich hab' auch ganz schnell Kontakt gekriegt, denn eigentlich fällt mir das nicht schwer, nur durch den Beziehungschaos eben. **Claudia:** Was hat sich für dich verändert, seit du im Mädchenzentrum bist?

Ulli: Ich hab gelernt, Frauen zu akzeptieren und vor allem mich selbst als Frau zu akzeptieren. Früher habe ich alle Frauen als „Flussausen“ gesehen. Ich will, daß Frauen anerkannt werden als eigenständige Personen und sich selbst erkennen. Ich kämpfe dafür, daß Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer, also Arbeitsplätze für alle Frauen und natürlich Lohn für Hausarbeit.

Claudia: Wie kommst du, andere Schülerinnen/Mädchen/Frauen für eure Vorstellungen und Ideen zu gewinnen?

Petra: Das wissen wir noch nicht genau, da sind wir gerade in der Diskussion drüber. Aber auf jeden Fall wollen wir da was machen, daß unsere Forderungen durchgesetzt werden.

Claudia: Was macht ihr so im Mädchenzentrum, was gibt es da an themenbezogenen Gruppen?

Ulli: Also, da gibt's erstmal die Berufsgruppe. Wir finden es vor allem wichtig, uns frühzeitig über unsere Berufsmöglichkeiten zu informieren, also so Sachen wie „Frauen in Männerberufen“. Da gibt es ja die Modellversuche, wo Frauen als Azis Mecha-

niker, Radio- u. Fernsehtechniker oder Elektroanlageninstallateure arbeiten. Da gehen wir dann in Berufsschulen, wo diese Ausbildungen für Frauen möglich sind, reden mit denen über ihre Erfahrungen und wir gehen zum Arbeitsamt, um uns auch da zu informieren. Sich da selbst zu informieren ist unbedingt notwendig, denn in der Regel läuft's ja doch so, daß du ohne jede Information von der Schule abgehst, und dann landest du als Frau in Scheißberufen wie Friseurin oder Verkäuferin. Das wollen wir auf keinen Fall. Dann gibt es die Kochgruppe. Denk ja nicht, daß wir da die Hauswirtschaftslehre und Kochrezepte lernen, um dann auch einen Mann zu kriegen! Ne, zusammen kochen und dann toll zusammen essen macht einfach riesigen Spaß. Dann den Fahrradkurs, dankt wir endlich lernen, unabhängig von Typen unsere Fahrräder und Mofas zu reparieren. Wenn es hoffentlich bald Geld gibt, machen wir auch einen Schneiderkurs und ein eingerichtetes Fotolabor haben wir auch schon, also mit einem Fotokurs kann es bald auch wieder losgehen.

Petra: Wir haben auch so einen Bastel-, Batik- und Nähkurs. Da machen wir Zeug für uns, oder um es auf dem Flohmarkt zu verkaufen, um Geld für's Zentrum zu kriegen, oder im Frühjahr '79 haben wir damit teilweise unsere Abenteuerreise finanziert. Wir machen also so ziemlich alles, wir zeigen auch Filme und haben auch schon Theaterworkshops gemacht. Sehr wichtig ist auch die Geschichtsgruppe, da haben wir ja damals bei dem Buch „Ein Mädchen ist fast so gut wie ein Junge“ mitgeschrieben und haben über unsere Sexualität geredet. Zwischen allen Mädchen, die da mitgemacht haben, sind unheimlich intensive Beziehungen entstanden. Wir haben sehr viel Vertrauen zueinander gekriegt, und die Gruppe wurde so der harte Kern im Zentrum, aber das hat dann zu großen Auseinandersetzungen geführt. Es haben ja nicht alle in der Gruppe mitgemacht, und die haben unheimliche Aggressionen gegen uns gekriegt. Da haben sie denn das ganze Klo mit Lebnzeichen und dummen Sprüchen vollgeschmiert, und haben uns immer abfällig als Leoben angemacht. Das ging dann ne ganze Zeit so, daß die und wir gegenseitig das Klo beschmiert haben. Die Konflikte wurden immer größer, das war kaum noch auszuhalten, und dann haben wir mit allen darüber diskutiert. Das hat aber nichts gebracht, denn die, die nicht in der Gruppe waren, haben nicht offen gesagt, warum sie das gemacht haben, sie haben dann gemeint, daß sie das aus Lux gemacht hätten. Ich glaube aber, daß die Angst die nicht in der Gruppe waren, haben nicht offen gesagt, warum sie das gemacht haben, sie haben dann gemeint, daß sie das aus Lux gemacht hätten. Ich glaube aber, daß die Angst hatten, in der Gruppe mitzumachen, über ihre Gefühle und ihre Sexualität zu reden, aber dann eifersüchtig auf uns waren, daß wir das konnten und sie im Grunde bestimmt selber gerne über ihre ganzen Scheißerfahrungen geredet hätten. Die Konflikte gibt es immer noch im Zentrum, obwohl die Geschichtsgruppe dann wegen dem ganzen Clinch bald kaputtgegangen ist, aber wir diskutieren jetzt immer darüber und es ist auch ehrlicher geworden.

Claudia: Wo seht ihr Unterschiede zwischen euch und anderen Mädchen, z.B. von eurer Schule?

Christine: Bei ihnen ist es so, wie es bei uns eben früher war, wir haben wesentlich mehr Selbstbewußtsein gekriegt, wir können uns als Frauen akzeptieren und müssen uns nicht mehr als Macker aufspielen und den gleichen Scheiß machen wie die Typen oder uns als Püppchen an sie verkaufen. Wir sind selbständige Personen, mit eigenen Interessen, Ansichten und Problemen und wollen auch so akzeptiert werden.

Ulli: Diese Typen mit ihren Mofas und wie es in den Cliques abläuft, das kotzt mich total an, das macht mich aggressiv.

Christine: Ich bin jetzt lieber mit Frauen zusammen und verbringe meine Freizeit meistens hier. Ich würde nicht, was ich ohne das Mädchenzentrum machen sollte.

Claudia: Wie ist eure Situation in der Familie?

Christine: Weißt du, ich darfst Du bis um 10 Uhr raus, aber so ab zwölf Jahren mußt Du um 8 Uhr zuhause sein, da heißt es dann: „Du treibst Dich rum, kümmerst Dich gefälligst mehr um die Schule, Hausaufgaben. Du mußt mehr üben, um Deinen Abschluß zu machen.“ Mein Bruder ist zwölf, der geht aufs Gymnasium, „er muß ja mal die Familie ernähren“. Dabei ist es so, daß meine

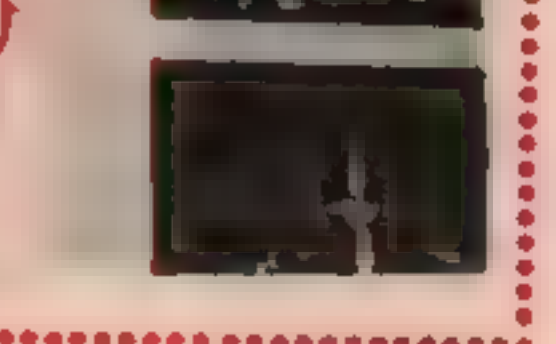
Fortsetzung auf der nächsten Seite



MÄDCHEN TREFFPUNKT

Hufnagelstr. 44
Tel. 738399
Mittwoch und Donnerstag 15-19

ACHTUNG!
14. Mai 16.00
erstes Treffen für den
Aufklärungs Kurs
STIBS UND STRAN
23. Mai 16.00
erstes Treffen für den
Fotokurs



Mutter die Familie ernährt, anderswo arbeiten geht und dann noch den Haushalt und vier Kinder hat. Wir hätten auch aufs Gymnasium gehen können, aber wir „haben das ja nicht nötig“ (!), so nach dem Motto: Schule, Lehre und dann heiraten.

Meine ältere Schwester ist denn ausgesogen, und ich bin jetzt so die „Verbündete“ meiner Mutter. Mit mir kann sie über ihre Probleme reden, wir haben ein freundschaftliches Verhältnis, sie hat mir damals auch gleich die Pille besorgt, und wir haben über meine Beziehungen und Probleme geredet.

Claudia: Wie ist das mit dem Haushalt, muß euer Bruder da genauso helfen wie ihr?

Chris: Ne, ne, der wird bevorzugt – auch von meiner Mutter. Wir Mädchen müssen die ganze Hausarbeit machen, mit unserer Mutter zusammen. Einkaufen fahren, zwei mal in der Woche in die Wäsche, denn wir haben keine Waschmaschine, die wollen Ulli und ich jetzt von unserem Geld kaufen. Mein Vater ist krank und kann nicht arbeiten, und kriegt auch keine Rente. Der kocht dann halt und räumt das Geschirr weg, aber mehr macht der nicht!

Claudia: Was fordert ihr in der Familie?

Chris: Du, das geht nicht, daß wir einfach fordern: „Ich will mehr Freizeit, ich will mehr Geld ... ich mach nix mehr“. Das richtet sich dann in erster Linie gegen die Mutter, die schon für alles verantwortlich ist. Wir fühlen uns solidarisch mit unserer Mutter und unterstützen sie, wir müssen aber immer wieder mit ihr reden, um ihr unsere Forderungen, die gleichen Rechte wie unser Bruder zu haben, und daß der genauso viel helfen muß, verständlich zu machen.

Claudia: Wie läuft das jetzt bei euch so mit Beziehungen zu Typen?

Chris: Bei den anderen hat sich das wohl geändert, aber ich hab schon das Interesse an einer Beziehung. Ich will aber so akzeptiert werden, wie ich bin, nicht so, wie ich sein soll. Ich will aber so akzeptiert werden, wie ich bin, ich mach keine „Theaterspieler“ mehr! Ich mach dann auch meistens mit den Typen und meinen Freundinnen was zusammen, das stinkt denen meistens, aber das sehe ich gar nicht ein! Die sind ja auch mit ihren Freunden zusammen. Die Beziehungen zu meinen Freundinnen sind mir im Gegensatz zu früher mindestens genauso wichtig! Und wegen keinem Typ der Welt würde ich das Mädchenzentrum vernachlässigen, da könnte Gott persönlich kommen!

Claudia: Was sind so eure Zukunftsperspektiven, was wollt ihr für 'nen Beruf machen, was wollt ihr lernen?

Chris: Na, auf keinen Fall heiraten und dann vom Typ abhängig sein. Ich will 'nen Beruf machen, der mir Spaß macht, der mir Selbstbewußtsein gibt, um ein unabhängiger und selbstständiger Mensch zu bleiben. Sonst bist du ja total abhängig, mußt um jeden Pfennig Haushaltsgeld betteln und dann später keine Rente. Na, Ne!

Claudia: Was sind eure Forderungen, um die Situation der Mädchen zu verbessern?

Ulli: Bessere Ausbildungsmöglichkeiten – natürlich in allen Berufen, mehr Jugendzentren, die nach den Interessen der Mädchen ausgerichtet sind – also mehr Mädchenzentren! Mehr Beratungstafeln und wesentlich mehr Information über Verhütungsmittel und Sexualität. Mehr Freiheit in der Familie, also Gleichberechtigung mit den Brüdern, und vor allem mehr Rechte für die Mütter, daß sie sich gegen die Väter durchsetzen können. Wir wollen auch mehr Freizeit, und natürlich sind wir für das Recht auf Abtreibung und für die Selbstbestimmung der Frau!

Claudia: Wie finden es eure Mütter, daß ihr im Mädchenzentrum seid?

Ulli: Anfangs waren sie dagegen, sie waren eifersüchtig aufs Mädchenzentrum und auf Birgit. Aber dann haben wir uns alle mal hier zusammengesetzt und darüber geredet. Seitdem finden sie es gut. Meine Schwester will jetzt auch mal herkommen und Birgit kennenlernen. Auch wenn unsere Mutter jetzt nicht so die Gleichberechtigung für Frauen fordert, stimmt sie inhaltlich mit uns überein. Sie sagt jetzt schon öfter, daß unser Bruder mehr im Haushalt machen muß.

Claudia: Was haltet ihr von „Bravo“? Wie schätzt ihr den Einfluß ein, und was könnte frau dagegen machen?

Chris: „Bravo“ ist die beschissenste Zeitung, die es gibt, aber sie wird von sehr vielen Mädchen gelesen.

Claudia: Wollen wir nicht eine „Anti-Bravo“ machen?

Chris: Oh ja, das wäre toll, wir machen eine Gegenzeitung und die Probleme beantworten wir dann selbst. Und so Fotoatome machen wir auch, aber ganz anders!

Claudia: Ich fand, das war ein unheimlich tolles Interview mit euch!

Walpurgisnacht 1980

In der Bilanz der bisher stattgefundenen Walpurgisnächte (1977-1979) schrieben wir letztes Jahr in AK 154 „Insgesamt betrachtet hat sich im Vergleich zu den Vorjahren am Charakter der Demonstrationen nichts verändert. Noch mehr als früher fanden die Demos fast ausschließlich zur Gaudi der Teilnehmerinnen statt. In den Flugblättern – sofern sie überhaupt gemacht wurden – wird in der Regel nicht auf Hintergründe und gesellschaftliche Bedingungen von Vergewaltigung und anderen Formen körperlicher Gewalt gegen Frauen eingegangen. Kein Wort auch zur Situation der Frauen, die den Müttern, ihren Vergewaltigern anzusetzen und den entwürdigenden Prozeß der Gerichtsverhandlung mit all ihren Detailschuldungen durchzustehen. Angesichts der Tatsache, daß derzeit von der Frauenbewegung sonst so gut wie nichts mehr zu hören und zu sehen ist (mit Ausnahme einiger Frauenhausinitiativen), ist es doch die Frage, ob diese Aktionen um die Nacht zurückzuerobieren, ganz zu schweigen davon, ob sie in dieser Form dazu beitragen, den Kreis der Frauen zu verbreitern, die sich Vergewaltigungen und Prügeleien nicht mehr gefallen lassen wollen.“

Angeichts der Entwicklung der Walpurgisnacht 1980 können wir diese Einschätzung auch für dieses Jahr nur bestätigen. In allen Städten, aus denen uns Berichte vorliegen (Frankfurt, Hamburg, Köln, Fulda, Bremen, Kassel), signalisierten oder sanken die Teilnehmerinnenzahlen. Auf allen Demonstrationen waren kaum noch Transparente zu sehen oder Parolen zu hören, die Hexentän-

ze, Gekratsche und Klamsuk dominierten (die einzige Ausnahme hierbei bildete evtl. noch die Demo in Hannover).

In Bremen, Frankfurt und Hamburg (und i.T. sicher auch in Berlin) gab es zwar auch deutliche Bemühungen, die Demo massenfreundlicher anzukündigen oder die Route nicht nur durch Vergnügungsviertel zu legen, jedoch konnte das letzten Endes nichts am Charakter der Demo selbst ändern.

Wir wollen im folgenden anhand der uns vorliegenden Berichte auf den Verlauf der Demonstrationen in einigen Städten und auch auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegung zur Gestaltung der Demos eingehen.

AG Frauen, Hamburg

Frankfurt

Schon am 30.3. war zu einem Vorbereitungsstreffen zur Walpurgisnacht-Gestaltung eingeladen worden, zu dem jedoch nur wenige Frauengruppen kamen. Auch die beiden Folgetreffen waren sehr schlecht besucht. Eine Idee von 1979 wurde aufgegriffen, in der Stadt an den der Walpurgisnacht vorausgehenden zwei Tagen Stände zur Information der Bevölkerung zu machen, um am Abend des 30.4. von diesen Ständen aus sternenförmig in der Innenstadt zusammenzutreffen und gemeinsam zur Uni zu ziehen, wo ein Frauenfest stattfinden sollte. Schon die Vorbereitungen hierzu waren von allen Beteiligten ziemlich lust- und phantasie-

Von fünf verschiedenen Punkten

land denn die Demo statt, zu der ca. 1.000 Frauen kamen (nur halb soviel wie 1979). Gemieden wurde diesmal das Bahnhofsviertel mit seinen Sex-Shops, was aber zu Auseinandersetzungen unter den Frauen während der Demo führte, mit der Konsequenz, daß sich eine kleine Gruppe von Frauen abgesonderte und alleine durch dieses Viertel zog.

Auch dieses Jahr wurde der Demo-Zug weder von einem massiven Polizei-Aufgebot (Mannschaftswagen, Wasserwerfer etc.) begleitet. Eine Frau wurde festgenommen, angeblich hatte sie Parolen gesprüht.

Hamburg

In Hamburg ging die Route der Demo diesmal durch ausgesprochene Wohnviertel. Ca. 500 Frauen waren zum Treffpunkt gekommen. Zum Verlauf der Demo waren vorher keine Festlegungen getroffen worden, mit einem Plakat war lediglich zum Treffpunkt mobilisiert worden. Es gab keine Transparente und zunächst auch keine Rufparolen, dafür umso mehr Krach und Geschrei. Begleitet wurde das Demo von einer ständig nebenher laufenden Polizeikette. Dadurch entstanden aus der Situation heraus dann doch einige Parolen wie „Bullen verpust euch, keiner vermisst euch!“ oder „Alle wollen dasselbe – Männer in die Elbe!“

Auffallend war die betont freundliche Aufnahme der Demo bei vielen Passantinnen und Beobachterinnen, insbesondere bei Italienerinnen und anderen Ausländerinnen.

Anschließend an die Demo fand in einem Stadtteilzentrum ein Fest statt.

Köln

In Köln demonstrierten ca. 800 (1979: 600) Frauen und blockierten zum Abschluß durch einen gemeinsamen gebildeten getanzen Reigen an einem zentralen „Verkehrsknotenpunkt“ den abendlichen Autoverkehr. Die Polizei nahm eine Frau wegen angeblichen Parolensprühens fest (nach „TAZ“, 2.5).

Stuttgart

Ca. 200 Frauen feierten hier unter entsprechenden Hexentänzen und unter reichlich Gejohle Unterdrückungsinstrumente, BHs, Kosmetik, Porno-Fleite, symbolische Sexshops, AKWs, psychiatrische Anstalten etc. Sogar einige Feuerspuckerinnen waren aufgeboden. Das Rathaus zierte binnen kurzem eine lila Fahne mit Doppelantenne. Eine Pop-Show wurde nachhaltig gestört und in der Altstadt der Verkehr blockiert (nach „TAZ“, 2.5.80).

Bremen

In Bremen war mit einem Flugblatt und einem Plakat zur Demo mobilisiert worden. In der Vorbereitung hatte es zwei recht heftige Diskussionen im Frauenzentrum gegeben. Uneinig waren sich die Frauen, ob die Demo nun abends oder nachts stattfinden sollte. Viele Frauen waren für nachts, weil's so normal üblich sei bei einer Walpurgisnachtsdemo und weil es spontaner sei. Andere Frauen wollten, daß von der Demo mehr zu merken ist und sie deshalb schon abends stattfinden sollte. Schließlich setzte sich diese Meinung durch.

Weiterhin war strittig, ob die Demo angemeldet werden sollte oder nicht. Der Vorteil einer unangemeldeten Demo sei – so argumentierten einige –, daß die Frauen, die „Aktionen“ vorhaben, dies unbeschwerter tun könnten, weil dann keine Anmeldegebühr haften gemacht werden könne. Andere wollten die Demo lieber formal abgesichert haben.

Köln: „Andere wollten die Demo lieber formal abgesichert haben.“

Ca. 400 Frauen (etwa gleichviel wie 1979) kamen schließlich zusammen, um mit viel Trara durch Bremens Vergnügungsviertel zu ziehen. Mehrere Sexshops wurden mit Hilfe von Farbbehältern bunt verziert, einige Scheiben gingen zu Bruch. Bei der Demo gab es keine Transparente oder Parolen.

Fulda

Endlich gab es auch in der „Provinz“ Fulda zur Walpurgisnacht eine laute, bunte Frauendemo, an der über 100 Frauen teilnahmen. Dazu aufgerufen wurde vom Frauenzentrum an der Fachhochschule Fulda mit dem Schwerpunkt „Frauen gegen Vergewaltigung! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!“

Gemessen an der Anzahl der Teilnehmerinnen war diese Demo ein Erfolg. Sie war von den Aktionen zur Walpurgisnacht im letzten Jahr nicht behaupten kann. Trotzdem kam sie von dem Anspruch einer Faschingszuzug nicht ganz los. (Bericht einer AK-Leerin aus Fulda)

Hannover

Zum erstenmal seit 1977 fand in Hannover wieder eine Walpurgisnachtsdemo mit einem anschließenden Frauenfest mit der Rockband „Unterrock“ statt. Per Plakat mobilisiert kamen 300-500 Frauen. Damit war die Demo gut besucht. Dem gleichzeitig wurden an diesem Abend in Hannover eine Veranstaltung mit Günter Wallraff und den „Druckknöpfen“ und ein Maifest im UfZ Glocksee angeboten, die sicherlich auch für viele Frauen attraktiv waren. Unter dem Motto „Gewalt gegen Frauen – Frauen gegen Gewalt“ gab's Transparente gegen Strauß, Militarismus und Krieg und natürlich gegen Vergewaltigung. Parolen wurden gesprüht, und im Steinortviertel (Hannovers „Puffecke“) hatten die Frauen eine Menge Arbeit, sich dazu anbietenden Wänden und Fenstern mit dem Aufkleben „Frauenfeindlich“ zu verhehen. Als ein Bulle zwei Frauen, die gekiebt hatten, festhalten wollte, rief er auf den geschlossenen Protest aller Frauen – Anlaß für diesen Mann, „auszuticken“. Er summelte schon an seiner Knarre herum, konnte aber von Kollegen beruhigt werden. Nachdem die gesamte Demo so massiv „gefordert“ hatte, wurden die zwei Frauen wie der freigelassen.

Nicht so schön war allerdings, daß es kein Flugblatt gab, das den Sinn der Aktion erklärt hätte. So wurden sicherlich vielen Frauen Spaß gemacht haben, mal schreien und mit mehreren zusammen einen Mann anmachen zu können. Doch die überwiegende Reaktion, mehr belustigt als nachdenklich. Obwohl ja auch die Lachen vielen den Kopf öffnen kann, wäre es schön, wenn wir uns in nächsten Jahr ein paar Überlegungen machen, wie wir darüber hinaus Informationen zur Gewalt gegen Frauen verbreiten könnten. (Bericht der AG Frauen Hannover)

TRAUEN,EROBERT EUCH DIE NACHT ZURÜCK !



Der Schrei aus der Stille

Ab Anfang dieser Woche läuft in Hamburg im „Holl“ die Geschichte einer Vergewaltigung. „Der Schrei aus der Stille“. Am Dienstag, dem 20. Mai um 19 h, und am Donnerstag, d. 22. Mai um 21 h, laufen die Vorstellungen ausschließlich für Frauen.

Für diese beiden Tage haben Frauen u.a. aus der Hamburger Notrufinitiative eine Diskussion unmittelbar im Anschluß an den Film in der Frauenkneipe geplant.

Eine sehr sinnvolle Sache. Denn nach diesem Film alleine nach Hause zu gehen, ist ziemlich unsinnig und wenig ratsam.

Auch wenn wir Kritik an diesem Film haben, sind wir doch der Meinung, daß er sehr sehenswert ist.

Im nächsten AK wollen wir eine Besprechung dieses Filmes machen und würden uns freuen, wenn auch andere ihre Eindrücke zu diesem Film schildern.

AG Frauen/KB Hamburg



Leserbrief: Neues zur Sterilisation

Sterilisation wird oft mit der Begründung abgelehnt, daß sie eine endgültige Lösung wäre. Dieser Begründungsvermutung gerät jetzt ins Wanken. Durch die Mikrochirurgie ist es jetzt möglich, Sterilisationen wieder rückgängig zu machen (sog. Refertilisation). Der Ei- oder Samenleiter, der bei der Sterilisation früher durchtrennt wurde, wird hierbei wieder zusammengeknüpft.

Die Refertilisation nach dieser alten Art der Sterilisation hat Erfolgschancen bis 80% bei der Frau. Sie kann jedoch durch zurückbleibendes Narbengewebe zu einer vorzeitigen Einnistung der Eizelle und damit zu einer Eileiterschwangerschaft führen. Eine neue Methode der Sterilisation macht auch die Refertilisation bei der Frau einfacher. Die sog. Clip- oder Ringmethode. Bei der Ringmethode zieht man eine kleine Eileiterschlinge in einen Plastikring hinein und schnürt ihn so ab. Bei der Clip-Methode setzt man kleine, 0,5 cm breite Plastikklammern auf den Eileiter und verschließt so den Kanal. Will man die Sterilisation wieder aufheben, entfernt man die Dinger einfach wieder.

Bei der Refertilisation des Mannes gibt es drei Methoden:

1. Es werden die beiden durchtren-

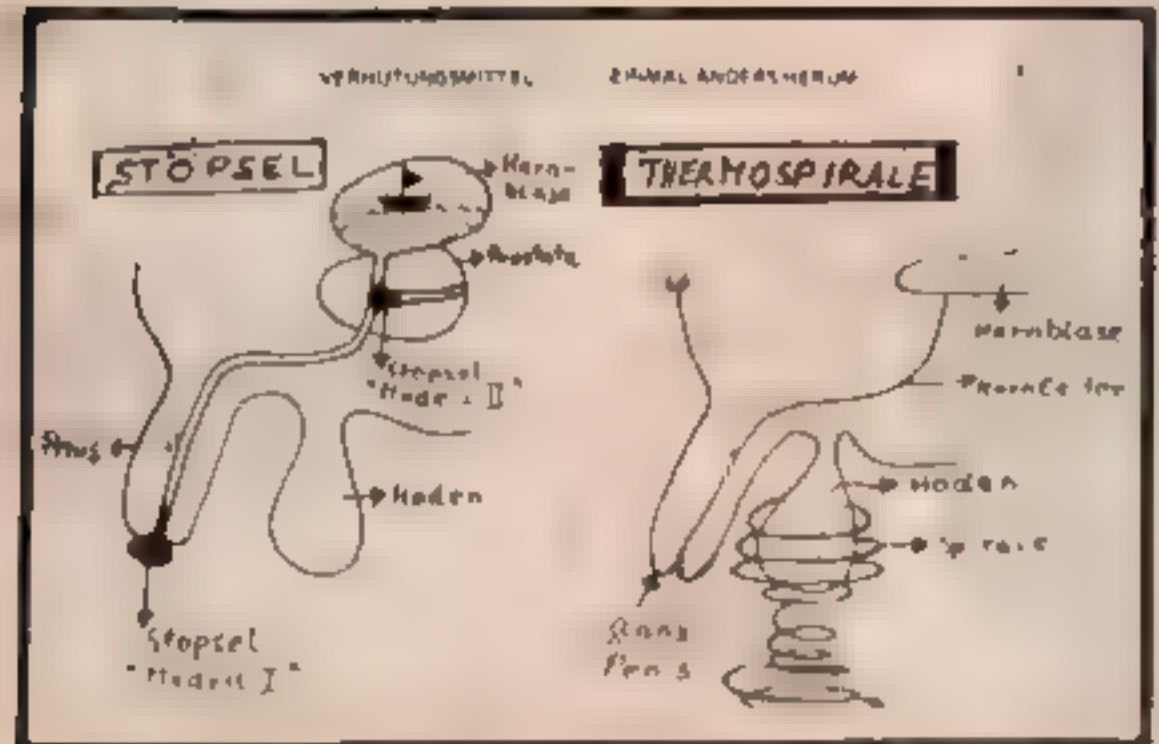
nten Teile zusammengeknüpft. Hierbei tritt allerdings Samenlosigkeit aus, was zur Bildung von Antikörpern führen kann, d.h. der Samenleiter wird zwar wieder durchgängig gemacht, aber die Spermien sind nicht befruchtungsfähig - „nur“ ca. 30 % können deshalb wieder Vater werden.

2. Bei der zweiten Methode - hier wird das Samenleitersende direkt an den Nebenhoden angeknüpft - liegen über die Erfolgsquoten noch keine Angaben vor, da die vermehrungsfähigen Spermien z.T. erst nach einem Jahr festgestellt werden können.

3. Bei der dritten Methode wird ein künstlicher Samenspeicher auf den Nebenhoden geknüpft, aus dem dann die Samenflüssigkeit für eine künstliche Befruchtung abgemugt werden kann. Sie wird angewandt, wenn der Samenleiter irreversibel zerstört ist.

Über die oben angeführte Ringmethode für den Mann wurde in dem mir zur Verfügung stehenden Artikel („Bild der Wissenschaft“, April 80) nichts geschrieben, obwohl es zwischen Abklemmung von Samen- und Eileitern keinen grundlegenden Unterschied geben dürfte - dies wäre die einfachste Art eine Sterilisation, bei der eine Refertilisation möglich

Ein AK-Leer aus Sigmaringen



Die Beseitigung einer mittelmäßigen Schauspielerin

1 1/2 Jahre für Gunnar Möller

Am 24. September 1979 erschlug der Schauspieler Gunnar Möller die Schauspielerin Brigitte Rau, seine Ehefrau. Am 7. Mai 1980 wurde er dafür von den 12 Geschworenen im Londoner Kriminalgericht „Old Bailey“ zu nur 5 Jahren wegen Totschlag verurteilt. Wenn alles „gut“ geht, kann Möller bei „guter Führung“ schon im Sommer 1981 wieder frei sein. Für diesen Fall hält Karl Vibach, Intendant am Theater des Westens in Westberlin, für den Mörder schon eine Rolle bereit - neben Nadja Tiller. Falls diese bis dahin nicht von ihm seine Ehefrau erschlagen wird, könnte es Klappen. ...

„Jeder 3. Mord oder Totschlag - so haben Kriminologen herausgefunden - ist ein klassischer Gattenmord“ - ist ein klassischer Gattenmord - Opfer ist fast immer die Frau. „Der Ehemann kommt lebend davon. Doch in Wirklichkeit ist er Opfer Nr. 2“ („Stern“, 21/80).

Wie konnte es dazu kommen, daß Gunnar Möller, dieser „einfache gutmütige Mann“ (so seine Theateragentin Margrit Boenisch) zum Opfer Nr. 2 wurde und jetzt den „Schmerz sein Leben lang tragen muß“ (Richter Cauffield in der Urteilsbegründung)?

1945 heiratete Brigitte Rau den blonden „Pirochka-Andi“. Doch schon 1967 wollte die „intelligente und aufstrebende Brigitte“ (Stern) die Scheidung, nachdem ihr Mann schon das öfteren Scheidungsabsichten gesumert hatte - „und da wollte er sie mit einem nicht mehr variieren. Er brauchte sie. Sie organisierte sein Leben“ („Spiegel“, 19/80). Doch Brigitte Rau, die ihrem Mann, Haushalt und Kinder zuliebe die Schauspielerei aufgegeben hatte, begann sich aufzulehnen. Sie fing wieder an zu arbeiten und „wagte“ es, ihren Mann zu kritisieren, auch öffentlich, z.B. auf einer Streikversammlung der deutschen Schauspieler bei der BBC, wo Gunnar Möller nicht mitmachen wollte. „Schminken lohnte sich bei ihr nicht mehr, sie war keine richtige Frau, und Kinder könne sie auch nicht mehr bekommen“. Nach weiteren Aussagen der 3 Kinder, betrug er seine Frau schon seit mindestens 13 Jahren. Oft war er völlig betrunken und schuldete dann genaue Einzelheiten seiner Fick-Geschichten. Auch der Tochter Hillevi erzählte er „Dinge, die sie nicht hören wollte, und machte vor ihren Augen Dinge, die sie nicht haben sehen wollen“. Und laut „Spiegel“ hat Möller mit Pirochka (1955) „immer nur noch den Geschmack des ganz großen Erfolgs im Mund gehabt. Er hat sich nicht begnügen können, er hat gelitten und sein Leiden an seiner Umgebung ausgelassen“. - Am 24.9.79 ließ er dann sein Leiden ein vorläufig letztes und brutalstes Mal an seiner Frau aus. An diesem Tag verlangte Brigitte Rau die Scheidung. Sie erzählte von ihrem Freund und sagte schließlich daß sie bei diesem Mann den ersten Orgasmus ihres Lebens erlebt habe. Daraufhin wird sie von Möller geschlagen. Als Hillevi ihre Mutter weinend und völlig aufgelöst in deren Zimmer findet, gehen beide zur Polizei. Als sie mit der Polizei zurückkommen, scheint Gunnar Möller nach Aussagen der Polizisten „ruhig und gefaßt“. Er behauptet seine Frau sei Alkoholklerin. Die Bullen verschwinden, nachdem Brigitte Rau sich in ihrem Zimmer eingeschlossen hat, und sie von Möller die Zusage erhalten haben, er werde „die geschlossene Zimmertür respektieren“. Hillevi geht dann kurz zur Post. Möller legt inzwischen seine bezeichnendsten Lieblingsplättchen auf: „Du bist doch gehn...“ - als letzte Demütigung und/oder offenbar als eigenes Tot-Vorspiel. Dann tritt er die Tür seiner Frau ein, verfolgt sie über die Feuerleiter und den Balkon, versucht sie zu erwürgen, und erschlägt sie schließlich mit einem Hocker. Hillevi, die nach 3 Minuten schon wieder zurück ist, findet die sterbende Mutter und den pathetisch deklamierenden Vater („I loved her, I loved her, I killed her“).

Ein leider völlig normaler Mordfall? Ein klarer Fall für das Gericht? So ängstigten sich intellektuelle deutsche Männer im „Spiegel“ (20/80) zunächst um ihren Kampfgefährten Gunnar. Keine Psychologie, kein Gutachter schien sich zu finden, der Möller die doch so klar auf der Hand liegende verminderte Zurechnungsfähigkeit für die Tat attestieren wollte. Doch wie haben sie die alle unterschätzt: den Richter, die Geschworenen und vor allem den wieder einmal völlig zu Unrecht unterschätzten und doch so begnadeten Schauspieler Möller, der in der U-Haft 7 Monate eine Rolle probiert konnte, die der größte Erfolg seines Lebens werden sollte. So wurde es schließlich kein Prozeß gegen Möller, sondern gegen Brigitte Rau. Ein wichtiges Moment war keineswegs die Aussage der Kinder, daß Möller seine Frau geschlagen und gedemütigt hatte. Wichtiger war die Aussage der schon erwachsenen Frau Boenisch und der Möller-Managerin Erna Bambauer: Frau Boenisch z.B. sagte, im Gegensatz zu Möller, der seine Rolle mit großen Erfolg gespielt habe, sich aber nichts darauf eingebildet habe,

dennoch konnte Möller das Gericht mit der Story von der unglücklichen Liebe zu seiner Frau führen. Er konnte glaubhaft machen, er habe seine Frau quasi aus lauter Liebe getötet, weil er erkannt habe: „Ich hatte sie für immer verloren“, als sie ihm das Geständnis von dem neuen Freund machte. Die Aznavour-Platte „Du läßt dich gehn“ habe er nur aufgelegt, weil es in der letzten Zeile heißt: „Du bist doch schließlich meine Frau. Laß uns wieder zusammenkommen, und wenn ich dich in den Armen halte, dann laß dich gehn“. „Ich sagte: Achte doch mal auf den Schluß. Aber sie war wie eine Maschine. Immerfort sagte sie dasselbe: Wie glücklich sie mit dem neuen Mann sei. Ich sei ein Verräter sowohl im Bett als auch in ihrem Leben. Die Kinder hätten auch nichts mehr für mich übrig. Ich sei schon über 50. Es gehe schnell mit mir bergab“. Eine derartige „Kränkung der Mannesehre“ muß wohl zwangsläufig bei normalen Männern zum Mord führen.



habe seine Frau auf „mittelmäßige Rollen“ gespielt, „versucht aber hinterher immer, sich in Szene zu setzen und ein Star zu sein“. Und: „Privat war er ihr weit unterlegen. Sie war viel intelligenter als er. Er war ein gutmütiger Mann, der sich viel von ihr gefallen ließ. Ich frage mich oft: Warum? Ich hatte nur eine einzige Erklärung: Er liebte sie!“ Und Frau Bambauer: „Die Streitigkeiten gingen immer von ihr aus, weil sie ihn bevormunden wollte“.

Gern gehört wurden auch die Aussagen dieser zwei Zeugen über die angebliche Trunksucht der Ermordeten. Gunnar Möller selbst ließ auch nichts unversucht, seine Frau als unheilbare Trinkerin hinzustellen. Die Obduktion ergab allerdings, daß Brigitte Rau keinerlei Alkohol getrunken hatte, die Kinder wußten nichts von der angeblichen Trunksucht ihrer Mutter zu berichten, vom hemmungslosen Saufen ihres Vaters und den Folgen für die Familie umso mehr.

Die Staatsanwältin konnte zwar beweisen, daß Möller seine Freundinnen, und insbesondere die letzte, die er sogar heiraten wollte, auf seine Touren mitgenommen hatte. Sogar die Zeuginnen Boenisch und Bambauer mußten im Kreuzverhör eingestehen, daß sie diese „zukünftige Ehefrau“ Möllers bereits kannten. Und

Verteidiger Howard: Er hat den Menschen umgebracht, den er liebte. Es muß irgendwas geben, was dazu führt, daß dieser Mann die Kontrolle über sich selbst verlor. Was war dieses „irgend etwas“? Den Vorwurf seiner Frau, er habe sie sexuell nicht befriedigt. ... Und Richter Cauffield gab den Geschworenen vor der Beratung noch eine Erklärung mit auf den Weg, wann sie auf Mord und wann sie auf Totschlag erkennen könnten: Man könne auf Totschlag erkennen, „wenn Möller Ihrer Meinung nach so stark gereizt worden war, daß jeder vernünftige Mensch vorübergehend die Selbstbeherrschung verlieren mußte“.

Das Urteil war dann ja auch ein Urteil für eine etwas unbeherrschte, aber ansonsten völlig vernünftige Tat. Damit steht es in der guten Tradition, mit der auch hierzulande die Beseitigung unwarter Lebens verurteilt bzw. auch nicht verurteilt werden. Und Pfarrer Sommerauer spricht in der „Bild“ vom 8.5.80 das Wort zum Mordtag: „Wieviel Gerechtigkeit ist in einem Gerichtsurteil? Wer mit seiner Frau glücklich lebt, wird über das Urteil anders denken, als ein Mann der in seiner Ehe die Hölle zu erleben glaubt“. Mit Gottes Segen: Auf zum großen Halsb!

E. Kulturskizzen

Sollt mehr als zwei Jahren werden Mädchen und Frauen in „Modellversuchen“ in typischen Männerberufen ausgebildet. „Bis zu sieben Millionen steckt Bonn jährlich in diesen Versuch, an dem sich 1000 weibliche Lehrlinge in Unternehmen unter anderem in Hannover, Ingolstadt, Gelsenkirchen, Stuttgart und Hamburg beteiligen“, so der Berufsbildungsbericht 1980 des Bundesinstituts (Mopo, 15.2.80). Das zuständige Bundesministerium schätzt, „daß derzeit etwa 30 000 junge Mädchen eine Lehre in typischen Männerberufen wie Dreher, Fräser, Schlosser, Mechaniker und Chemiefacharbeiter absolvieren“. „Damit dürfte sich die Zahl der weiblichen Lehrlinge in den gewerblichen Berufen in den letzten drei Jahren ungefähr verdreifacht haben“ (Hamburger Abendblatt, 3.4.80). So und anders kann Frau in den bürgerlichen Medien nachlesen oder hören, daß sie bald die „Männerwelt“ erobert hat (demnächst sollen diese Berufe sogar ihre „weibliche Bezeichnung“ bekommen). Seit mehr als zwei Jahren gibt es Schlagzeilen wie: „Mädchen sind voll konkurrenzfähig“ (Mopo, 15.2.80) – „Sie meistern auch die schwierigsten Aufgaben“ (HA, 3.4.80) und „Gibt's denn keine Männer hier?“ (FR, 21.7.79). Es stimmt, die Anzahl der Mädchen in sogenannten Männerberufen hat sich verdreifacht, die Zahlen beweisen es. 1975 gab es in sechs typischen Männerberufen 227 503 Auszubildende, davon 771 Mädchen; 1978, also drei Jahre später, waren von 234 529 Auszubildenden 2194 Mädchen. Diese Zahlen, von Bundesminister Schmidt veröffentlicht, zeigen, daß noch weniger als ein Prozent Mädchen in Männerberufen arbeiten (siehe auch Tabelle aus Information Bildung und Wissenschaft 10/79). Meister und Ausbilder jubeln: „Toll! Unsere Deerns stehen ihren Mann am Arbeitsplatz“, und überhaupt habe sich das Klima in den Betrieben mit den Mädchen in Männerberufen enorm verbessert („Mopo“, 23.2.).

Auch die Bundesregierung weiß es endlich: „Wer sagt, daß Mädchen dummer sind?“ (Glanzbroschüre der Bundesregierung) wie sollte es anders sein, „der spinnt!“ Untersuchungen, Umfragen tun gerade so, als sei die neueste Erkenntnis auf den Markt gebracht worden, daß Mädchen genauso gut wie Männer in gewerblich-technischen Berufen arbeiten und lernen können. So kommt auch der zuständige Bundesminister Schmidt zu der Erkenntnis, „daß die Ausbildung von Frauen in sogenannten Männerberufen nicht nur ohne besondere Schwierigkeiten möglich ist, sondern daß sie für die jungen Frauen wie für die Betriebe sinnvoll und nutzbringend ist. Wir möchten mit dem Modellversuch erreichen, daß in Zukunft viel mehr junge Frauen sich freuen, sich auch für technische Berufe zu interessieren“ (Information Bildung und Wissenschaft 10/79). Fleißig ist man! Dabei, die Vorurteile gegen Frauen und ihr Technikverständnis in der Öffentlichkeit abzubauen. Bildung scheiterte dies – wie sollte es auch anders sein – nur an den Frauen selbst.

„Sie können kochen und stricken, sie kennen sich aus in Haus und Haushalt. Doch einmal kräftig mit der Faust auf den Tisch zu hauen, trauen sie sich nicht. An Sicherheit und Selbstvertrauen, Durchsetzungsvermögen und Durchhaltekraft mangelt es arbeitslosen Mädchen ganz besonders“ (Zeit, 19.1.79). Diese zynische „Problembeschreibung“ läuft bei der SPD unter dem Motto: „Lebensmut wecken“ bei den Mädchen, die ja gar keinen Beruf erlernen wollen, von ihren Eltern abgehalten werden, eine Ausbildung durchzuführen und es einfach nicht wahrhaben wollen, daß das traditionelle Rollenverhalten der Frau überholt ist. Schon heute wird systematisch daran gearbeitet, die Modellversuche „Mädchen in Männerberufen“ mit dieser



«Modellversuche» für Mädchen in Männerberufen? Wir brauchen keine Experimente

Argumentation 1984 einzustellen, bis zu diesem Zeitpunkt sollen die Modellversuche „vorerst“ finanziert werden. Kräftige Unterstützung aus den etablierten Parteien und Medien erhält die These, daß Frauen nicht bereit sind, einen Männerberuf zu erlernen. „So wählen nach immer die meisten, wenn sie sich schon zur Fortbildung oder Umschulung entschließen, erneut Tätigkeiten, die traditionell als typisch weiblich verstanden werden“, klagt die Morgenpost (15.2.80). Eine Welle von Anzeigen in der sozialdemokratischen Presse aber auch Springer läßt sich nicht lumpen – soll es den Mädchen „erleichtern“, einen Männerberuf zu erlernen. Der Eindruck entsteht, die Frauen und Mädchen wollten nicht ran an den Speck.

Vor zwei Jahren hat die SPD/FDP-Regierung mit der anwachsenden Jugendarbeitslosigkeit und der besonderen Betroffenheit der Frauen und Mädchen, die über 60% der fast eine Million Arbeitslosen ausmachen, das Konzept der Modellversuche „Mädchen in Männerberufen“ aus der Tasche gezogen. Seither versucht die Bundesregierung, unter dem Deckmantel „Mädchen in Männerberufen“ die allgemeine Bildungsnot gerade der Frauen und Mädchen zu verschleiern. Dabei befindet sie sich einerseits in der Zwickmühle, die Modellversuche für sich auszuwählen zu müssen, vor allem auch zu den Bundestagswahlen 1980, andererseits muß sie für jeden Ausbildungsplatz „Mädchen in Männerberufen“ 75 bis 100% der gesamten Kosten zahlen. Nicht zuletzt ist dies auch der Grund, warum die Kapitalisten die Modellversuche mitmachen. Tatsächlich haben sie nur was zu gewinnen, wenn man/frau bedenkt, daß die Mehrheit der Auszubildenden produktiv arbeitet. Doch auch aus dem Kapitalistenlager sind immer wieder Klagen zu hören, daß die Frauen in Männerberufen

„letztlich zu Sonderrechten für Frauen und damit zur Diskriminierung der Männer“ führen (der Arbeitgeber, 5/80). Die CSU hatte sich noch im letzten Jahr massiv gegen die Modellversuche gestellt, mit „biologischen Gutachten“ gelang es ihr, in München einen Modellversuch zu blockieren. Die Unterbrechung der CSU ergab: „Die Erschließung gewerblich-technischer Berufe für Mädchen könne nicht unter finanziellen, organisatorischen oder beruflichen Gesichtspunkten gesehen, sondern allein danach beurteilt werden, ob gegenwärtige Ausbildungsbelastungen und spätere berufliche Weiterentwicklungen sich mit den biologischen Gegebenheiten des weiblichen Organismus und den darauf abstellenden gesellschaftlichen Einsatzbeschränkungen vereinbaren lassen.“ Darauf folgt die nazistische Ideologie von kürzeren Daumen! Beinen bei den Frauen. „Und da Mädchen in puncto Atemkapazität, Hitzeverträglichkeit, Stehfähigkeit und Stemmkraft einem Vergleich mit den Männern nicht standhalten können“ – so der Gutachter der CSU, Dr. Juritz – sei den Modellversuchen nicht zuzustimmen (Zeit, 17.4.79). Die CDU vermag sich doch nicht ganz so brutal und offen gegen Mädchen in Männerberufen auszusprechen. Allerdings: „Je geringer die Ausbildung des Mannes ist, desto größer ist die Macht der Frau. Während der Beruf des Mannes sein eigenes Revier ist, birgt der Beruf der Frau die Angelegenheit beider, und das sollte auch so bleiben, denn, so H. From, „man kann auf dieser Welt nichts alles haben... Kinder großziehen und volle berufliche Gleichberechtigung“ (Hamburger Abendblatt, 15.1.80). Demagogisch wirft die CDU den Frauen vor, „das Spannungsverhältnis von beruflichen und familiären Anforderungen“ nicht im Griff zu haben. Und nicht zum

erstenmal wirft Springer die unterstützende Frage auf: „Soll der Staat Mädchen in Berufe zwingen?“ Die Antwort hat der Arbeitgeberverband parat: „Seiner Ansicht nach sind Mädchen nur schwer in gewerbliche Berufe zu ziehen, weil sie dafür keine Neigung zeigen“ (Welt, 21.2.80). Derartige Zweckpropaganda ist längst durch wissenschaftliche Untersuchungen. Es scheitert keineswegs an der Bereitschaft der Frauen, einen sogenannten Männerberuf zu erlernen. Jede vierte Frau – so die AWP und andere Organisationen und Institute – hat Interesse an einem gewerblich-technischen Beruf bekundet. Eine Umfrageaktion der IG Metall-Frauen macht deutlich: „So hatten 605 Schülerinnen, die die Fragebogen ausfüllten, 379 (62,6 Prozent) eine Berufsbewertung gehabt. Doch wurden ihnen überwiegend nur „Frauenberufe“ genannt: 47 Prozent der Gruppe Büro- und Verwaltungsberufe / Handel und Verkauf und 36 Prozent den Bereich soziale und sozialpädagogische Berufe / Gesundheit / Körperpflege / Betreuung / Hauswirtschaft. ... nur 13 % waren durch die Berufsberatung animiert worden, einen sogenannten Männerberuf zu erlernen. Auf die Frage: „Sollten Ihrer Meinung nach Mädchen berufe ergreifen, die im allgemeinen für Frauen nicht typisch sind?“ antworteten erstaunliche 93,2 Prozent mit ja“ (Gewerkschafter, 8/79).

Sexistische „Werbung“ für „Männerberufe“

Frauen und Mädchen haben zu Recht Angst vor den Vorurteilen, die ihnen entgegengebracht werden, wenn sie in einem sogenannten Männerberuf arbeiten oder ausgebildet werden. „Für die dort (gemeint sind die männlichen Kollegen, Anmerk. Red.) sind Frauen im Blaumann noch im-

mer ein Grund zu pfeifen. Das ist ja dermaßen wie Spießbratenlaufen“, berichtet eine Kollegin. Ihr ist das zuwider (Stern, 17.3.79). Eine andere Kollegin berichtet von Annaherungen, daß „eine Frau auf der Baustelle ja nur ein Mannweib oder lesbisch sein“ kann (Taa, 30.5.). Medien und Parteien sind sich fast alle einig: die Vorurteile gegen Frauen in sogenannten Männerberufen müssen abgebaut werden, das geschieht durch wissenschaftliche Untersuchungen, die zum Ergebnis haben, daß Mädchen oft besser in der Berufsschule oder in der technischen Fertigung als die Jungen sind. So weit so gut, ein alter Hut! Ebenso wenig ist man(n) sich aber auch in der sexuellen Diskriminierung für Mädchen in Männerberufen. Allen voran hat sich der „Stern“ in seinem Artikel „Morgens Schmorbraten abends Schminkt“ hervorgetan. „An schwielige Hände, unschöne Fingernägel und blaue Flecken hat sich die Hamburgerin – längst gewöhnt. Im Blaumann wie im Bikini macht sie eine gute Figur“ wie die dazugehörigen Bilder beweisen. „Mit 178 Zentimeter Körpergröße kommt die Bayerin den Vorstellungen der Personalschefs, wie eine Universalstickerin gebaut sein sollte, offenbar erfreulich nahe.“ Und wie sollte es auch anders sein, „den Disco-Rock braucht sie nur am Wochenende“. Und natürlich darf auch im „Stern“ nicht fehlen, daß Mädchen in Männerberufen meistens „Emanzen“ sind. Mädchen, die sich nicht alles gefallen lassen, werden „wegen ihrer resoluten und schlaf fertigen Art ... neckisch, die Chefin genannt“ (Stern, 17.5.79). In groß aufgemachten Bildern werden Frauen in typische Männerberufe hineininterpretiert, „Spritzel! Mädchen löschen Flammen“ heißt die passende Schlagzeile der Morgenpost für Frauen in der Feuerwehr (22.8.79). In der Tat ist dies eine neue Variante, Frauen in Männerberufen überhaupt zu machen und als „Mannweib“ zu diskriminieren. „Maurer, männlich oder weiblich gesucht. Bewerber müssen Brustumfang von mindestens 96 cm haben und bereit sein, bis zur Hüfte entkleidet im Freien zu arbeiten“ hieß kürzlich eine Anzeige einer britischen Baufirma. In England ist das verboten! In der BRD nicht.

Frauen im Bildungsnotstand

Der Bruch in der Bildung bzw. Ausbildung bei den Mädchen und Frauen tritt nach dem Schulabschluß ein. Wissenschaftliche Untersuchungen beweisen, daß Mädchen in der Schule die gleichen Leistungen wie Jungen erreichen. Doch nur ein Fünftel aller Auszubildenden sind Mädchen. In diesem Jahr hätten 400 000 bis 500 000 zusätzliche Lehrstellen bereit stehen müssen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu beheben. Der Anteil der Mädchen liegt auch hier bei über 60 %. Sie sind zur Arbeitslosigkeit und Hilfsarbeiterdiensten verdammt. Von den ca. 475 bestehenden Berufen konzentrieren sich 90 % der Mädchen auf 17 Berufe, die auch typische Frauenberufe wie Friseurin, Schneiderin, Blumenbinderin, Verkäuferin, Bürogehilfin, Hauswirtschaftlerin und Arzthelferin sind. 63% der Mädchen (die eine Lehrstelle erreichen) führen eine sogenannte „Vollzeitausbildung“ durch, während die restlichen nur eine zweijährige Lehre absolvieren, die häufig mehr betriebspezifischen Charakter hat und in anderen Betrieben nicht als volle Berufsausbildung anerkannt wird.

Von den über zehn Millionen werktätigen Frauen haben 51 % (bei den Männern 27 %) keine berufliche Ausbildung. „Untersucht man die berufliche Situation der Arbeiterinnen gesondert, so ergibt sich ein noch katastrophaleres Bild. In der dualen Ausbildung für Facharbeiterberufe sind kaum Frauen vertreten. 94 % aller Arbeiterinnen üben eine ungelernte oder angelernte Tätigkeit aus“ (IMSF, Wirtschaftskräfte und Frauen emanzipation in der BRD). Dies führt

Lieblingsberufe der Lehrlinge

Anzahl der Auszubildenden
Anfang 1979

JUNGEN

MÄDCHEN

Kfz-Mechaniker	88 473	Industriekaufmann	114 000	Verkaufsfrau	114 000
Elektriker	48 441	Friseur	65 000		
Maschinenschlosser	41 410	Bürokaufmann	36 000		
Tischler	24 917	Industriekaufmann	32 150		
Maler	23 144	Arzthelferin	31 000		
Maurer	20 984	Lehrer/Lehrerin	23 000		
Gas- u. Wasserinstallateur	21 100	Einzelhandelskaufmann	21 000		
Großhandelskaufmann	21 000	Bürokaufmann	19 000		
Bäcker	20 900	Großhandelskaufmann	17 000		
Industriekaufm.	22 100	Bürogehilfin	16 100		

Ausbildungsberufe	Auszubildende							
	1975		1976		1977		1978	
	Insgesamt	davon weiblich	Insgesamt	davon weiblich	Insgesamt	davon weiblich	Insgesamt	davon weiblich
Tischler	23 641	233	26 481	264	30 078	382	36 188	627
Tandemler	3 488	131	3 484	151	3 827	180	4 082	278
Kfz-Mechaniker	88 632	87	73 284	84	80 373	114	88 833	208
(Industrie- und Handelskaufmann)	11 784	28	11 243	30	11 322	34	11 880	102
Elektroniker	88 074	38	90 702	57	48 828	83	48 614	106
Facharbeiterberufe	12 318	83	11 011	128	10 306	187	12 011	256
Malerei und Lackerei	36 387	171	27 311	187	30 046	243	34 370	621
	227 608	771	203 614	900	212 487	1 808	234 888	2 194

dazu, „daß vor allem Frauen Arbeit am Fließband oder andere monotone und abtumpfende Arbeiten verrichten müssen. Von insgesamt 630 000 Fließbandarbeitern sind 63 vH, d.h. von drei Fließbandarbeitern sind zwei Frauen“ (IMSF). Der Berufsbildungsbericht 1980 schreibt, daß Weiterbildung oder Umschulung für Männer bei 13,1 %, für Frauen nur bei 9,4 % von allen Beschäftigten wahrgenommen wird. Dabei muß man/frau noch bedenken, daß Frauen ab nur 37 % aller Werkstätten stellen. Konkret im Angestelltenbereich wurde bei 128 Frauen, die als Schreibkräfte tätig sind, eine Umfrage durchgeführt. „Von 83 Frauen wurden 76 die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung nutzen, wenn sie ihnen geboten würde“, nur acht Frauen hatten die Möglichkeit einer beruflichen Weiterbildung angeboten bekommen, dazu gehört auch die Buchhalterin. Frauen und Mädchen in Männerberufen liegen statistisch bei den Auszubildenden bei ein Prozent, bei der Zahl der Gesamtbeschäftigten steigt der Anteil auf etwa sechs Prozent. Diese Frauen könnten durch ihre lange Betriebszugehörigkeit und Fachkenntnisse in Facharbeiterlohngruppen eingruppiert werden. Das heißt aber nicht, daß sie auch die Facharbeiterlöhne wie die Männer erhalten. Im Schnitt verdienen die Facharbeiterinnen immer noch ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen. Zwar will die bürgerliche Presse den Mädchen oder Frauen immer wieder das Gegenteil vorführen, wie kürzlich das Hamburger Abendblatt, daß kackfroh behauptete, daß Mädchen nur zugreifen müßten, um den gleichen Lohn wie die Männer zu erhalten, denn es „fehlen noch wie vor 700 bis 800 Facharbeiter“, doch die Arbeitslosigkeit zeigt jedem das Gegenteil.

Die mangelnde berufliche Qualifikation der Frauen ist vielfach ein Argument der Kapitalisten dafür, daß die Arbeitslosigkeit bei den Frauen zweimal so hoch liegt wie bei den Männern. Tatsächlich werden aber gerade die typischen Frauenberufe heute massenhaft wagrationalisiert. Die Textilindustrie hat ihre Produktion in die sogenannten „Billiglohnländer“ verlegt und damit tausenden von Schneiderinnen den Arbeitsplatz genommen. In der Elektro- und Metallindustrie sind ebenfalls tausende von Feinmechanikerinnen (Uhrproduktion) entlassen worden. Durch die Methode der Mikroelektronik werden mehr und mehr Berufe aussterben: „Weniger gefragt werden künftig die Berufe Bohrhandwerker, Bürohilfen, Bürokaufmann, Chemielaborant, Dreher, Feinmechaniker, Revolverdreher, Technischer Zeichner, Teilzeichnerin und Universalfräser. In den in Zukunft stärker nachgefragten Berufen werden nicht einmal ein Prozent der Mäd-

chen ausgebildet, erluderte Schmarbe, Berufe mit abnehmender Bedeutung lernen dagegen 53 Prozent der Mädchen“ (FR, 19.1.80). Nur zu deutlich kann Frau sehen, daß die Modellversuche, die de facto mit zu den 53 % Berufen mit abnehmender Bedeutung gehören, eine Farce sind.

Nicht anders sieht es in den qualifizierten Berufen für Frauen aus. Im Angestelltenbereich arbeiten zur Zeit 2,5 Millionen Sekretärinnen oder Sachbearbeiterinnen. „Nach Aussagen von Fachleuten sind durch Speicherschreibmaschinen, Textautomaaten usw. 75 vH dieser Schreibplätze ersetzbar. Das sind 1,8 Millionen Arbeitsplätze, die in den nächsten Jahren entfallen werden“ (IMSF, Wirtschaftswoche und Frauenemanzipation in der BRD). Damit würden noch mehr qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen vom Arbeitsmarkt verschwinden. Und es ist keineswegs zufällig, daß gerade die Arbeitsplätze für Frauen unqualifiziert sind.

Nicht die Bereitschaft der Frauen ist schuld, sondern dieses Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, daß gerade über alle Gesetze verfügt, die Frauen doppelt zu unterdrücken, die Frauen als billige Reservarmee gefügig zu machen und für die Frauen die Scheit- und Ausbildung so schwierig wie nur möglich zu machen. Das Beispiel von den Mädchen und Frauen in den sogenannten Männerberufen zeigt das mehr als deutlich. 1938, bevor der Krieg ausbrach, wurden tausende von Frauen in die Kriegproduktion einbezogen, tausende von Frauen ersetzen Männer an ihren Arbeitsplätzen. Je nach Bedarf wurden Frauen auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt oder auch abgehoben. Mädchen und Frauen müssen das Recht erst erkämpfen, die Arbeit zu leisten, die sie machen wollen. Nicht die Frauen haben die typischen Männerberufe verloren, und es sind auch nicht die Frauen, die in typischen Frauenberufen diskriminiert. Ob am Fließband, an der Maschine, am Schweißgerät oder mit dem Kamm in der Hand die Frauen stehen überall ihre Frau! Die sogenannten Modelle für Mädchen in Männerberufen sind um sich schon diskriminierend, nicht „Modellvermeine“, die die Forderungen der Frauen, sondern gleiches Recht von Mann und Frau!

Wir haben in diesem Artikel zunächst den Schwerpunkt auf die aktuell laufende Propaganda zu Mädchen in sogenannten Männerberufen dargestellt. Bewußt haben wir einige Aspekte noch nicht behandelt, z.B. Arbeitsschutzbestimmungen, Ausbildung in typischen Frauenberufen u.a.m. Über diese Fragen wollen wir noch genauere Untersuchungen anstellen und werden sie zu weiteren Artikeln verarbeiten.

gKommision Betrieb und Gewerkschaft



6. Treffen von Technikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen

Das Treffen, das diesmal vom 30.4. - 4.5. in Darmstadt stattfand, war überraschend schlecht besucht. Statt über 200 Frauen wie bei den letzten Treffen in Frankfurt, Göttingen und Stuttgart waren diesmal nur ca. 80 gekommen. Das bedeutet für die Darmstädter Frauen, die in der Erwartung, daß sich die meisten Frauen wie üblich mal wieder nicht vorher anmelden würden, Schlafplätze in der Jugendherberge angemietet und Essen für 200 Frauen eingekauft hatten, ein Defizit von 2.000 DM.

Über die Motive der Nichtkommenen konnte infolge ihrer Abwesenheit nur spekuliert werden: Hat es daran gelegen, daß sich das Treffen diesmal über vier Tage statt nur ein Wochenende erstreckte? Allerdings waren gerade diejenigen, die in Stuttgart am entschiedensten für diese Länge plädiert hatten, nicht erschienen.

Lag es an dem kurzen Abstand von nur einem halben Jahr zum letzten Treffen? Oder machen sich so jetzt die Stagnationserscheinungen bemerkbar, die in Göttingen und Stuttgart schon anklangen: daß viele Probleme jedesmal wieder diskutiert werden und im Verhältnis dazu nur wenig neue Ansätze oder inhaltliche Fortschritte zu verzeichnen sind?

Dafür spräche, daß von den Teilnehmerinnen in Darmstadt ca. die Hälfte „Neue“ waren, dagegen fehlten diesmal viele der „alten Hännchen“. In der Hamburger Gruppe war z.B. schon vor dem Treffen Unmut spürbar; hinfahren sind dann nur etwa halb so viele wie früher.

Die niedrige Teilnehmerzahl schlug sich nicht nur auf die Finanzen, sondern auch auf die Aktivitäten nieder. Aus dem geplanten Technikerinnen-Block auf der Walpurgisnacht und der 1. Mai-Demo wurde nur ein Blockchen.

Einige der geplanten Arbeitsgruppen fielen mangels Teilnehmerinnen aus. Die übrigen waren aber gut besucht und es gab - besonders auch für die Neuen - viele anregende Diskussionen. (Letzteres gilt natürlich erst recht für die „Gespräche am Rande“, die bei diesen Treffen eine wichtige Rolle spielen und für viele Frauen eine der Hauptmotivationen sind, die Treffen zu besuchen.) Die AG „Ökologie und Umwelt“

diskutierte Probleme der Bauökologie, wie sich bestimmte Bauweisen und -stoffe auf den menschlichen Organismus auswirken. Im Zuge der Darstellung der ungemunden und schlappmachenden Eigenschaften von modernen Betonbauten fühlten die Frauen sich in dem modernen Schulbau immer unwohler und zogen schließlich ins Grüne um - aber dort wurde es dann leider zu kalt. Ein paar Frauen aus der Gruppe hatten Interesse, ein konkretes Projekt gründlicher zu bearbeiten, etwa die Vor- und Nachteile alternativer Energien oder geobiologische Probleme beim Hausbau.

Die Gruppe „Mutter und Kind“ hatte Forderungen erarbeitet und auf einer Wandzeitung ausgehängt:

- Mehr Teilzeitarbeit für Männer und Frauen in allen Berufen
- Teilzeitarbeit für Eltern bzw. Bezugspersonen nach der Geburt für zwei Jahre bei 2/3 des gemeinsamen Bruttogehalts, mindestens jedoch 600 DM

30-Stundenwoche für alle Eltern - Schaffung von entsprechend vielen und guten Kinderkrippen und Tagesstätten mit genügend Personal und voller Finanzierung von Privatinitiativen.

- Keine Benachteiligung von Frauen und Eltern bei Einstellung und Beförderung

Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes für die Bezugsperson.

Die „Geschichtsstunde“ wäre als die Gruppe zu erwähnen, wo es am abesten geblüht hat, über einen längeren Zeitraum eine kontinuierliche und sich inhaltlich weiterentwickelnde Arbeit aufzubauen, mit Unternehmungskraft über die historische Rolle von Frauen in Technik und Naturwissenschaft.

Gut besucht war die Gruppe „Wechselwirkung“ (das ist der Titel einer Zeitschrift von und für fortschrittliche Naturwissenschaftler und technische Intelligenzien). Die Frauen von der „Wechselwirkung“ planen ein Schwerpunktthema „Feministische Utopien von Naturwissenschaft und Technik“ (Jedes Heft hat einen inhaltlichen Schwerpunkt wie z.B. Soziale Auswirkungen neuer Technologien, Chemie und Umwelt, Technik und Naturwissenschaft im Faschismus); darüber wurde (organisatorisch und inhaltlich) diskutiert (rassismus), darüber wurde (organisatorisch und inhaltlich) diskutiert. Es blieb allerdings alles etwas vage. Zur nächsten Besprechung der Mitarbeiter und Interessierten sollen konkretere Ausarbeitungen gemacht werden.

Weitere Gruppen gab es zu den Themen Leben, Architekturen und Pflanzen, Gewerkschaft, Handwerkerinnen. Last not least die Gruppe „Perspektive der Treffen“, wo beratschlagt wurde, wie frau in Zukunft den unterschiedlichen Ansprüchen der Frauen gerecht werden soll, die einen wollen aus nette Frau-

en aus ähnlichen Bereichen treffen, andere wollen praktische Projekte diskutieren und Erfahrungen austauschen, wieder andere eine feministische Wissenschaftskritik erarbeiten, wieder andere über Probleme am Arbeitsplatz reden. In der Gruppe kam frau überein, die Ansprüche in Zukunft etwas herabzuschrauben, es zwar möglichst bei längeren Treffen von 3-4 Tagen zu belassen, aber nicht mehr als reine Arbeitstreffen, sondern mit etwas mehr Freizeitcharakter (mal Fußballspielen oder Wen-Do lernen), und nicht mehr so verbissen am Thema klebend - als positives Beispiel wurde der Vortrag von zwei Frauen aus Anti-AKW-Gruppen über das Frauentreffen und die geplante Platzbesetzung in Göttingen gesehen, der, obwohl nicht im Programm vorgesehen, auf reges Interesse gestoßen war. Dieser Vorschlag stieß allerdings auf dem Abschlußplenum auf Widerspruch aus den Reihen der „Wechselwirkung“-Frauen, die wohl beschränkten, daß die Treffen in Zukunft in eine feministische Freizeit ausarten könnten. Auch der Plan, in den AGs wieder stärker mit vorbereiteten Referaten zu arbeiten, stieß nicht überall auf Gegenliebe, mißtraulich wurde „Rückkehr zu männlichen Strukturen“ vermutet.

Frau einigte sich schließlich auf eine Art Mischformenmodell AGs mit Referaten, aber auch ohne. Die Treffen sollen in Zukunft wieder jährlich stattfinden; das nächste zu Himmelfahrt 1981 plus dem darauffolgenden Wochenende in Hannover. Die Organisation soll weniger aufwendig, mehr „spontan“ laufen.

Zur Verbesserung der Kontakte und Informationen soll alle zwei Monate ein Rundbrief erstellt und verschickt werden mit Terminals, Projekten und sonstigem Wissenswertem (aber keine langen Referate!), was Frauen einschicken. Die Technikerinnen- und Naturwissenschaftlerinnen-FG vom Frauenzentrum Braunschweig sammelt die Sachen und stellt sie zusammen.

Was wäre noch zu erwähnen? Am Sonnabend fand ein Frauenfest im Schloßkeller statt, mit zwei Frauenbands und bester Stimmung.

Uns aus Darmstadt ist während des Treffens unterwegs (von Gruppe zu Gruppe) gewesen und hat einen Video-Film gedreht. Die Bänder wurden abends bzw. nach dem Abschlußplenum gezeigt, viele Frauen waren ganz überrascht über sich selbst.

Der Film wird noch zusammengechnitten und kann dann von Frauengruppen ausgeliehen werden.

Zur Behebung des Defizits wurde auch eine Lösung gefunden, einzelne Frauen verpflichteten sich, bestimmte überschaubare Beiträge zu sammeln, in den Frauengruppen oder auch aus anderen Geldquellen.

Eine Hamburger Genossin

„Angestellten-Sex“ Was Frau alles passiert, wenn sie mal richtig auspackt

Anfang Mai dieses Jahres erschien im Konkret-Verlag die neueste Ausgabe von „Konkret-Sexualität“, die einmal jährlich herausgegeben wird. Einer der Artikel beschäftigt sich auf zwei Seiten unter der Überschrift „Angestellten - Sex“ mit den männlichen nervigen sexuellen Annäherungen der Männer gegenüber ihren Kolleginnen. In diesem Artikel berichtet nun eine Betriebsrätin aus einer norddeutschen Großdruckerei über ihre eigenen negativen Erfahrungen mit Männern am Arbeitsplatz und beschreibt auch Beispiele, die ihre Kolleginnen im Laufe der Jahre berichtet haben. So schreibt sie: „Wenn wir unter uns Frauen mal ein ganz normales Gespräch führen, vielleicht über private Dinge, dann halten unsere Kollegen das nicht aus. Sie sind da reingepflegt, haben uns unterbrochen, haben ein solches Gespräch einfach nicht zugelassen. Und zwar hatten sie eben am liebsten mit sexuellen Anspielungen bedröhren, weil sie wußten, das verunsichert uns doch noch immer, da hört man nicht einfach weg, das verletzt einen auch irgendwie. Das schlimmste ist eigentlich die Annäherung, während man arbeitet. Wenn man beim Tippen mal die Knie übereinanderschlägt heißt es mal sei verkleinert oder hat wohl kein Nachhaken Typen gehabt, der hatte nen zu großen? Oder man telefoniert gerade, und da redet einem in Kundengespräche rein. Man muß sich konzentrieren, und die lehren sich zurück und reden laut über dich, das du's nicht überhören kannst. Mann, hat die heut' wieder 'n Schleichbrosen! Willst du nicht endlich nen Balle mitbringen und

solche Sachen... Sehr beliebt sind auch solche Witze, daß die Kollegen sogenannte Modelle aus der Zeitung anrufen, und in dem Moment, wo dort jemand abnimmt, wird das Gespräch auf den Apparat einer Kollegin gestellt. Wenn sie sich dann meldet, hört sie: hier Massagestudio, wieso, welche Wünsche können wir Ihnen erfüllen? Sehr witzig, die Kollegen lachen schallend. Das ist ein beliebtes Spielchen.“ Noch ein ganz Reihe anderer Schweinereien von Männern gegenüber ihren Kolleginnen berichtet die Betriebsrätin, und schreibt dann weiter: „Ich hab' ja gar nichts dagegen, wenn Kollegen wirklich Beziehungen, auch sexuelle haben, aber das, was an Sexualität in unserem Betrieb deutlich wird, ist ein einziges Erniedrigungs- und Kosten der Frauen. Man muß fast sagen, die Kollegen verschaffen sich Erleichterung und ein für sie angenehmes Arbeitsklima mit der sexuellen Annäherung. Und bei uns kommt neben dem Arbeitsdruck und der Unterbezahlung auch noch dieser Annäherungsdruck dazu, gegen den du dich ständig panzern mußt. Das ganze bedeutet einen ungeheuren Kraftaufwand. Männer können sich das wohl nicht vorstellen. Du mußt dich jeden Tag panzern, erwartest ständig ständig einen neuen Erniedrigungsangriff. Versteckstest umheimlich viel Energie, um dir die richtige Antwort, die richtige Reaktion auszudenken.“

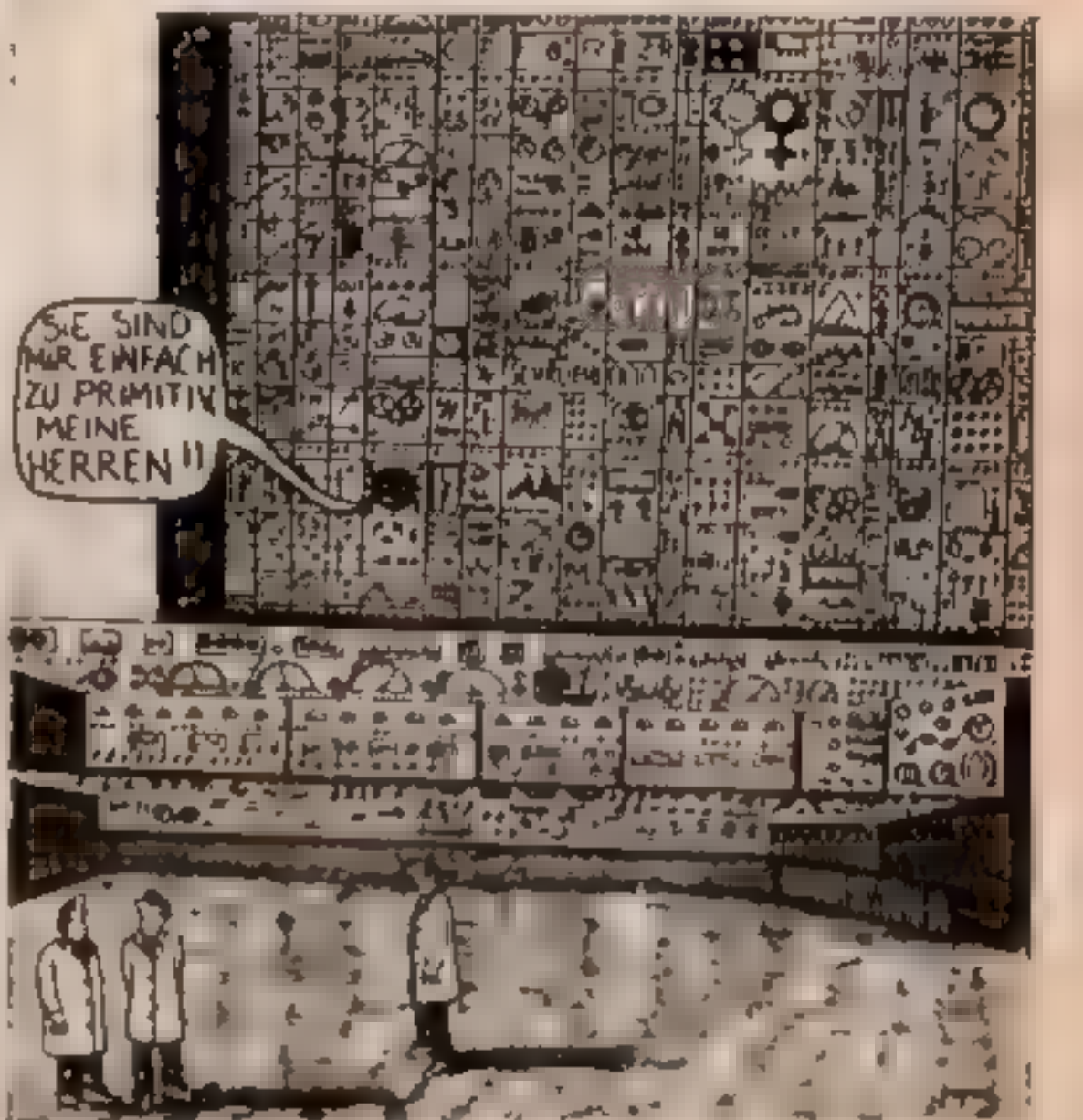
Der Betriebsfrieden ist gestört

Einige Tage nachdem nun die Zeitung öffentlich verkauft wurde, langte auch ein Exemplar in den

schriebenen Betrieb. Und siehe da, viele Männer fühlten sich auf einmal angegriffen. Das sei doch alles nicht wahr, die Frau spinnt doch usw. In den nächsten Tagen gab es eine richtige Kampagne gegen die Betriebsrätin im Betrieb zu einer Zeit, wo sie gerade im Urlaub war und sich nicht selber gegen diese Kampagne wehren konnte. Ergebnis dieser Kampagne war, daß im Betrieb mehrere Unterschriften sammelten - von Männern organisiert, versteht sich - im Umlauf waren. In den letzten wurde ihr das Mißtrauen ausgesprochen, die Männer würden sich in Zukunft weigern mit ihr zusammenzuarbeiten usw. Da die Unterschriften einmal an den Betriebsrat und zum anderen an die Geschäftsleitung (!) geschickt wurden, nutzte die Geschäftsleitung die derzeitige Stimmung gegen die Betriebsrätin aus und bestrafte beim Betriebsrat ihre fristlose Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens und Übler Nachrede. Eine wirklich gute Gelegenheit, die fortgeschrittliche Betriebsrätin loszuwerden, was unter anderen Vorzeichen auf viel Protest in der Belegschaft gestoßen wäre.

Der Betriebsrat hat aber das Spiel der Geschäftsleitung nicht mitgemacht und sich auch von den Unterschriften nicht unter Druck setzen lassen und einstimmig die fristlose Kündigung abgelehnt.

Es ist zu hoffen, daß nach ein paar Tagen Beruhigung im Betrieb und wenn die Kollegin wieder aus dem Urlaub zurück ist, eine Gegenkampagne eingeleitet wird, wobei zu hoffen ist, daß auch Männer den unterstützen werden.





Die Frankfurter Fraueninitiative „Frauen zum Bund – Nein dank!“ existiert seit ca. einem Jahr. In ihr arbeiten mehrere unorganisierte Frauen und wir, zwei KB-Genossinnen, mit. „Aufhänger“ für unsere Arbeit war vor allem das Eintreten Alice Schwarzers für eine Einbeziehung zum Bund, gegen das wir Stellung nahmen.

Wir begannen unsere Arbeit mit Info-Ständen in verschiedenen Stadtteilen, die wir mit auf Tonband aufgenommenen Interviews verknüpften – eine gute Möglichkeit, Leute anzusprechen und mit ihnen eine Diskussion zu beginnen. Wir setzten bei der Öffentlichkeitsarbeit auch unser selbstgedichtetes Lied ein (siehe nebenstehenden Kasten).

Außerdem entwickelten wir gemeinsam einen ca. 1/2stündigen Sketch. Eine Hauptcharakterin auf Arbeitssuche läßt sich für den Bund anwerben in der Hoffnung, dort eine Ausbildung machen zu können. Doch die Realität sieht anders aus. Drill und Kadavergehorsam auf der Stube, statt Ausbildung geht die Zeit mit zusehender Mühsal ab. Und die Realität sieht anders aus. Drill und Kadavergehorsam auf der Stube, statt Ausbildung geht die Zeit mit Putz- und Flickarbeiten drauf. Das Stück endet mit dem sogenannten „Erntefest“: mit dem Einsatz der Frauen in der Feindzone. Dieses Stück haben wir u.a. bei der DFG-VK Wiesbaden aufgeführt, mit denen wir seitdem in Kontakt geblieben sind.

Wir legten ein kleines Archiv an, es erwies sich als sehr nützlich, als wir zum 8. März eine ausführliche Dokumentationsbrochure erstellten mit einem Pressespiegel, Stellungnahmen verschiedener Organisationen und Einzelpersonen und vor allem eigenen Beiträgen von unserer Gruppe. Militarisierung von Frauen vor den Weltkriegen, Frauen in ausländischen Armeen, Militarisierung nach '45.

Für die Öffentlichkeitsarbeit nutzten wir die linke lokale Presse, besonders auch das „Frankfurter Frauenblatt“, das die Thematik Frauen und Militär zu einem Schwerpunktthema machte. Außerdem waren wir häufig dreimal im Hessischen Rundfunk zu hören: einmal sogar in einer einstündigen Diskussionsrunde, zu der auch eine ASF-Frau und eine Frau von den Jungdemokraten kamen, zweimal in aktuellen Mitteilungen.

Im Herbst 79 wagten wir uns mit einer eigenen Diskussionsrunde an die Öffentlichkeit, zu der ca. 80 Leute erschienen, was für uns einen großen Erfolg bedeutete, zumal wir noch relativ unbekannt waren.

Nach diesem Erfolg planten wir für April eine Podiumsdiskussion. Ursprünglich sollte sie zum 8. März stattfinden, gemeinsam mit der DFI, die von uns auch mit diesem Vorschlag an uns herangeführt war. Nach einem gemeinsamen Termin beschlossen wir, zusammen eine Resolution zu verfassen, mit der ein breiter Unterstützerkreis für diese Podiumsdiskussion gewonnen werden sollte. Eine DFI-Frau äußerte sich, der KB dürfe natürlich nicht unter dem späteren „Flugblatt“ stehen – falls andere „gewichtige“ Organisationen aus diesem Grunde zurückzögen. Kurz darauf unterbreitete uns die DFI einen Resolutionsvorschlag

mit typischen Revi-Formulierungen wie Entspannung, friedliche Lösung sozialer Konflikte etc. Mühsam konnten wir uns schließlich auf die Formulierung „gegen Krieg und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen“ einigen.

Nachdem wir die neuen Texte zur Veranschaulichung fertig hatten, rief uns die DFI an und meinte, auf die o.g. Formulierung (Friedliche Lösung sozialer Konflikte) könne nicht verzichtet werden. Im Klartext: Van Oyen, seines Zeichens DKP-Punktionär und Mitglied im DPU Vorstand, mit dem die DFI die ganze Aktion abgesprochen hatte, paßte das nicht.

Wir ließen uns allerdings nicht entmutigen. Für die Teilnahme am Podium gewonnen wir eine Frau der DFG-VK, eine Jungdemokratin, eine Frau vom „Frauenblatt“ und eine KB-Genossin „Courage“ und „Janna“ hatten aus zeitlichen Gründen abgelehnt. Leider kamen nicht so viele Leute wie erhofft (ca. 80), aber nach kurzer Vorstellung der Teilnehmerinnen aus zeitlichen Gründen abgelehnt. Leider kamen nicht so viele Leute wie erhofft (ca. 80), aber nach kurzer Vorstellung der Teilnehmerinnen entwickelte sich eine interessante, vielschichtige Diskussion. Die DFG-VK-Frau vertrat einen pazifistischen Standpunkt. Sie sei generell gegen jeden Krieg, egal von wem, gegen wen. Jede Armeeverbreitung (wobei es dann Differenzierungen zur Einschätzung von Befreiungsbewegungen gab). Die USA wollten ja gar keinen Krieg im Grunde. Als Mittel zur Verhinderung von Kriegen forderte sie die volle Anwendung und Anerkennung des Völkerrechts und dessen Ausbau und Vervollständigung (dasselbe gelte für die UN-Charta). Der Friede müsse auf rechtmäßigem Wege gesichert werden. Vom KB wurde darauf hingewiesen, daß wir nicht für Krieg sind, aber man doch sehen muß, von wem die Gewalt ausgeht und wie uns in bestimmten Situationen aufzuzwingen wird. Außerdem wies sie auch die illusorische Einschätzung über die USA zurück und zeigte auf, daß sie gerade z.Zt. die Kriegstreiberfunktion zusammen mit der BRD übernommen habe, um die wirtschaftlichen Interessen des Westens zu sichern. Die Frauenblattdame wies explizit auf die Funktion der Frau in der Buwe hin, die nicht unserem Emanzipationsinteresse entsprechen könne. Sie lehnte die Buwe aber auch wegen ihrer politischen Zielsetzung ab. Außerdem weigerte sie sich, einen Staat zu verteidigen, der absolut frauenfeindlich sei.

Auch die Jungdemokratin sprach sich prinzipiell gegen die Bundeswehr aus, griff die Bundesregierung wegen ihrer permanenten Aufrüstung an und wandte sich auch gegen die Auffassung, eine Einbeziehung von Frauen zum Bund bedeute für uns Emanzipation. Sie bestritt allerdings, daß eine reale Kriegsgefahr herrsche, sondern sprach von reiner Kriegshysterie.

Die Vertreterin unserer Gruppe begründete unsere Ablehnung mit unserem Verständnis von Emanzipation, das über eine formale Gleichberechtigung hinausgeht. Außerdem wies sie auf die Aggressivität der Buwe nach innen und außen hin – weshalb die Frage Frau und Militär

stärker auch zu einer Frage Militär und Gesellschaft werden sollte.

In der Diskussion hatten allerdings einige Männer mal wieder ihren großen Auftritt. Obwohl praktisch von allen Teilnehmerinnen die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit von Frauen mit Kriegsdienstverweigerern an diesem Punkt betont worden war, fühlten sich einige Herren der Schöpfung auf den Schlipps getreten; weshalb wir „nur“ eine Frauengruppe seien, weshalb wir alleine die Veranstaltung gemacht hätten...

Unsere weiteren Perspektiven bis zum Sommer: wir werden unseren Sketch noch zweimal aufführen einmal bei Höchster Frauengruppen, zum anderen in leicht geänderter Form bei einer Anti-Straß-Revue. Aufgrund der vielen Aktivitäten, die ja mit viel Arbeit verbunden sind, ist eine Unzufriedenheit über unsere mangelnde theoretische Arbeit entstanden. Deshalb wollen wir zwei Tage mal zusammen wegfahren, um Zeit für Schulung und Rollenspiele zu haben.

Im Herbst können wir einen VHS-Kurs zu Frau und Militär durchführen. Ansonsten wollen wir mit Wandertafeln und Musik wieder verstärkt an die Öffentlichkeit treten. Evtl. steht auch ein Treffen für lesbische Gruppen, die zu dem Thema arbeiten, an, um einen stärkeren regionalen (natürlich auch bundesweiten) Kommunikations- und Informationsaustausch zu erreichen.

Wir würden uns freuen, wenn dieser Bericht auch andere Gruppen dazu anregt, über ihre Erfahrungen in der praktischen und theoretischen Arbeit zu berichten. Wir sollten uns auch stärker inhaltlich auseinandersetzen; da fällt uns z.B. ein die drohende Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Frauen, die mittlerweile schon für Mitte der 80er Jahre anvisiert ist. Wie oft hören wir gerade von Linken, „Frauen zum Bund, behmt ihr das wirklich ernst?“, „das ist doch unrealistisch“. Oder auch die Frage ziviler Dienste – Schwesternhelferinnenausbildung, die nur anerkannt wird, wenn frau sich für den „Erntefest“ zum „Erntefest“ verpflichtet. Oder wie verhalten wir uns zu pazifistischen oder revisionistischen Strömungen usw. usw.

Hier noch unsere Kontaktadresse, falls ihr Fragen habt o.ä. Außerdem könnt ihr über diese Adresse auch unsere Broschüre beziehen zum Preis von 2,- DM „Frauen zum Bund – Wir sagen Nein“.

Brigitte Böttig, Spohrstr. 49
6000 Frankfurt/Main 1
p., chs., KB/Gruppe Frankfurt

UNSER LIED

UNSER LIED

1
Alle Frauen hergehört,
wist ihr es auch schon?
Die Herren geben uns
das Schlagwort Emanzipation
Damit wolln sie uns schmack-
haft machen das Militär,
als Frau Major gibts keine
Unterdrückung mehr!

Refrain Links um, rechts um,
so ist der Tritt,
Frauen zum Militär,
da machen wir nicht mit!

2
Die Bundeswehr so wie sie ist,
basiert auf Zucht und Drill,
da hast du zu parieren,
wie dein Oberst es grad will,
Augenachtmale, Lippenrot, wir
robben durch den Schlamm,
beim Bund gibts keinen Unter-
schied mehr zwischen Frau und
Mann!

BRITANN

3
Beim Militär, da solln wir
schonmal den Unterschied zum
Staat,
Wir können unsere Interessen
nur verraten hat,
alle Frauen hergehört, habt
ihr's noch nicht kapiert,
der Kampf um Gleichberechtigung
wird nicht beim Bund geführt!

BRITANN

(Melodie: Gastied aus der Weimarer Zeit) Text: Frauengruppe „Frauen zum Bund – Nein dank!“

Kein Chauvi - aber „Frauenfeind“?

Zur Zeit habe ich „Strell“ mit sämtlichen Freund(inn)en, weil ich mir erlaubt habe, zu behaupten, daß ich als Krüppel grundsätzlich kein Chauvi bin und auch nicht sein kann! Daß ich mich selbst jahrelang in dem Glauben gewöhnt und mich als solcher zu verkaufen bemüht war, ist dabei eine Sache (so ne Art „Rest-Chauvi“), wie ich damit angekommen bin, eine andere.

Also erstmal, wie komme ich dazu, mich als „Chauvi“ zu verkaufen?

Nun, das ist so einfach, wie peinlich in meinem permanenten Bestreben, meine Behinderung zu vertuschen, in der Angst, als Krüppel abgelehnt zu werden, versuche ich immer, den Nichtbehinderten in meinem Denk- und Verhaltensweisen zu ähneln, ihnen sozusagen entgegenzukommen. Da ich Nichtbehinderten Frauen gegenüber sowohl Bedürfnisse wie auch massive Komplexe habe, was können die denn schon von mir Krüppel wollen? – bin ich direkt darauf „arspicht“, als „Chauvi“ behandelt zu werden und damit achimbar als „Mann“ zu gelten.

Ich bin mir diese Lüge allerdings gezwungenermaßen auf, denn meine Angst, als Krüppel abgelehnt zu werden, ist ja meine alltägliche Erfahrung und damit größer, als den Chauvi „aufzugeben“. Es ist auch nicht mein übertriebenes Mißtrauen gegenüber Nichtbehinderten-Frauen, daß ich nicht zu meiner Behinderung stehen kann oder so, sondern, daß als Frauen grundsätzlich Probleme haben müssen, mit mir und jedem anderen Krüppel umzugehen. Nichtbehinderte Männer wie Frauen, männliche wie weibliche Krüppel bekommen ein Leben lang von klein auf anertogen, wie ein Mann und wie eine Frau auszuweisen hat, wie sie zueinander zu stehen haben, wer welche Rolle zu spielen hat, wer Stärke und wer Schwäche zeigen darf, wer wen bedroht und gleichzeitig zu beschützen hat, wer sich fürchten und beschützen lassen darf/muß? etc.

Diese Rollen und ihre Wert- und Normwänge haben alle verinnerlicht. Aufgrund dieser Wertvorstellungen werde ich von den Nichtbehinderten als minderwertig betrachtet und behandelt, muß ich mich ständig gegen Mitleid und Sozialen-Lebensgezwalt zur Wehr setzen. Andererseits betrachte ich mich selbst als minderwertig, habe ich Schuldgefühle... also... immer... Identifizierungsgewalt zur Wehr setzen. Andererseits betrachte ich mich selbst als minderwertig, habe ich Schwierigkeiten, eine eigene Identität als Krüppel zu finden, von den Interessen und Bedürfnissen der Nichtbehinderten unabhängige, eigene zu entwickeln, diesen Wert- und Normvorstellungen selbstbewußt entgegenzutreten.

Erst recht habe ich Probleme, meine Anerkennung nicht dadurch zu finden, daß mich tausendweise Nichtbehinderte kennen und zu ihrem Bekanntenkreis zählen bzw. ich sie zu meinem Bekanntenkreis zählen darf, und, was noch peinigender einzugestehen ist, dadurch eine Selbstbestätigung zu erfahren, daß ich eine Nichtbehinderte zur Freundin habe, ja sogar darauf fixiert bin, eine solche Beziehung zu bekommen.

Andererseits muß ich mir eingestehen, daß ich gegenüber Krüppel-frauen auch Schwierigkeiten habe, eine Beziehung zu entwickeln, so selbstverständlich (?) wie zu Nichtbehinderten – Frauen. Eine Krüppelfrau stellt eben keine Anerkennung dar, sondern trägt eher zur „Verdoppelung des Elends“ bei. Das klingt brutal, ist aber das Resultat des permanenten Anpassungszwanges und ich kann nur durch schonungslose Offenlegung meiner eigenen Schwierigkeiten und in der Auseinandersetzung verweilen, meiner Persönlichkeitsstörung entgegenzuwirken. Wenn ich diese Schwierigkeiten verschweige oder weiterhin Überspiele, weil ich als bewußter Krüppel keine Schwierigkeiten mit anderen Behinderten haben darf – werde ich weiterhin zur Anpassung an Nichtbehinderte gezwungen sein. Und wenn ich dann den Restchauvi vorliege, passe ich mich dem Nichtbehinderten Mecker an, wo Frauen dann die Ebene haben, wo sie ihre Schwierigkeiten mit mir Krüppel überspielen können, indem sie den „Mecker“ angreifen.

So bauen sie ihrerseits die Lüge auf, sie hätten ja nichts gegen Behinderung, bzw. sie könnten ganz „normal“ mit Behinderten umgehen. Deutlich wird dieser Betrug, wenn

enge Freunde von mir mit Krüppeln zusammentreffen, die anders oder, und schwerer behindert sind. Dann kommen wieder die ganzen Schwierigkeiten zum Tragen, die durch die Gewöhnung an mich und meine Behinderung für sie unbedeutend und damit verdrängt worden sind. Bei mir können Nichtbehinderte sich noch darauf berufen, sich mit mir über alles Mögliche auszugetauscht zu haben (woll ich immer so schön zuhören kann), andererseits können sie die Erfahrung machen, in mir jemanden zu finden, der dankbar ihre Anerkennungsbomben entgegennimmt, durch das Gefühl der vermeintlichen Bewunderung, – wie ich alles trotz meiner Behinderung schaffe.

Ebenso geben mir Frauen das Gefühl, in ihren Augen kein Krüppel sondern ein Mann zu sein, wenn sie mich damit korrumpieren, ich sei doch klug, man könne sich mit mir wunderbar unterhalten, ich wäre auch selbstbewußt und offensiv etc.

Das mag ja alles in gewisser Weise zutreffen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier wohl doch eher die Erfahrung, nicht den Vorstellungen eines armen „Stillhalte-Krüppels“ zu entsprechen, gemeint ist. Ein „Mann“ bin ich deswegen noch lange nicht, aber das zuzugeben wäre zu brutal. Also werde ich dadurch zu verteidigen gesucht, daß Frauen mir erklären, sie finden es gut, daß ich nicht so bin, wie andere Männer, die ja doch immer nur das „Eine“ wollen. Mir wird also von vornherein unterstellt, ich wollte das „Eine“ nicht, ja warum denn nicht, warum? Nun, von der Gesellschaft wird mir keine Sexualität zugestanden, die ist den Nichtbehinderten vorbehalten, Krüppel sind ungeschlechtliche Neutren!

Keine Frau wird sich durch mich als potentiellen Vergewaltiger bedroht fühlen, im Gegenteil Krüppel und Sex, wie sollte das denn vor sich gehen?!

Bruder wird's dann, wenn offensichtlich wird, daß ich durchaus den Wunsch nach körperlicher Zärtlichkeit habe, daß ich nicht nur der verständnisvolle Zuhörer bin oder Exot (interessant, amüsan, originell, ansonsten aber anspruchslos?) also wie gesagt, der typische Chauvi!).

Reagiere ich aggressiv, mache Nichtbehinderte an, handle ich mich stets den Vorwurf ein, ich sei verbittert, hätte wohl meine Behinderung nicht „angenehm“? Oder... mir... wird... Nichtbehinderte an, handle ich mich stets den Vorwurf ein, ich sei verbittert, hätte wohl meine Behinderung nicht verarbeitet? Oder mir wird schlichtweg unterstellt, ich sei ja nur sexuell frustriert – was z.T. stimmt, aber das als Vorwurf zu erheben, ist glatter Zynismus – und dient doch nur dazu, der Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, die eigene Unsicherheit und die Widersprüche hübsch für sich zu behalten.

Das ist nichts anderes als Unterdrückung, mir den „Schwarzen Peter“ zuzuschreiben, ich würde nicht mehr „soldatisch“ diskutieren, mein Feindbild gegenüber Nichtbehinderten aufbauen, wo doch die Gesellschaft schuld hat... etc. und u.a. dann die „Arroganz der Macht“ auszuspielen: – Ihr werdet schon sehen, wo ihr Behinderten ohne uns bleibt – oder sie haben schlichtweg keinen Bock die Auseinandersetzung im „Moment“ (?) zu führen...!

Eine Notwendigkeit, diese Auseinandersetzung zu führen, sich durch uns Krüppel angreifen und in Frage stellen zu lassen, besteht ja auch nicht, denn, wo sollte auch die Betroffenheit herkommen? – Worin sollte sie sich begründen?!

Tatsache ist, daß alle Nichtbehinderten ohne Krüppel leben können, wie man/frau sieht, d.h. für uns aber, daß wir „Männer- und Frauenfeinde“ sein müssen. Wir müssen uns genauso dagegen wehren, von Frauen als „arme Würrchen“, „nette Unterhalter“ oder „interessante Exoten“ bemitleidet, geduldet oder ausprobiert zu werden!

Das kann und soll auch nicht heißen, daß wir den „Chauvinismus“ als etwas Erstrebenswertes für uns ansehen oder ihn auch nur einen „Fußbreit“ Sympathie oder Verständnis entgegenbringen, keineswegs! – Im Gegenteil, wir bekämpfen ihn weit radikaler, indem wir Krüppel gegen die Diktatur der Normalität angehen, gegen alles (!) was „männlich“ ist und was „Frau-sein“ bedeutet! Mit solidarischen Gruß Schluß mit der repressiven Ignoranz!

Chr., Krüppel aus Hamburg

Schwule und Lesben HAMBURGER „SEXUALMORD“

Seite 30, AK 177, 10. Mai 1980

- eine vernichtende Niederlage der Stereotaxie

Bernd L. ist, im Jargon der Boulevard-Presse gesprochen, ein „Lustmörder“. Im Juli '79 hat er in Hamburg „zur Befriedigung des Geschlechtstriebes“, wie das Gericht befand, den 10-jährigen Stefan auf grausame Weise umgebracht. Bernd L. wurde jetzt zu 15 Jahren und Unterbringung in einer psychiatrischen Anstalt verurteilt. Doch der eigentlich moralisch Schuldige läuft weiter unbehelligt im blütenweißen Kittel durch die Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf (UKE) und erfreut sich ungebrochen des hohen Ansehens und Einkommens, dessen ein Hochschullehrer in dieser Gesellschaft teilhaftig wird. Es ist der Gehirnschirurg Professor Dr. Dieter Müller.

Der 10-jährige Stefan und der 26-jährige Bernd L. sind gleichermaßen Opfer einer reaktionären und menschenfeindlichen Medizin, die bei sexuellen Störungen nicht nach gesellschaftlichen und in der individuellen Geschichte liegenden Ursachen fragt, sondern borniert und eigensinnig mit Messer und chemischer Keule an den Folgen herumfucht. Sie sind Opfer der berüchtigten „Psycho-Chirurgie“.

Seit seiner Pubertät ist Bernd L. zwanghaft auf kleine, noch nicht geschlechtsreife Jungen fixiert. Als er 18 Jahre alt war, wurde er das erste Mal deshalb bestraft, zwei Jahre später zum zweiten Mal, und zwar zu einer Gesamtschule von sieben Jahren.

Der Tatablauf war immer der gleiche: Wenn Bernd L. einen Jungen sah, der ihn erregte, dann begann er zu zittern und bekam heftige Schweißausbrüche. Wenn er sich mit dem Jungen unbeobachtet glaubte, hielt er ihn fest – wie er selbst sagt, „um ihn in seine Gewalt zu bringen“ – und spielte dann an dessen Glied herum. Nach einer Weile beruhigte er sich wieder, ohne selbst zur Erektion oder gar einem Orgasmus gekommen zu sein, und ließ den Jungen laufen.

Nachte erlebte er diese Szenen beim Onaniere dann in seiner Phantasie erneut, ausgeschmückt mit der Vorstellung, die Jungen zu fesseln, zu töten und zu verstümmeln.

Bernd L. selbst langte diese sadistischen Tötungsphantasien. Schon in dem zweiten Berliner Prozess sagte er, er habe „Furcht, aus der Ekstase heraus ein Kind zu töten“. In der Haft suchte er verzweifelt nach Möglichkeiten, von seinem Trieb befreit zu werden.

Aber statt einer psychotherapeutischen Behandlung bekam er Androcure, ein zeitlich begrenzt wirkendes chemisches Kastrationsmittel. Um endlich aus dem Knast zu kommen, bemühte er sich um eine operative Kastration. Nur die Tatsache, daß er das nach dem Gesetz vorgeschriebene Mindestalter noch nicht erreicht hatte, bewahrte ihn vor dieser Verstümmelung.

Dann fiel Bernd L. in die Hände des Gehirnschirurgen Dieter Müller. Im Oktober 1976 unterzog Professor Müller ihn einer sogenannten „stereotaktischen“ Operation. Mit einer in den Schädel eingeführten Metallsonde zerstörte er im Hypothalamus (einem wichtigen Steuerungszentrum des Gehirns) ein etwa erbsengroßes Stück.

Professor Müller führte diesen Eingriff aus, obwohl bereits ein Jahr zuvor ausländische Wissenschaftler die geirrachirurgische Experimentierwerkstatt ihrer deutschen Kollegen heftig kritisiert hatten. So sprach der schwedische Psychiater Dr. Harald Forstad von „unverantwortlichem Experimentieren an Menschen“. Der Brit Dr. Kenneth Bridges nannte diese Praktiken „rückschlagend für unser gesamtes

Fachgebiet“. Und auf dem „4. Weltkongress für psychiatrische Chirurgie“ in Madrid wandte sich der amerikanische Professor Kurt Valenstein unter anderem gegen die Versuche deutscher Kollegen, mit stereotaktischen Operationen Sexualstörer zu „heilen“, und warnte vor den Folgen „dieser experimentellen Operationen, bei denen die deutschen Kollegen gar nicht wissen, was sie tun“. Valenstein: „Ich frage mich, woher die deutschen Kollegen den Mut genommen haben, mit solchen Eingriffen überhaupt anzufangen. Ich sollte hier eigentlich einen Helm tragen – wer weiß, ob sie nicht auch mit mir ihre Versuche machen“. (Alle Angaben aus „stern“, 42/1975).

Professor Müller führte diesen Eingriff durch, obwohl nur wenige Monate zuvor sein Kollege Diekmann aus Hamburg/Saar, der selbst einer der berüchtigten Psychochirurgen der BRD und insofern eigentlich ein Geniegehirn Müller ist, eine Stereotaxie in einem vergleichbaren Fall öffentlich verurteilt hatte. In einem „Spiegel“-Gespräch wurde Diekmann in bezug auf Jürgen Bartsch gefragt: „Mehrere Gutachter hatten ihm ausgeprägte sadistische Tötungsphantasien bescheinigt. Gibt es Möglichkeiten, einen solchen Drang zu mindern oder zu beseitigen?“ Diekmann antwortet: „Nein. Darüber ist bisher nichts bekannt. Hier hat die Wissenschaft noch keinen entsprechenden Zeitpunkt im Gehirn entdeckt. Der Eingriff wäre also auf ein rein experimentelles Vorgehen hinausgelaufen, und das verbietet sich beim Menschen natürlich von selbst.“ („Spiegel“, 22/1976).

Professor Müller führte diesen Eingriff aus, obwohl das Oberlandesgericht Hamm (Aktenzeichen AS 197/75) bereits am 26. Juli 1976 konstatierte: „Sogenannte stereotaktische Hirnoperationen beim Menschen sind wegen ihrer zur Zeit noch nicht erforschten Auswirkungen keine geeignete Behandlungsmethode zur Heilung abartigen Sexualverhaltens“.

Professor Müller führte diesen Eingriff durch, obwohl ein Vierteljahr zuvor fünf führende deutsche Sexualwissenschaftler, unter ihnen die Professoren Schönmacher und Sigusch, in einer öffentlichen Stellungnahme gegen die Psychochirurgie protestiert hatten. Ihre Argumentation – stark verkürzt – war und ist: Die Operation setzt am falschen Ende an, auch bei schweren sexuellen Störungen ist das Gehirngewebe organisch völlig gesund. Die Operation ist sinnlos, denn ein sog. „Sexualzentrum“ konnte bis heute noch niemand nachweisen. Wer seine Existenz annimmt, überträgt schematisch Ergebnisse von Tierversuchen auf den Menschen und mißachtet die Tatsache, daß die Sexualität eine sehr vielfältig zusammengesetzte höhere Funktion des Menschen ist, die von praktisch allen Teilen des Gehirns gespeist wird. Die Operation ist schließlich menschenfeindlich, weil sie den betroffenen Menschen in seinen elementarsten Lebensäußerungen verstümmelt und meist seine Persönlichkeit unwiderruflich zerstört. Schwere Schäden durch die Operation sind im In- und Ausland bekannt geworden. (Vergleiche dazu auch „Psychologie heute“, 7/1976).

Für die schrecklichen Folgen der Müller'schen Gehirn-Verstümmelungen gibt es auch noch andere Beispiele als das des Bernd L. So operierte Müller vor einigen Jahren einen Mann, der panische Angst vor Feuer und Wasser hatte. Die Folge: Der Mann wurde zum Brandstifter. Später wurde er bekannt als der „Hamburger Säurestifter“, der mit Salzsäure korrosive Gemälde vernichtete.

Ein anderer Fall aus der Praxis des Professor Müller machte ebenfalls Schlagzeilen. Mit 16 Jahren hatte sich Willy A. an kleine Jungen herangemacht. Er kam in die geschlossene Abteilung einer psychiatrischen Klinik. Eine Gehirnoperation bei Professor Müller sollte „den Triebtrieb heilen“. „Ich hoffe auf ein neues Leben“, sagte Willy A.

Doch es gab kein neues Leben für Willy A.: Er wurde nach der Operation rückfällig und darauf auch noch kastriert. Er stimmte diesem Eingriff



lassen zu, weil er darin die einzige Hoffnung sah, wieder in Freiheit zu leben. Doch so oben und unten verstümmelt mochte er nicht mehr weiterleben. Er beging Selbstmord.

Und jetzt Bernd L. Die Behörden – und auch er selbst – verließen sich auf die Heilungsversprechen des Professors Müller. Bernd L. kam in die erwähnte Freiheit. Doch am 12. Juli 1979 setzte er das in die Tat um, was er vor der Operation nur phantasiert hatte.

Der Nachbarsjunge Stefan ließ ihn ohne Mißtrauen in die Wohnung. Er hatte vorher schon oft mit Bernd herumgetollt, ohne daß etwas passiert wäre. Aber plötzlich fing es bei Bernd an, wie früher so oft. Er altierte, bekam Schweißausbrüche, dann packte er den Jungen, spielte an dessen Glied, und als der sich wehrte und schrie, fesselte er ihn, drückte ihm schließlich bis zur Bewußtlosigkeit ein Kissen aufs Gesicht und erwürgte ihn schließlich mit einem Elektrokabel.

Der kleine Stefan hätte nicht zu sterben brauchen und Bernd nicht – wie aus zu erwarten ist – bis an sein Lebensende hinter den Mauern eines der als „Schlangengruben“ berüchtig-

ten Landeskrankenhäuser verschwinden müssen, wenn nicht Leute wie Müller unerfüllbare Versprechen gemacht hätten. Wenn nicht Leute wie Müller eine sinnlose und schädliche, wissenschaftlich nicht haltbare Operation ausgeführt hätten. Eine Operation, bei der – nebenbei bemerkt – Müller selbst nur von einer Erfolgsquote von 60 % spricht!

Es wird von den Verfechtern der Stereotaxie immer wieder der unendliche Leidensdruck ins Feld geführt, von dem sie ihre Patienten auf deren inständiges Bett befleiten.

So schrieb Professor Müller in einer Erwiderung auf die Kritik der „Sexualwissenschaftler“: „Mit der ... geforderten Einstellung der stereotaktischen Operationen fordern die Verfasser unausgesprochen, die unter sexuell abweichendem Verhalten am schwersten Leidenden ärztlicherseits im Stich zu lassen und sie ihrem ungewogen Schicksal im Strafanstalt auszusurren...“ („Psychologie heute“, 8/1976).

Der Fall des Bernd L. dürfte wohl in aller grauenhaften Deutlichkeit zeigen, wie demagogisch ein solcher Verweis auf die angeblich so selbstlosen Ziele der Gehirn-Schnipperei ist.

Auch die Stereotaxie – wie übrigens auch die Kastration – kann einen Menschen wie Bernd L. nicht von seinen sexuell motivierten Tötungswünschen und damit vor dem Leben hinter Gittern befreien. Sie kann allenfalls die Triebstärke dämpfen – um den Preis schwerer Persönlichkeitsveränderungen und auch um den Preis (das ist in diesem Fall noch gar nicht abzuwarten), daß der stereotaktische Eingriff andererseits womöglich die Hemmschwelle herabsetzt. Denn auch dies wird teilweise vom Hypothalamus gesteuert. Immerhin hat Bernd L. erst nach der Operation getötet, vorher nur davon phantasiert.

Überdies aber verhindert die Lage von der befreienden Wirkung der Stereotaxie den einzigen Weg, bei dem wenigstens eine Chance zur „Heilung“ besteht, den Weg einer langwierigen und deshalb äußerst kostspieligen psychotherapeutischen Behandlung. Auch für Bernd L. hat es diesen Weg verweigert. Für ihn hatte die Justiz nur Strafe und die Medizin nur Verstümmelung parat.

Es ist eben kein Zufall, was Professor Sigusch in einem öffentlichen Streitgespräch mit Müller im Januar vorigen Jahres in Düsseldorf unwidersprochen berichtete: Bei den meisten der von ihm Operierten hat es Professor Müller nicht für nötig gehalten, mit den Kollegen im benachbarten Institut für Sexualforschung über seine Fälle zu diskutieren und ihren Rat einzuholen.

Wenn man den Kriegerichter Filbinger zu recht einen „furchtbaren Juraten“ nennen darf, so wird man Professor Müller, der sich selbstherrlich über alle wissenschaftlichen Einwände hinwegsetzte und moralisch sowohl den Täter wie dessen Opfer auf dem Gewissen hat einen „furchtbaren Mediziner“ nennen dürfen. Er hatte auf die Anklagebank gehört.



Der Pfuscher



... und sein Opfer

Osnabrücker Schwulengruppen von Nazis bedroht

Die Osnabrücker Schwulen von der AHO (Aktionsgruppe Homosexuelle Osnabrück) schreiben in einem Flugblatt:

„Beginnend mit den Aktionstagen der 'Rosa Flut' im Juli letzten Jahres haben die Drohungen und versuchten Anschläge der Neonazis gegen die Osnabrücker Schwulengruppe zugenommen. So wurde während der 3 'Rosa Flut Tage' ein Salzsäureanschlag auf das Foyer der Lagerhalle verübt, und es wurde die Parole 'Schwule raus' auf die Außenwand des Hauses geschmiert. Seitdem sind in unregelmäßiger Folge Drohungen an die Adresse der AHO und ihren Treffpunkt der Lagerhalle eingegangen. Der Leitung der Lagerhalle wurde in anonymen Telefonrufen nahegelegt, die AHO auszuscherfen, andernfalls würden die 'Herren' Neonazis uns selbst rausheizen. Danach erreichte uns folgender Brief, der für sich selbst spricht. Liebe Anwohner! Wie lange glaubt ihr noch, euren pervertierten Schmutz ungehindert in Osnabrück (besonders in der Lagerhalle) verbreiten zu können? Pff! Ihr rotes Ferkelchen!“

Seht Euch vor! Besonders nach Eurem wöchentlichem Treff in der Lagerhalle (mittwochs) ... Auf dem Rückweg von der Lagerhalle gibt es viele dunkle Plätze, auf denen sich Euer 'Problem' sehr schnell lösen läßt!

Als Absender stand auf dem Briefumschlag 'Aktion scharfes Messer'. In all diesen Fällen erfahren wir die Aktivitäten der Neonazis (vielleicht auch anderer 'guter' Bürger!) also nicht nur als mehr oder minder abstrakte Zeitungsberichte; wir selbst bekommen die Auswirkungen direkt zu spüren. Es ist zwar noch nicht zu Handgreiflichkeiten gekommen, aber die Unsicherheit bzw. die Gefahr kann doch ganz schön zu schaffen machen, da wir Schwulen Diskriminierungen durch die Gesellschaft ja nicht unbekannt sind. Von den kriminellen Einschüchterungsversuchen der Neonazis werden wir uns jedoch nicht klein kriegen lassen!“

Zum Gay Pride Day am 30. Juni 1980

Ende Juni 1969 setzten sich zum ersten Mal Schwule und Lesben gegen einen Bullenberfall auf das New Yorker Schwulenlokal „Stonewall Inn“ zur Wehr. An den darauf folgenden Tagen gab es mehrere machtvolle, militante Demonstrationen, an denen sich Tausende Schwule und Lesben beteiligten. Damit war der Beginn der neueren Schwulen- und Lesbenbewegung nicht nur in den USA, sondern auch in Westeuropa eingeleitet.

Seitdem ist der „Gay Pride Day“ am 30. Juni der internationale Kampftag der Schwulen- und Lesbenbewegung, an dem Tausende in den USA und im vergangenen Jahr auch erstmals in Westeuropa für ihre Forderungen auf die Straße gehen. So fanden 1979 in Bremen, Stuttgart, Westberlin und Köln „Gay Pride“ Aktivitäten statt. Auch in diesem Jahr ist einiges geplant.

In Rautlingen will die Tübinger Schwulengruppe eine Demo am 28.6. machen. Treffpunkt: Bahnhofplatz Rautlingen. Kontakt: Hanso Tel. 07071 / 27629, Jürgen 07071 / 212287

• Ebenfalls am 28.6. veranstalten die Hamburger Schwulen- und Lesbengruppen den „Gay Pride Day“ für den norddeutschen Raum. Neben einer Demo soll eine Fete stattfinden und eventuell noch mehrere Veranstaltungen in der vorhergehenden Nacht.

• In München wird nach einem gemeinsamen Frühstück die Demo am 28.6. um 11 Uhr am Sendlinger Tor beginnen und sich über den Viktualienmarkt zum Englischen Garten bewegen, wo bei schönem Wetter ein Picknick stattfindet. Abends gibt es dann Feste.

• In Westberlin wird höchstwahrscheinlich am 28. oder 30.6. eine Demo stattfinden.

Wir werden, sobald sich die Termine konkretisiert haben, diese im AK rechtzeitig bekanntgeben. In Osnabrück: Kommt aus den Klappen, rein in die Straßen! Gemeinsam sind wir unzerstörbar!

Schwulengruppe des KB, Lesbengruppe des KB

Wolfgang, P.O., Hamburg Schwulengruppe des KB

Familienpolitik Wahlkampfthema der CDU

Die CDU/CSU hat angekündigt, Familienpolitik zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes zu machen. Nun weiß man zwar nie, wie ernst solche Ankündigungen gemeint sind – im Moment hört man wenig zu diesem Thema – trotzdem ein kleiner Blick auf das, was die CDU/CSU an die Familie bringen will.

Zum Chefamilienpolitiker von F.J. Strauß ist Hans Maier aufgestiegen. Seit 10 Jahren ist er als bayerischer Kultusminister darum bemüht, Ruhe und Ordnung an Schulen und Universitäten zu halten. Gleichzeitig ist er Präsident des Zentralkomitees (das heißt wirklich so) der (west)deutschen Katholiken.

Maier durfte im April 1979 auf dem familienpolitischen Kongress der CSU das Grundreferat „Die Familie – Zukunft unserer Kinder“ halten; auf dem „Zukunftskongress“ der CSU im November 1979 referierte er zum Thema „Für eine menschliche Zukunft“.

Familie ist alles

Kinder gibt es für Maier anscheinend nur als Bestandteil von Familien. Die Familie sei „ein unentbehrliches Element der Gemeinschaft, ... eine der Gesellschaft und dem Staat vorgegebene Größe“, „die wichtigste Erziehung- und Bildungsgemeinschaft“. Und weils eben Kinder eigentlich gar nicht gibt, sondern nur Familien, stellt Maier dann auch nicht die Frage nach der Zukunft der Kinder, sondern nach der Zukunft der Familie. Doch der Zustand dieser wichtigsten Institution ist tröstlich: „In einem reichen Land werden jährlich einige zehntausend Kinder bereits im Mutterleib getötet, weil sie unerwünscht sind. In einem reichen Land (er meint die BRD Anm. AK) mehen Jahr für Jahr mehr Särge als Wiegen. In einem reichen Land drohen Familien arm zu werden, wenn die Kinder reich sind (Familie Maier-er hat fünf Töchter-natürlich nicht bei dem Mindestlohn! – Anm. AK) ... In einem reichen Land wird von nicht wenigen die Traue in der Ehe, in schwierigen Lebenssituationen, in Nöten und Bewährungsproben zum leeren Wahn erklärt.“ (Rede auf dem „Zukunftskongress“).

Schuld daran hat natürlich die Bundesregierung, die wahrlich revolutionär mit den Familien umgegangen sein muß: „Kein Wunder, daß der 2. Familienbericht der Bundesregierung vom Jahre 1975, und er ist bis heute nicht offiziell widerrufen, die Veränderung der Familie in den Dienst einer kulturevolutionären Veränderung der Gesellschaft stellt, ausgehend von der These, bei der Erziehung handle es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Wahrnehmung unsere Gesellschaft, Familien und außerfamiliären Einrichtungen überdrückt.“ (Rede auf dem Familienpolitischen Kongress). Zur Beruhigung sei angemerkt, daß der 3. Familienbericht der Bundesregierung mit den „familienkritischen“ Tönen des 2. Berichtes mittlerweile deutlich abgerechnet hat. „Berichtigt“ ist für Maier auch der Satz, der vor Urzeiten einmal in einer Begründung zu einem Gesetzentwurf zur Neuregelung des Sorgerechts drinstand: Kinder seien „Objekte staatlicher Fremdbestimmung“. Darüber hat sich nun wirklich schon vor Jahren auch der SPD-Justizminister so erschrocken, daß der Satz schnell wieder verschwand – aber die CDU/CSU geht damit immer noch hausieren.

Rettet die Familien – aber Geld darfs nicht kosten

Vergleichsweise mager sind die Versprechen der CDU/CSU, was in die Zukunft der Familie investiert werden soll. Neben „Steuerverleichterungen“ und der Anrechnung der „Erziehungsjahre“ bei der Rente werden bayerische Spezialitäten angeboten wie das abkündbare Familiendarlehen. Pro Kind wird ein Teil eines bei Familiengründung gewährten Darlehens (erlassen). Außerdem soll die „Diskriminierung“ nicht berufstätiger Frauen beim Mutterschaftsgeld beseitigt werden. „Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum nicht allen Müttern oder Vätern ein Erziehungsgeld für eine bestimmte Zeit gezahlt wird, wenn man gleichzeitig auf

Erwerbstätigkeit zugunsten der Adulichen Erziehung seiner Kinder verzichtet.“ (Familienpolitischer Kongress). Bei der Ablehnung im Bundestag über diesen von der CDU/CSU eingebrachten Vorschlag wenige Wochen nach Maier Rede wurde dieser Vorschlag schon „relativiert“. Strauß hatte öffentlich erklärt, ihm erscheine das ganze Projekt zu teuer, sodaß eine Reihe von Abgeordneten nicht mehr zu dem Antrag stehen möchten.

Geradezu romantisch (zurück in vergangene Jahrhunderte) wird Maier beim Wohnungsbau. Er beklagt, daß die Abschreibungsparagraphen zur Wohnungsbau für relativ kleine Wohnungen begünstigen: „Wir beklagen den Verfall großer familiärer Einheiten, wir beklagen die Verarmung der alten Menschen, die getrennt von den Kindern leben, was sie gar nicht immer wollen. Aber sind nicht daran auch die Paragraphen unserer Wohnungsbauordnung mit schuld? Ich bin der festen Überzeugung, daß viele junge Paare die Großeltern oder einen Großelternstil lebend gern zu sich nehmen würden, wenn die räumlichen Verhältnisse danach wären.“

„Famillengerechte“ Wohnungen kosten Geld, das hat Maier scharfsinnig erkannt. Woher nehmen? Dazu sein nächster kurloser Einfall: die „Kapitalisierung“ des Kindergeldes.

D.h. nicht mehr jeden Monat 50, 120 oder mehr DM, sondern gleich alles auf einen Schlag: „Warum soll es also nicht möglich sein, wenigstens einen Teil der zu erwartenden Kindergeldansprüche zu kapitalisieren, also bereits im Vorgriff auf die kommenden 10 der 15 Jahre an die junge Familie auszuzahlen, damit sie leichter zu ihrem Eigenheim kommt.“ (Familienpolitischer Kongress).

Das Programm hat eine klare Linie: Eheabschlüsse, d.h. Familien Gründungen, finanziell belohnen, die jungen Familien verlocken, sich auf Jahre zu verschulden, dann mit dem Schuldennachschuß bei reichlichem Kinderertrag winken – und die Familie ist gerettet! Wie es dann in diesem Familien aussieht, das ist für diesen Reaktionsärzter keine Frage mehr. Da müssen die Familienmitglieder dann eben Disziplin zeigen, und wenn dann doch drunter und drüber geht, Kinder und Frauen mißhandelt werden, das Geld hinten und vorne nicht reicht, wird Maier sicherlich wieder irgendwelche familienfeindlichen Gesetze oder Ideologien finden, die er

Besondere Augenmerk bei der „Familienförderung“ will Maier darauf legen, daß die Kinder wirklich nichts zu melden haben. So wendet er sich gegen den Irrglauben, das Kindergeld sei für die Kinder da: „Dieses

Kindergeld ist kein individuelles Einkommen des Kindes, vielmehr verstrickt es das Familieneinkommen“ (Familienpolitischer Kongress). Auch mit dem Umfang, Ausbildungsförderung direkt an die Jugendlichen zu zahlen, sollte aufgeräumt werden. „Wären wir nicht besser beraten gewesen, wenn die Familien Empfänger der Ausbildungsförderung gewesen wären ...?“ Dann würden auch die unangenehmen Prozesse fortfallen, die einige familienfeindlich gesonnene Kinder gegen ihre zahlungsunwilligen Eltern angestrengt haben („Was, Du willst Soziologie studieren? Kommt gar nicht in Frage!“).

Einmal in allem

Diese ganzen materiellen Sachen allerdings, meint CSU-Maier, sind nur e i n e Seite: „viel wichtiger ist ein grundsätzlicher Umdenken, eine grundsätzliche Umorientierung der Gesellschaft zum Wohl der Familie und des Kindes. Die Familie läßt sich nicht mit Geld allein kurieren, so wichtig finanzielle Hilfen sind.“ (Zukunftspolitische Kongress). Auch über die Lehrpläne mecht Maier sich Gedanken: „Neben dem direkten Vorbild – muß Familie auch in der Schule gelehrt und gelernt werden: „Der erste Dienst, den der Bürger

heute vom Bildungswesen erwartet, heißt Orientierung“. Den „geheimen Mithraslehren“ insbesondere dem familienfeindlichen Fernsehen, muß das Handwerk gelegt werden. Maier nennt das so: „Zum einen müssen wir einen behutsamen, aber beharrlichen Dialog mit den Programmachern der Medien führen ...“. In etwa so wie Herr Albrecht mit dem NDR.

Zum anderen soll primär werden: „... Preise für Drehbücher, in der Familie nicht nur als stichtiger Kleinkrieg jeder gegen jeden dargestellt wird“, oder einen Preis „für das beste „Familien-Buch“ des Jahres“. Vielleicht macht Christa Mewes sich gleich mal daran, das erste preisgekrönte Werk zu schreiben?

Ob das reicht? Offenbar steckt die CDU/CSU-Familienpolitik in einem Dilemma. Sie will die Familie, wie sie während des Adenauer-Regimes (und davor) verordnet wurde, aber nicht leben konnte. Viel Geld ausgegeben will sie für deren Wiederbelebung aber auch nicht gerade. Staatliche Eingriffe, die die letzten Auswüchse des Zusammenbruchs von Familien mehr schlecht als recht behandeln, muß sie ablehnen (weil in ihrer Logik gerade solche Eingriffe die Familie schwächen). Da bleibt dann wirklich nur – neben einer Reihe von Kuriositäten – die beherrschte ideologische Offensive: Zurück zur deutschen Familie!

101

Die Front geschlossen

Maier kann sich über einen Mangel trauer Nachbater nicht beschweren in der CDU/CSU. Erwähnt sei nur Norbert Blum, einmal aus unerfindlichen Gründen einem „linken Flügel“ der CDU zugegeschrieben.

1980 hat er seinen Kanzlerkandidaten was abgepackt. Er hielt am Aschermittwoch eine Rede in Frankfurt: „Mütter und Väter seien in der Bundesrepublik auf dem besten Wege, der Justizistischen Maniertruppe zum Opfer zu fallen, indem ihr Stellenwert im Leben eines Kindes auf den von „Bezugspersonen“ reduziert werde“.

Nach der sicherlich zutreffenden Lageeinschätzung, daß im Strauß-Wahlkampf keine Schote zu rechts sein kann, geht Christa Mewes, Integrationsfigur zwischen CDU/CSU und der rechtstraditionalen Szene voran. Nach kurzem Intermezzo von Gruthe GAZ zurückgekehrt zum Gefolge von F.J. Strauß (und auch eine der Rednerinnen auf dem zukunftspolitischen CSU-Kongress) greift sie im „Hamburger Abendblatt“ (Springer) ein heißes Eisen auf, an dem sich nicht einmal Hans Maier die Pfoten verbrennen wollte: die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre: „Nein, die Volljährigkeitsherabsetzung war und ist in unserer Situation eine gleichmaßen böse Sünde aller Parteien. Sie hilft mit an der zerstörenden Polarisierung zwischen jung und alt, sie hält die Jugendlichen oft zu Lebensweisen an, die ihnen Schaden zufügen, statt ihnen zu nützen, und die das Ende in der Sucht und anderen Teufelskichen, vorbereiten.“ Schreckliche Kinder, meint Christa Mewes. Mit 17 drohen sie: „Ne wartet nur, in einem Jahr – bin ich volljährig“, und dann sind sie auch schon plötzlich verschwunden, „ohne Adresseangabe, unter Mitnahme des beträchtlichen Sparguthabens von sorgsamsten Eltern bei der Konfirmation und anderen Gelegenheiten aufgefüllt. ... Oder noch schlimmer: Sie bleiben zu Hause ...“. („Hamb. Abendblatt“, 19.3.80) Das ist mal wieder (M.A. unfreiwillige Komik: Was sollen die Volljährigen denn nun machen: weglaufen sollen sie nicht, und dableiben wird ihnen auch verübelt? Als Rettung schwebt Frau M. eine Art FJS-Jugend vor: „... konstruktive Jugendgemeinschaften, in denen sie unter der Anleitung von Erwachsenen auf eine verantwortungsbewusste Lebensführung in unserer Gesellschaft vorbereitet werden“. Mit „Reichjugendführern“ Christa Mewes?

Bei so viel Eifer seiner Gefreuten kann Strauß sich getrost zurückhalten, wie er's in diesen Fragen gewohnt ist: „Unsere Kinder hat meine Frau erzogen, ich war mit dem Ergebnis immer sehr zufrieden ...“.

Kinderkommission
KB Hamburg

„...werden jährlich einige zehntausend Kinder
bereits im Mutterleib getötet, weil sie
unerwünscht sind, ... drum stehen in unserem Land
Jahr für Jahr mehr Särge als Wiegen...“



»BILANZ« EINER MUTTER

15 Monate war mein Sohn gerade alt, als ich in der Anleiterunde, in der ich arbeitete, in der Diskussion über meine weitere Arbeit nur noch verzweifelt losheulen konnte.

Im Nachhinein ein „heilsamer“ Zusammenbruch, weil er meine Probleme viel drastischer ans Tageslicht brachte, als ich es selber hätte tun können.

Ein Drittel der politischen Arbeit müsse man(n) wohl streichen, hatte damals ein leitender Genosse zu meinem Freund gesagt, als ich schwanger war. Das ist wohl zu machen, dachte ich bei mir und vergaß als erstes „frau“ bei der Geschichte.

Mit anderen Genossinnen als Vorbild vor Augen, hatte ich als Schwangere versucht, mein Leben so zu organisieren, daß ich als Mutter politisch, beruflich und persönlich möglichst wenig Abstriche machen mußte. Es ging alles hoffnungsvoll an. Ich wohnte in einer WG, die recht gut lief; die anderen wußten, daß ein Kind geplant war und wollten sich an der Erziehung beteiligen. Ich hatte Glück und bekam einen Platz in einer Babyinitiative, aus der nach meiner Ansicht fröhliche, nette Kinder hervorgingen, und meinte, mein Kind sei aus tagsüber gut untergebracht. Ich suchte mir eine liebe Genossin und ihren Freund als Ersatzeltern. Ich mochte meinen Freund sehr, wir wollten das Kind gleichermaßen, wir konnten gut politisch zusammenarbeiten. In dem Bereich, den ich mit anleitete, fühlte ich mich politisch und persönlich verankert (mal abgesehen von Krisenereignissen, hier nicht so relevant). So hatte ich mein Kartenhaus fertig gebaut, als das Baby kam.

Die Wohngemeinschaft

In der WG lief alles gut an. Ein Genosse und eine Genossin versorgten das Baby einmal in der Woche abends. Essen, Baden, Schlafen, Kacken, ein wenig Hören und Pucken – wir sprachen über unsere Erfahrungen mit dem Baby und hatten ein Buch, in das alles eingetragen wurde, was geschah. Als das Baby älter wurde, kam der Genosse nicht mehr so gut klar damit. Der „Dienst“ war mehr Pflicht für ihn geworden als Freude. Wir übernahmen den Abend selber, der Genosse wollte uns bei den „technischen“ Arbeiten unterstützen. Das lief nicht. Von ihm kam dazu kaum Initiative, und wir wollten nicht darum „betteln“.

Die Genossin ist bis heute einen Abend mit dem Kind zusammen, und kam dazu kaum Initiative, und wir wollten nicht darum „betteln“.

Die Genossin ist bis heute einen Abend mit dem Kind zusammen, und die beiden verstehen sich gut. Doch auch hier lief nicht alles glatt. Wann ich frage, ob sie mir zusätzlich mal das Kind abnimmt, höre ich, was sie eigentlich (Besseres) vorhat: eine Veranstaltung, in Ruhe lesen, eine Veranstaltung. Es dauerte nicht lange, und ich traute mich nicht mehr zu fragen, wenn das Kind nur gegen die persönlichen Interessen abzuwägen wird. Als wir vor kurzem beschlossen, auseinanderzugehen, dachte ich, daß sie auf jeden Fall ihren Abend weiter macht, weil es dem Kind Spaß macht, und natürlich auch zu meiner Entlastung. Sie wollte es von den zukünftigen Bedingungen abhängig machen, was die ausweichende Antwort. Kein Wort über das Kind als Person (ich glaube nicht, daß man sich von einem erwachsenen Freund so trennen würde) und die Beziehung zu ihm. Zunächst eine große Enttäuschung für mich.

Das Kind fing bald zu laufen an, und damit fing der Druck erst richtig an: Zwei Genossen wollten ihre Zimmertür auf öffnen, wenn sie selber da sind. Als eine Erzieherin vorschlug, daß 1-2 Erwachsene mit dem Kind in seinem Zimmer Abendbrot essen, damit es am Tisch mit den vielen Erwachsenen nicht untergeht, wenn die politischen Tagesgespräche kommen, reagierten die anderen nur maulig: „Dann sei es ja nichts mehr mit „unserem“ (sprich der Erwachsenen) gemeinsamen Abendbrot. Es gab hektik beim Abendbrot durchs Telefon (stellen wir jetzt immer ab), durchs Kommen und Gehen zu Terminen. Zu fordern, daß die WG gemeinsam mit dem Kind ist und die Termine sich danach richten, traute ich mich nicht. Daß möglichst wenig Termine bei uns stattfanden, mußte ich „durchsetzen“.

Er war so stolz, als er den Klodekel mit entsprechendem Klappen auf und zu machen konnte, aber Sonntags morgens störte es, und ich

mußte ihn „ablenken“. „Bitte leise auf dem Flur“ oder „Ich schlafe“ stand an den Zimmertüren. Was sollte das heißen, wenn ein kleines Kind nachmittags aus der Initiative kommt oder morgens aufsteht und sich glücklich die eigene Wohnung erobern will? Für mich war es der Druck, sich etwas auszudenken, was eben nicht stört.

Ein Genosse aus der WG meinte noch, er würde mit uns gerne wohnen, aber nicht mit dem Kind. Vielleicht, wenn das Kind älter sei und sich besser auseinanderzusetzen könne, das läge ihm mehr. – Wir ziehen jetzt mit anderen Eltern plus Kind zusammen, einmal weil unser Kind nicht alleine mit Erwachsenen leben soll, aber auch, weil ich es nicht mehr aushalte, mich innerlich ständig dafür entschuldigen zu müssen, daß ich ein Kind habe und daß ich selber auch dadurch einen anderen Lebensweg habe.

Das war die eine Karte in meinem „Kartenhaus“.

Die „Initiative“

Ein weiterer „Pfeiler“ war die Initiative. Wie ist es ihm ergangen? Hat er geweint? War gleich jemand da? Jemand Vertrautes? Ist er richtig gefördert worden? Hat er genug Liebe und Wärme bekommen? usw. Das waren die Fragen, die mir täglich auf den Nägeln brannten, seit er mit 10 Wochen in der Initiative war. Nicht nur eine kontinuierliche Kommunikation zwischen mir und den Erziehern mußte täglich ertritten werden. Vieles andere läuft nicht von selbst Eltern, die unfreundlich mit ihren Kindern umgehen – mich nervt es. Zu wenig Hilfskräfte, die Kinder kommen nicht genügend raus – mich ärgert es. Aggressionen der Großen gegen die Kleinen, auch gegen mich – es belastet mich sehr. Finanzleile Fragen, jemand wird gebraucht, ich klinke mich irgendwie ein. Mangelnde Sauberkeit – mich nervt es. Renovieren, Putzen und Kochen steht sowieso an.

Hier und da ein zusätzliches Gespräch, abends längere Telefonate, ich übernehme dies und das, bis der Kopf immer voller davon wird, ohne daß ich begreife, daß ich hier eine vollwertige politische Aufgabe vor mir habe. Ich versuche zunächst alles so nebenbei zu erledigen und werde immer unzufriedener mit meiner bisherigen politischen Arbeit. Termine sind nicht vorbereitet; was ich weiterleiten soll, bleibt bei mir hängen. Dann streiche ich hier und da unüberlegt, mit schlechtem Gewissen. Körperlich geht es mir immer schlechter, fähigkeiten „soll“, bleibt bei „ist“ hängen. Dann streiche ich hier und da unüberlegt, mit schlechtem Gewissen. Körperlich geht es mir immer schlechter, aber ich mag bei der Arbeit nicht fehlen. Ich komme schon oft genug zu spät oder erhalte Sonderregelungen wegen dem Kind. Ich denke, ich muß dann fehlen, wenn er krank ist.

Ich verstricke mich immer mehr in einen Wust von Initiativenarbeit, in die Mutter- und Hausfrauenrolle. Dies radikal zu überdenken, was ich nicht in der Lage. Die Vorstellungen über „die“ Genossmutter waren zu eingefahren. Ein Aussteigen aus meinem Bereich kam mir nicht in den Sinn, denn hatte der Geruch von „Rückzug“ und „nicht emanzipatorisch“ an.

Wir haben dann im Bereich diskutiert. Ergebnis war, daß mir ein verbindlicher Termin gestrichen wurde. Eine völlig unzureichende und nur organisatorische Lösung, während ich faktisch schon „draußen“ war. Eine Zeitlang war ich sauer, daß sie mich einfach so gehen lassen. Heute denke ich, daß sich bei den Genoss(innen) eine gute Portion Ignoranz mit Hilflosigkeit mischte. Ich selber brauchte ja lange genug, um zu begreifen, daß die Initiative heutzutage kein „gemachtes Nest“ sind, und alle verantwortungsbewußten Eltern vor politische Aufgaben stellen, ob sie wollen oder nicht. Es gibt nur wenige gute und erfahrene Erzieher. Es gibt auch kein einigermaßen entwickeltes pädagogisches Konzept oder Leitfaden für die Krippen. Unter den Eltern besteht über pädagogische Vorstellungen kaum Einigkeit! Sicher werden die Kinder nicht geschlagen (oder?), aber nach dem Motto „Uns hat's doch auch nicht geschadet“ werden allerhand eingefahrene und reaktionäre Erziehungsmethoden praktiziert und verteidigt. Die Kinder werden aus dem Spiel gerissen, wenn's den Erwachsenen paßt, gegen ihren Willen angezogen, kriegen ironische Sprüche an den Kopf geknallt, gegen die



1. Mai '80 in Hamburg: Kinderbleistift im Demonstrationstanz

die wehrlos sind. Oder Kinder sind so unzufrieden mit ihrer Situation, daß sich ihre Aggressionen sogar gegen Babys richten – aber es dauert Wochen, bis Elterngespräche stattfinden usw.

Und all die positiven Erfahrungen? Sie sind vereinzelt veröffentlicht, viel zu wenig. Die Zusammenarbeit zwischen den Krippen ist gleich Null.

Meine Freundschaft mit dem Vater

Meine Freundschaft mit dem Mutter

Ich versuchte also zunächst alles weiterzumachen, Beruf und politische Arbeit und natürlich voll und ganz das Kind. Da blieb nur noch meine Beziehung übrig, um zu streichen. Sein Anspruch, mit mir auch noch zu zweit etwas zu machen, mal über etwas anderes zu reden, als den alltäglichen Druck, was für mich nur eine zusätzliche Belastung. Und ein klein wenig Schlaf zu bekommen, war mir dann lieber. Endlich gingen wir mal gemeinsam in ein Rockkonzert, auf dem ich dann bald

erschöpft einnickte. Wir haben zeitweilig versucht, unsere Probleme nebeneinanderher zu lösen und begeben uns dann unter Druck oder in offener Konkurrenz, wer zu welchem Termin darf etc. So waren wir in der Gefahr, eine der wichtigsten Bedingungen für unser Kind, nämlich unsere Freundschaft, anzuknacken. Eine liebe Genossin mußte uns erstmal klar machen, daß die Umstellung auf das Kind unser gemeinsames Problem ist und daß unsere Beziehung sich an dieser Aufgabe wieder neu entwickeln muß, und nicht, daß das Kind ein Problem ist und daß unsere Beziehung sich an dieser Aufgabe wieder neu entwickeln muß, und nicht darin, daß wir mit einem Kopf voller Probleme irgendwie Freizeit verbringen.

Das war und ist nicht so einfach, weil frau/mann da unterschiedlich reagiert. Ich war es, die möglichst keine Termine an dem Wochenende wollte, das das Kind bei uns verbringt (14-tägig ist er bei uns im Internat). Heute wünscht er die Kinderwache zwar öfter, aber noch lange nicht so verbindlich wie ich. Ein Jahr brauchte er, um sich daran zu gewöhnen, regelmäßig die Schmutzwäsche aus der InJ mitzubringen.

Wenn er nach der Arbeit geschäftig ist, nehme ich ihn schnell mal das Kind ab, obwohl ich lesen wollte. Ich erinnere ihn an den Putzdienst. Als ich mal anspreche, daß immer ich mehr zum Hausmütterchen werde, sagt eine Genossin zu mir: „Du bist doch auch gerne zuhause und trau'st rum“. Auf der Frauen-DK sagt eine andere Genossin, wir Frauen seien leicht zu sorgsam, ängstlich, überfürsorglich. Ich danke, daß das erstens nicht stimmt und zweitens in der Auseinandersetzung mit meinem Freund auch uninteressant ist, so lange er nicht gleichermaßen, eigenständig und verlässlich diese Sachen übernimmt und so ganz p r a k t i s c h einen Beitrag in der Frauenfrage leistet. Sollte ich dann immer noch sinnlos in der Gegend rumbruseln, kann man noch mal drüber reden.

Als ich ihn darauf anspreche, daß er mehr als ich seine alte politische Arbeit irgendwie weitermachen kann, auch mehr freie Zeit hat als ich, schlägt er vor, er wolle zu meiner Unterstützung mehr „in die Kinderproblematik einsteigen“. Meine Forderung ist aber, daß er mir erstmal von den alltäglichen nervenden Kleinigkeiten mehr abnimmt.

In der InJ ist es ähnlich. rumorganisieren tun die Frauen mehr, sie mischen sich auch in pädagogische Debatten ein. Aber wenn's mal richtig heiß wird, tauchen die KB-Männer auf.

Wie sehr ein Kind die Rollenverteilung zwischen Frau und Mann erscharrt und welche Kraft es kostet, als Mutter zusätzlich zu allen anderen Belastungen d a g e g e n anzukämpfen – auch das hatte ich noch nicht vorausgesehen.

Die Ersatzeltern

Dazu nur kurz: Diese Karte in meinem wohlgebastelten Haus hielt stand. Ich glaube, daß wir dabei auch einfach Glück mit den beiden hatten. Seit unser Kind drei Monate alt ist, sind sie regelmäßig mit ihm zusammen. Seit langem verbringt er alle 14 Tage 1 1/2 Tage des Wochenendes in ihrer Wohnung. Er liebt sie sehr. Am meisten freut er sich auf die beiden, wenn er mit uns ganz und gar zufrieden ist und wir selber mit ihm viel und schöne Zeit verbracht haben.

Eine kleine persönliche Bilanz

1) Ich denke nicht mehr, daß es schwierig ist, „Gute Genossin und Gute Mutter“ zu sein, sondern daß ich unter den jetzigen Bedingungen (ich merke nicht mehr, daß es schwierig ist, „Gute Genossin und Gute Mutter“ zu sein, sondern daß ich unter den jetzigen Bedingungen, besonders wie sie die kleinen Kinder vorfinden, nur eine „gute Genossin“ sein kann, wenn ich erst einmal „gute Mutter“ bin.

Ich habe endlich begriffen, daß meine politische Arbeit darin bestehen muß, gute Bedingungen für meine und andere Kinder zu schaffen.

2) Ich fordere „Sonderrechte“ für mich in der Organisation, so z.B. Teilnahme an meiner alten „Anleiterunde“, obwohl ich keine „Anleiterin“ mehr bin.

3) Das Ausmaß meiner politischen Arbeit mache ich von den Bedürfnissen meines Kindes abhängig.

4) Ich habe gelernt, daß ein Kind nicht so einfach einplanbar ist.

5) Wenn Eltern ganztägig berufstätig sind (was müssen), sind die Abstriche an der politischen Arbeit größer als vorher gewollt.

6) Ein Kind zwingt uns Frauen mit ungeahnter Wucht in die Frauenrolle zurück, besonders dann, wenn wir es gut mit unseren Kindern meinen. Da gibt's noch viel zu tun...

7) Wenn ich ehrlich bin, muß ich mir eingestehen, daß ich das Ausmaß der Veränderungen, die sich durch das Kind in meinem Leben ergeben, sehr unterschätzt habe. Auch fällt es mir heute noch schwer, diese neue Aufgabe als politisch vollwertig anzuerkennen. Vieles spielt sich in diesem Bereich noch im Kleinen ab. Oft ist es schwierig zu diskutieren, da persönliche Betroffenheit die sachliche Debatte blockiert. Es gibt noch zu viele Tabus und viel zu wenig Öffentlichkeit.

Wenn ich von „besseren Zellen“ träume, wünsche ich mir, daß mein Kind so gute Bedingungen vorfindet, die es mir möglich machen, mich auch anderen Aufgaben zuzuwenden. Na ja.

Eine Mutter und Genossin aus dem KB/Gruppe Hamburg

Zwei Kleinkindinitiativen stellen sich vor:

KINDERGARTEN BOMBERGSTRASSE 11

NACH 3 UH MIDDAY - KLEINGRUPPE

WIR WOLLEN NICHT RAUS!



Preis DM 2,-
20 Seiten
zu beziehen über
Veron K. Müllerger
Bombergstraße 11
2000 Hamburg 78



Preis DM 2,50
28 Seiten
zu beziehen über
Kleinkindengarten a.V.
Finkennu
Finkenau 1
2000 Hamburg 78

Neues von Frankfurts Schülerfeind Nr. 1

Er, was durfte er sich freuen. Der Stadtschulerrat, 15 Minuten Redezeit bekam er zugesichert und das im Plenarraum des Römert. Der allseits geliebte Schuldezernent Mihm hatte geladen, und zwar zu einem Hearing anlässlich der bevorstehenden Erstellung des sogenannten "Schulentwicklungsplans IV". Daß sogar der linkslastige Stadtschulerrat neben so verdienstvollen Organisationen wie "Industrie und Handelskammer", "Hessischer Philologenverband" (würg), "Handwerkammer" und "Landes-Irztammer" zugegen sein durfte, spricht eindeutig für die freiheitlich-demokratische Grundgesinnung unseres ehrenhaften Schuldezernenten. So durfte auch die Sprecherin der "Frankfurter Bürgervereine" mit hochqualifiziertem Fachwissen glänzen: "Lassen Sie die Schüler in den Schulen mehr sitzen, das löst die Anspannungen und stärkt die Lebensgeister".

Frankfurt soll also einen neuen Schulentwicklungsplan bekommen. Der letzte (Nr. III) war schon Anfang '78, kurz nach der Machtergreifung der CDU im Rathaus, außer Kraft gesetzt worden. Zu rose schimmerte er, sah er doch z.B. die Errichtung einer integrierten Oberschule (gymnasiales und berufliches Angebot in einem Komplex) sowie einer weiteren (additiven) Gesamtschule vor. Ließ auch die SPD während ihrer Regierungszeit keinerlei Zweifel daran, daß sie es mit der Verwirklichung ihrer auch so fortschrittlichen Pläne keinesfalls ernst meinte, so kam der endgültige Kurswechsel doch erst mit der CDU-Mordversuche an Gesamtschulen, ausländerfeindliche Schulpolitik, maßloses Überanstrengen von Gymnasien (insbesondere der wenigen Renommiergymnasien) etc. (vergl. AK 172).

Für Schuldezernent Mihm geht es zur Zeit darum, seine stockreaktionären Pläne für die schulpolitische

Entwicklung Frankfurts auf Jahre hinaus festzuschreiben, und vor allem den Betroffenen so gut wie möglich zu verkaufen. Allein diesem Zweck sollte das Mihm'sche "Jubelfest" dienen. Nach dem Motto: "Erst hören wir sie alle an - und dann können wir es machen was wir wollen!" Daß sie das eben nicht so einfach können, dafür wollte der Stadtschulerrat (SSR) sorgen. Etwa 50 Schüler versammelten sich auf dem Römerberg am Infostand des SSR, während 3 Delegierte und 3 als Zuhörer zugelassene Schüler (alle anderen mußten draußen bleiben) im Römer das Beste aus der Gelegenheit machen wollten. Dazu waren drei brennende Redebeiträge vorbereitet. Der erste befaßte sich kritisch mit Charakter und Funktion der ganzen Veranstaltung. Der zweite wandte sich gegen die Ghettoisierung von Ausländerkindern in sogenannten "Nationalitätenklassen". Mihm hatte schon vor der Anhörung seine "Leitlinien zum Schulentwicklungsplan IV" verschickt. Zwar lapidar und unfundiert bis zum Anschlag, waren sie doch angetan, ein recht unangenehmes Gefühl in der Magengenge hervorzurufen. Diese "Leitlinien" jedenfalls sehen "Erfassung und Beschulung" der ausländischen Schüler in "Nationalitätenklassen" ebenso vor, wie den weiteren Ausbau des dreigliedrigen Schulsystems (spricht Verdrängung der Gesamtschulen). Zum Thema Gesamtschule sollte dann auch der dritte SSR-Beitrag Stellung nehmen. Insbesondere die Pläne der CDU-Fraktion, die Frankfurter Gesamtschulen mittels Streichung finanzieller Mittel und ähnlicher Tricks durch die Hintertür kassieren zu wollen, sollten hier noch einmal schärfstens attackiert werden. Auch der Hinweis auf Mihms Mitgliedschaft im profaschistischen "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) fehlte nicht.

Doch bis zum Verlesen dieses Referats kam es erst gar nicht. Denn

Mihm wäre nicht Mihm, würde er seine Art "Demokrativerständnis" nicht von Zeit zu Zeit durchbrechen. Vor von sechs Exemplaren des Redemanuskripts scheiterten nämlich schon an der "Sicherheitskontrolle" am Römerberg. Aus Protest wurde der Beitrag nicht gehalten.

Nach Absprache mit den Betroffenen stellte der SPD-Stadtschulrat Jochen Ochs diesen und ähnliche Vorfälle während der Veranstaltung (penible Durchstöberung von Taschen bei etwas unklarer gekleideten Besuchern u.a.m.) zur Diskussion. Auch montierte er immerhin, daß den vielen Schülern auf dem Römerberg der Einlaß verweigert wurde, obwohl die Tribüne nur etwa zu einem Viertel besetzt war. Mihm reagierte in seiner ihm eigenen Art. Erst einmal kehrte er heraus, daß er ja sooo liberal sei, daß er dem Stadtverordneten Ochs sogar die Möglichkeit gegeben habe, ungehindert seine Kritik vorzutragen, obwohl sie nicht Gegenstand der Anhörung sei - und überhaupt. Von "dem jungen Mann", dem die Manuskripte (ein Teil war für die anwesende Presse gedacht) abgenommen wurden, habe man den Eindruck gewonnen, er wolle Flugblätter (oh Graus!) verteilen. Schließlich wünsche man eine Anhörung (O-Ton Mihm) "ruhig, und nicht mit Gags, wie sie vom Römerberg herabgetragen werden könnten" (ebenda). In der lokalen Presse der folgenden Tage (vor allem in der "Frankfurter Rundschau") sah Mihm jedenfalls nicht sehr gut aus.

Der "Elternbund Hessen" forderte am folgenden Tag, daß sich der Schuldezernent Mihm öffentlich bei den Betroffenen entschuldigt ("FR", 24.4.80), und auch die "Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich" (AFB) kritisierte Mihm in einer Pressekommunikation ("FNP", 24.4.80).

Schüler/innen im LB/Gruppe Frankfurt

ASTA Frankfurt

ASTA Frankfurt: . . .

Wieder mal „Neutralitätspflicht“ verletzt

Am 29.1.80 verbot der Frankfurter Uni-Präsident Kelm, im guten timing mit der Verurteilung des ehemaligen Frankfurter Frauen-ASTA, der Studenschaft unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 3.000,- DM, politische Erklärungen, Stellungnahmen und Forderungen abzugeben.

Am 13.3. führte der ASTA eine Solidaritätsveranstaltung zu Nicaragua durch, an der sich auch eine Regierungsdelegation aus Nicaragua beteiligte. Wegen dieser Veranstaltung bekam der ASTA ein Ordnungsgeld von 3.000,- DM aufgebremst. Kelm's Begründung: Es ginge nicht um die Veranstaltung oder die dort vertretenen Inhalte, aber der ASTA hätte mit dem Aufruf zur Solidarität seine „Neutralitätspflicht“ verletzt.

Kelm ist nämlich der Meinung, daß der ASTA - als Vertreter aller Studenten - sich untersagende Minderheiten beugen müsse. Parteiliche Stellungnahmen soll der ASTA hochschulpolitischen Gruppen überlassen.

Weiter beschwert sich Kelm darüber, daß ihn der ASTA hintergangen hätte, weil dieser die Veranstaltung mit dem Titel „Universitätsentwicklung nach der veränderten Situation im neuen Nicaragua“ angemeldet habe. Dagegen erklärt der ASTA im neuen ASTA-Info, Kelm habe gegenüber ASTA-Vertretern geäußert, daß Anmeldungen so zu halten seien, daß er hinterher immer behaupten kann, er habe von allem nichts gewußt. Na, so ein Scheiß, der Kelm! Trotzdem scheint es Kelm zutiefst am Herzen zu liegen, daß auch wei-

terhin gemeinpolitische Themen an der Universität behandelt werden können. Sein Vorschlag dazu ist, daß sich alle studentischen und Hochschulgruppen bei der Universität mit einem Verantwortlichen eintragen sollen. Diesem werde dann „erlaubt“, in Hörsälen und auf dem Campus Veranstaltungen durchzuführen. Ob das wohl für alle politischen Positionen gleichermaßen gelten soll? Oder vielleicht nur für eine Anfangszeit? Sei's drum, jedenfalls wäre auch im günstigsten Fall die Studenschaft kastriert und politisch mundtot. (Informationen aus einer Stellungnahme Kelm's im „Uni-Report“ vom 16.4. und aus Frankfurter „ASTA-Info“)

Unfälle, KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von der vorherigen Seite

einer radikalen Veränderung der bestehenden Verhältnisse haben später abgenommen. So weit, so schlecht. Doch alle näheren Ausführungen, die ich in diesem Zusammenhang zitiert habe, erscheinen mir entweder sehr subjektiv oder unzureichend und in sich widersprüchlich. Die Einen behaupten, die Studenten engagieren sich nur noch für ihre ureigensten Studienprobleme, andere meinen, gerade diese würden heute niemanden mehr interessieren; es sei eine Hinwendung zu allgemeinen politischen Fragen zu bemerken. Grundlage dieser Einschätzungen ist selten mehr als der eigene Erfahrungshorizont. Die Bochumer Basisgruppen bemühen sich um ein theoretisches Erklärungsmodell: Das Studium ist weder Garant für einen angemessenen Arbeitsplatz, noch hat es einen Nutzen für die eigene Person. Das bewirkt Gleichgültigkeit gegenüber dem Studium und Desinteresse an einer politischen Veränderung der Studienbedingungen. Das mag für einen Teil der Studenschaft durchaus zutreffen. Ich frage mich jedoch, ob man wirklich behaupten kann, all diejenigen die heute studieren - insbesondere die die gerade erst mit dem Studium begonnen haben - hätten keinerlei Erwartungen mehr an ihre Ausbildungssituation. Stünde den ihr völlig gleichgültig gegenüber. Anders verhält die Theorie eines neuen Sozialisationstypus, einer neuen Studenten- generation auf.

Es ist durchaus richtig, daß die nicht unwesentlich veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neue Auffassungen und Verhaltensweisen produzieren auf die sich linke Politik einstellen muß. Ausreichend finde ich diese Erklärung allerdings nicht, zumal es eine kritische Betrachtung der „eigenen Generation“ völlig außer Acht läßt. Weren es nicht gerade viele „alte Linke“, die sich nach '70 nicht mehr darum bemüht haben, ihre Erfahrungen an

die „Neuen“ weiterzuvermitteln und diese somit eine Fortführung des Widerstandes auch erwirkt haben?

Ich gebe Dir, Th., Recht in Deiner Kritik, daß in vielen Bereichen die Studenschaft als ein „fast anonymes Gegenüber - gewissermaßen Objekt“ behandelt wird. So nach dem Motto: Ich will ja, aber die anderen sind so träge! Wenn ich mal all diejenigen, die sich darüber beschweren, daß die anderen nichts tun, zusammenheften würde, könnte ich schon eine neue Organisation oder ein paar Initiativen aufmachen. Es wäre sinnvoll die Bedingungen genauer zu untersuchen, die unser aller Eifer geschwächt haben. Da es würde allerdings nicht gehen als ein Austausch unserer subjektiven Erfahrungen, auch eine allgemeine Beschreibung der Entwicklung der Hochschulen von Elter- zu Massen-Ausbildungsstätten, läßt viele Fragen offen, u.a. solche, wie sie von Dir angesprochen wurden.

Die menschenfeindliche Einöde, das Fehlen von Sinnlichkeit und -Heimgefühlen - die Ursachen dafür können doch nicht nur in den Betonbauten liegen oder darin, daß in einer Uni zigtausend Studenten zusammengepfercht werden. Die hohe Selbstmordrate unter Studenten und insbesondere unter Studentinnen - wie kommt es denn, daß ausgerechnet die privilegierten Studenten keinen anderen Ausweg mehr sehen? Richtig, die Linke muß sich vor allem mit dem beschäftigen. Ich denke, daß eine genauere Untersuchung und Diskussion einzelner Aspekte, z.B. des psychischen Elends, uns helfen könnte, die veränderte Lage an den Hochschulen besser zu begreifen.

Ein weiteres Problem ist die Frage nach der Lösung nach einem erfolgversprechenden Weg für die Zukunft. Ich würde nicht wie Du in jedem Fall gegen die (in AK 174) dargelegten Vorschläge sprechen. Sicher sind sie teilweise nicht neu, bleiben im Rahmen des „Geltäufens“. Trotzdem sind sie zum größeren Teil durchaus

brauchbar. Was erwartest Du denn? Etwas als Gegenüber, eine ganz neue Strategie? Als ich den Artikel „Reinert im Kopf...“ in Angriff genommen habe, schwelte mir auch vor, jetzt müssen wir uns endlich mal ganz fundiert eine neue Strategie für die 80er Jahre an den Hochschulen ausdenken. Inzwischen erscheint es mir allerdings mehr als fragwürdig, ob diese Suche jemals von Erfolg gekrönt sein kann. Sie kommt mir inzwischen eher vor wie das „Warten auf Godot“. Es fehlt doch gar nicht an diskussionswürdigen Vorschlägen, es gibt eine ganze Menge guter Ideen. Aber was nutzen die besten Vorschläge, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden? Und dies - die fehlende Bereitschaft zur praktischen Umsetzung - scheint zur Zeit das Hauptproblem zu sein, welches sich m.E. durch Strategie-debatten am Schreibtisch nicht lösen läßt. Auch die besten Vorschläge und Argumentationen werden unter den gegenwärtigen Bedingungen einen „Einklangston“ wie Dich nicht für politische Aktivitäten an der Hochschule gewinnen. Was wir tun können ist einerseits eine Analyse der Situation an den Hochschulen sowie der bisherigen Aktivitäten der Studenschaft - was nicht für politische Aktivitäten an der Hochschule gewinnen. Was wir tun können ist einerseits eine Analyse der Situation an den Hochschulen sowie der bisherigen Aktivitäten der Studenschaft - was nicht für politische Aktivitäten an der Hochschule gewinnen. Was wir tun können ist einerseits eine Analyse der Situation an den Hochschulen sowie der bisherigen Aktivitäten der Studenschaft - was nicht für politische Aktivitäten an der Hochschule gewinnen.

Elke Gensow des SSB/Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040 / 43 53 46

Bochum
Postleitzahl A 08011
463 Bochum
Jeden Sonntag von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 13 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Büchereis
Graße Heilmstraße 62
46 Dortmund I

Duisburg
Postleitzahl 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viefhofen Pl. 8 und
Buchladen Bundesbahn, Thiegestraße 30

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstr.

Mönchengladbach
Postleitzahl A 008 248
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonntag
von 11 - 13 Uhr im Haydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postleitzahl Nr.: 018540 8
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reuter-Vertriebsbüro
S. Lauer
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rote
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK Leuchter jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Lützow/Alte Main) Kontakt über
Postleitzahl 069 845 8
AK Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Messe Triplex

Karlsruhe
Postleitzahl 05359 8
76 Karlsruhe

Stuttgart
Postleitzahl 054 8
7000 Stuttgart 1

Bayern

Munich
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Trödel
Postfach 180 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postleitzahl 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinung, Alte Messe

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lerchen-
straße 75, 2000 Hamburg 30,
Fernruf Hamburg 43 53 06 oder
43 53 20, Redaktion Hamburg
43 54 15, V.i.S.d.P. H. Eckhoff,
Verlagsnachricht, Abonnements-
preis jährlich DM 55,- im Abfr.,
sonst JSchA Hamburg 27175-
203 (BLZ 200 100 20) oder
Dresdner Bank Hamburg
4810 68500 (BLZ 200 800 00),
Einselpreis DM 2,-, erscheint
14tägig. Bei Nichterschienen
durch höhere Gewalt kein Ent-
schädigungsanspruch. Auflage
dieser Ausgabe 8.600.
Eigentumsvorbehalt: Nach die-
sem Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des
Abonnenten, bis sie dem Gefan-
genen persönlich ausgehändigt
worden ist. „Zur-Habe-Nahme“
ist keine Abhandlung im Sinne
des Vorbehalts. Wird die Zeit-
schrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie
dem Abonnenten mit dem Grund
des Nichtausgehändigt zurück
zuwenden.

Sozialistischer Studentenbund
Buro
Schillerstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postleitzahl 088246 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postleitzahl 08 86 93 A
2300 Kiel I

Lübeck
Postleitzahl 082 314 A
24 Lübeck I

Othellostein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postleitzahl A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonntag von 10 - 13 Uhr
am Markt / Petersstraße in Eutin

Pinnberg/Schleswig
Postleitzahl A 022 828
208 Pinnberg

Bremen

Bremen

Bremervorhaben
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47587

ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen I
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postleitzahl 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonntag
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonntag
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Hordernstraße

Emden
Postleitzahl 0874 88 A
287 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover I

Hildesheim
Postleitzahl 019182
Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Alte Main

Lüneburg
Postleitzahl A 017 890
314 Lüneburg
Sonntag Bucherstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonntag von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postleitzahl 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonntag
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Biedfeld
G. Wilmshier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reuter-Vertriebsbüro
Büchelstraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Am Dienstag, dem 29.4.80 nahmen gegen 17.30 Uhr ca. 70 Leute das Haus Templergraben 8 in Besitz. Die von der Fachschaft Architektur der Uni Aachen initiierte Instandbesetzung sollte dieses denkmalwerte Haus vor dem Abriss Anfang Mai bewahren und desweiteren auf die katastrophale Wohnsituation in Aachen aufmerksam machen.

Das Haus Nr. 8 sowie die Nachbarhäuser Nr. 6 und 4, die Ende des Jahres den Abbruchhammer zu spüren bekommen werden, stehen im Unt-Viertel am sog. Inneren Ring. Sie sollen nach dem Willen der Stadt (sprich: der CDU-Ratsmehrheit) auf Grund eines Durchführungsplanes aus dem Jahre 1959 zwecks Verbreiterung der Straße weichen (und nicht etwa, weil sie baufällig sind). Um dem Denkmalschutz genüge zu leisten, werden die alten Fassaden originalgetreu um 0,6 bis 1 m zurückversetzt wieder aufgebaut. Die Mieten in den Betonkästen hinter diesen Fassaden werden sich dann auf 12 bis 16 DM/qm belaufen (jetzt 4,50 DM/qm). Angesichts des Wohnungsnotstandes in Aachen (mit 8.000 Wohnungssuchenden steht Aachen in der Statistik direkt hinter München) ist jeder Abriss eines Altbaus eine unzumutbare Belastung gerade für Leute mit geringem Einkommen, kinderreiche und Ausländerfamilien. Deswegen die Forderungen der Besetzer: Wir fordern

1. von der Stadt Abbruch der Abbruchpläne,
2. für den Inneren Ring Verkehrsberuhigung statt weiterer Verkehrsbeschleunigung,
3. Überprüfung aller Durchführungspläne,
4. den Erhalt billigen Wohnraums,
5. Anerkennung unseres Wohnrechts im Templergraben Nr. 8.

Mit diesen Forderungen und der Besetzung erklärten sich sämtliche Professoren und Dozenten der Abteilung Architektur in einem offenen Brief an den Stadtrat solidarisch. Viele andere Grußadressen und Solidaritätserklärungen wurden im besetzten Haus ausgehängt. Einige Kraker aus Maastricht nahmen aktiv an der Besetzung teil.

Sofort nach der Inbesitznahme wurde mit Aufräumungs- und Renovierungsarbeiten begonnen. Matratzen und andere Möbel wurden ins Haus geschafft. Die Polizei muß sehr verblüfft gewesen sein, die letzte

Hausbesetzung in Aachen

Hausbesetzung fand in Aachen vor 8 Jahren statt. So kam dann auch nur ein Polizist mit dem Hauseigentümer Kranz vorbei, um Anzeige wegen Hausfriedensbruch zu stellen. Die Bullen hielten sich bis zum folgenden Montag dezent im Hintergrund auf. Derweil leisteten die Besetzer und ihre Sympathisanten gute Arbeit im Haus und in der Öffentlichkeit. Die Besetzung fand ein starkes positives Echo innerhalb der Bevölkerung, wie 4.000 in kürzester Zeit gesammelte Unterschriften und eine durchweg gute Berichterstattung in der lokalen Presse zeigten. Der Stadtverwaltung und der CDU-Ratsfraktion muß wohl die Spucke weggeblieben sein, denn von dieser Seite kam keine Stellungnahme zu den Vorwürfen und den Forderungen der Besetzer.

Am Montag, dem 5.5., wurde die Situation ernst. Eine einstweilige Verfügung gegen den Abbruch wurde vom Amtsgericht abgewiesen. Der Eigentümer Kranz stellte ein Ultimatum: Bis um 18 Uhr hätte die Räumung zu erfolgen, ansonsten würde die Polizei mit Gewalt einschreiten. Daraufhin erklärten die Besetzer, daß sie das Haus freiwillig nicht räumen würden, beim Einsatz der Polizei allerdings nur passiven Widerstand leisten wollten. Mit Ablauf des Ultimatums gegen 18 Uhr versammelten sich ca. 1.000 Menschen vor dem Haus und veranstalteten ein Straßenfest bis in den späten Abend. Die Straße war total blockiert und der Einsatz der Polizei beschränkte sich auf die Umleitung des Verkehrs. Dem Polizeifunk nach zu urteilen sollte es - nach alter Indianermanier - am frühen Dienstagmorgen rundgehen. Da in der Nacht von Montag auf Dienstag, wie in den Nächten zuvor, mehr Leute im Haus schlafen wollten als Platz vorhanden war, suchten diese sich einen Schlafplatz in der näheren Umgebung. Als die Bullen mit über 200 bewaffneten Mannern um 5.45 Uhr in den Templergraben einrückten, hatten sich schon an die 300 Unterstützer der Besetzung vor dem Haus versammelt. Sie bildeten Ketten und ließen sich vor dem Haus nieder. Die Bullen sperrten die Straße ab und

begannen mit den „Aufräumungsarbeiten“. Es kam zwar nicht zu einem finalen Rettungsschub, dem Einsatz von Chemical Mace oder Tränengas, trotzdem ließen es sich die Lalös nicht nehmen, kräftig zuzulangen.

Eine halbe Stunde später waren alle weggeschafft, die Besetzer verließen angesichts der Übermacht der Staatsgewalt mehr oder weniger freiwillig das Haus. Nachdem das Haus geräumt war, durften die Besetzer wieder rein, um ihre Schlafsäcke, Matratzen und das andere Mobiliar

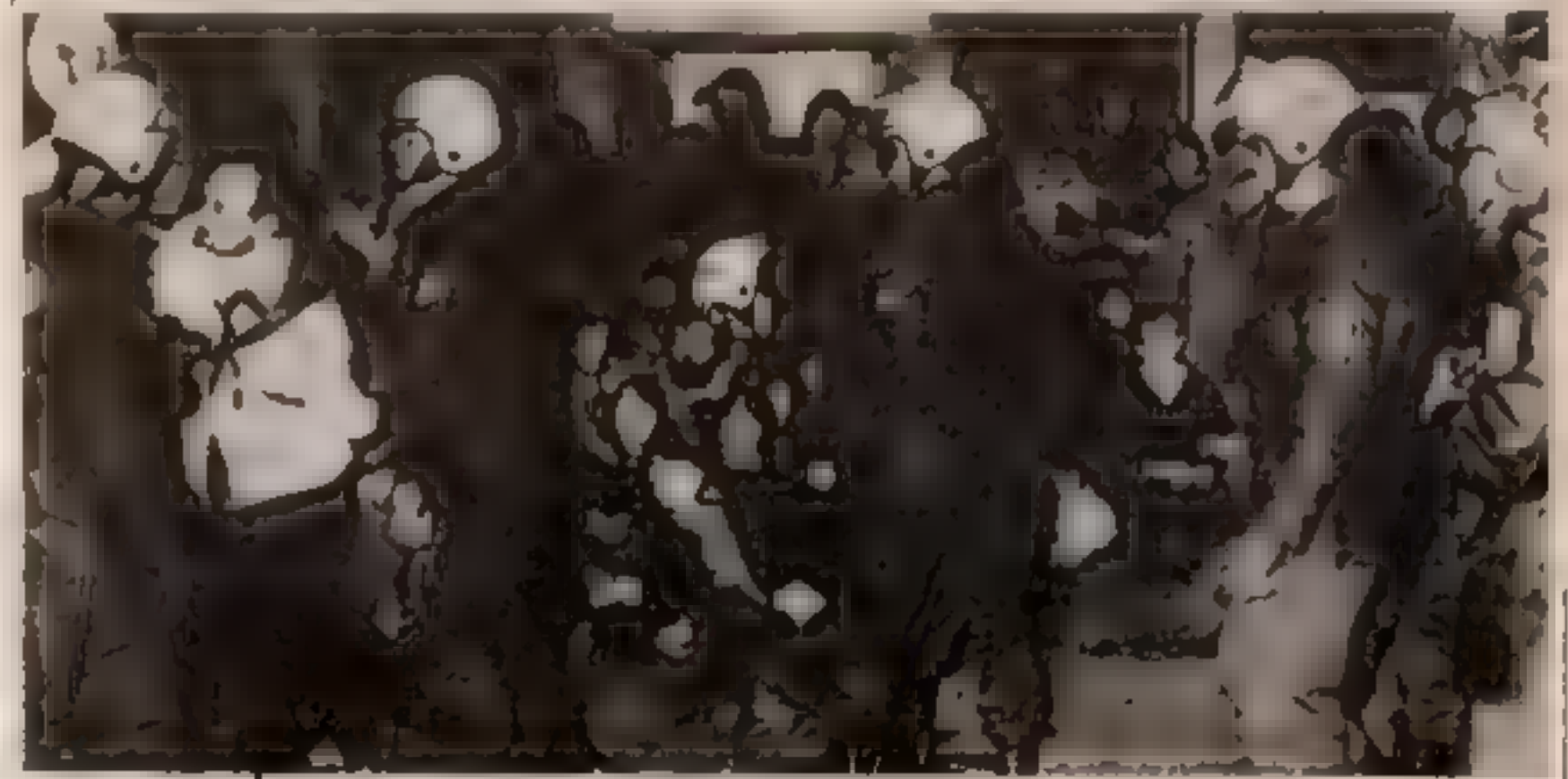
rauszuholen. Kaum war der letzte Kochtopf draußen, begannen die bereitstehenden Abbrucharbeiter damit, die Fenster zu vernageln und das Haus gründlich zu demolieren. Damit war das Schicksal des Hauses Nr. 8 besiegelt.

Die Wut der Leute entlud sich gegen Mittag bei einer Demo durch die Innenstadt zum Rathaus, zu der sich über 3.000 Leute versammelten. Die spontane Demo brachte streckenweise den Verkehr zum Erliegen. Der Zug endete vor dem Rathaus, wo die Demonstranten dem Oberbürgermeister

ster Malengre das im Haus benutzte Mobiliar vor die Rathaustrür legten. Die Aktion wurde von Parolen wie „CDU und Spekulant - Hand in Hand“ oder „Heut den Spekulanten auf die Quanten“ begleitet. Auf der Abschlussskundgebung wurde von den Besetzern deutlich gemacht, daß das Haus Templergraben Nr. 8 nicht das letzte war, das besetzt wurde, und daß das nächste Haus nicht so einfach aufgegeben wird. Zum Schluß wurde das „Lieb der Hausbesetzer“ gesungen: „...auf welcher Seite stehst du, hier wird ein Haus besetzt. Wir kämpfen gegen Wohnungsmot, nicht morgen, sondern jetzt!“

Es wird also weitergekrakt in Aachen, leerstehende Häuser gibt's ja genug.

Besetzt mauerhafte Häuser!



Nach einer Woche Besetzung am 5. Mai geräumt: Das Haus Templergraben 8

Die Stadt Aachen zählt mit 8.000 Wohnungssuchenden auf 25.000 Einwohner mit zu den am schlimmsten von Wohnungsnot betroffenen Städten der BRD. Täglich läuft hier wie anderswo das gleiche Spiel ab: Billige Altbauwohnungen (80 bis 100 DM) werden abgerissen, um sie anschließend abzugeben und an ihrer Stelle profitträchtigere Apartments (Wohnklo mit Kochküche für bloße 500 DM) zu errichten.

Jüngstes, spektakuläres Beispiel

in Aachen ist der geplante Abbruch von drei Wohnhäusern im Unterviertel. Da diese Häuser im Rahmen eines Straßenerweiterungsplans dem Autoverkehr im Wege stehen, sollen sie abgerissen werden und, um wenige Meter zurückversetzt, mit den alten, denkmalgeschützten Fassaden neu aufgebaut werden. Mißpreis danach: 12 bis 16 DM/qm.

Unter der Forderung nach Erhaltung billigen Wohnraums besetzten bis zu 300 Menschen über eine

Woche lang eines der drei Häuser. In einem nächtlichen Polizeieinsatz wurden die Hausbesetzer in der vorletzten Woche vertrieben, gleich anschließend begannen die Abbrucharbeiten. Noch am gleichen Tag zogen ca. 3.000 Menschen durch die Aachener Innenstadt zum Rathaus und versammelten neben dem Polizeieinsatz die menschenfeindliche Wohnungspolitik des Aachener Stadtrats.

KB-Sympathisanten Aachen

Statt Abriß: Wohnen im Stollwerck

Statt Abriß: Wohnen im Stollwerck

Wenn die Wünsche des Kölner Oberstadtdirektors Roms in Erfüllung gehen, soll mit dem baldigen Abriß der Gebäude der ehemaligen Stollwerck-Schokoladenfabrik im Kölner Severingsviertel ein trauriges Kapitel Skandalgeschichte zu Ende gehen.

Nach umfangreichen Finanzspekulationen und Millionensubventionen war die Schokoladenfabrik Mitte der 70er Jahre verlagert worden. Obwohl von den ehemals mehr als 2.000 Arbeitsplätzen nicht einmal die vertraglich zugesicherten 700 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, mußten die Besitzer keinen Pfennig zurückzahlen.

len - was die „Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BSA)“ aufdeckte. Ein Grund hierfür: Oberbürgermeister von Nes Ziegler (SPD) saß im Beirat der Stollwerck AG.

Nach der Verlagerung verlangte die BSA den Umbau der Fabrikgebäude in Wohnungen, die auch die von der Sanierungspolitik der Stadt betroffene Bevölkerung bezahlen können. Zusammen mit ihren Technikgruppen legten sie schon 1976 genaue Pläne und Vorschläge für den Umbau vor.

300 billige Wohnungen und zusätzliche Gewerbeflächen könnten hier geschaffen werden.

Im Stollwerck-Gebäude wäre auch weiterhin Platz für die „Palazzo-Schocke-Gruppen“. Unter diesem Namen haben sich ca. 40 Gruppen zusammengeschlossen, die hier Räume für ihre soziale, kulturelle und politische Arbeit gemietet haben. Allerdings haben sie nur einen Zwischennutzungsvertrag (mit einem jederzeit kündbaren Nutzungsrecht).

Doch die Stadt schrieb einen Architektenwettbewerb aus und ließ Gutachten anfertigen. Die BSA befürchtet, daß die Stadt jetzt die Sommerpause ausnützt, um zuzuschlagen.

Nach einer bisher nicht offiziellen

veröffentlichten Vorlage plant das Bauverwaltungsamt, die Fabrikgebäude weitgehend abzureißen. Diese Empfehlung ist weder unter dem Gesichtspunkt der vorhandenen Bausubstanz noch der entstehenden Kosten zu rechtfertigen: So werden ausnahmslos alle Gebäudeteile in mindestens einem der verschiedenen Gutachten zur Weiterverwendung als erhaltenswert erklärt und entsprechende Umbauvorschläge gemacht. Nach einem von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Kosten-Nutzen-Vergleich wäre ein solcher Umbau im Schnitt 20% billiger als ein Abbruch und Neubau.

Von der Verwaltung werden dagegen städtebaulich-stadtgestalterische und sozialstrukturelle Kriterien in den Vordergrund gerückt. So sollte beispielsweise „unbedingt vermieden werden, daß vorrangig einkommensschwächere Mieter konzentriert und in großer Zahl in den Umbau angestiftet werden“. Demgegenüber hat die BSA sich von Anfang an dafür

eingesetzt, daß möglichst viele Gebäudeteile erhalten bleiben und unter aktiver Beteiligung der Mieter zu billigen und selbstgeplanten Wohnungen umgebaut werden. Gerade damit sollte erreicht werden, daß die jetzigen Bewohner des Severingsviertels, die überwiegend jenen „einkommensschwachen Mietern“ zuzurechnen sind, nicht über das steigende Mietniveau im Zuge der Sanierung aus „ihrem Viertel“ vertrieben werden. Angesichts der akuten Wohnungsmot in Köln - es gibt allein 18.000 registrierte Wohnungssuchende - und der Ignoranz von Verwaltung und Politikern gegenüber den Vorstellungen der BSA sprechen sich Mitte April auf einer Versammlung ca. 1.000 Anwohner für eine Erhaltung und einen Umbau des Stollwercks aus. Als ersten Schritt wollen sie „Musterwohnungen“ bauen, um zu zeigen, daß der Umbau möglich ist.

Wohnungskommission

Abriß der Offenbacher „Fabrik“ hat begonnen

Die „Fabrik“ in Offenbach ist ein 7775 Quadratmeter großes, ehemaliges Fabrikgelände, das seit 1974 nicht mehr industriell genutzt wird. Seitdem haben sich dort nach und nach ein jugoslawisches Kulturzentrum, ein Jugendzentrum, ein alternatives Kulturzentrum und verschiedene Künstler und Handwerker eingemietet.

Nach einer gescheiterten Zwangsversteigerung im Dezember 78 (damals waren 5,71 Millionen DM angesetzt) hat der CDU-Abgeordnete W. Müller, Mitglied des Offenbacher Bauausschusses, das Gelände im November 79 für 2,6 Millionen DM ersteigert. Mit von der Partie war neben Müllers Frau noch ein Zahnarzt Ehepaar. Die bisherigen Nutzer des Geländes sollen nach dem Willen der neuen Besitzer einem Parkhaus mit Ladengeschäften - im Erdgeschoß - weichen. Die Kündigung wurde den Mietern zum 29.2.80 ausgesprochen. Am 5.5. rückte die Polizei in

Hundertachtstärke an, um die verbarrikadierten Zugänge zum Gelände zu räumen, damit der Abriß des Geländes angangenen werden könnte, was auch sofort geschah. Etwa 40 Leute hatten daraufhin das Dach eines vom Abriß bedrohten Gebäudeteils besetzt, mußten aber weichen, als sich die Polizei anschickte, das Dach zu räumen. Zwar hat die Stadt Offenbach ein Ausweichquartier für die Fabrikleute angemietet, was aber wie landesüblich viel zu klein ist, um alle Mieter unterzubringen.

Aus Protest gegen den Abriß fand am 6.5. in der Offenbacher Innenstadt eine spontane und sehr kämpferische Demonstration statt, an der sich etwa 200 Menschen beteiligten. Am Ende der Demonstration feierten die Demonstranten ein Wertgefühl gegenüber den in Offenbach reichenden Herten kund, indem sie das Rathaus mit faulen Tomaten eindeckten.

KB/Gruppe Frankfurt



Zur Römerbesetzung kam es diesmal noch nicht, als 2.000 Frankfurter am 10. Mai gegen die Wohnungsnot demonstrierten. Zuvor waren mehrere Hausbesetzungen von der Polizei gewalttätig beendet worden. CDU-Wahlmann wollte auch diese Protestaktion verbieten. Das Demonstrierungsverbot hatte vor Gericht allerdings keinen Bestand. So wurden an diesem Tage alle in Frage kommenden „Objekte“ schwer bewacht.

Häuserkampf in Amsterdam

Interview mit den Kraakers

Die Aktionen der holländischen Kraakers fanden nicht nur in der westdeutschen Sensationspresse Widerhall, sondern auch bei vielen Linken und Mietkämpfern, für die eine solche Eskalation des Wohnungskampfes in der BRD noch sehr entfernt scheint.

Das liegt sicher nicht nur an der größeren Wohnungsnot in den Niederlanden - in Hamburg z.B. suchen genauso wie in Amsterdam 50.000 Leute eine Wohnung. Auch wenn die Gesetzgebung mietfreundlicher als bei uns ist - ohne den jahrelangen Kampf der Kraaker und ein sehr viel größeres Engagement der holländischen Linken in der „Wohnungsfrage“ wären die Erfolge bei den Hausbesetzungen nicht möglich.

Zur Arbeit der Kraaker drucken wir ein Interview ab, das Freunde von der Bunten Liste „Wehrt Euch!“ aus Köln mit den Kraakers gemacht haben.

Frage: Wann und wie sind die Kraakers, die Kraakerbewegung entstanden?

Kraakers: Die ersten Kraakers gab es schon um 1800. Allerdings hat sich diese Bewegung erst in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts im Zuge der Studentenbewegung bzw. -unruhen verbreitet. Anlaß war die Besetzung des Markthauses, die in dieser Zeit stattfand.

Es ging damals um die Demokratisierung der Universität und vor allem auch darum, daß die Studenten ein Dach über den Kopf bekommen.

Frage: Das liegt ja nun schon länger zurück. Wie hat sich die Kraakerbewegung in den letzten Jahren entwickelt?

Kraakers: In jedem Stadtteil von Amsterdam gibt es Kraaker-Treffpunkte, die von denjenigen eingerichtet werden, die in den Stadtteilen die Häuser besetzt halten und die voraussichtlich für längere Zeit dort bleiben können. In diesen Treffpunkten werden Zusammenkünfte abgehalten und interessierte Leute können sich dort informieren, wie man eine Hausbesetzung durchführt und wie die Arbeit der Kraakers aussieht. In diesen Treffpunkten ist meistens auch eine Liste über die leerstehenden Häuser in dem Bezirk vorhanden, so daß Beratungen mehr konkret ablaufen können. Für ganz Amsterdam wird eine „Kraakerliste“ herausgegeben, in der so ziemlich alles drinsteht, was man wissen muß, wenn man ein Haus besetzen will. So z.B. Informationen über die wichtigsten Gesetze, über das Verhalten gegenüber der Polizei, über den Umgang mit dem Vermieter und dem Hausbesitzer, wie man sich gegen Schlichterkommandos der Besitzer zur Wehr setzt usw. Diese Anleihe wird von Zeit zu Zeit neu aufgelegt.

Frage: Gibt es außer dieser „Anleihe“ auch einen regelmäßigen Informationsfluß unter den Gruppen?

Kraakers: Es gibt eine Zeitung für Amsterdam und eine für das Gebiet um den Marktplatz als Stadtteilzeitung. Es besteht eine Redaktion und eine Druckerei. Sie besetzen sich mit der Erstellung der Zeitung.

Die Artikel selbst werden aber von sehr vielen Leuten geschrieben. Es werden die Berichte veröffentlicht, Probleme und Fragen der Stadtteile erörtert. Diese Artikel werden von den Leuten aus dem Stadtteil selbst geschrieben.

Es werden auch alle wesentlichen Kritiken und Auseinandersetzungen dokumentiert, eine Zensur findet nicht statt und so finden auch die verschiedenen Vorstellungen, die es bei den Kraakers gibt, in den Zeitungen ihren Ausdruck.

Ein Café dient gleichzeitig als Büro. Dort sammeln wir alle nötigen Informationen, dort werden auch die Artikel abgegeben.

Frage: Habt ihr als außerparlamentarische Bewegung Kontakte zu den etablierten Parteien und wie sieht das aus?

Kraakers: Die Zusammenarbeit der Kraakers mit den Parteien ist sehr gering.

Gespräche finden nur dann statt, wenn es absolut nötig ist, wie z.B. bei der Besetzung der Korte Keizers, wo es Verhandlungen mit dem Bürgermeister gegeben hat. Viele Parteien benutzen das Problem der Wohnungsnot lediglich für ihren Wahlkampf. Die einzige Ausnahme, die unsere Ideen und Forderungen auch im Parlament vertritt, ist die PSP (Pazifistisch Sozialistische Partei). Zu dieser Partei haben wir recht gute Kontakte. Mitglieder der PSP sind an verschiedenen Orten auch zugleich Mitglieder der Kraakerbewegung.

Frage: Und wie sieht es mit der Berichterstattung in den Medien aus? Erkennt ihr eure Anliegen und euren Kampf in den Zeitungen und den anderen Medien?

Kraakers: In Amsterdam gibt es eine Pressegruppe der Kraakers, die Kontakte zur Presse und den anderen Medien herstellt und unsere Informationen dort unterzubringen versucht. Größtes Problem ist dabei, daß viele Journalisten Berichte nur dann bringen, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Demokratisches Leben „da“ steht, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Dem entsprechend sehen die Artikel dann aus.

Außerdem kann man sich auf die meisten Zeitungen überhaupt nicht verlassen; die schreiben heute das und morgen das.

Eine Ausnahme bildet dabei Radio Stadt Amsterdam, wo ein Journalist sich sehr gut für unsere Belange interessiert.

Die machen auch zur Keizer Gracht und zur Vondelstraat sehr ausführliche und gute Berichte.

Auch in der HAAKSE POST arbeitet ein Journalist, der sehr positive Artikel schreibt. Außerdem existiert in der Keizers Gracht ein eigener Sender, mit dem wir unsere neuesten Informationen selbst senden können. Dieser Sender kann jedoch nur so lange bestehen, wie wir in der Keizers Gracht bleiben können, d.h. wir werden derzeit nicht von Funkmasten und der Polizei bedroht, obwohl es ein illegaler Sender ist.

Frage: Dann drücken wir auch die Daumen, daß das noch möglichst lange so bleibt.

Soweit wir euren Kampf verfolgen konnten, haben wir auch festgestellt, daß die Gesetze in der Bundesrepublik sich gerade im Miet- und Wohnrecht erheblich von der niederländischen Gesetzgebung unterscheiden. Die niederländische Gesetzgebung erscheint uns in diesen Punkten bedeutend liberaler zu sein als es in der BRD der Fall ist. Hausbesetzungen sind bei euch sogar unter bestimmten Bedingungen statthaft. Kannst du da mal was sagen?

Kraakers: Um ein Haus zu besetzen, muß man einen Tisch, ein Bett und einen Stuhl besitzen und ihn in dem besetzten Haus aufstellen. Dann ist es nicht mehr möglich - weder von Seiten der Polizei noch von Seiten des Besitzers - die Bewohner des besetzten Hauses rauszuschmeißen.

Das darf nach dem Gesetz nur dann geschehen, wenn der Besitzer des Hauses eine Renovierung durchführt oder eine behördliche Genehmigung hat, dies zu tun. Die Häuser müssen zu dem Zeitpunkt unbewohnt sein.

Natürlich passiert es dennoch relativ häufig, daß Hausbesitzer von Schlichtertrupps der Hausbesitzer oder von der Polizei überfallen werden und gezwungen werden sollen, das besetzte Haus auszuziehen.



Kraaker
bei
der
Arbeit



Frage: Du sprichst gerade von dem Schlichtertrupp der Besitzer und von den...
Kraakers: In Amsterdam gibt es eine Pressegruppe der Kraakers, die Kontakte zur Presse und den anderen Medien herstellt und unsere Informationen dort unterzubringen versucht. Größtes Problem ist dabei, daß viele Journalisten Berichte nur dann bringen, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Dem entsprechend sehen die Artikel dann aus.

Frage: Du sprichst gerade von dem Schlichtertrupp der Besitzer und von der Polizei. Bei den Kämpfen in der Vondelstraat - man kann da wohl schon von einer Schlacht sprechen - hat doch auch das Militär und Militärpolizei mitgemacht. Was haben die damit zu tun?

Kraakers: Die Polizei kommt immer automatisch auf Anzeigen in Aktion. Das Militär und die Militärpolizei tritt nur auf Befehl des Bürgermeisters auf den Plan.

In diesem Fall - Vondelstraat - hat der Bürgermeister zusammen mit dem Innenminister das Eingreifen des Militärs beschlossen. Das Eingreifen des Militärs ist insofern der Höhepunkt längerer Entwicklungen.

Bis zur Aktion an der Grote Keizer hat es kaum Aktivitäten der Polizei gegeben. Danach jedoch, als auch ein neues Gesetz verabschiedet worden sollte, das die Besetzung und Bewohnung eines leerstehenden Hauses verbietet sollte, waren sie viel aktiver und versuchten uns überall zu behindern.

Der Auftritt des Militärs bedeutet jetzt eine noch größere Eskalation.

Übrigens sind die Rechte der Kraakers in den verschiedenen Städten unterschiedlich, und die Gesetze werden unterschiedlich gehandhabt. Die Städte können die Gesetze in gewissem Rahmen variieren. In Amsterdam sind die Bedingungen noch recht günstig, während es in Arnhem verboten ist, ein Haus zu besetzen.

Frage: Wie ist es eigentlich zu den Militärs der Kraakers bei der Besetzung in der Vondelstraat gekommen? Immerhin liegt die letzte große militärische Aktion im Neumarktviertel doch schon einige Zeit zurück?

Kraakers: Bei den Kraakers hat es sich die Auseinandersetzung um das Neumarktviertel viele Leute gegeben, die mit den Politikern der verschiedenen Parteien Gespräche geführt haben.

Dennoch hat es von Seiten der Politiker keine Maßnahme gegeben, die dem Wohnungsproblem in Amsterdam und in Holland ernsthaft entgegenzutreten. Immerhin gibt es fast 50.000 Wohnungsuchende allein in Amsterdam.

Die Stadt unternimmt nichts gegen die Wohnungsspekulation und mittlerweile sieht viele Kraakers das Wasser einfach die zum Hals Niemand hat mehr Lust, sich die Versprechungen der Politiker anzuhören.

Frage: Du sprichst gerade von dem Schlichtertrupp der Besitzer und von den...
Kraakers: In Amsterdam gibt es eine Pressegruppe der Kraakers, die Kontakte zur Presse und den anderen Medien herstellt und unsere Informationen dort unterzubringen versucht. Größtes Problem ist dabei, daß viele Journalisten Berichte nur dann bringen, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Dem entsprechend sehen die Artikel dann aus.

Die Auseinandersetzungen um den Neumarkt, der einem U-Bahnbau zum Opfer gefallen ist - aus dem so etwas nicht geworden ist, weil Amsterdam anders zu klein für eine U-Bahn ist und zweitens teilweise unter dem Meeresspiegel liegt - waren die ersten Erfahrungen auf dem Gebiet der Militärs.

Die offensichtliche Sinnlosigkeit des U-Bahnprojektes hat damals eine Rolle gespielt.

Der Neumarkt ist heute ein einziges großes Loch mit Parkplätzen.

In der Keizers Gracht ist es etwas anders. Die besetzten Häuser gehören einem riesigen Konzern, der auch in der Wohnungsspekulation aktiv ist. Als es darum ging, daß die Stadt die besetzten Häuser kauft, redete sie sich zunächst mit Geldmangel heraus. Mittlerweile hat die Stadt das Geld. Nun weigert sie sich aber immer noch, die Häuser aufzukaufen. Stattdessen plant sie, über 200 besetzte Häuser zu räumen. An die Stelle der geräumten Häuser kommen oft Neubauten, die in der Mitte erheblich teurer sind als die Altbauten. Die Wohnungen sind dann kleiner und die Mieten höher als vorher. Außerdem: die Häuser im städtischen Eigentum stehen oft leer und dürfen nicht besetzt werden, weil damit angeblich den Wohnungsuchenden, die auf amtlichen Listen stehen, die Wohnungen weggenommen werden. Das stimmt schon deswegen nicht, weil auch diese Häuser oftmals jahrelang leer stehen.

Wenn Häuser besetzt werden, die der Stadt gehören, werden sie sofort nach der Besetzung wieder geräumt.

Frage: Hat es vor dem Kampf in der Vondelstraat vorher Diskussionen über die Art des Widerstands gegeben oder sind die Aktionen der Demonstranten spontan entstanden?

Kraakers: Ne ja. Einmal hat sich die ganze Wut über das aufgestaut, was ich eben erzählt habe.

Vor allen Dingen ist die Wut der Besitzer durch die erste illegale Räumungsaktion durch die Polizei geschürt worden.

Als das Haus dann zum zweiten mal geräumt werden sollte - diesmal auf Befehl des Bürgermeisters - hat es eben die erste Schlacht gegeben, aus der die Besitzer als Sieger hervorgegangen sind. Allen was danach lief, war eine Reaktion auf das spontane Eingreifen von Polizei und Militär.

Außerdem ging es um die Freilassung von Nanda, die wegen einer Parole an einer Wand über zwölf Tage inhaftiert worden ist.

Die anschließenden Aktionen der Polizei sind sogar gegen den Willen des Hausbesitzers durchgezogen worden. Er zog ein besetztes Haus einer neuen Polizei- und Militäraktion vor.

Das Auftreten von Militär mit Panzern war nur noch eine Machtdemonstration. Sie war unnötig, weil nach der Freilassung von Nanda und der Garantie, im Haus bleiben zu dürfen, wären die Barrikaden von uns wieder abgeräumt worden.

Frage: Du sprichst gerade von dem Schlichtertrupp der Besitzer und von den...
Kraakers: In Amsterdam gibt es eine Pressegruppe der Kraakers, die Kontakte zur Presse und den anderen Medien herstellt und unsere Informationen dort unterzubringen versucht. Größtes Problem ist dabei, daß viele Journalisten Berichte nur dann bringen, wenn sich damit die Sensationslust der Leser befriedigen läßt. Dem entsprechend sehen die Artikel dann aus.

Außerdem ging es um die Freilassung von Nanda, die wegen einer Parole an einer Wand über zwölf Tage inhaftiert worden ist.

Die anschließenden Aktionen der Polizei sind sogar gegen den Willen des Hausbesitzers durchgezogen worden. Er zog ein besetztes Haus einer neuen Polizei- und Militäraktion vor.

Das Auftreten von Militär mit Panzern war nur noch eine Machtdemonstration. Sie war unnötig, weil nach der Freilassung von Nanda und der Garantie, im Haus bleiben zu dürfen, wären die Barrikaden von uns wieder abgeräumt worden.

Bei dieser letzten großen Aktion des Militärs ist auch Schusswaffengebrauch angekündigt worden, um die Demonstranten einzuschüchtern. Gerüchten zufolge soll beim Einmarsch der Panzer ein zwölfjähriger Junge überfahren worden sein. Ein Militärpolizist soll einem Journalisten geraten haben, über diesen Vorfall besser nicht zu schreiben. Über den Jungen ist aber weiter nichts bekannt.

Frage: Gibt es im Anschluss an die Schlacht in der Vondelstraat bei euch Debatten über die Frage der Gewalt? Kraakers:

In Holland gibt es im wesentlichen zwei Positionen zur Gewaltfrage. Die einen meinen, daß man sich gegen die Gewalt der Polizei zur Wehr setzen muß. Die anderen meinen, daß nur ein gewaltfreier Widerstand richtig ist.

Dies wird jedoch als persönliche Entscheidung jedes einzelnen betrachtet, niemand wird zu irgendwas gezwungen.

Außerdem muß man dazu sagen, daß wohl niemand Gewalt anwenden will. Das ist immer nur eine Reaktion auf Aktionen der Polizei. Eine Spaltung in militante und nichtmilitante Kraakers gibt es jedoch nicht.

Frage: Wie soll einer Kampf nun weitergehen?

Kraakers: Wir veröffentlichen auch weiterhin alles, was uns im Zusammenhang mit der Wohnungsnot auffällt, sei es durch Flugblätter, Wandzeitungen und Plakate. In Amsterdam gibt es überall Bezirkszentren, die von den Bürgern mehr oder weniger stark besucht werden.

Dort machen wir kleine Veranstaltungen und sprechen mit den Leuten über ihre Probleme und unsere, die meistens die gleichen sind.

Vielen Dank für das Gespräch.

Falscher Alarm

Am 1. Mai rückte in Tübingen in der Nauklerstraße ein ansehnliches Polizeiaufgebot an, um eine Hausbesetzung zu verhindern, die gar nicht stattfand. Nachdem erst im November letzten Jahres eine gelungene Hausbesetzung stattgefunden hatte, reagierte das geheimnisvolle Nachrichtensystem der Polizei etwas hysterisch. Besetztes Haus in der Nauklerstraße steht nämlich bereits 2 Jahre leer - und das bei einer katastrophalen Wohnungsnot in Tübingen. Daß der Hausbesitzer aber auch noch p r a v e n t i v Strafandrohung gegen eventuelle Besetzer erstattet und künftigen Polizeieinsatz für sein Haus erhält, ist eine Provokation gegenüber all denjenigen, die seit Monaten vergeblich nach Wohnraum suchen.

DGB-Landesvorstand entzieht Kreisvorsitzendem Vertrauen

Im September 1980 findet der Gewerkschaftstag der IG-Chemie statt, der in diesem Jahr von harten innergewerkschaftlichen Kontroversen gekennzeichnet sein wird, die bereits im Vorfeld zu heftigen (auch persönlichen) Machtkämpfen geführt haben. Um folgende Streitfragen wird es im wesentlichen gehen:

— Die Erhaltung des Systems „betrieblicher Vertrauensleute“ und damit verbunden die Möglichkeit für den Gewerkschaftsvorstand, Vertrauensleute der IG-Chemie zu ernennen, statt sie wählen zu lassen. Hierauf baut die rechte IG-Chemie-Führung um Karl Hauenschild ihre Macht auf. Die Einschränkung der Rechte des Beschwerdeausschusses, der in zwei wichtigen Fällen gegen die Hau-

IG-Chemie: „Bemühungen um einen Einstieg in einen Entgelttarifvertrag bewiesen bei einer illusionslosen Betrachtung, daß der Arbeitervorteil der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie sich in Wirklichkeit wie ein Lohnabwehrkartell verhält und nicht wie ein Tarifvertragspartner (...) Mit einer geschlossenen Tarifpolitik werden wir deshalb unsere tarifpolitische Umwelt in den 80er Jahren ganz sicher nicht gestalten können“.

Hauenschild sah rot und erkannte Plumeyers „absolute Unbelehrbarkeit und sein absolutes Unvermögen, seine eigene Meinung kritisch zu überprüfen“. Plumeyers Forderung nach dem Recht von Minderheiten sich zu artikulieren und seine Forderung „Einheit im Denken nein, Einheit im

daten durch, die der Hauenschild-Seite zuzurechnen sind. Überraschend erhielt allerdings ein Antrag zur Wiederwahl Plumeyers 105 zu 20 zu 8 Stimmen.

Leverkuesen. Hier setzte sich die rechte Mehrheit von Bayer durch. Entsprechend deutlich wurde Plumeyer wegen seiner „diffamierenden Äußerungen“ des Mißtrauens ausgesprochen.

Wuppertal: Klare Mehrheit für die Plumeyer-Linie.

Hagen: Die Delegierten wurden aufgefordert, Plumeyer wiederzuwählen.

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein setzte sich dann die Hauenschild-Linie nur sehr knapp durch (der Hauenschild-treue Bezirksleiter Götter beispielsweise erhielt nur 68 von 120 Stimmen), die Opposition ist stärker geworden.

Hier ergab die Bezirksdelegiertenkonferenz eine deutliche Mehrheit für Plumeyer, der unter großem Beifall eine Rede hielt.

Plumeyer

Auch hier eine deutliche Polarisierung mit knapper Mehrheit für die Plumeyer-Minderheit. Bezirksleiter Schweitzer (Hauenschild-Kritiker) wurde mit 65 gegen immerhin 45 Stimmen wiedergewählt. Besonders erwähnenswert ist, daß in diesem Bezirk (mit dem Großbetrieb BASF im Zentrum) die Mehrheit der kleineren Betriebe durchsetzen konnte, daß Vertrauensleute nicht berufen werden.

Frankfurt

Das Bekenntnis des Hochtater Delegierten Arno Weber: „Ich bekenne mich zu der Kart-Hauenschild-Mafia“ war kennzeichnend für diese Konferenz, die die Hausmacht des Hochtater Betriebsrates und IG-Chemie-Vorständlers Rolf Brand ist. Vollständig ausgeschaltet wurde die Opposition vom Darmstädter Betrieb Merck, die nicht einen Delegierten erhielt.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Wo bleibt die Solidarität der IGM mit Brasiliens Automobilarbeitern?

?

Seit dem 2. April streiken über 150 000 brasilianische Automobilarbeiter (auf den Lateinamerikas-Seiten in diesem ARBEITERKAMPF wird darüber berichtet). Wie Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, Vorsitzender des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) und außerdem stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW, auf ein Hilfeschreiben der brasilianischen Arbeiter reagierte, zeigt, wohin wir kommen, wenn wir die Solidarität mit kämpfenden Kollegen unseren Gewerkschaftsführern überlassen.

Anfang Mai beklagte Montevideo (ein Leiter der Streiks) in einem Telefongespräch mit der IGM die mangelnde Unterstützung und Solidarität der europäischen Gewerkschaften und vor allem der größten Einzelgewerkschaft der Welt, der IG Metall. „Wir sind härtesten Repressionen der Regierung ausgesetzt“, sagte Montevideo, „unsere gesamte Gewerkschaftsführung ist verhaftet sowie viele unserer Kollegen, die in den Gefängnissen wahrscheinlich gefoltert werden“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 6.5.80).

Der Vizepräsident des Streikfonds von Sao Bernardo, der Mercedes-Benz-Arbeiter Kanashiro, richtete über einen Vertreter von amnesty international einen Appell an die bundesdeutschen Gewerkschaften, an politische Organisationen und Kirchen. „Könnt ihr Euch nicht dafür einsetzen, daß die deutschen Arbeiter in den Muttergesellschaften wie Volkswagen und Mercedes ein finanzielles Unterstützen? Wir brauchen dringend Geld. Wir müssen jeden Tag Lebensmittel im Wert von ungefähr 60.000 Mark verteilen. Etwa 2.500 Lebensmittelkörbe geben wir täglich an streikende Arbeiter aus. Bei durchschnittlich fünfköpfigen Familien bedeutet das Nahrung für mehr als 12.000 Menschen“ („Neus“, 8.5.80).

Die Antwort der IG-Metall-Führung darauf: Man habe bereits zwei Solidaritätstelegramme an die Streikenden geschickt und Loderer habe

rung darauf. Man habe bereits zwei Solidaritätstelegramme an die Streikenden geschickt und Loderer habe Briefe an den brasilianischen Staatspräsidenten Figueiredo und an den Arbeitsminister gerichtet. In den Briefen hat Loderer „energisch“ gegen die Verhaftung von Luis Ignacio da Silva und weiterer 14 gewählter Metallarbeiter protestiert: „Dies fordert industrielles Chaos heraus und wird zu noch größerer Unterdrückung führen“ („Metall“, 30.4.80). Ganz offensichtlich liegt ihm das Funktionieren der Wirtschaft mehr am Herzen als das Anliegen der Arbeiter.

In der IGM-Zeitung „Metall“ (30.4.80) erschienen knappe 25 Zeilen zu den Vorgängen in Brasilien, ohne daß die Frage der Solidarität aufgeworfen wird.

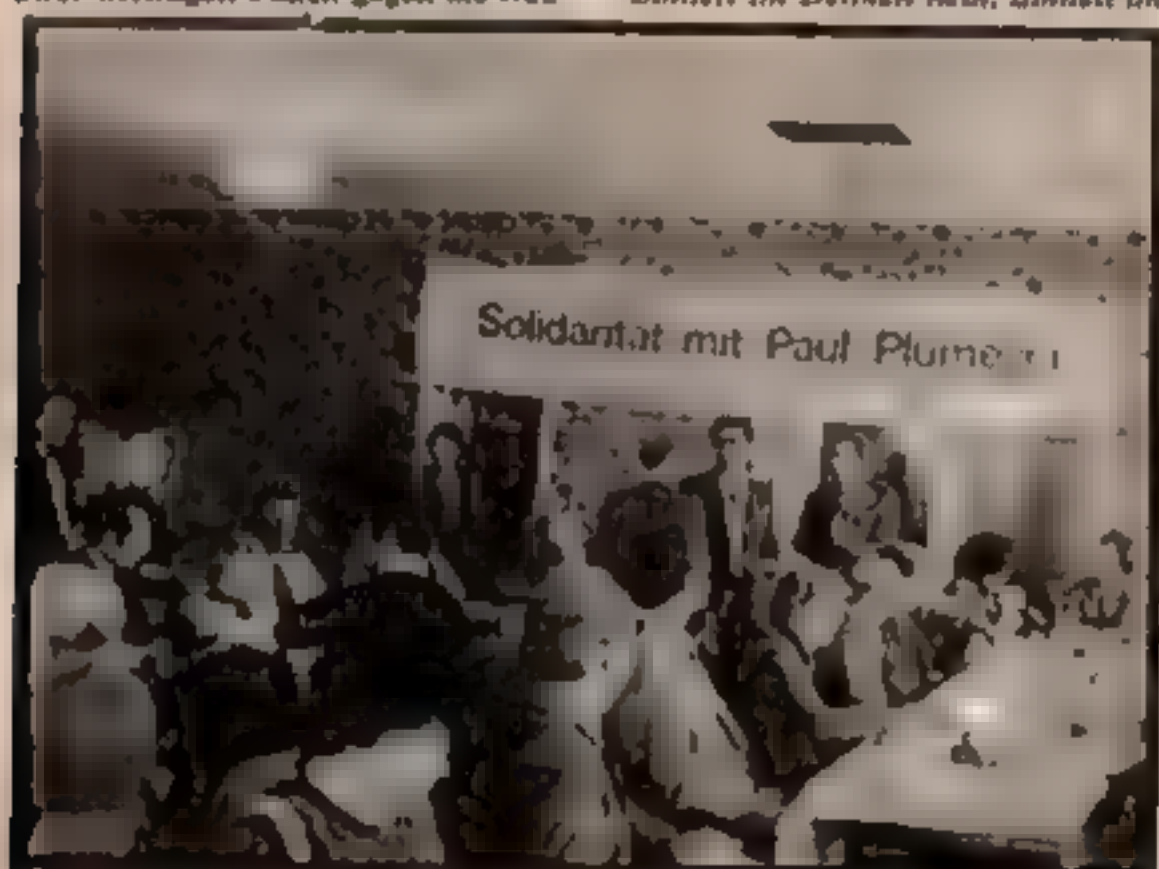
Weshalb sollte das Verhalten der IGM in der Februarausgabe der Funktionszeitung „Der Gewerkschafter“ hatte Eugen Loderer den Kapitalexport in Länder wie Brasilien und Argentinien verteidigt (vgl. AK 172. „Eugen Loderer bricht Lause für den Kapitalexport“). Das Interesse ist eindeutig: Es ist auf's Engste mit den Plänen des VW Konzerns verknüpft, der in diesen Ländern neue Werke aufbaut bzw. das alte ausbaut: VW de Brasil ist der größte private Investor in Brasilien. Und VW de Brasil verweigert den Automobilarbeitern gewerkschaftliche und tarifvertragliche Rechte und läßt Streikende verhaften, foltern und hungern. Dafür trägt nicht zuletzt der Konzernvorstand in Wolfsburg die Verantwortung.

Natürlich kann sich auch ein Gewerkschaftsführer wie Loderer dieser Verantwortung nicht entziehen, schon gar nicht, wenn er als Aufsichtsratsmitglied die Konzernpolitik mitbestimmt.

Im „Gewerkschafter“ hatte Loderer festgestellt, daß Brasilien „sich auf dem Übergang von einer Militärdiktatur zur parlamentarischen Demokratie“ befinde. Trotz alledem verspricht er, sich „auch in Zukunft für die Sache unserer Kollegen in Brasilien zu verwenden“.

Jetzt, wo dies anstandslos, folgt nichts weiter als papierener Protest. Wir sollten in der IGM darauf hinwirken, daß der Kampf der brasilianischen Automobilarbeiter aktiv von der IG Metall unterstützt wird.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft



Delegiertenkonferenz in Nienburg

enschild-Mafia entschieden hat: bei der Zurückweisung des Gewerkschaftsausschusses einer oppositionellen Betriebsratsliste von Bayer Leverkusen und dem Einspruch gegen die Entlassung des linken Verwaltungsstellenleiters von Hannover-Münden, Ferdinand Patzchowski.

— Die heutige „geschlossene Tarifpolitik“ des Vorstands, die auf das Aufstellen von Forderungen verzichtet (auf Kampfmaßnahmen sowieso) und stattdessen Unternehmerangebote abwartet.

Personell spitzt sich der Konflikt zu zwischen der heutigen Mehrheit um Karl Hauenschild (Konzept: „soziale Partnerschaft“) und der Minderheit, die sich mit Paul Plumeyer (Konzept: Gewerkschaft als „sozialer Kampfverband“) solidarisiert.

Wohl mehr ungewollt hat Hauenschild auf der niederrheinischen Bezirksdelegiertenkonferenz den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sich beklagte, daß er sich verteidigen müsse, als sei er „Generaldirektor eines totalitären Unternehmens“ (FR, 12.5.).

Neue Angriffe auf Plumeyer

Plumeyer als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands hatte in seiner berühmten Hannover-Mündener Rede die „sozialpartnerschaftliche“ Ausrichtung der IG-Chemie angegriffen, was ihm prompt einen Mißtrauensantrag der Vorstands-mehrheit einbrachte, die ihn auf dem nächsten Gewerkschaftstag nicht zur Wiederwahl vorschlagen wird. Die Kampagne gegen ihn wird in der Gewerkschaft begleitet mit der Unterstützung der Meinung der Hauenschild-Opposition, die in den IG-Chemie-Publikationen überhaupt nicht zu Wort kommt. Bestenfalls wird die oppositionelle Meinung in völlig diffamierender Weise publiziert, wie jetzt wieder mit einer Rede Plumeyers geschehen, die dieser kürzlich über „Gewerkschaftliche Perspektiven der 80er Jahre“ gehalten hat. Das Redemerkript hat Hauenschild an die IG-Chemie-Funktionäre verschickt als Beweis „für den eigenwilligen und merkwürdigen Demokratieverständnis von Paul Plumeyer“.

In dieser Rede beschuldigt Plumeyer die mangelnde innergewerkschaftliche Demokratie und Diskussion. U.a. ist mehrfach versucht worden, ihn nicht mehr auf IG-Chemie-Versammlungen reden zu lassen. Er entwickelt seine Vorstellungen von Gewerkschaft als „sozialer Kampfverband“ und äußert über die derzeitige IG-Chemie die Befürchtung, daß sie zum „toten Zweig der Heilmittelverkäuferei, der es mit Beten und Gebeten bewenden läßt“. Erstmals kritisiert er auch öffentlich die Tarifpolitik der

Handeln ja“, ist für Hauenschild zersetzendes Gift (greift sie doch meine unangefochtene Position an): „Mit der Begründung, daß eine Mehrheit nicht darüber entscheiden kann, was richtig oder falsch ist, verweigern viele linke und rechte Diktatoren den von ihnen regierten Völkern freie, gleiche und geheime Wahlrecht“, spürt er seine Ablehnung demokratischer Rechte aus.

Delegiertenkonferenzen: starke Minderheit

Delegiertenkonferenzen: starke Minderheit

Jeder weiß, daß Gewerkschaftstage und auch deren Vorbereitung in Delegiertenkonferenzen nicht Ausdruck wirklicher Demokratie sind, sondern Teil der demokratischen Legitimation, mit der sich die herrschenden Gewerkschaftsbürokratien schmücken. In der IG Chemie bekommt allerdings die Vorbereitungsphase des Gewerkschaftstages eine besondere Bedeutung, da der derzeitige Konflikt in vollem Umfang den Funktionskörper bis hin zum Hauptvorstand erfaßt hat und mittlerweile zu einem stark polarisierten Machtkampf geworden ist. Entsprechend verlaufen auch die Delegiertenversammlungen, auf denen auch die Delegierten zum Gewerkschaftstag gewählt wurden und in der Regel die eingangs erwähnten Konflikte behandelt wurden. Folgender Stand ist uns bekannt.

In Vorbereitung der Bezirksdelegiertenkonferenz hatten die Verwaltungsstellen Hannover-Münden, Nienburg und Bremen fast einstimmig die Minderheitenpositionen verschoben und Plumeyer aufgefordert, erneut für den Hauptvorstand zu kandidieren. Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz selber brach der Machtkampf bei der Delegiertenwahl voll auf. So ersetzte die Hauenschild-treue Mehrheit den von der Nienburger Verwaltungsstelle gewählten dortigen (linken) Vizepräsidenten durch einen Kandidaten, der in Nienburg erst kürzlich aus dem Vorstand abgewählt wurde. Der in Bremen gewählte Kandidat für den IG-Chemie-Berat wurde durch einen anderen Bremer (Hauenschild-Anhänger) ersetzt.

Hamburg: In Vorbereitung der Bezirkskonferenz gelang es überraschend, eine Verurteilung Plumeyers zu verhindern. Neben der Verabschiedung fortschrittlicher Anträge (Beibehaltung der Rechte des Beschwerdeausschusses) wurden auch einige fortschrittliche Delegierte gewählt.

Hannover: In der Verwaltungsstelle Köln setzten sich mit klarer Mehrheit Kandi-

IG-Chemie-Konflikt weiter zugespitzt

Der DGB-Landesvorstand Baden-Württembergs hat dem Reutlinger DGB-Kreisvorsitzenden Klaus Knödel das Vertrauen entzogen. Anlaß war ein Interview mit Knödel in der April-Ausgabe der alternativen Stadtzeitung „Statt-Bild“.

Wandte er sich darin doch gegen innergewerkschaftliche Argumente pluralistischer Verpflichtungen des DGB, die so oft für die Enthaltsamkeiten der Gewerkschaften bezüglich eindeutiger politischer Aussagen und Aktivitäten erhalten müssen, etwa für die Nichtbeteiligung des DGB am Internationalen Frauentag.

Sprach er doch von einem starken Rechtsruck im DGB, den man fast schon nicht mehr aufhalten könne. Trotz der starken Bedrohung der Gewerkschaften durch die Strauß-Kandidatur bestehe das Verbot des DGB, mit den Anti-Strauß-Komitees zusammenzuarbeiten.

Im Interview im „Statt-Bild“ kann nur der Anlaß für den Vertrauensentzug gesehen werden. Durch die relativ kleine Auflage wurde kaum eine größere Öffentlichkeit erreicht (man kann nur ahnen, auf was für Wegen dieses Interview an Landes- und Bundesvorstand gelangte). Man sah hier einfach einen willkommenen Anlaß, einen unliebsamen Gewerkschaftler abzuschieben.



Trat von seinem Amt zurück: Reutlinger DGB-Vors. Knödel

Bauer-Verlag will Betriebsrat feuern

Wegen angeblicher „Amtspflichtverletzung“ will der Hamburger H. Bauer-Verlag (Hersteller vieler Schularbeitsblätter wie „Prüfung“, „Wochenend“ und „Neue Revue“) den ganzen elfköpfigen Betriebsrat feuern und hat dementsprechend einen Antrag beim Hamburger Arbeitsgericht gestellt. Ein wirklich einmaliger Vorgang in der westdeutschen Prozessgeschichte.

Angefangen hatte die Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung auf einer Betriebsversammlung im Dezember 1979 mit einer „Solidaritätserklärung des Betriebsrates für die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden HNR Kollegen. Der Betriebsrat des Heinrich Bauer-Verlages, hielt es da, weiß aus eigener Erfahrung, was aus der Pressefreiheit wird, wenn sie privaten Verlegern überlassen ist“ („Morgenpost“, 12.5.80). Hatte es innerbetrieblich schon nach dieser Erklärung (die in der monatlichen Betriebsratszeitung abgedruckt war) eine Auseinandersetzung gegeben, weil beim Betriebsrat einige empörte Leserbriefe von Mitarbeitern angekommen waren nach dem Motto, der Betriebsrat solle sich aus politischen Auseinandersetzungen enthalten usw., sah die Geschäftsleitung sogar

„marxistisches Kampfvokabular“ und „Systemveränderer“ am Werk.

Vor der letzten Betriebsversammlung im März dieses Jahres verteilten zwei Betriebsratsmitglieder einen Artikel aus der Gewerkschaftszeitung „Jan“, in der sich mit den verschiedenen im Bauer-Verlag erscheinenden Zeitschriften auseinandergesetzt wird. So wird dem Bauer-Verlag vorgeworfen: „durch unweitere Berichterstattung Menschen in Not und Krankheit“ gestürzt zu haben. Die Geschäftsleitung warf nun den beiden Betriebsratsmitgliedern eine grobe Amtspflichtverletzung vor und forderte gleichzeitig den Betriebsrat auf, sich von den beiden angegriffenen Kollegen zu distanzieren.

Da der Betriebsrat aber eine Distanzierung verweigerte, erweiterte die Geschäftsleitung die Amtspflichtverletzung gleich auf den gesamten Betriebsrat, da laut Geschäftsleitung das „Verhältnis zum Betriebsrat ... auf dem Nullpunkt angelangt (sei) und er (der Geschäftsleiter) keine andere Möglichkeit als ein Amtsenthebungsverfahren, wenn der Betriebsrat nicht doch noch zur Vernunft zurückkehrt“ („Frankfurter Rundschau“, 12.5.80). Ein Geschehen des Druckbereiches KB/Gruppe Hamburg

Klausurtagung des IGM-Vorstandes: Selbstgefälliges Urteil über Tarifpolitik

In einer Klausurtagung, die vom 21. bis 23. April in Travemünde stattfand, hat der IG Metall-Vorstand die diesjährige Tarifrunde analysiert und ausgewertet.

Mitglied für die Vorstands-Beurteilung waren die Beschlüsse der Klausurtagung vom April 1979, durch die das tarifpolitische Konzept aktualisiert wurde.

1. Festgelegt wurde im April 1979 die Notwendigkeit einer umfassenden Information,
2. eine intensive Koordinierung
3. neue Formen der tarifpolitischen Beweglichkeit

Anlaß für diese Beschlüsse waren vor allem die Erfahrungen aus dem Stahlarbeiterstreik 1978/79.

Das Fazit der Travemünder Tagung ist kurz gesagt: Der Vorstand hat seine eigene geänderte Schwerpunktsetzung gut gemeinert. Für Unzulänglichkeiten und Pannen, die auch Anlaß zur Kritik boten, sind wesentlich die einfachen Funktionäre und Mitglieder verantwortlich.

IGM-Vorstand setzt Lohnleitlinie fest

Sichtbarer Ausdruck der sogenannten neuen Koordination war, daß der Vorstand erstmals öffentlich ein Forderungsvolumen vorgab, dessen Obergrenze von 10,5 Prozent die Gesamtforderung der Tarifkommission nicht übersteigen durfte.

Sinn und Zweck der Lohnleitlinie war, die betrieblichen und öffentlichen Forderungsebenen einzuordnen, um aus der Sicht der Gewerkschaftsführer überhöhte Forderungen abzuwehren und eine überzogene Erwartungshaltung bei den Mitgliedern einzudämmen.

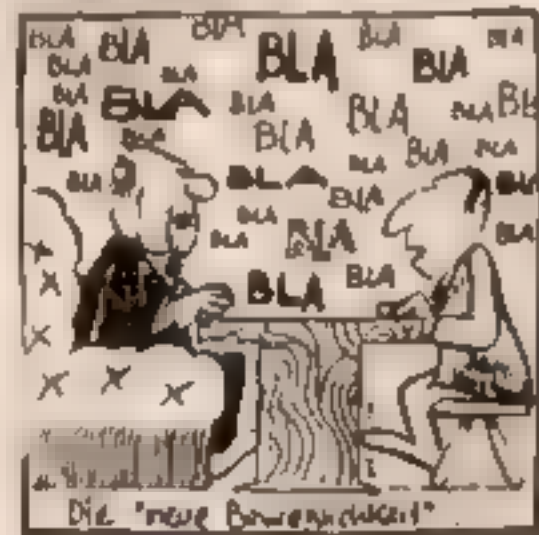
Diese Lohnleitlinien sind mit Sicherheit eine Konsequenz aus dem vorausgegangenen Stahlarbeiterstreik. Zu diesem Streik hatten die IGM-Führer gebeten, um durch Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit die Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen. Mit dieser Parole hatten die Gewerkschaftsführer insbesondere in den kampfstarken Stahlbetrieben Erwartungen geweckt, die sie später nicht realisieren wollten.

Der zweite Aspekt der „neuen Koordination“ war die Übernahmevereinbarung, nach der alle Bezirke das im „Pilotgebiet“ erzielte Verhandlungsergebnis übernehmen mußten,

womit die übrigen Verhandlungen vollständig zur Parze degradiert wurden.

Im Bezirk Heusen hatte die Übernahmeverpflichtung zur Folge, daß auch der Vorstand über die schließliche Mehrheitsentscheidung der Tarifkommission rigoros hinwegsetzte, was bei den Mitgliedern heftige Kritik auslöste.

Der Ansatzpunkt zur Überwindung solcher Differenzen sieht der Vorstand in einer offensiven Debatte über das Verhältnis seiner eigenen Tarifhoheit und dem nur empfehlenden Charakter der regionalen Tarifkommissionen.



IGM-Vorstand registriert „Entsolidarisierungstendenzen“

Erwartungsgemäß hat sich der Vorstand selbstgefällig bescheinigt, seiner Informationsfunktion gerecht geworden zu sein.

Lediglich bei der Forderung nach stärkerer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stellt der IGM-Vorstand „keine der Abwehrhaltung von Gesamtmetall vergleichbare Geschlossenheit fest“.

Die Gründe hierfür seien einerseits eine zunehmende Verankerung dieser Forderung bei den Mitgliedern, aber andererseits auch „Entsolidarisierungstendenzen“.

Leider vermeidet der Vorstand an dieser Stelle eine Konkretisierung seiner Beobachtungen, denn bisher war es vielmehr so, daß sich Mindest- oder Sockelbeträge und auch reine Festgeldforderungen einer zunehmenden Beliebtheit in den Betrieben erfreuen, während aus Bezirks- und Vorstandsebene solche Anträge abgelehnt wurden.

Von daher ist viel wahrscheinlicher, daß die Vorstands-Alternative,

wehrhaltung von Gesamtmetall vergleichbare Geschlossenheit fest

Die Gründe hierfür seien einerseits eine zunehmende Verankerung dieser Forderung bei den Mitgliedern, aber andererseits auch „Entsolidarisierungstendenzen“.

Leider vermeidet der Vorstand an dieser Stelle eine Konkretisierung seiner Beobachtungen, denn bisher war es vielmehr so, daß sich Mindest- oder Sockelbeträge und auch reine Festgeldforderungen einer zunehmenden Beliebtheit in den Betrieben erfreuen, während aus Bezirks- und Vorstandsebene solche Anträge abgelehnt wurden.

Von daher ist viel wahrscheinlicher, daß die Vorstands-Alternative,

Skandal: Juso-Vorsitzender Anwalt gegen Danielowski

Göttingen. Wie bereits im AK berichtet, ist der bei „Arbeit und Leben“ angestellte Jürgen Danielowski aufgrund seiner fortschrittlichen und erfolgreichen Bildungsarbeit ins Scheitelfeld rechter Gewerkschaftsführer geraten. In einer Kette von Arbeitsgerichtsprozessen gegen „Arbeit und Leben“ hat er sich bisher (d.h. in 1 Instanz) erfolgreich gegen seine Kündigung, gegen die Anfechtung seiner Betriebsratsmitgliedschaft und gegen seine Versetzung gewehrt. Unterstützt wird er dabei nicht nur von seinen Kollegen/innen, sondern alle gewerkschaftlichen Gliederungen in Göttingen bis zum Kreisvorsitzenden haben sich für seine Weiterbeschäftigung ausgesprochen.

Angesichts dieser Situation ist es fast unglücklich, in einer erneuten Verhandlung am 9.5. trat der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder als Anwalt von „Arbeit und Leben“ auf. Vor einem vollbesetzten Prozeßsaal mit ca. 60 Danielowski-Unterstützern entblödete er sich nicht, den politischen Hintergrund der Angriffe auf Danielowski glattweg abzustreiten: „Was in diesem Fall öffentlich diskutiert wird, liegt weit neben der Sache. Hier geht es nicht um eine gewerkschaftspolitische oder überhaupt politische Frage, sondern um die Klärung eines Arbeitsverhältnisses“. Für Schröder geht es wohl mehr darum, seine Partei- und Anwaltskarriere durch vorzubereiten, daß er sich in der Wahl seiner Mandanten jeglicher linker Skrupel entledigt.

Erfreulich ist, daß sich die Juso-Hochschulgruppe in einem „Offenen Brief“ an Schröder von ihm distanzieren hat und ihn zur Niederlegung seines Mandats auffordert. Eine Entscheidung dieses Gerichts die un-

ter seiner Mitwirkung zustande käme, gegen den Kollegen Danielowski, würde nicht nur dessen Existenz bedrohen, sondern auch unserer gemeinsamen Sache – der Stärkung der Gewerkschaften – schweren Schaden zufügen“. Dazu verteilten die Jusos im Prozeß das Tucholsky-Gedicht „An einen Bonzen“.

Die Verhandlung endete mit der Einigung beider Seiten, daß Danielowski auf seinem bisherigen Arbeitsplatz weiterbeschäftigt wird, bis über die Berufung in seinem Kündigungsschutzprozeß entschieden ist.

KB/Gruppe Göttingen

Auf der Göttinger Kundgebung des DGB am 1. Mai erklärte sich das IG Chemie-Vorstandsmitglied Paul Plumeyer solidarisch mit Jürgen Danielowski. Plumeyer sagte: „Ich finde es schon schlimm, wenn in einer Institution, die den Gewerkschaften nahesteht und in der Gewerkschafter das Sagen haben, Beschäftigte um ihre rechtliche Position kämpfen müssen. Ich finde, daß die Institutionen der Gewerkschaften eine besondere Verpflichtung haben, in Fragen des Arbeitsverhältnisses ihrer Beschäftigten andere Positionen zu beziehen. Der Kollege Danielowski hat hier an diesem Ort, in diesem Bereich, andere Bildungsarbeit gemacht. Deswegen verstehen wir ihm heute an dieser Stelle, an diesem 1. Mai auch unsere Solidarität. Wir wünschen gleichzeitig dem Kreisvorstand des DGB und seinem Vorsitzenden, daß er an dieser Stelle und in dieser Frage die entsprechende Durchsetzungskraft behält.“

Mindestbeträge über andere Wege durchzubringen (z. B. über neue Formen der Entgeltendifferenzierung) eine Anpassung an den Widerstandskurs von Gesamtmetall bedeutet. Der Kapitalistenverband hat gegen diese „Gleichmacherei“ ganz prinzipiell hartnäckigste Gegenwehr angekündigt und in diesem Jahr erfolgreich durchgesetzt.

Die „neue Beweglichkeit“ wurde noch nicht praktiziert

Hinter diesem anspruchsvollen Begriff verbirgt sich erstmalig ganz schlicht, daß die Gewerkschaftsführer zukünftig insbesondere in der Endphase der Tarifverhandlungen auch mit Warnstreiks operieren wollen.

Die Voraussetzung dafür, daß zukünftig auch unterhalb der Schwelle des gewerkschaftlichen Streiks Aktionen an der Basis möglich sind, wurden durch das neue Schlichtungsabkommen geschaffen.

Dieses stellt den Wegfall des Einlassungszwanges auf ein Schlichtungsverfahren und den Wegfall der „Friedenspflicht“ vier Wochen nach Auslaufen des Tarifvertrages sicher.

Zur Einleitung der Tarifauseinsparung sind Warnstreiks sicher möglich. Nur darum geht es überhaupt nicht. Tatsächlich bedeutet die „neue Beweglichkeit“ eine weitere Einschränkung des gewerkschaftlichen Streiks. Nämlich anstelle von Urabstimmung und zumindest Schwerpunktstreiks in einem Bezirk sollen die Warnstreiks treten.

Der Hintergrund für diesen Wandel ist offensichtlich. Die Gewerkschaftsführer wollen die Kapitalistenpraxis der letzten Jahre, auf Schwerpunktstreiks mit Aussperrung zu reagieren, durch Aufgabe des Streiks unterlaufen, eine wirklich radikale Taktik!

Auf der Travemünder Tagung haben die IGM-Vorstände allerdings alle Verdächtigungen, sich mit der Aussperrung abfinden zu wollen, entschieden bestritten und ausdrücklich betont, „daß der Kampf für ein Verbot der Aussperrung mit unverminderter Härte weitergeht“.

Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts über die Aussperrung soll über das weitere Vorgehen beraten werden. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß die Gewerkschaftsführer vor Gericht eine Niederlage einstecken, muß man sich einiges vorstellen.

praxis der letzten Jahre, auf Schwerpunktstreiks mit Aussperrung zu reagieren, durch Aufgabe des Streiks unterlaufen, eine wirklich radikale Taktik!

Auf der Travemünder Tagung haben die IGM-Vorstände allerdings alle Verdächtigungen, sich mit der Aussperrung abfinden zu wollen, entschieden bestritten und ausdrücklich betont, „daß der Kampf für ein Verbot der Aussperrung mit unverminderter Härte weitergeht“.

Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts über die Aussperrung soll über das weitere Vorgehen beraten werden. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß die Gewerkschaftsführer vor Gericht eine Niederlage einstecken, muß man sich einiges vorstellen, denn bisher wurde ausschließlich auf diese Schiene ge-

Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß die IG-Metall-Führung ihre tarifpolitischen Vorstellungen in diesem Jahr in der Mitgliedschaft problemlos durchsetzen konnten, und es ihnen sogar gelang, mittels der genannten neuen Schwerpunkte die minimalen Möglichkeiten der Mitglieder weiter auszuweiten und die zentrale Lenkung von oben auszubauen. Allerdings ist kaum vorstellbar, daß diese Entwicklungstendenzen von allzu langer Dauer ist.

Da freut sich der Arbeiter...



Ein erfreuliches Arbeitsgerichtsurteil erfolgte kürzlich in Italien: 100 Arbeiter des italienischen Zweigwerkes einer japanischen Firma für Reißverschlüsse hatten das Arbeitsgericht der mittelitalienischen Kleinstadt Ascoli Piceno angerufen, weil sie der Meinung waren, daß ihre 1) japanischen Vorgesetzten sie zur Arbeitsheize antreiben würden, eine exzessive Aktivität an den Tag legten und sich dauernd in die Produktion einmischen würden. Dadurch seien statt der vorgesehenen 200 nur 100 neue Arbeitskräfte eingestellt worden.

Italien Kommission

Tarifrundnachrichten

Nach 24 Verhandlungen: Neuer Montage-Tarifvertrag

Nach einer Verhandlungsdauer von rund drei Jahren und 24 Verhandlungsrunden, einigten sich die IG Metall-Führer und der Kapitalistenverband Gesamtmetall auf einen neuen Tarifvertrag für die etwa 200 000

Vor diesem Abschluß legten am 14. und 15. April etwa 4 500 Montage-Arbeiter auf über 700 Montagestellen die Arbeit nieder. Nach 21 erfolglosen Verhandlungsrunden hatten die IG-Metall-Verwaltungsstellen zu diesen Protestaktionen aufgerufen.

Nach dem neuen Vertrag erhalten die Montagearbeiter vom 1. Mai an einen Montageschlag auf den Tariflohn von 13 Prozent je Stunde statt bisher 12 Prozent. Ursprünglich hatten die Gewerkschaftsführer eine Erhöhung auf 15 Prozent gefordert. Für den dienstlichen Einsatz eines privaten PKW erhalten die Beschäftigten künftig ein Kilometergeld von 36 statt bisher 32 Pfennig.

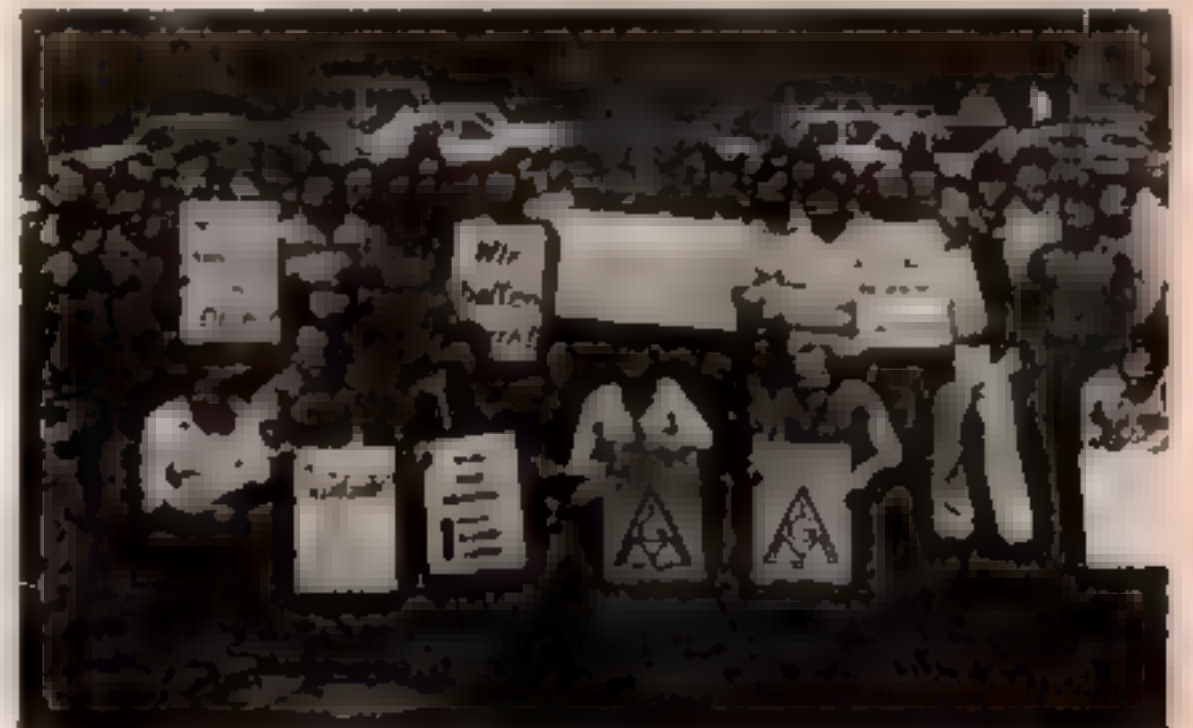
Postgewerkschafter üben herbe Kritik am Tarifabschluß

Auf dem 23. Bezirksgewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin witzten sich zahlreiche Delegierte mit der letzten Tarifrunde kritisch auseinander. Ein Kollege brachte den Ablauf auf folgende Kurzformel: „Erst füllen wir Fragebogen aus, dann diskutieren wir unsere Forderung, dann werden Aktionen überlegt und dann kommt das kalte Grausen und dann Austritte“.

Hauptkritik der Mitglieder ist die totale Einflüßungskraft. „Wir können uns die Köpfe heiß reden, Entschlüsse fassen, die Lohnempfehlung des Vorstands wird trotzdem beschlossen“.

Und das Fazit der Kritiker: „Die gegenwärtige Art und Weise, wie Tarifpolitik gemacht wird, ist sinnlos“.

Um den Vorstand wachzurütteln schlug ein Kritiker vor, „daß alle Mitglieder für 14 Tage aus der Gewerkschaft austreten sollten“.



In der ganzen Bundesrepublik legten 4500 Montagearbeiter die Arbeit nieder

Lohnabschluß im Kohlenbergbau

Noch vor Ablauf der Friedenspflicht einigten sich die Tarifparteien im Kohlenbergbau auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,15 Prozent für die rund 142 000 Beschäftigten. Außerdem erhalten die 77 000 unter Tage arbeitenden Kumpel einen Sonderzuschlag von 5 Mark, durch die vom Staat beschlossene Erhöhung der Schichtprämie auf 10 Mark.

In der ganzen Bundesrepublik legten 4500 Montagearbeiter die Arbeit nieder

Lohnabschluß im Kohlenbergbau

Noch vor Ablauf der Friedenspflicht einigten sich die Tarifparteien im Kohlenbergbau auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,15 Prozent für die rund 142 000 Beschäftigten. Außerdem erhalten die 77 000 unter Tage arbeitenden Kumpel einen Sonderzuschlag von 5 Mark, durch die vom Staat beschlossene Erhöhung der Schichtprämie auf 10 Mark.

Die IG Bergbau-Führer hatten vor der Tarifrunde großspurig angekündigt, daß in der diesjährigen Tarifrunde der Bergmann wieder an die Spitze der Lohnskala gebracht werden soll.

Erwartungsgemäß haben die Gewerkschaftsführer dieses Ziel weit verfehlt, denn in den letzten Jahren lagen die Tarifabschlüsse immer unter dem Durchschnitt anderer Branchen.

Streiks in der Textilindustrie

Am 5.5. streikten etwa 3 800 Textilarbeiter in 22 Betrieben Baden-Württembergs für kurze Zeit. Nach am gleichen Tag einigten sich die Tarifpartner in diesem Bezirk auf Lohn- und Gehaltserhöhungen um 6,9 Prozent.

Am 6.5. wurden für die Beschäftigten dieser Branche in Nordrhein-Einkommensverbesserungen von 6,6 Prozent sowie stärkere Anhebungen der unteren Lohngruppen vereinbart. Auch hier fanden am Tag des Abschusses bis zu anderthalbstündige Warnstreiks statt, an denen sich etwa 3 500 Kollegen beteiligten.

Erste Verhandlungen in der Chemieindustrie

Ohne Ergebnis blieben die ersten Verhandlungsrunden für die Chemiearbeiter in den Bezirken Heusen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz. Die IG Chemie fordert Einkommenserhöhungen von 8,5 bis 9 Prozent, und Erhöhungsbeträge von rund 200 Mark durch strukturelle Veränderungen innerhalb der Lohn- und Gehaltsgruppen.

Rotbuch zum Rotwerden...



Rotbuch zum Rotwerden...



Die Zeitschrift DASDA* zu diesem Buch ... Die abgedruckten Dokumente beweisen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden.

1973 wanden in den DGB Gewerkschaften die sogenannten Unionskassabücher, nach deren Abdruck eine kommunistische Organisation an gehört oder deren Politik gegenwärtig im Text der Gewerkschaften steht, veröffentlicht. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandsliste zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unionskassabücher zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle Haltung der Politik der Gewerkschaften entgegenstehende Akt nicht zu kontrollieren versucht. Die Unionskassabücher sind daher auch ein Bestandteil der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen, die den Spießraster der innergewerkschaftlichen Demokratie (zunehmend) angeordnet haben. Auf den Charakter der DGB Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ Organisationen, die das heißt ihre in die Regierungspolitik hineinwirken wollen.

Dieses Buch geht darüber hinaus auf die Analyse im Hauptteil werden über 100 ausgewählte 9.2.1.1. aus dem Bereich der IG OTV 10 Chemie IG DFBH HSB und DGB 1.4.1.4. unter mehr als 10 000 Buchstaben umfassend beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3 361 011 01 1
450 Seiten, DM 12
Rotbuch Verlag, Lanchow 78
2000 Hamburg 60

Linke und fortschrittliche Betriebsräte
gegen Überstunden — aber wie?

Entlassungen ohne Ende

„Wir müssen dem Leben in Ordnung bringen und mit aller Macht rationalisieren.“ Ob wir unsere Belegschaft um 10.000, 15.000 oder 15.000 Mitarbeiter reduzieren müssen, kann ich im Moment nicht sagen. Aktuell sind zur Zeit 13.000.“ Der, der diese Worte ausspricht, ist der neue AEG-Chef Dürr (laut „Jahresheft“ vom 10.3.1980).

Dies, für die diese Worte mit ziemlicher Sicherheit Entlassungen mit sozialer Deklassierung, eine drastische Senkung der Lebensqualität und unter Umständen eine lange und oft demütigende Behandlung durch Arbeitsämter und Behörden bedeuten, und (nach bis jetzt vorliegenden, nicht vollständigen Informationen):

- 600 Kolleg(inen) beim AEG Motorenwerk Emlingen
- 500 Kolleg(inen) bei AEG-Kanis Emen
- 1000 Kolleg(inen) durch Schließung von AEG-Werk II in Hannover
- 900 Kolleg(inen) beim Werk Berlin Brunnenstraße
- 550 Kolleg(inen) im Werk Berlin Wendenstraße
- 250 Kolleg(inen) durch Schließung der Hartmann und Braun Werke in Braunschweig und Erbertadt
- 350 Kolleg(inen) bei AEG Ulm
- 1500 Kolleg(inen) im Olympiawerk in Braunschweig

Diese, und die etlichen tausende weiterer Entlassungen, sind der Höhepunkt einer Entwicklung — jedoch nicht grundsätzlich Neues — in der AEG-Konzernpolitik. So wurde die Belegschaft der AEG-Konzerns von 1970 bis 1978 um 28.000 auf derzeit 132.000 reduziert, während der Umsatz im gleichen Zeitraum fast verdoppelt wurde (von 8,4 Mrd. DM auf 13,1 Mrd. DM), während der Umsatz im gleichen Zeitraum fast verdoppelt wurde (von 8,4 Mrd. DM auf 14,1 Mrd. DM). Trotz der für 1980 angekündigten Massenentlassungen ist für dieses Jahr eine Umsatzsteigerung von 5 bis 7 % geplant. Gleichzeitig sollen die Entlassungen mit dem Argument gerechtfertigt werden, daß hier ein Kassenkonzern am Boden liege und „wir alle“ Opfer bringen müssen.

Die Entwicklung des
AEG-Konzerns nach dem Krieg
und die momentane Lage

In den Jahren 1952 bis 1970 — den sogenannten Wirtschaftswunderjahren — lagen die Markteinsätze der AEG-Aufschwübe, wie sie typisch sind für den Weg eines westdeutschen Konzerns. Zwischen 1960 und 1970 wurde das Grundkapital von ca. 300 auf 610 Millionen Mark verdoppelt. Die Zahl der Beschäftigten erreichte 1970 mit 160.000 ihren Höhepunkt. Die Investitionen wuchsen gewaltig, aber zwischen 1965 und 1970 wurden nahezu 1 Mrd. DM in Gebäude und Maschinen investiert, überwiegend zur Produktionsvergrößerung. Gleichzeitig rückte die AEG ihre Konkurrenz planlos aus dem Feld. Zwischen 1967 und 1970 waren es nicht weniger als 30 Unternehmen, die geschloß wurden oder durch hohe Belegungen unter die Kontrolle der AEG gerieten. Darunter waren so bekannte Namen wie Linde, Alcatel, NFI-P, Hartmann und Braun oder Telefunken und Normal. Zeitweise war die AEG auch an der Kraftwerkunion (KWU) beteiligt.

Im Konsumgüterbereich wurde die AEG durch Beschaffung der Klein- und Mittelbetriebe zur Nummer Eins in der Elektrobranche.

Ab Anfang der sechziger Jahre traten Absatzschwierigkeiten im Konsumgüterbereich auf (bedingt durch Marktsättigung, Konkurrenz und steigende Konkurrenz). Dies führte jedoch keineswegs zu den hohen Zahlen, wie es der AEG-Vorstand die Öffentlichkeit zu gerne glauben lassen möchte. Tatsächlich wurde die Entwicklung schon frühzeitig erkannt und durch eine Reihe von Maßnahmen abgefangen. Einmal

durch die Entlassung von tausenden von Kollegen und Kolleginnen und durch eine enorme Produktivitätssteigerung aufgrund von Rationalisierung zum anderen durch die Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer, vor allem nach Brasilien, Venezuela und Spanien. Die Zahl der AEG-Beschäftigten im Ausland stieg von 1973 bis 1978 um über 20 % von 25.000 auf 31.000, ihr Anteil an der Produktion um 50 % — von 10 % auf 15 % der Gesamtproduktion.

Eine weitere Maßnahme ist die Abkehr von der Konsumgüterindustrie. Die AEG-Herren setzen verstärkt auf ihr anderes Pferd: Energie- und Industrietechnik, Nachrichten- und Verkehrstechnik. Ihr besonderes Steckpferd die Rüstungsproduktion. Hier ist die AEG schon heute der bedeutendste Elektrokonzernt in diesem profitablen Bereich und Erweiterungen geplant.

Die AEG selbst hat eine alte Tradition fort. In der feuchtschischen Diktatur war AEG-Telefunken das „Auge und Ohr“ der Nazi-Wehrmacht. Im Bereich Infrarottechnik (z. B. Nachtsichtgeräte) werden jetzt in Hellbronn 100 Mio. DM investiert.

Insgesamt macht die Rüstungsproduktion heute schon 18 % des AEG-Umsatzes aus (mit steigender Tendenz). Der Konsumgüterbereich stieg von 65 % auf 57 % (zwischen 1973 und 1978).

Daß es der Firma AEG so schlecht nicht gehen kann, zeigt nicht zuletzt auch das Verhalten der Banken, allem voran der Dresdner Bank. Sie haben ihren Anteil an diesem Konzern von 40 % auf 60 % erhöht.

uffen Aktien sich diesem Konzern von 40 % auf 60 % erhöht.

Der „Sozialplan“

Eine Frechheit von fast schon unglaublichem Ausmaß ist der „Sozialplan“, den der Konzern Anfang Februar vorgelegt hat. Wer weniger als drei Jahre im Betrieb beschäftigt war, jünger als 25 Jahre ist und nun entlassen wird, bekommt NICHTS! Wer 35 Jahre bei AEG gearbeitet hat, bekommt höchstens 17 Monatsgehälter. Wer länger gearbeitet hat, bekommt auch nicht mehr. Das heißt im besten Fall ein halbes Monatsgehalt pro Jahr Betriebszugehörigkeit.

Die Widerstände
gegen die Entlassungen

Seit mehr als einem halben Jahr laufen in verschiedenen AEG-Betrieben Widerstandaktionen gegen die geplanten Entlassungen.

— Warnstreik bei AEG-Kanis in Emen (Juni 1979). 1600 Kollegen demonstrieren in Emen gegen Stilllegung (Juli 1979). 1500 Kollegen und Kolleginnen demonstrieren vor der Hauptverwaltung in Frankfurt und Überlingen 32.000 Unterschriften unter einer Solidaritätsklärung mit den Kolleginnen und Kollegen von AEG-Kanis.

— fast 2000 Beschäftigte der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH in Hannover streiken mehrere Stunden gegen die vorgesehene Schließung des Werkes II in Hannover (November 1979).

— kurz nachdem die „Sanierungspläne“ bekannt werden findet ein Warnstreik im AEG-Werk Emlingen statt. Dezember 1979. Im Nürnberger AEG-Werk werden die Überstunden verweigert, um gegen die Schließung von AEG-Kanis in Emen zu protestieren. In Emlingen wird am 1. Mai (da der DGB keine Demonstration durchführte) von der AEG-Kanis eine eigene Demonstration organisiert.

(Fakten, Zahlen und Zitate nach AEG, Verlag Neuer Weg, Stuttgart 1980)

Ein AK-Leuer am Emlingen

Sonderzuschüssen, Überstunden in der laufenden Woche, Überstunden am Wochenende gehören weiterhin zum menschenwürdigen kapitalistischen Alltag für Millionen von Arbeitern und Angestellten in der BRD.

Demgegenüber steht mit vielen Jahren eine Sockelarbeitslosigkeit von ca. einer Million Arbeiter und Angestellten mit kaum einer Möglichkeit, wieder in absehbarer Zeit Arbeit zu bekommen, sowie im letzten Halbjahr 1979 noch ca. 200.000 Kurzarbeiter, verteilt über alle Branchen.

So war z. B. der Durchschnitt der bezahlten Wochenstunden aller männlichen Beschäftigten im Zeitraum 1977/78 42,2 Stunden pro Woche. Dem entsprechend schreibt der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber (BDA) in seinem Jahresbericht 1978, der wohl auch heute noch seine Gültigkeit hat: „Die Voraussetzung der Produktionskapazitäten in einem Betrieb für mehrere Monate festgelegt, können kurzfristig abrundernde Auftragspitzen nur durch Sondermaßnahmen bzw. Überstunden bewältigt werden. Aus Kostengründen können weder Personal noch Maschinen über den normalen Bedarf hinaus bereitgestellt werden.“ Weiter wird auch in einem Artikel in der Zeitung „Blick durch die Wirtschaft“ vom 31.5.78 geschrieben: „Viele Aufträge sind nur herbeizuholen mit Überstunden, bei denen Überstunden von vornherein unvermeidbar sind“ — also schon in die Arbeitsplanung eingeplant werden. So lag auch in der westdeutschen Druckindustrie die Kapazitätsauslastung 1977 bei der seit Jahren nicht erreichten Höhe von 98,7 % im Durchschnitt, die Spitzen einiger Großbetriebe, die weit über 100 % betreffen, nicht berücksichtigt (nach „Profile“ gegen Bleistift, Entwicklung in der Druckindustrie und die Politik der IG Druck, S. 42).

Unser Artikel soll sich nicht mit den kapitalistischen Zwängen in der freien Marktwirtschaft beschäftigen, sondern mit dem Problem von linken und fortschrittlichen Betriebsräten behandeln, die doch an sich grundsätzlich gegen Überstunden eingestellt sind, andererseits aber auf die jeweilige Belegschaft eingehen müssen, die (aus welchem Grunde auch immer) Überstunden machen will bzw. auch muß.

Der vorgelegte Artikel versteht sich als ein Versuch, die notwendige innerorganisatorische Debatte um unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wieder mehr in den Vordergrund zu stellen und gegen meine Ansicht sektiererische Vorstellungen aufzutreten, die auf der letzten Arbeitskonferenz des KB geäußert wurden.

Firma X, ein Beispiel für viele

Firma X, ein Beispiel für viele

Die Firma X, ein Mittelbetrieb in Norddeutschland, gehört zu den vielen Betrieben, in denen fast das ganze Jahr (1) über eine große Anzahl von Überstunden gemacht werden. Dazu gehören Überstunden am Wochenende sowie auch mehr oder weniger Schichten in der laufenden Woche. In den letzten Jahren war es schon ein Wunder, wenn es in diesem Betrieb keine Überstunden gab. Die Überstundenanzahl bei der ca. 760 Beschäftigten umfassenden Firma geht pro Monat in 30 bis 40 Stunden über. Um überhaupt seine Termine einzuhalten, muß der Kapitalist Überstunden von vornherein mitplanen, da z. B. Produkte genau auf einen bestimmten Tag im Monat ausgeliefert werden müssen.

Bei vor den letzten Betriebsratswahlen 1978 hatte der Kapitalist von Seiten der Betriebsratsmitglieder (in der Mehrheit) keine Einwände gegen Überstunden zu befürchten, daß er was die Mehrheit des Betriebsrates mit dem zwingenden Recht der Mitbestimmung die hohe Anzahl von Überstunden mal in Frage stellen würde. Es war daher reine Routine des Kapitalisten, wenn er beim Betriebsrat die Überstundenabstimmung beantragte. Hintergrund dieses Verhaltens der meisten Betriebsratsmitglieder war, daß die überwiegende Mehrheit der Belegschaft auf die Überstunden angewiesen war, da sich im Laufe der Jahre der Lebensstandard der Arbeiter durch den qualitativen Geld der (bestanden) gebildet hatte. Wollten sie sich nicht total verschulden, sondern auf die Überstunden angewiesen. Andererseits gibt es auch viele Hilfskräfte, die einen Stundenlohn haben, der sich um 9 DM pro Stunde bewegt, die also ohne etwas zu erhöhen Lebensstandard auf Überstunden angewiesen sind.

Die totale Abhängigkeit

Durch die jahrelange Möglichkeit mit diesen regelmäßigen Überstunden seinen Lebensstandard zu erhöhen und auch zu halten, durch billige Werkwohnungen, billige Kredite usw. hat sich die Abhängigkeit

meisten Belegschaftsmitglieder von dieser Form sehr stark erhöht. Dementsprechend kann der Kapitalist auch leicht Druck auf einzelne Kollegen ausüben. So ist es in mehreren Abteilungen üblich, wenn mal ein Kollege krank war oder sich geweigert hatte, am Wochenende zu arbeiten, daß er erstmal einige Wochen keine Nachschicht macht. Das heißt, ihm gehen schon eingeplante Nachschichtproben (45 %) verloren usw. Diese Abhängigkeit hemmt natürlich auch gewerkschaftliche Interessen und Engagement der Kollegen oder hält sie ab, sich auch nur über die Arbeitsbedingungen zu beschweren. Daß Kollegen langfristige Abzählungen von monatlich 1.500 DM und mehr haben (z. B. für Häuser), ist keine Seltenheit. Da muß der betreffende Kollege schon einige Überstunden machen, um seinen „normalen“ Lebensstandard zu halten. Kollegen mit regelmäßig 120 bis 150 Überstunden pro Monat sind leider keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Daß man/frau bei Blick auf den Parkplatz der Firma X sich wie auf einer Aktionsversammlung vorfindet, weil ein Mercedes, Porsche, BMW usw. neben dem anderen steht, sei nur nebenbei erwähnt.

Diese Abhängigkeit, Unvernunft der Belegschaft, hatte sich jahrelang nicht gerade fortschrittliche Mehrheit im Betriebsrat zunutze gemacht, indem sie der Belegschaft bei Betriebsratswahlen immer versprach, weiterhin die Überstunden zu garantieren bzw. nicht gegen sie zu stimmen.

Neue Betriebsratsmitglieder,
neuer Wind im Betriebsrat

Durch die Betriebsratswahl 1978 änderte sich nun einiges im Betriebsrat. Zum ersten Mal gelangten einige linke Kollegen in den Betriebsrat, die sich stark gegen die Überstunden aussprachen (obwohl einige manchmal selbst Mehrarbeit machten). Auf fast jeder der wöchentlichen Betriebsratsitzungen kam es zu heftigen Kampfabstimmungen wegen der Überstunden. Zwar gab es jederzeit eine große nichtbringende Debatte im Betriebsrat, die Überstunden wurden aber immer mit knapper Mehrheit (gegen die vier Linken) genehmigt. Ihre ihrem antikapitalistischen Vorstellungen stimmten die Linken gegen die Überstunden waren aber andererseits im Grunde doch auch Überstunden genehmigt wurden weil auch sie genau wußten, daß sie in dieser Frage fast die gesamte Belegschaft gegen sich hatten. Die linken Betriebsräte fanden sich in einem ziemlichem Dilemma, einerseits gegen Überstunden, dann aber die Belegschaft gegen sich, so daß sie eigentlich froh waren, in dieser Frage als „machtlöse“ Opposition im Betriebsrat zu sitzen.

Eigentlich froh waren, in dieser Frage als „machtlöse“ Opposition im Betriebsrat zu sitzen. Viele linke Betriebsräte, die heute in der Regel meist machtlose Opposition sind, verkennen meiner Ansicht nach die Schwierigkeit, erfolgreiche Betriebsratsarbeit zu machen, wenn man/frau die (Betriebsrats) Macht in der Hand hat. Da stellen sich oft nicht geahnte Probleme. Konnten sich die linken Betriebsräte noch in der 75er Wahlperiode ruhighalten, ohne ihr „linkes Gesicht“ zu verlieren, wurde es nach der Betriebsratswahl 1978 doch problematischer. Die Betriebsratsmitglieder eine erneute Stärkung der fortschrittlichen und linken Betriebsräte mit sich.

Was war nun zu tun in der Frage der Überstunden? Denn nach der neuen Bestimmung im Betriebsrat (Betriebsratsgesetz 1972) Mehrheit gegen Überstunden ab. Die Betriebsräte hatten davon auszugehen, daß sie sich im Laufe der nächsten Jahre ein Vertrauensverhältnis zu den Kollegen der Belegschaft aufbauen konnten. Also mußte der neue Betriebsrat Forderungen der Belegschaft aufgreifen und auch selbst entwickeln, die von der Belegschaft getragen bzw. gefordert wurden. Die Einschränkung oder das Verbot der Überstunden war nun wirklich das letzte Thema, mit dem sich der Betriebsrat in der Belegschaft hätte vorfinden können.

Trotzdem (man/frau hat in seinen linken Ansprüchen): Schon kurz nach der Betriebsratswahl ergab sich die Situation (durch Urlaub rückten mehrere linke Ersatzmitglieder nach), daß der Betriebsrat mit großer Mehrheit die Überstunden zum Wochenende ablehnte obwohl ihnen durch diese bewußt war, in dieser Frage keinen Rückhalt in der Belegschaft zu haben. Diese konkrete Entscheidung wurde auch nicht vorher in der Belegschaft bekanntgegeben oder vorbereitet.

Im Bewußtsein seiner Macht und der Abhängigkeit der Belegschaft vom Kapitalist „in die Vollen“ und Benutzte auch gleich geschickt die Gelegenheit, um die Linken im

Betriebsrat zu isolieren. So warf der Kapitalist dem Betriebsrat vor, ein derartiges Vorgehen kommt einem Verstoß gegen die gebotene Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat nahe.“ Im Betriebsrat selbst wurde das Gespenst der Linke ohne Überstunden platzt, Arbeitsplätze gehen verloren usw., verbreitet. Sehr erfolgreich wurde die Stimmung gegen den Betriebsrat gemacht, um zumindest die Linken zu isolieren, und eben auch mit Erfolg. Gleichzeitig wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung durch den Kapitalisten durchgeführt, zu der am Anfang des Kapitalisten verständlich wurde, in dem es hieß: „Dabei steht zu erwarten, daß der Betriebsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung (1) diesen Überstunden die Zustimmung verweigern wird.“ Der Kapitalist forderte damit praktisch die Belegschaft auf, den Betriebsrat unter Druck zu setzen und, wenn möglich, sogar Newcomer durch den Rücktritt des Betriebsrates zu ersetzen. Auf der Betriebsversammlung traten sogar mehrere Redner auf, die dem Betriebsrat vorwarfen, er würde das bevorzugen, die Kollegen sollten und wollten entscheiden, ob die Überstunden machen wollen oder nicht. Auch wurde eine Unterschriftensammlung zum Betriebsrat übergeben, in der ca. 50 Kollegen forderten weiterhin die Überstunden zu genehmigen oder sie würden versuchen, die Auflösung des Betriebsrates nach § 23 BetrVG über das Arbeitsgericht zu erreichen.

Der Betriebsrat stand ziemlich isoliert da und es nützte auch wenig, wenn von seiner Seite geantwortet wurde, daß der Betriebsrat nicht grundsätzlich gegen Überstunden sei, aber langfristig die vielen Überstunden abbauen will, neues Personal soll eingestellt werden und ähnliche schöne Worte.

Die Auseinandersetzung auf dieser Betriebsversammlung zeigte damit in aller Deutlichkeit, daß Linke und fortschrittliche Betriebsräte nicht an den Realitäten innerhalb einer Belegschaft vorbeikommen, auch wenn ihre Forderung objektiv richtig ist.

Für fortschrittliche und linke Betriebsräte kann es also nicht die Frage bzw. Aufgabe sein, in einem Gewerkschaft die gesellschaftlichen in diesem Fall die betrieblichen Realitäten umzugestalten.

Die Überstundenfrage kann
nur mit Überzeugungsarbeit
gelöst werden

Diese Frage Überstundenbewilligung wird heute anders behandelt. Auf Betriebsversammlungen, in der monatlichen Betriebsratsitzung wird das Thema mal unter dem Aspekt Gemeinheitschäden, mal unter dem Ge-

meinschaftsstandpunkt, mal unter dem Gesichtspunkt der Arbeitszufriedenheit oder auch Schichtarbeit allgemein behandelt, um langfristig die Belegschaft von der Schädlichkeit der vielen Überstunden zu überzeugen. Denn letztlich ist es eine Frage des kleinstmöglichen Bewußtseins der Belegschaft, ob sie selbst die Überstunden ablehnen, wobei linke und fortschrittliche Betriebsräte aktive Unterstützung geben können, aber mehr wohl auch nicht. Die Betriebsräte in der Übergangsphase treten heute offensichtlich gegen Überstunden auf, überlassen die Entscheidung aber letztlich doch der Belegschaft. Hier ein richtiges Verhältnis zu bekommen, ist Aufgabe linker Betriebsräte, nicht abgehoben Linke Allgemeinverstellungen zu verbreiten. So hat der Betriebsrat in der Firma X auch schon mal in einer Abteilung die Überstunden abgelehnt und hatte dafür die Unterstützung der Abteilung. Hintergrund war, daß viele Überstunden in dieser Abteilung bestragt waren, gleichzeitig ein Kollege aus dieser Abteilung entlassen werden sollte. Der Betriebsrat hatte die Überstunden abgelehnt und hatte eine Verhandlung mit der Geschäftsleitung von der Entscheidung abhängig gemacht, daß die Entlassung zurückgenommen wird und auch passiert ist.

Damit es auf den Betriebsratsversammlungen nicht wieder große zur Zeit nichts bringende Debatten bei der Abstimmung gibt, schlug ein linker Betriebsrat folgendes vor: Auf jeder der wöchentlichen Betriebsratsitzungen wird bekanntgegeben, welche Überstunden beantragt sind. Wird keine Abstimmung gefordert und die Überstunden ohne Abstimmung genehmigt. Sobald ein Mitglied der Betriebsräte eine Abstimmung verlangt, muß sie vorgenommen werden, so daß ein Mitarbeiter innerhalb einer Sitzung eine Betriebsratsmitglied vorhanden ist.

Im schriftliche Diskussion und Auseinandersetzung hierzu wird gebeten.

Ein Hamburger Genosse

Spanien auf dem Weg zur Nato

Vor kurzem begannen Verhandlungen zwischen den USA und Spanien, bei denen das bilaterale Abkommen über „Freundschaft und Zusammenarbeit“ erneuert werden soll. Der letzte Vertrag datiert aus dem Jahre 1976 und läuft im September 1981 aus.

Prinzipiell bestehen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen: beide sind für den Beitritt Spaniens zur NATO. Aber die taktischen Überlegungen im Rahmen der Verhandlungen sind durch unterschiedliche Interessen bestimmt.

Die für Herbst 1980 vorgesehene KSZE-Konferenz soll in Madrid stattfinden. Dies ist ein Grund für Suarez, den „Noch-Neutralitäts-Status“ Spaniens nicht unnötig in Verfall zu bringen. Darüber hinaus ist die UCD-Regierung innenpolitisch nach ihren deutlichen Wahlniederlagen in Andalusien, Euzkadi und Katalonien angeschlagen und darauf bedacht, Punkte zu gewinnen. Sie versucht, Stärke zu zeigen, und die Erneuerung des Abkommens ist eine gute Gelegenheit, um die allzu offensichtliche Ungleichheit der Vertragsbedingungen aus früheren Jahren in einigen Punkten zu korrigieren. So steht z.B. die mögliche Auflösung des amerikanischen Militärstützpunktes Torrejon (bei Madrid) zur Diskussion, sowie eine effektivere Kontrolle der spanischen Regierungsorgane über die in Spanien stationierten Militärbasen der USA.

Die USA beabsichtigen, das Thema „Beitritt Spaniens zur NATO“ mit der Erneuerung des Abkommens zu verbinden. Die spanische Regierung schert Entscheidungen und Festlegungen hinaus.

Die Rolle Spaniens zur Zeit des Faschismus

Strategisch war Spanien schon immer ein wichtiger Faktor für die NATO. Eine offizielle Eingliederung in das Bündnis war jedoch nicht erwünscht, da das Franco-Regime dem Image der NATO, „Verteidigungsbündnis der freien westlichen Welt“ zu sein, geschadet hätte. Das war jedoch nie ein Hindernis für die Teilnahme spanischer Verbände an bestimmten NATO-Übun-

Die USA haben in einem Abkommen 1953 Franco aus seiner internationalen Isolation erlöst und als Gegenleistung mehrere Stützpunkte bekommen. Darüber hinaus war die bilaterale Beziehung für die USA ein ideales Geschäft, da sie im Franco-Regime einen willigen Abnehmer für ihren Militärschrott fand. Später stieg auch Frankreich in diesen militärischen Antiquitätenhandel ein.

Die spanische Armee unter Franco hatte mit Ausnahme der Westhärs und Aquatorial-Guinea keine außenpolitischen Ambitionen. Sie war hauptsächlich als Garantie für die faschistische Friedhofsurhe vorgepostet. „Antifaschisten“. Sie war hauptsächlich als Garantie für die faschistische Friedhofsurhe vorgepostet und bestand zum großen Teil, obwohl kein Berufsheer, aus einem superbürokratischen Wasserkopf, in dem Schmarotzertum, Korruption und Familienklüngel unter den überzähligen Generälen und Offizieren herrschten. Nach einer Statistik von 1971 kam auf weniger als 150 Soldaten und Offiziere ein General, auf zwei Soldaten ein Befehlshaber.

Für den US-Imperialismus war Spanien daher ideal zum Aufbau

von Militärbasen, Nachrichtenübermittlungsstationen („Radio Liberty“ hat hier einen starken Sender), Abfang- und Kontrolleinrichtungen, Wetterstationen, Lageranrichtungen für Treibstoff. Zwischen 15.000 und 30.000 amerikanischen Offiziere und Soldaten waren bisher fest in Spanien stationiert. Sie unterstanden keiner Kontrolle durch spanische Regierungsorgane.

Spanien und die NATO heute

Nach dem Tod Francos haben sich die Verhältnisse nicht grundlegend geändert allerdings haben sich einige Aspekte verschoben. Die UCD-Regierung hat ein „Reform“-Projekt der spanischen Armee durchgezogen, die „demokratisch rationalisiert“, wie sie es nennt. Einige faschistische Militärs wurden ihrer Posten enthoben, was aber keineswegs mit einer Entmachtung der alten Franco-Riege gleichbedeutend ist. Es wurden einige organisatorische Umgestaltungen vorgenommen im Sinne einer Effektivierung der Befehlsgewalt. Was wenig es sich die spanische Regierung allerdings mit der faschistischen Militär-Garde verbunden kann und will, wurde zuletzt in den äußerst milden Urteilen gegen die Putsch-Generäle der „Operation Galaxie“ (Besetzung des Regierungspalastes) deutlich (ein halbes Jahr Gefängnis, das bereits durch den „Hausarrest“ der beiden Hauptverantwortlichen „abgepoliert“ ist...). Die neue Verfassung billigt der Armee ausdrücklich die Möglichkeit eines Militärputsches zu, „um die Verfassung zu verteidigen“. Die Privilegien der Militärbürokratie wurden bisher nicht angetastet. Die Personalkosten der Armee betrugen 1979 62,1% des Militärhaushalts (BRD: 44,7%) – und das bei einem monatlichen Wehrgeld für die Rekruten von 334 Peseten (ca. 15 Mark!). Für die NATO-Strategen hat Spanien angesichts der weltpolitischen Lage eine besondere aktuelle Bedeutung.

Die Verbindung USA-Europa-Ostquellen im Nahen Osten über Atlantik und Mittelmeer ist nach wie vor einer der „Eckpfeiler“ in den Plänen der NATO. Spanien nimmt dabei eine privilegierte Stellung ein. Allerdings wirken sich die traditionell „guten Beziehungen“ Spaniens zu den arabischen Ländern hier bremsend aus.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Militärhaushalt der UCD-Regierung für 1980: Die Ausgaben für Marinezwecke sind deutlich gestiegen und zielen auf den Ausbau einer Flotte ab, die nach spanischen „Bedürfnissen“ absurd erscheint, aber unter NATO-Gesichtspunkten eher zu verstehen ist. Zum ersten Mal in der Geschichte wird Spanien zwei Flugzeugträger bauen und darüber hinaus noch 24 weitere Kriegsschiffe. Für dieses Projekt bewilligte der amerikanische Kongress 400 Millionen Dollar. Mit dem Bau eines Flugzeugträgers wurde bereits begonnen.

Die NATO will eine solide Präsenz in Nordafrika, als „Sprungbrett“ nach Afrika und Nah-Mittelost. Der Kampf des marokkanischen Volkes hat diese Pläne bisher weitgehend verhindert. Aber die NATO versucht, anderwo Fuß zu fassen: so kündigte schon im letzten Jahr der spanische Kriegsminister die Militarisierung der Kanarischen Inseln an. In Arriaga wird ein Militärstützpunkt für ca. 500 Millionen DM eingeplant. Abgesehen von den spezifischen Interessen, die Spanien hiermit verfolgt, entspricht dies auch den Absichten der NATO, die auf das Dreieck Balearen-Kanarische Inseln-Azoren spekuliert.

Die spanische Regierung verspricht sich vom Beitritt zur NATO eine innenpolitische Stärkung. Zugleich will die spanische Bourgeoisie ihre bisherige untergeordnete Rolle aufheben und eigene begrenzte Hegemonieinteressen verfolgen. Die Militärprojekte für 1980 sprechen für diese These: der Kauf von 144 amerikanischen Flugzeugen, der Stützpunkt in Arriaga, der Ausbau der Kriegsschiffe, das „Engagement“ in Aquatorial-Guinea (Spanien unterstützte den Putsch gegen das Regime von Macias) sind Zeichen dafür, daß die spanische Armee für eine aggressive Interventionspolitik gerüstet werden soll.

Die NATO und die Linke Spaniens

Der mögliche Beitritt Spaniens zur NATO ist eine schwere Hypothek für die Völker im spanischen Staat. Durch die Mitgliedschaft in der NATO würden die Völker Spaniens noch mehr zum Spielball internationaler imperialistischer Interessen. Darüber hinaus würden die Kosten für den Militärausbau zu Lasten sozialer Ausgaben u.ä. steigen.

Die NATO und die Linke Spaniens

Gründe für ein NEIN zur NATO und für eine aktive Neutralitätspolitik gibt es also genug. Auch die reformistische Linke (PSOE und KP) hat sich bisher gegen eine Integration in die NATO ausgesprochen. Aber wie?

Charakteristisch für beide Parteien ist die „Vogel-Strauß-Politik“. Im Falle der PSOE sind die wenigen schlichten Erklärungen gegen einen Beitritt zudem sehr unglücklich. Da diese Partei ein europäisches „Verteidigungsbündnis“ befürwortet. Die KP hat bisher zwar auch hin und wieder NEIN gesagt... aber bitte nicht auf der Straße Originell mit im Falle der KP das Argument, daß man die UCD-Regierung nicht durch „vorwiegend“ aktive Proteste provozieren soll; sie könne sonst das Thema sehr schnell ins Parlament bringen... Außerdem besteht die Unglaubwürdigkeit der KP-Politik darin, daß sie sich bisher nicht öffentlich gegen die amerikanischen Militärstützpunkte in Spanien ausgesprochen hat.

Die öffentliche Meinungsbildung und Mobilisierung der Bevölkerung bleibt dabei auf der revolutionären Linie.

Die öffentliche Meinungsbildung und Mobilisierung der Bevölkerung bleibt dabei auf der revolutionären Linie. Links allein sitzen, sowie auf den wenigen fortschrittlichen Militärs in Spanien, die aber zum großen Teil aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Demokratischen Militärbewegung (LMD) schon vor einigen Jahren aus der spanischen Armee ausgeschieden wurden.

Spanien-Kommission

SEAT: Niederlage für „Comisiones Obreras“

Mit einer unerwarteten Niederlage für die traditionell stärkste Gewerkschaft (Comisiones Obreras-CCOO) bei SEAT, dem mit 23.800 Kollegen größten Betrieb in Katalonien, sind die Betriebsratswahlen am 29. April ausgefallen. Die sozialdemokratische UGT, die sich einer Politik des Sozialpakts mit den Kapitalisten verschrieben hat, ist bei den Betriebsratswahlen bei SEAT als große Siegerin hervorgegangen. Sie erhielt 85 Delegationen, während CCOO nur 48 bekam. (Diese Zahlen beziehen sich auf alle SEAT-Niederlassungen in Spanien mit insgesamt 32.000 Kollegen). Bei den Wahlen 1978 hatten beide Gewerkschaften eine gleich große Anzahl von 60 Delegierten. Relativ gestärkt sind bei dieser Wahl auch unabhängige Kandidaten hervorgegangen (von 10 auf 19 Mandate). Bei diesen Unabhängigen kandidierten sowohl Mitglieder der kleinen Gewerkschaft USO sowie andere linke Gewerkschafter.

Mit großer Befriedigung und Schadenfreude wurde das Ergebnis natürlich vom spanischen Kapitalistenverband, von der Regierungspartei UCD und von der PSOE aufgenommen. Die sozialdemokratische UGT interpretierte das Ergebnis als Zustimmung zur Strategie der UGT in der Krise, also zu ihrem Sozialpakt und ihrer Unterstützung für das arbeiterfeindliche „Arbeitsstatut“ (das den spanischen Arbeitern keine gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb zuerkennt...). Der Chef der UGT, Nicolás Redondo, verkündete, das Wahlergebnis bedeute „die Zurückweisung einer maximalistischen und demagogischen Politik, wie sie die Comisiones Obreras gemacht haben, indem sie traditionelle Streiks angestrebt haben, um den politischen Interessen ihrer Partei zu nutzen, die die Arbeiter nur in die Seckasse geführt haben“ (El País, 1.5.).

Diese Äußerung bezieht sich auf einen wichtigen Streik bei SEAT/Barcelona im Januar dieses Jahres, bei dem es um die Durchsetzung einer 16%igen Lohnforderung ging und der damals von Vertretern der CCOO als ein Streik bezeichnet wurde, bei dem „es um die Zukunft der Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung Spaniens“ ginge (El País, 11.1.80, siehe auch AK 171). In diesem Streik hatten sich alle Arbeiter von SEAT gegen die abwegigerische Politik der UGT durchgesetzt, die den Streik abblasen wollte. Auf Vollversammlungen der SEAT-Arbeiter auf dem großen Sportplatz von SEAT waren damals Parolen gerufen worden wie „UGT - Gewerkschaft der UCD!“ oder „UGT hat uns verkauft“. Die Kollegen konnten damals trotz ihres militanten Streiks ihre Lohnforderung nicht durchsetzen!

SEAT-Arbeiter können damals trotz ihres militanten Streiks ihre Lohnforderung nicht durchsetzen!

Nach wenigen Tagen begannen auch die Vertreter von CCOO abzuwiegeln und die Arbeiter zu überreden, wieder in den Betrieb zu gehen und von drinnen weiterzukämpfen. Diese von den Eurorevisionisten beherrschte Gewerkschaft hat durch ihre abwegigerische Politik und ihre Weigerung, den Streik auszudehnen (auf andere Betriebe), bzw. ihn bei SEAT weiterzuführen, zur Demoralisierung der Arbeiter beigetragen.

Bei den Betriebsratswahlen kam der UGT zusätzlich etwas zugute, was nicht zu unterschätzen ist. SEAT steckt tief in der Krise. Tausende von Arbeitern sind von Entlassungen bedroht. UGT hat über die „Sanierung“ von SEAT Verhandlungen mit dem spanischen Kapitalistenverband geführt (zu denen die CCOO gar nicht erst eingeladen wurden) und angesichts der Wahlen hat dieser die „Sicherheit der Arbeitsplätze“ garantiert. Mit diesem Trumpf konnte UGT bei der Wahl auftreten. Und den Kollegen sind angesichts der derzeitigen offensichtlichen Ausichtslosigkeit von Kampfmaßnahmen solche Zusicherungen ihrer Arbeitsplätze mehr wert. Nur so ist der Umschwung bei SEAT ansatzweise zu erklären. Die Comisiones haben die Quittung für eine Politik bekommen, die die Arbeiter nicht konsequent gegen die Krisenpolitik des Kapitals mobilisiert. Unter diesen Umständen erscheint die reformistische UGT die vom spanischen Kapitalistenverband „hohortet“ wird, mehr Aussicht auf kurzfristige Erfolge zu bieten. Das Wahlergebnis wie zweifellos zu einer weiteren Rechtsentwicklung innerhalb der Comisiones Obreras führen.

Eine untergeordnete Rolle dürften die Differenzen innerhalb der CCOO (die ebenso wie in der katalanischen Euro-Partei PSUD bestehen) gespielt haben. In der katalanischen PSUD gibt es eine starke Fraktion, die den Eurokurr Carrillos nicht mitvollzieht, sondern den moskauoffiziellen Kurs vertritt (für den Einmarsch der SU in Afghanistan, gegen Olympia-Boykott, gegen die Nicht-Teilnahme der FCE an der Pariser Konferenz der „kommunistischen Parteien“ Ende April in Paris). Die katalanische PSUD und der „harte Flügel“ der Comisiones Obreras bemühen sich, ihre Niederlage durch Manöver der „superweichen“ Euros zu erklären. (Bei der Betriebsratsorganisation bei SEAT hatte es einen fast einstimmigen Beschluß für den Einmarsch der SU in Afghanistan gegeben). Doch dürften diese Fragen bei der Wahl selbst keine entscheidende Rolle gespielt haben.

Spanien-Kommission

Spanien-Kommission

Madrid:

Mord an Arturo Pajuelo

Madrid ist seit Monaten Hauptumkämpfplatz der Terrorbanden von „Fuerza Nueva“. Wie die Reaktion auf den neuerlichen Mord an einem Arbeiter zeigte, wächst aber auch der Massenprotest gegen die Faschisten. Erstmals hielt die faschistische neugegründete „Gewerkschaft“ FNT („Nationale Kraft der Arbeit“) in Madrid eine Kundgebung am 1. Mai mitten in dem Arbeiterviertel Carabanchel ab. Ca. 8000 Faschisten waren gekommen. Der Faschistenführer Blas Pinar hielt dort hetzerische Reden und betonte, daß seine „Gewerkschaft“ für Arbeiter und Unternehmer gleichzeitig offen sei, um ihnen die Erben der vertikalen Gewerkschaft unter Franco und beanspruchten deren Vermögen und Räume (das bekanntlich von den Gewerkschaften der 2. Republik konfisziert wurde).

Anschließend zerstörten Gruppen von Ultrafaschisten ein Büro der „Sozialistischen Partei“ des Stadtteils und machten Überfälle auf Einzelpersonen.

Am Abend des ersten Mai wurde aus diesen Faschistenkreisen Arturo Pajuelo, der Vorsitzende der Mietervereinigung von Orcasitas erschossen. Er starb am nächsten Tag trotz zweier chirurgischer Eingriffe und Bluttrans-

fusionen, für die die Bewohner des Stadtteils sich sehr zahlreich zur Verfügung stellten. Pajuelo war über seinen Städtteil hinaus bekannt für seinen Kampf für bessere Wohnbedingungen in dem Arbeiterviertel Orcasitas. Einen Tag nach seinem Tod demonstrierten Tausende durch Orcasitas, überall hingen Beileger mit Trauerflor aus den Fenstern. Am 4. Mai folgten 30.000 Menschen dem Sarg des Ermordeten. Immer wieder wurde das Verbot der Terrororganisation „Fuerza Nueva“ gefordert. Am folgenden Tag demonstrierten alle Kollegen von Pajuelo (2500 Arbeiter des Betriebes CASA) zum Büro von „Fuerza Nueva“ in Getafel. Am 6.5. gab es einen Generalstreik in Orcasitas, alle Geschäfte und Schulen hatten geschlossen. In über 30 Betrieben wurde gestreikt! Auch in zahlreichen anderen Madrider Arbeitervierteln wurden Protestkundgebungen gegen den Terror der Faschisten durchgeführt. Aus dem ganzen Land kamen Solidaritätstelegramme an die Mietervereinigung von Orcasitas. In Babao ketten sich 12 Mitglieder von EMK (basische MC) auf einem Platz an und forderten das Verbot von „Fuerza Nueva“.

Spanien-Kommission

Paris: Student in den Tod gehetzt

Seit Ende des Winters hat sich in ganz Frankreich eine breite Bewegung an den Unis entwickelt gegen das Gesetz Bonnet (aktueller Innenminister) und den Erlass Imbert. Beide, Gesetz und Erlass, bedeuten eine scharfe Kontrolle der ausländischen Studenten und meistens des Vorurteils zu ihrer Ausweisung.

Am 13. Mai mittags erklärte Innenminister Bonnet: „Wenn ihr Entschlossenheit haben wollt, werdet ihr sie bekommen“ (Le Monde, 15. Mai 1980). Einige Stunden später fand ein 30-jähriger den Tod in der Uni von Jussieu (Paris), als die Bullen das Gelände einnahmen. Die Polizei griff mit Tränengasgranaten ein und knüppelte nach Zeugnisaussagen von verschiedenen Lehrkräften auf alles ein, was sich auf dem Universitätscampus bewegte. Um dem auszuweichen, sprang der arbeitende Alain Bérard auf ein morsches Dach, stürzte und starb. Der in der Zwischenzeit bekannt gewordene Todesfall hinderte die Polizei nicht daran, weiter Granaten und Knüppel einzusetzen. Am Abend fand noch eine Demonstration mit rund 5000 Menschen statt. Parolen waren: „Flics, fascistes, assassins“ (Bullen, Faschisten, Mörder) und „ils ont tiré à Jussieu, c'est sur les flics qu'il faut taper“ (Sie haben in Jussieu geschossen, auf die Bullen muß eingepugelt werden). Alle Organisationen der Linken, inklusive PS und KPF, forderten den sofortigen Rückzug der Polizeikräfte aus der Uni und riefen zu gemeinsamen Protestdemonstrationen auf. In weiteren Städten sind ebenfalls Demonsten geplant. Am Vortag war die Polizei auf dem Campus der Uni von Grenoble ähnlich brutal aufgetreten.

Zurück zu den Worten von Innenminister Bonnet, die eine eindeutig faschistoid-reaktionäre Sprache haben.

... Es gibt heute in Frankreich fünfmal mehr ausländische Studenten als in den USA und zehnmal mehr als in der SU. Im übrigen wachsen viele ausländischen Staatsbürger, daß ihre Studenten von keiner politischen Krankheit angesteckt werden. Die richtigen Studenten werden in Frankreich immer willkommen sein. Aber Frankreich kann auf die anderen verzichten.

Die kulturelle Ausstrahlung Frankreichs wird sich nicht mit solchen ausländischen Studenten vollziehen, die, wenn sie ihr Examen be-

standen haben, automatisch eine Arbeitsvermittlung bekommen und den jungen Franzosen damit Arbeitsplätze klauen. Der ausländische Student muß erwiesen, daß er genügend materielle Ressourcen hat. Frankreich empfängt 108.000 ausländische Studenten, das heißt genauso viel wie die BRD und Großbritannien zusammen genommen. Ein ausländischer Student braucht hier als Einreisegebühr nur 200 Francs zu zahlen - während ein französischer Student 19.400 Francs bezahlen müßte in einer englischen Universität. Die Regierung kann nicht tolerieren, daß unter dem Deckmantel unendlicher Studien einige Elemente versuchen, auf unserem Territorium Fuß zu fassen, um hier Aktionen zu treiben, die überhaupt nichts mit den Interessen der wirklichen ausländischen Studenten zu tun haben“ (Le Monde, 15. Mai 80).

Im übrigen sei nochmals darauf hingewiesen, daß in der BRD ähnliche Pläne existieren, die bislang auf keine besonders große Gegenöffentlichkeit gestoßen sind.

Frankreich-Kommission

100.000 in Paris gegen den Abbau der Krankenkassenleistungen

Gegenwärtig werden in der französischen Nationalversammlung Gesetzesvorlagen diskutiert, die die bisherigen Leistungen der Krankenkassen herabsetzen sollen, daß heißt die Kosten für die Versicherten (sowohl was den Arzt-Besuch betrifft, als auch die Medikamente) erhöhen sollen. Das französische Krankenkassenmodell ist im übrigen eine Eröberung des „Front Populaire“ 1936. Am 13. Mai wurde dazu von der CGT, CFT, FEN u. a. ein Aktionstag in ganz Frankreich organisiert. In Paris kam es zu der größten Demo seit dem Marsch der Stahlarbeiter auf die Hauptstadt (23. März 1979). Rentnerblocks riefen:

„Die Alten sind auf der Straße, um die Secu (Sécurité sociale, Krankenkasse) zu verteidigen. Wir haben gekämpft, um sie zu kriegen, wir werden kämpfen, um sie zu behalten!“ Ein Studentenblock rief: „Sie machen unsere Betriebe, unsere Schulen, unsere Krankenkasse kaputt. Nein zur Sparpolitik. Alle gemeinsam im Kampf!“

Türkei- Veranstaltung in Westberlin

An einer Türkei-Veranstaltung in Westberlin am 3.5. nahmen trotz starker Mobilisierung nur ca. 300 Menschen teil. Podiumsteilnehmer waren J. Roth (Journalist), B. Hoffmann (amnesty international), Ton Veerkamp (Pfeffer/ESG), D. Schneider (AL), ein Vertreter vom Türkischen Arbeiterjugendverein, Kamal Tayran, von der linken türkischen Tageszeitung („Demokrat“).

Kamal Tayran berichtete über die innenpolitische und wirtschaftliche Situation der Türkei sowie die Auswirkungen der „Wirtschaftshilfe“ der BRD.

Bernd Hoffmann berichtete über die Folterungen in der Türkei und über die Arbeit von „amnesty“.

Jürgen Roth berichtete über das Treiben der „Grauen Wölfe“ in der BRD und über ihren Dachverband, die „Türk Federation“, die sich der Duldung der Bundesregierung erfreuen kann. Er forderte die Ausweisung der „Grauen Wölfe“.

Tom Veerkamp stellte die Ursachen des Auftretens der „Grauen Wölfe“ dar und forderte soziale und politische Rechte, wie z.B. auch kommunales Wahlrecht, für die in der BRD lebenden Ausländer.

Dirk Schneider berichtete über die Parlamentsarbeit der AL, die das Verbot der „Grauen Wölfe“ in Kreuzberg durchsetzen konnte. Er rief die ausländischen Genossen auf, sich in der AL an der Ausländerarbeit zu beteiligen, um bei den nächsten Wahlen Ausländer als Kandidaten zur Wahl zu stellen.

Der Vertreter des Türkischen Arbeiterjugendvereins berichtete über die Maßnahmen des „Staatschutzes“, der kürzlich die Mitgliederlisten von 8 türkischen Vereinen forderte.

Im Anschluß fand ein Kulturprogramm statt.

Antifa-Kommision Westberlin

— Anzeige —

Italienisch Kurse

Die Casa Di Cultura Popolare

Italienische Ferien-Kurse am Strand von Kalabrien (Camping „La Zagara“)

Ort: Porto Salvo (bei Vibo Marina)

Zeit: 6. bis 26. Juli

27. Juli bis 16. August 1980

Information: Casa Di Cultura Popolare, Adalbertstr. 36 W,

6 Frankfurt/Main

Telefon: 77 51 16 (9-12 und 16-19 Uhr)

Amsterdam 30. April

Bericht von den Straßenkämpfen anläßlich der Krönung von Beatrix

Seit dem Arbeitslosenaufruf Mitte der dreißiger Jahre im Jordaan hatte Amsterdam – zumindest im „Friedenstempel“ – keine vergleichbar schweren Straßenkämpfe erlebt wie am 30.4. dieses Jahres, als Königin Juliana gegen das jüngere Modell Beatrix ausgetauscht wurde.

Krönung oder Staatsstreich?

Krönung oder Staatsstreich?

Die Bewegung der Hausbesetzer und andere anti-kapitalistische Kräfte hatten schon Wochen zuvor angekündigt: „30. April – Aktionstag“, „Demonstration – aber mit Effekten“ und „Keine Wohnung – keine Krönung“.

Der Staatsapparat reagierte mit einer Absperrung der gesamten Innenstadt; in das Sperrgebiet konnte am Krönungstag nur noch gelangen, wer dort arbeitete oder wohnte und über einen Passierschein verfügte. Die Amsterdamer bezeichneten mit deutlicher Anspielung auf die Zeiten vor 1945 diese Passierscheine mit dem deutschen Wort „Ausweis“. Die Stadt sah sich am Krönungstag in den Belagerungsstund versetzt und die liberale „Vrij Nederland“ hatte schon angesichts der „Sicherheitspläne“ gefragt, ob es hier um die Vorbereitung eines Krönung oder eines Staatsstreichs ginge.

Die Hausbesetzerbewegung war jedoch weder von dem martialischen Aufmarsch von rund 9.000 Bullen, z.T. aus Spezialeinheiten, noch von den Hubschraubern, die schon Tage vorher im Tiefflug das Gebiet „sicherten“, beeindruckt, und auch nicht von den Scharfschützen, die allenthalben auf den Dächern hockten.

Morgenstund hat

Hausbesetzer im Mund
Morgens um 11 Uhr und weit ab vom Sperrgebiet (in der Kinkerbuurt) wurde von 300 bis 1.000 Krakern,

die sich zuvor in der Umgebung versteckt hatten, ein seit anderthalb Jahren leerstehendes Gebäude mit Luxusbüros eingenommen. Anschließend und für den Rest des Tages war ein Straßenfest geplant.

Der stellvertretende Amsterdamer Bürgermeister jedoch wollte einen „Barrikadenbau“ verhindern und jagte die Polizei los. Schon der erste Zusammenstoß mit den überraschten Hausbesetzern hatte fünf Verletzte, drei davon Bullen, zur Folge. Nachdem die Fußtruppen der Polizei keinen hinreichenden Erfolg erzielen konnten, wurde Polizei zu Pferde eingesetzt, die dann jedoch erhebliche Probleme mit dem auf sie hervorbrechenden Steinhagel bekam.

Gegen 12 Uhr gab der Bürgermeister-Stellvertreter Befehl an seine Knüttelgarde, sich „außerhalb des Sichtbereichs der Hausbesetzer“ zu begeben.

Mit diesem Polizeiverfahren eher waren die Zeichen für den Rest des Tages gesetzt. Über das (in diesem Tag) gemeinsame Radioprogramm des unabhängigen Radio Stad (das schon bei den Kämpfen in der Vondelstraat eine sehr wichtige Rolle gespielt hatte) und der sozialdemokratischen Radiostadt VARA war von den Kämpfen berichtet worden und ebenso von dem „illegalen“ Sender des Hausbesetzerzentrums „Grote Keijzer“.

Die Schlacht von Waterloo

Zu der für 14 Uhr angesetzten Demonstration beim Dokwerker, einem antifaschistischen Denkmal, kamen 2.000 bis 3.000 Menschen, die über den nahegelegenen Waterlooplein in Richtung Innenstadt ziehen wollten.

Mobile Einheiten (ME) griffen die Demonstranten, erst zu Fuß, dann zu Pferde, unter sofortigem und massivem Schlagstockeinsatz an. Die De-

monstranten, nur wenige mit einem Helm geschützt und noch weniger mit einem Stock „bewaffnet“, setzten sich mit Pflastersteinen zur Wehr, zogen einzelne Reiter von ihren Pferden und machten der Bullerei den Job so sauer, daß sie vor den Demonstranten in Richtung Innenstadt zur Blaauwe Brug zurückwichen.

Der allmählich auf 10.000 Menschen anwachsende Zug bewegte sich auf das Sperrgebiet zu und stieß erst an der direkten Grenze dieses Gebietes, auf dem Rokin, wieder auf eine Polizeisperre. Hier rögerten die Demonstranten nicht mehr und bauten sofort ihre Stellung aus. Die zahlreichsten Leinwand- und Pommefrisee-Huden waren binnen kurzem in ihre Einzelteile zerlegt und in Form veritabler Barrikaden neu errichtet.

Zur Bereicherung dieser Bauwerke dienten alsbald zwei Polizei-Motorräder, deren Fahrer erst mit Dampf in die Barrikade reingefahren und dann zu Fuß und einer von ihnen schwer verletzt mit knapper Not entkommen waren. Zur beworrenen Verteidigung wurde die Barrikade angesteckt und brannte stundenlang.

Auf dem Rokin ging die Schlacht auf einem Feld von 300 bis 400 Metern drei Stunden lang, von 15 bis 18 Uhr, hin und her, ohne daß eine der beiden Seiten nennenswerten Raumgewinn für sich verbuchen konnte. Jeweils zehn Bullen rückten vor, schossen mit Gewehren Tränengasgranaten hinter die Barrikade und zogen sich, hier und da von Steinen angekratzt oder auch ernstlicher getroffen, wieder zurück. Die Kämpfer hinter den Barrikaden warfen die Gasgranaten in Richtung ihrer Absender oder klickten sie gleich in die Gracht.

Über Polizeifunk war von einer „kritischen Lage“ die Rede und von der Erwägung, Karabiner einzusetzen! Im Umfeld des hauptsächlichen Kampfgebietes gab es über Stunden hinweg kleinere und größere Gefechte. – Auf dem Nieuwmarkt feierte die Amsterdamer Abteilung der „Hells Angels“ ihr „Beatrix-Fest“, drochen zur Feier des Tages flüchtende Demonstranten mit Ketten und Eisenstangen zusammen und übergaben auch einzelne der Demonstranten der Polizei. – Die zahlreichen Läden, die für opportunisten gehalten hatten, allerlei Krönungs-Schnickschnack in ihren Schaufenstern auszustellen, kamen teils mit zerklüfteten Scheiben davon, wurden teilweise aber auch ausgeplündert. Deutlicher noch als dies zeigt das geringe politische Bewußtsein eines durchaus nennenswerten Teils der Demonstranten, daß auch dem zentralen linken Buchladen (Van Gennep), der nun gewiß mit der Monarchie oder dem Spekulantentum nicht am Hut hat, die Scheiben zertrümmert wurden.

Gegen Abend des Tages wurde weitere Polizei aus den umliegenden Städten nach Amsterdam befohlen, der größte Teil der eingesetzten Polizei-Fahrzeuge war zerstört oder zumindest bis auf weiteres fahrunfähig. Neue Fahrzeuge, städtische Bume darunter, mußten herangeschafft werden.

Rückzug
Gegen 18 Uhr wurde am Rokin Brechgas eingesetzt – der Bullerei gelang es, dieses Terrain zu räumen.

Weit ließen sich die Demonstranten jedoch vorerst nicht zurücktreiben. Rund 4.000 von ihnen versammelten sich erneut in kurzer Entfernung vom Rokin, schlochten ihren Rückzug vom Zentrum weg mit wiederholtem Barrikadenbau.

Um 22 Uhr wurde auf dem Rembrandtplein eine (was die Demonstranten wohl nicht wußten) aufge-

gebene Polizeiwache gestürmt und eingeschlagen.

Um 24 Uhr wurde die Polizeiwache in der Lijbaansgracht angegriffen. Sämtliche Scheiben wurden zerballert. Die Bullen hatten nicht mal die Chance, aus den Türen auf die Straße zu kommen.

Noch um 2 Uhr morgens gab es kleinere Demonstrantengruppen und Scharmützel in der Stadt.

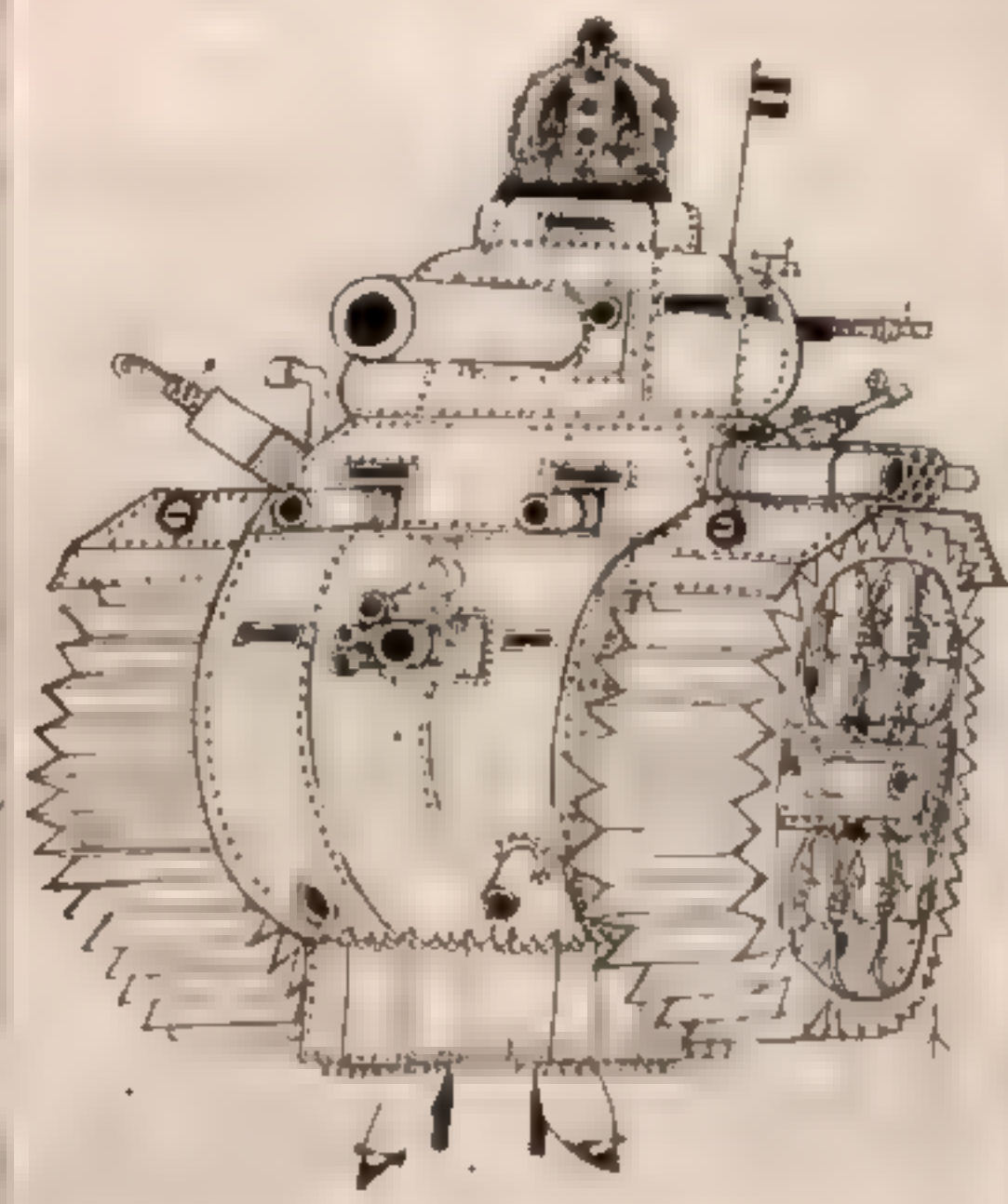
Am Ende des Tages werden 102 Polizisten als verletzt bezeichnet, von denen am nächsten Tag, dem 1.5., jedoch nur noch sieben im Krankenhaus und etwa gleichviele Verletzte werden auf der Seite der Demonstranten gezählt. Rund 40 wurden verhaftet, von denen etwa die Hälfte auch noch nach einigen Tagen festhält. Es kommt, aufgrund der Identifikation auf Fotos und Filmen, sogar noch Tage nach den Kämpfen zu Festnahmen.

Während die Polizei zum großen Teil aus den meisten niederländischen Städten nach Amsterdam abgezogen war, nutzten die Kraker in den anderen Städten die Gunst der Stunde. In rund 30 Städten wurden unter der Beteiligung Tausender annähernd 200 Wohnungen besetzt.

War die Polizei nur blöd?

Am Tag nach den Kämpfen hatte die große Stunde für die Reaktion geschlagen: Innenminister Wiegel bekundete, die Polizei hätte „juristisch“ die Möglichkeit zum Schußwaffengebrauch gehabt. Die Berichterstattung von Radio Stad und VARA wurde – ganz im Stil Stoltenberg nach Brokdorf gegen den NDR! für das „Ausmaß der Unruhen“ verantwortlich gemacht. Führende Polizeifunktionäre beklagten die „Schwäche“ der Polizeikräfte. Während von den Rechten gewachelt „die Hausbesetzer“ als Verursacher und Träger der „Unruhen“ bezeichnet wurden, bemüht sich sozialdemokratische Politiker und Medien zu behaupten, nicht die Hausbesetzerbewegung sei verantwortlich, sondern „Krawallmacher“, „Anarchisten“ etc. pp., die mit den Hausbesetzern nichts zu tun hätten.

Teilnehmer und Beobachter der Kämpfe berichteten, daß der Polizeieinsatz häufig wenig koordiniert verlaufen ist, daß die gesamte, zur Verfügung stehende Polizeimacht gar nicht zum Einsatz gekommen ist und daß es durchaus möglich war, an vielen Stellen in das Sperrgebiet einzudringen, ohne auf nennenswerte Polizeigruppen zu stoßen. Zumindest von hier aus gesehen liegt die Annahme nicht fern, daß – wenn es sich nicht überhaupt um ein taktisches Konzept handelt, hier die „Schwäche“ der Polizei zwecks Verstärkung der Truppe zu demonstrieren – in der politischen und der Polizeiführung derzeit erhebliche Widersprüche über die weitere Entwicklung des Repressionsapparates allgemein und das Niederschlagen bzw. Zurückdrängen der Hausbesetzerbewegung im besonderen vorhanden sind (Nach Berichten niederländischer Genossen(innen), die – zumindest für den 30.4. – von dem Dognys Steine seien keine Argumente, Abend nehmen.)



Zeichnung von Frits Müller („Heughe Poort“, 3.5.80)



Eritrea: In den Flüchtlingslagern

AK: Bisher haben wir Berichte aus dem Bahal-Gebirge gehört. Ihr seid aber auch in Flüchtlingslagern im Sudan gewesen. Wie war die Situation dort?

A.: Ich will mal beginnen mit dem Flüchtlingslager, das von der ERA (Eritrean Relief Association) verwaltet wird. Es heißt Salomona; nach einem Berg in einer sehr schönen Gegend im Eritrea, nach dem Name für die Eritreer gute Erinnerungen birgt. Salomona liegt im Sudan dicht an der Grenze zu Eritrea.

Im Lager leben ca. 12.000 Leute hauptsächlich Frauen, Kinder und Kriegsversehrte, die während des strategischen Rückzugs dorthin gebracht wurden. Unter ihnen sind viele Mitglieder der Massenorganisationen aus dem ehemals befreiten Städten. Für diese Leute ist es einfach zu gefährlich gewesen, in den Städten zu bleiben.

Das Leben dort spielt sich in Zelten ab. Obwohl das Lager bei unserem Besuch erst zehn Monate bestand, hatten alle Zelte schon Elektrizität. In den Zelten befanden sich überall selbstgebaute Betten aus Ton. Obgleich es dort trocken und steinig ist, sind kleine Gärten für Pfeffer oder ein paar Tomaten angelegt worden. Das ist sehr wenig, aber hierin wird deutlich, daß versucht wird, wirklich alles irgendwie zu nutzen.

B.: Es muß eine enorme Anstrengung gewesen sein, dieses unwegsame Gelände erstmal so herzurichten, daß dort Zelte aufgebaut werden konnten. Da die Leute ihre Nahrungsmittel nicht durch Landwirtschaft aus dem Gebiet beziehen konnten, werden sie vor allem vom Eritrea-Hilfswerk versorgt, das, in europäischen und anderen Ländern versucht, Unterstützung für die Leute zu bekommen. Die besteht dann hauptsächlich aus Linsen, Mehl, Milchpulver für die kleinen Kinder, während wir Gemüse oder Früchte nicht gesehen haben. Aus dieser einseitigen Ernährung resultieren Mangelkrankheiten bei Kindern und Erwachsenen.

A.: Für alle Erwachsenen finden Alphabetisierungskurse und politische Erziehung statt. Es gibt unterschiedliche Werkstätten, in denen sie die für das Lagerleben notwendigen Dinge produzieren.

C.: Innerhalb Salomonas hat das Eritrea-Hilfswerk zwei Hospitäler aufgebaut. An eines dieser Hospitäler ist eine Mutter-Kind-Station angebunden, in der die Babys von Kämpferinnen und Waisenkinder gemeinschaftlich aufgezogen werden.

B.: Für Waisenkinder, deren Eltern

B.: Für Waisenkinder, deren Eltern im Krieg gefallen sind, gibt es einen Kindergarten, in dem sie lesen und schreiben lernen. Die Kinder werden von Kämpfern versorgt; das Verhältnis zueinander ist sehr gut. Neben den vier Stunden Kindergarten am Tag haben die Kinder natürlich viel Zeit zum Spielen, oder sie werden in kleine Arbeiten, die sie verrichten können, miteinbezogen.

Wir haben die Kinder mal gefragt, ob sie uns was von ihrer Umwelt und ihrem Leben malen können. Sie

haben dann viele Panzer, MIG's, Bomben und solche Dinge gemalt. Zuerst waren wir unheimlich erschrocken, aber uns ist daran klar geworden, daß dies eben ihre Realität in Eritrea war.

AK: Welche weiteren Auswirkungen des Krieges auf die Kinder habt ihr bemerkt?

C.: Das können wir nicht so genau beurteilen, aber wir haben einen sehr hohen Umgang der Kinder untereinander und zu den Lehrern erleben können. Als die Kinder die Bilder für uns gemalt haben, tauschten sie die Buntstifte, von denen nicht genug vorhanden waren, und stritten sich nicht darum. Sie haben Rücksichtnahme und einen friedlichen Umgang miteinander gelernt.

AK: Die Revolutionsschule wurde ebenfalls nach Salomona verlegt. Inwieweit hat sie den strategischen Rückzug unbeschadet überstanden?

C.: Die RS umfaßt heute ungefähr 2.500 Schüler und Schülerinnen im Alter von 9 - 15 Jahren. Die RS ist seit Februar 79 in Salomona. Vom Verlauf des strategischen Rückzugs berichteten uns die Lehrer, daß die Kinder wesentlichen Anteil an der Verlegung der Schule hatten. Sie haben selbst ihre Schulbänke und Schränke bis zu den Lastwagen getragen, die das Mobiliar nach Salomona transportiert haben. Dort haben die Kinder selbst ihre Klassenräume wieder aufgebaut. Außerdem haben sie eine Holzwerkstatt, eine Elektrowerkstatt und kleine Versuchsgärten, die aber wegen der schlechten Bodenverhältnisse nicht ausgebaut werden können.

In der RS sprechen wir mit Haile Menkeros, Mitglied des ZK der EPLF, der sich ebenfalls gerade über die Situation der Kinder informiert. Er machte sich Gedanken darum, daß die Kinder in einer so reizarmen Gegend aufwachsen müssen, in der sie wenig Anregungen von außen bekommen. Er wünschte sich, daß die Kinder, die durch den Krieg schon von zu Hause fliehen mußten, in einer schöneren Umgebung leben könnten.

AK: Habt ihr selbst mit den Kindern gesprochen?

B.: Wir haben eine Diskussion mit zwölf, dreizehn Schülern der RS geführt, die uns wahrheitsgemäß beantwortet und auch politisch schon sehr bewußt sind. Wir haben ihnen Fragen zur EPLF, zum strategischen Rückzug, zu ihrer Position zur SU gestellt, und sie haben sehr klar sagen können, wie sie zu diesen Problemen stehen. Danach haben sie Fragen gestellt zum Verhältnis BRD-DDR, zum politischen Kampf bei uns usw. Es war nicht so, daß wir das Gefühl hatten, sie raseln ein wenig herum. Politische Formeln runter, sondern es war nicht so, daß wir das Gefühl hatten, sie raseln ein wenig herum. Politische Formeln runter, sondern es war nicht so, daß wir das Gefühl hatten, sie raseln ein wenig herum.

AK: Wie sieht der Unterricht in der RS aus?

B.: Der Unterricht findet in Tigrinya und Tigre statt. Sie haben Mathematik, Physik, usw., politischen Unterricht und werden auch in kulturellen Bereichen besonders gefördert. In einer „art section“ können sie malen und modellieren, die „Red Flowers“ mit-

gen revolutionäre Lieder und über die Taten der neun unterschiedlichen Nationen. Einmal im Monat werden Tänze, Gedichte und selbstgeschriebene Theaterstücke vorgeführt.

Seit '77 geben sie eine eigene Zeitung heraus, in der sie ihre Interessen, ihre Probleme beschreiben. Anfanglich haben sie die Zeitung mit der Hand geschrieben, später haben sie begonnen, die Texte mit der Maschine zu schreiben und zu vervielfältigen. Die Zeitung heißt „Red Star“. Die Lehrer waren ganz begeistert davon, denn alles geschah allein auf Initiative der Kinder!

AK: Leben die Kinder auch in Zelten?

B.: Nein, sie schlafen auf einem Platz im Freien, aber es werden jetzt Unterkünfte und Häuser gebaut. Gemeinsames Essen und Kochen der Kinder und Lehrer findet in sogenannten „cafeterias“ statt. Wir haben Kinder und Lehrer nach dem Verhältnis zueinander gefragt, und sie sagten, daß sie so vertraut wie Freunde zusammenleben würden. Wir waren da zunächst sehr kritisch, weil für uns Lehrer etwas ganz anderes bedeuten, und wir haben da nachgehört, aber sie erzählten uns, daß Kritiken der Kinder immer, entweder in den Stunden oder danach, diskutiert wurden.

AK: Ihr sagt vorher, daß das Lager von der ERA verwaltet wird. Könnt ihr genauer die Verwaltungsstrukturen erläutern?

A.: Es gibt drei Lagerkomitees, die sich aus der ständigen Aufteilung des Lagers ergeben. In diese Komitees wählen die Leute aus den betreffenden Gebieten ihre Delegierten, die dann nochmal ihre Delegierten für das Oberkomitee des gesamten Lagers bestimmen. Dieses Hauptkomitee arbeitet mit einem von der ERA eingesetzten Leiter zusammen, aber es ist bisher nie vorgekommen, daß dieser Leiter Entscheidungen gegen den Willen der Lagerbewohner durchgesetzt hat.

AK: Wenn ich das richtig verstanden habe, leben in Salomona viele Behinderte. Wie sieht das Verhältnis zwischen den Behinderten und den Gesunden aus?

C.: Uns ist schon in der RS aufgefallen, daß dort viele Lehrer waren, die leichte Kriegsverletzungen hatten, wie z.B. einen gelähmten Arm. Daran merken wir, daß Behinderte innerhalb der EPLF einen ganz anderen Stellenwert haben als bei uns, daß sie nicht aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden und als nutzlos gelten, sondern es wird versucht, daß die Behinderten sinnvolle Arbeit leisten können. Die ca. 2000 Behinderten in Salomona haben sich weitgehend aus eigener Kraft ihre Lagerstrukturen geschaffen.

Viele lernten sowohl an mündlich als auch an eigener Kraft ihre Lagerstrukturen geschaffen.

Viele lernten, soweit es möglich war, Schreibmaschinenschreiben, um sich später innerhalb der EPLF in den Departements mit Verwaltungsarbeiten nützlich machen zu können. In regelmäßigen Schulunterricht lernten Behinderte, die noch nicht schreiben und lesen konnten, Tigrinya. Wir haben mehrere Werkstätten der Behinderten besichtigen können. In einer stellten sie aus alten Metallteilen Schüsseln und Teekessel her, Öfen aus Blechblech. All solche Haushaltsgegenstände wurden den



Frontkämpferinnen beim politischen Unterricht

Flüchtlingsfamilien in Salomona zur Verfügung gestellt. In der Holzwerkstatt stellten sie sich selbst Krücken her sowie Musikinstrumente; Feinmechanikarbeiten wurden in einer Uhrmacherwerkstatt geleistet. Selbst ihre Hütten haben die Behinderten nach Möglichkeit allein gebaut.

Was uns überall aufgefallen ist, wie lebensmutig die Behinderten gewesen sind, daß sie nicht wegen ihrer Behinderung am Leben verzweifeln und sich nutzlos vornehmen, sondern einen enormen Willen hatten, ihre Situation zu verbessern und Fortschritt nicht aufzugeben, jeden Tag hart körperlichen Training absolviert.

B.: Ich habe auch eine Veränderung bei mir bemerkt. Am Anfang waren wir alle, glaube ich, ziemlich schüchtern und wußten nicht, wie wir auf die Behinderten zugehen sollten. Mit der Zeit ist es für mich ganz selbstverständlich geworden, daß die Leute ohne Arm oder Bein rumlaufen, was ich hauptsächlich auf den Umgang der Menschen miteinander dort zurückführe. Einer, der im Krieg irgendwo verletzt wurde, ist da jemand, der viel für sein Land geopfert hat und dann nicht einfach weggeschoben wird, wie das hier meistens der Fall ist.

AK: Habt ihr außer in Salomona Behandlungszentren für Behinderte gesehen?

B.: In Port Sudan gibt es eine Klinik, die heißt „Peace Hotel“, in die vor allem gelähmte Kämpfer kommen, die dort das Bewegen einzelner Körperteile üben. Auch hier war der Mal, mit dem sie täglich trainiert haben, bewundernswert. Es ist auch vorgekommen, daß Leute, deren Beine völlig gelähmt waren, wieder laufen gelernt haben. Es herrschte eine fröhliche Stimmung, sie haben viel Musik gemacht, Schreibmaschine und andere Dinge gelernt. Es war alles nicht so voll Depressionen, wie wir das hier aus Behindertenheimen vielleicht kennen.

C.: Die europäischen Therapeuten, die dort arbeiteten, haben uns alle berichtet, daß sie es noch nie erlebt haben, daß Kranke so selbstverständlich und mit soviel Willen für ihre Gesundheit arbeiten, und sie dementsprechend große Erfolge erzielen. AK: Sind dabei gleichzeitig erkrankte Therapeuten ausgebildet worden?

C.: Ja, die europäischen Therapeuten werden für sechs Monate vom IRK gestellt, und sie reiten während dieser Zeit Eritrea an, die nach dem halben Jahr die Therapie weiterführen sollen. Die eritreischen Therapeuten und die Behinderten haben viele Trainingsgeräte, da anfangs fast gar nichts vorhanden war, in Eigenarbeit hergestellt.

AK: Ihr habt sehr viel in Salomona gesagt, das von der ERA verwaltet wird. Erzählt bitte mal etwas zu den Lagern unter sudanesischer Verwaltung.

A.: Anders als in Salomona herrscht in den Flüchtlingslagern im Sudan eine sehr deprimierende Stimmung, was daher kommt, daß die Leute aus ihrem Heimatland vertrieben worden sind, und daß sie in diesen Lagern absolut keine Aufgabe haben. Es gibt einmal Flüchtlingslager, in denen Um-

gebung es staatliche und private Farmen gibt, auf denen die Flüchtlinge nun für einen sehr geringen Lohn arbeiten sollen, aber das Geld reicht nie für eine Familie, sondern nur für eine Person.

In anderen Lagern bekommen die Flüchtlingsfamilien ein Stück Land zum Bedauen, aber es gibt nicht genügend Traktoren zum Pflügen, die Bewässerungsanlagen sind unzureichend etc. Flüchtlinge erzählten uns dazu, daß sie nicht von dem Land leben können, da sie höchstens fünf Sack Getreide im Jahr ernten.

In dem Flüchtlingslager „Um Gulgur“, in dem vor allem äthiopische Flüchtlinge waren, lebten ca. 15.000 Menschen auf sehr engem Raum. Für diese Leute gab es eine kleine Klinik, in der wir die Medikamente sehen durften, da lagen 150 Aspirin-Tabletten, ein bißchen Penicillin und sonst nicht 90 % der Menschen hatten TB, mehr viele Darmerkrankungen, denn aus dem Brunnen, aus dem sie ihr Wasser bekamen, tranken auch Tiere, und rundherum war es matschig und dreckig. Wir hörten, daß pro Tag vier bis fünf Leute starben, teils wegen Unterernährung und teils wegen mangelnder medizinischer Versorgung.

In diesem bereits überfüllt Lager liegen auch weitere Flüchtlinge, die Versorgung.

In diesem bereits überfüllt Lager kamen noch weitere Flüchtlinge, die in einer sudanesischen Stadt gelebt hatten, aber deren Hütten dort abgebrannt waren, und die deshalb in das Lager evakuiert werden mußten. Sie waren in total befehmäßigten Unterkünften untergebracht, a.T. ohne Dach oder in Zelten direkt in der Sonne, und nirgendwo ein Strauch oder ein Baum, der Schatten spendet hätte.

Ihr Wasser wurde mit Tanklastwagen aus der Stadt gebracht, und in offene Bottiche, die ebenfalls der Sonne ausgesetzt waren, umgefüllt, in denen sich natürlich aller Staub und Dreck sammelte.

C.: Allgemein gibt es in vielen Lagern Probleme mit der Wasserversorgung. In „Um Gulgur“, einem anderen Lager, war die Wasserpumpe seit vier Tagen kaputt und im Lager „Kilometer 7“ mußten die Flüchtlinge ihr Wasser aus dem Bewässerungssystem für die Felder holen.

Die Nahrungsmittel werden für zwei Jahre vom Welternährungsprogramm gestellt; danach sollen die Flüchtlinge sich selbst versorgen. Die Rationen bestehen aus Getreide, Bohnen, Milchpulver und Fett. Doch oft bleiben wegen „Transportchwierigkeiten“ die Rationen ganz aus oder kommen nur unvollständig an!

B.: Seit November 79 werden Äthiopische und eritreische Flüchtlinge aus den großen Städten im Sudan in Lager evakuiert. Sie werden von staatlicher Seite für die ökonomische Krise im Sudan verantwortlich gemacht. Die Knappheit an Nahrungs- und Transportmitteln, die Wohnungsnot und auch die Inflation werden ihnen zur Last gelegt, und die anfangs freundliche Haltung der sudanesischen Bevölkerung ist eher in Ablehnung umgeschlagen.

AK: Wir danken Euch für dieses Interview.

KB/Bremen



Waisenkinder in Salomona

Kämpfe gegen die zionistischen Besatzer

Am 2. Mai führte ein palästinensisches Kommando einen Anschlag in Hebron durch, bei dem 6 israelische Siedler getötet und weitere 17 verletzt wurden. Der Angriff, zu dem sich die PLO bekannte, wurde vor dem Hadassah-Gebäude in der Altstadt Hebrons gegen 40 Anhänger der rechtsextremistischen Gusch-Emunim Bewegung ausgeführt. Er galt als Reaktion auf den gerade in den letzten Wochen zunehmenden Terror der israelischen Besatzer in der Westbank. Einen Tag vorher hatten israelische Offiziere einen jugendlichen Palästinenser in Anabata erschossen.

Die israelischen Behörden bezeichneten die Aktion als den „*blutigsten besten vorbereiteten und blutigsten Palästinenser-Angriff seit 1967*“ („FR“, 5.5.), verhängten sofort eine Ausgangssperre über Hebron und Umgebung und erhöhten ihre militärische Präsenz in dem Gebiet. Nach der Beerdigung eines der Getöteten zogen bewaffnete Siedler durch die Stadt, zerstörten viele Fensterscheiben, parkende Autos und die Innenräume des Hauses des ehemaligen jordanischen Parlamentsabgeordneten Scheich Mohammed Ali Dschabari. Israelische Soldaten sprengten einige Häuser gegenüber dem Hadassah-Gebäude, von denen aus der Anschlag verübt worden sein soll. Die israelische Regierung deportierte, als erste Vergeltungsmaßnahme, die Bürgermeister von Hebron und Halhoul, Kawama und Milheim, sowie den Richter Scheich Tamini aus Hebron, denen die Aufwiegelung der Bevölkerung vorgeworfen wurde. Die drei wurden nachts aus ihren Betten geholt und ohne Gesprächsmöglichkeit per Hubschrauber in den Sülibanon gebracht. Dieser Piratenakt rief breite Protestaktionen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten hervor, die bis heute andauern. In Ostjerusalem, Gaza, Nablus, Kalkillya und Tulkarm blähen alle Geschäfte geschlossen. In Halhoul wurde eine Demonstration von 50 Schülern von den Militärs mit Tränengas aufgelöst. Unterdessen wurden die drei Deportierten in Beirut von demonstrierenden palästinensischen Jugendlichen unter der Parole „*Revolution, Revolution bis zum Sieg*“ begrüßt.

Eine Woche nach der Ausweisung forderte der UN-Sicherheitsrat einstimmig (bei Stimmenthaltung der USA) Israel auf, diesen illegalen Akt sofort wieder rückgängig zu machen. Nach dieser Entscheidung versuchten die drei über die Allenby-Brücke wieder offiziell in ihre Heimat zurückzukehren, was die israelischen Behörden durch Sperrung der Brücke verhinderten.

Brennpunkt Hebron
Brennpunkt Hebron
Brennpunkt Hebron

Seit einem Jahr verschärfen sich die Auseinandersetzungen in den besetzten Gebieten vor allem durch die expansive Siedlungspolitik der Zionisten. Auf Hebron („Stadt der Patriarchen“), mit 60.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt im Westjordanland, haben es die Siedler besonders abgesehen. Von Kiryat Arba aus, mit 4.000 Einwohnern die größte israelische Siedlung und in unmittelbarer Nähe Hebrons gelegen, starten sie immer wieder neue Siedlungsversuche und Provokationen gegen die arabische Bevölkerung.

So besetzten Gusch-Emunim Leute vor einem Jahr das Hadassah-Gebäude in Hebron als ersten Schritt zur Besiedlung der arabischen Stadt. Das Hadassah-Gebäude gehört zu dem Teil Hebrons, der bis zu den Auseinandersetzungen im August 1929 zwischen Arabern und Juden von jüdischen Siedlern bewohnt war. (Die jüdische Besiedlung Palästinas war damals – unter britischem Mandat – weit vorangeschritten und hatte schon

zur Zerstörung weiter Teile der palästinensischen Gesellschaft geführt. Beispielsweise waren durch den Landkauf der Zionisten viele palästinensische Fischer und Landarbeiter brotlos geworden). Kein Wunder, daß den rechtsextremen Zionisten das arabische Hebron ein besonderer Dorn im Auge ist!

Dem militanten Vorgehen der Zionisten, das letztlich die möglichst völlige Vertreibung der Palästinenser zum Ziel hat, stehen die nun wirklich friedfertigen Äußerungen des arabischen Bürgermeisters Kawama gegenüber: „*Selbstverständlich heißen wir Juden, die in Hebron leben wollen, willkommen, aber unter der Bedingung, daß uns erlaubt wird, zu unserem Eigentum nach Lod, Ramla, Jaffa und Haifa zurückzukehren*“ („Jerusalem Post“, „JP“, 17.23.2.80).

Das israelische Kabinett deckte damals die Besetzung ausdrücklich, indem es betonte, daß jüdische Siedlungen überall in „Eretz Israel“ unterstützt würden („JP“, 17.2.).

Als Vergeltung für die Ermordung zweier arabischer Jugendlicher aus Halhoul während einer Demonstration wurde am 31.1. ein israelischer Soldat in Hebron erschossen. Die zionistischen Besatzer nahmen dies zum Anlaß, über die Stadt ein Ausgangsverbot zu verhängen, das nur für 1 1/2 Stunden täglich unterbrochen wurde. Unter dem Schutz der israelischen Soldaten terrorisierten mehrere hundert Siedler die Bevölkerung: „*So wurde zum Beispiel ein 70-jähriger Hälter einer Moschee mit Eisenstangen praktiert, verlor ein Auge und mußte schwerverletzten Rücken und Beine ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die antipalästinensischen Pogromherzer brachen – während des Ausgangsverbotes – in Wohnungen ein, verprügelten deren Bewohner und demolierten in Geschäften Waren und Fenster. In der Moschee der als Heiligtum geltenden Höhle Machpela wurden Koranbücher verwüstet*“ („UZ“, 11.2.).

Kawama wollte nach New York reisen, um vor dem Sicherheitsrat die israelische Siedlungspolitik anzuklagen. Israel verweigerte ihm die Ausreise. Genauso erging es den Bürgermeistern von Nablus und Halhoul, die an einer palästinensischen Menschenrechtskampagne in den USA teilnehmen wollen.

Auf Antrag von Marokko und Jordanien verurteilte der Welticherheitsrat Anfang März einstimmig die Errichtung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und forderte deren Räumung. In der Entschließung heißt es: „*Alle Maßnahmen zur Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und zur Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und zur Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten sind illegal*“ (ebenda). Das waren markige Worte der USA, die in den Medien und in Israel Verwunderung auslösten, war es doch das erste Mal, daß die USA einer Verurteilung Israels zustimmten. Aber Carter stellte das Ganze schon wenig später als „*Mißverständnis*“ richtig. Mit dieser gewöhnlichen Rückendeckung beschloß dann die israelische Regierung Ende März die Wiederbesiedlung ehemals jüdischer Gebiete im Zentrum Hebrons. Aus einer 1929 zerstörten Synagoge soll eine Thora-Schule für 50 jugendliche Soldaten gemacht werden, ein ehemaliges Krankenhaus zu einer



„Feldschule“, in der ebenfalls Wehrpflichtige ihren Dienst ableisten können.

Von den Siedlern wurde der Kabinettsbeschluss als erster Schritt natürlich begrüßt. Ihr Führer, Rabbi Moshe Levinger, stellte gleich klar, daß zwar nur in den beiden Häusern Leute leben werden, daß aber kein Zweifel daran bestehe, daß der Kabinettsbeschluss „*die Vertreibung Hebrons öffnet und den Juden überall in Eretz Israel erlaube zu leben*“ („JP“, 30.3.). Die Bevölkerung antwortete auf diesen Beschluss mit einem eintägigen Generalstreik und einer Massenkundgebung in Hebron. Kawama sagte dort: „*Imperien kommen und gehen, wie das Reich der Briten oder der Nazis. Das zionistische Imperium wird ebenso fallen*“ („SZ“, 26.3.).

Israel selbst

In Israel selbst steht die israelische Regierung einer immer stärker werdenden „Frieden – jetzt“-Bewegung gegenüber, die in der Siedlungspolitik der Regierung eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben mit den Palästinensern sieht. In einer Meinungsumfrage sprachen sich 52,7 % der Israelis gegen die Ansiedlung von Juden in Hebron aus, nur 35,8 % waren dafür. („Hamburger Abendblatt“, 17.3.). Am 29.3. demonstrierten 25.000 Menschen von Haifa nach Jerusalem und forderten „*Geld für die Stille, nicht für die Besiedlung*“ („JP“, 30.3.). Ein israelischer Soldat

wurde zu 35 Tagen Haft verurteilt, weil er seinen Wehrdienst nicht im besetzten Westjordanland ableisten wollte („SZ“, 17.3.). Diese Weigerungen sind längst kein Einzelfall mehr.

„Tag des Bodens“ ... und eine neue zionistische Provokation

Am 30. März wurde von den Palästinensern in Israel zum vierten Mal der „*Tag des Bodens*“ begangen, an dem die arabische Bevölkerung gegen die Enteignung ihrer Ländereien protestiert.

Vor vier Jahren waren an diesem Tag auf einer Protestdemonstration sechs Palästinenser erschossen worden. Die Bevölkerung wendete sich damals gegen Enteignungen in Galiläa (Nordisrael), das vorwiegend und noch zusammenhängend von Palästinensern bewohnt wird. Es waren die ersten großen Proteste gegen die Politik der Zionisten in Israel. Das brutale Vorgehen des Militärs führte damals zu einer fast ein Jahr dauernden Protestwelle in Israel und den besetzten Gebieten, die sicher auch unter dem Eindruck des damals sehr erfolgreichen Kampfes der fortschrittlichen Kräfte im Libanon stand.

In diesem Jahr stand er im Zeichen des damals sehr erfolgreichen Kampfes der fortschrittlichen Kräfte im Libanon stand.

In diesem Jahr stand er im Zeichen der aktuellen Ereignisse in den besetzten Gebieten. Im Westjordanland und in Ostjerusalem wurde aus Solidarität fast vollständig gestreikt. In

Araba demonstrierten mehrere tausend Menschen („JP“, 6.4., „UZ“, 14.; 15.000).

Die israelische Regierung nutzte den Tag auf die ihr eigene provokatorische Art: Sie kündigte an, daß ein neues Gesetz zur besseren Enteignung von Boden in Vorbereitung sei. „*Ein Jude hat das Recht, in Eretz Israel zu wohnen. Der Siedlungsplan bestimmt die Regierung*.“ Das Gesetz soll rückwirkend vom 27. Juli 1967 Inkraft treten und jede Siedlungsgründung im besetzten Palästina legalisieren („SZ“, 1.4., „Palästina-Bulletin“, 6.4.).

Begins Rechtsberater Zamir soll rechtliche Zweifel an diesem Entwurf angemeldet haben, da dieses Gesetz außerhalb der eigenen Landesgrenzen angewendet würde und somit seine Verwirklichung einer Annexion gleich komme. Da auch das oberste israelische Gericht sagt, daß Land in den besetzten Gebieten „*nur*“ zu Sicherheitszwecken enteignet werden darf, will die israelische Regierung mit folgendem Trick die Sache rechtlich absichern: In den besetzten Gebieten gilt nach wie vor jordanisches Recht, was Landenteignungen gegen Entschädigung für öffentliche Zwecke zuläßt. Begin will nun die Besiedlung als „*Öffentliche Aufgabe*“ wie zum Beispiel der Wohnungsbau in Straßensanierung oder Häuserbau festschreiben („The Guardian“, 3.5.).

Oberstes Ziel: „Sadat stürzen!“

Der Rücktritt des ägyptischen Ministerpräsidenten Chaili und Vermutungen, daß Präsident Sadat nach diesem Amt übernehmen wird, um die Macht weiter in seinen Händen zu konzentrieren, sind Ausdruck wachsender innenpolitischer Schwierigkeiten, denen sich Sadat gegenübersieht. Seine Politik (Friedensverträge, Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition, Aufnahme des Schaks usw.) stößt inzwischen selbst auf Widerspruch bei den bisher Sadat-treuen Parlamentariergeordneten. Wachsende wirtschaftliche und soziale Probleme, deren Lösung sich Teile der Bevölkerung von den Friedensverträgen mit Israel erhofft haben, bilden Grundlage für die zunehmende Opposition, von rechts bis links.

„Ägyptische Nationale Front“

Der Sturz von Präsident Sadat ist Punkt 1 des Aktionsprogramms der neu gegründeten „Ägyptischen Nationalen Front“, einem Zusammenschluß oppositioneller Ägypter im Exil. Initiator und Generalsekretär der Front ist der ehemalige Generalstaatschef Saadeddin Shazli, der einst als „*Held des Oktoberkriegs*“ gefeiert wurde, weil er die ägyptischen Truppen 1973 über den Suezkanal geführt hatte. Wegen Differenzen über die Kriegsführung stieß Sadat ihn sozusagen über Nacht ab und schob ihn als Botschafter erst nach London, dann nach Lissabon ab, von wo aus Shazli unverhohlene Kritik am Sadat-Regime übte. Als Höhe- und Schluß-

punkt seiner Botschaftertätigkeit verfaßte Shazli 1978 eine umfassende Anklageschrift gegen Sadat auf offiziellem Botschaftspapier und verles sie in die Presse. Als er 1979 wegen Hochverrats angeklagt wurde, angebliche Freigabe militärischer Geheimnisse aus dem Oktoberkrieg – war Shazli längst in Algerien im Exil.

Auf einer Pressekonferenz, die Shazli am 2. April in Beirut gab, erläuterte er die Ziele und das Aktionsprogramm der „Ägyptischen Nationalen Front“.

– Sturz Sadats: „*Wir werden zuerst versuchen, Sadat zu einer demokratischen Abrechnung zu zwingen. Wenn uns unsere demokratischen Rechte verweigert werden, werden wir unsere Zukunft zu revolutionärer Gewalt nehmen, um das Sadat-Regime zu stürzen*“ („Süddeutsche Zeitung“, 12.13.4.80).

– Errichtung eines nationalistischen Regimes

– Kündigung des Friedensvertrages

– Beendigung der ägyptischen Allianz mit den USA und mit Israel

– Wiederherstellung der Führungsposition Ägyptens in der arabischen Welt („SZ“, 12.13.4.80)

Die Front soll ein Zusammenschluß nationalistischer, keineswegs demokratischer und fortschrittlicher Kräfte werden. In einem Interview erklärte Shazli auf die Frage: „*Wen repräsentiert Ihre Front?*“: „*Alle, von Rechts bis Links. Die Front ist*

offen für jeden (inschließlich – wenn sie es wollen – die Muslimbrüder), der die Forderungen nach dem Sturz Sadats erhebt“ („Guardian“, 7.6.80). Die Floskel von der breiten Einheit wird jedoch eindeutig durch die einseitig nationalistischen Töne als solche entlarvt. Dieser General triumphiert von einer byzantinischen Führungsrolle und nicht von einem freien, sozialen Ägypten. Positiv ist allein die ausgesprochene Gegnerschaft zur USA hervorzuheben. Anerkannt und unterstützt wird die Front bisher nach Aussagen ihres Generalsekretärs von Syrien, Libyen, Algerien, Südjemen und der PLO („Le Monde“, 4.4.80).

Muslimbrüder – Bündnispartner der fortschrittlichen Kräfte?

Nicht nur im Exil, sondern auch in Ägypten selbst soll es Anzeichen dafür geben, daß eine Zusammenarbeit zwischen bürgerlich-demokratischen Kräften und den Muslimbrüdern nicht mehr unwahrscheinlich ist. Die „*tax*“ berichtet, daß Khalid Muhiiddin, Chef der „Nationalen Fortschrittlich-Unionistischen Sammlungspartei“, „*unlangst Kontakte zu Umar at-Tal-masani, einem der Führer der Muslimbrüder, aufgenommen hat*“, um den „*Dialog zwischen den anti-Sadat'schen Kräften zu vertiefen*“ („tax“, 18.4.80).

Die Muslimbrüder und zahlreiche kleinere, überwiegend militante isla-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

„Begin hau ab!“ riefen 150.000 in Tel Aviv

Mit roten Fahnen und Parolen wie „*Begin hau ab!*“ marschierten am 1. Mai 150.000 Menschen durch die Straßen von Tel Aviv.

Die Demonstration war von der Gewerkschaftsorganisation „*Histadrut*“ veranstaltet worden. Die „*Histadrut*“ hatte bisher die Versammlungen und Demonstrationen zum 1. Mai unterstützt. Sie will nun die Protestbewegung in israelischen Werkskämpfen zum Nutzen der rechtsozialdemokratischen „Arbeiterpartei“ umbiegen. In spätestens einem Jahr sind Wahlen, und Umfragen haben ergeben, daß die Rechtsparteien, die hinter der Begin-Regierung stehen, die Wahl zur Zeit verlieren würden.

Die Menschen protestieren gegen ihr seitlich ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage (dreistellige Inflationsrate) und gegen die damit bezahlte hemmungslose Fortsetzung der zionistischen Eroberungspolitik durch die Begin-Regierung, durch die ein neuer Krieg im Nahen Osten heraufbeschoren wird (nach „*A manifesto*“).

Irak:

Verfolgung Oppositioneller durch das Baath-Regime

Vom 21. bis 23. April protestierten Iraker auf dem Bonner Münsterplatz mit einem Hungerstreik und einer abschließenden Demonstration zur irakischen Botschaft gegen die verstärkte politische Unterdrückung der Kurden und oppositionellen Gruppen, gegen Massendeportationen und Hinrichtungen politischer Oppositioneller in Irak. Sie forderten den Lieferstopp von westdeutschen Waffen an Irak, die Einstellung der Ausbildung von irakischen Geheimdienstleuten in der BRD, die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission über die Lage in Irak und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Aufgerufen zu dieser Aktion hatten folgende Organisationen: „Vereinigung der Studenten Kurdistan im Ausland“, „Verein der Ärzte aus Kurdistan“, „Vereinigung irakischer Studenten“.

Der Demonstrationzug – mit etwa 50 Teilnehmern, u.a. auch Kinder – wurde bereits während der Aufstellung von einem 80 bis 120 Mann starken bewaffneten Rollkommando regime-treuer Iraker überfallen. Unter den Demonstranten gab es zahlreiche Verletzte, einige mussten mit z.T. schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Schläger, Iraker aus verschiedenen Orten der Bundesrepublik, sogen sich anschließend auf das Gelände der irakischen Botschaft zurück. Bisher ist nicht bekannt, ob irgendeiner von ihnen verhaftet wurde, die Polizei konnte die Iraker jedenfalls auf dem Botschaftsgelände nicht weiter verfolgen, da es sich um „exterritoriales Gebiet“ handelt. Trotz ihrer Verletzungen zogen die Demonstranten weiter in Richtung Botschaft, wurden aber auf halber Strecke von der Polizei gestoppt.

Nicht nur der Rückzug auf das Botschaftsgelände zeigt, daß der Schlägertrupp mit Billigung und wahrscheinlich auch im Auftrag des irakischen Regimes handelte. Unter den Schlägern wurden Botschaftsangehörige erkannt, weitere Angehörige der Botschaft machten gar keinen Hehl aus ihrer Zusammenarbeit mit dem Rollkommando.

Die Polizei war schon einen Tag vorher darauf hingewiesen worden, daß ein Überfall geplant sei. Der Mitternacht der irakischen Botschaft hatte nämlich die sich im Hungerstreik befindlichen Iraker und Kurden aufgefordert, den Hungerstreik abbrechen, sonst gäbe es Ärger mit seinen Leuten. Die westdeutsche Polizei hatte diese Hinweise jedoch ignoriert. Außer der Bonner Presse („Bonner Stadtanzeiger“ und „Express“, 24.4.) wurde in keiner bürgerlichen Zeitung berichtet. Offizielle Proteste blieben aus. Dieses gute Einvernehmen mit der irakischen Botschaft hat seine Ursache: Jahrelang stand die Bundesrepublik an der Spitze der Handelspartner Iraks, dieser Platz wird ihr erst in jüngster Zeit von Frankreich streitig gemacht. Hinzu kommt, daß Irak angeboten hat, für ausfallende (oder nicht abgenommene) iranische Ölleistungen einzuspringen (so soll der Anteil iranischen Erdöls an der Rohölversorgung nach den Plänen der Mineralölindustrie in den nächsten Monaten von jetzt 14 % auf 4,5 % sinken). „Frankfurter Rundschau“, „FR“, 16.5.80).

Verfolgung oppositioneller Iraker im Ausland

Das brutale Vorgehen gegen irakische Oppositionelle ist zwar in der Bundesrepublik neu, hat aber in anderen Ländern etliche Beispiele und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter des irakischen „sozialistischen“ Baath-Regimes. In einer Rede im Februar dieses Jahres, die in der irakischen Presse abgedruckt wurde, erklärte der irakische Staatspräsident, Saddam Hussein al Tikriti (gleichzeitig Vorsitzender des „Revolutionären Kommandos“, der die gesamte Politik bestimmt und Gesetze erläßt – Irak hat kein Parlament), Generalsekretär der Regionalen Führung der „Arabischen Sozialistischen Baath-Partei“, die alles kontrolliert, und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, daß „die Hand der Revolution die Oppositionellen erreichen wird, wo immer sie sich befinden.“ („Le Monde“, 12.5.80).

Daß es sich bei diesen Worten nicht um leere Drohungen handelt,

hat die nun schon jahrelange, ständige Verfolgung, Bespitzelung und z.T. Ermordung oppositioneller Iraker im Ausland bewiesen.

– In einem Brief an „Le Monde“, 12.5., berichtet die „Vereinigung irakischer Studenten in Frankreich“ von Morddrohungen gegen ihre Mitglieder. Gleichzeitig wird auf die Ermordung des damals in Beirut im Exil lebenden Irakers Adel Wasfi hingewiesen. Wasfi arbeitete als Redakteur bei der PLO-Zeitung „Falastrin al Thawra“ (das irakische Baath-Regime stellt sich bekanntlich immer gern als bester Freund des palästinensischen Volkes dar) und war Mitbegründer der „Union der irakischen Demokraten“. Er wurde im Juni 1977 ermordet. Die libanesischen Presse veröffentlichte damals eine lange Liste von Menschen, die vom irakischen Regime zum Tode verurteilt waren. Einer von ihnen, Yalga El Irakie, wurde am 24.3.80 in Beirut ermordet. Er war ebenfalls Mitglied der „Union der irakischen Demokraten“.

– In der Schweiz hat kürzlich der Prozeß gegen die beiden Attentäter von Ismet Sherif-Vanley begonnen. Sherif-Vanley ist ehemaliger Repräsentant der „Demokratischen Partei Kurdistan“ in Europa und wurde bei dem Attentat vom 16.10.76 schwer verletzt. Einer der Attentäter war der ehemalige irakische Generalkonsul von Genf, El Tikriti.

– Zwischen Bulgarien und Irak bestehen gespannte Beziehungen, seit die bulgarische Regierung alle irakischen Studenten zurückgeschickt hat. Zunächst war ein Mitglied der irakischen Baath-Partei von irakischen KPIern getötet worden, beim anschließenden Rachekakt kamen mindestens drei weitere Iraker ums Leben („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“, 9.5.80).

– Die umfangreiche Bespitzelung in Schweden lebender irakischer politischer Flüchtlinge war herausgekommen, als ein schwedischer Polizeibeamter bei der Übergabe entsprechenden Materials an irakische Diplomaten erwischt worden war. Mehrere irakische „Diplomaten“ waren verhaftet und ausgewiesen worden.

(„SZ“, 9.5.79).

– In London fand vor etwa einem Jahr der Prozeß gegen die Mörder des ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Al Nalf statt. Angeklagt ist u.a. Amraddi Rahman Schukri, Beamter des irakischen Jugendministeriums. Al Nalf wurde 1968 durch den Putsch des Baath gestürzt. Zur Zeit seiner Ermordung (9.7.78) hatte Al Nalf Kontakt zur syrischen Regierung aufgenommen, mit dem das irakische Baath-Regime sich damals (vor den Vereinigungsbestrebungen) Ende 78 bis Mitte 79, vgl. AK 158) heftig befand. Vor Gericht erklärten die Angeklagten, im Auftrag des irakischen Geheimdienstes gehandelt zu haben („SZ“, 2.3.79, „The Guardian“, „TG“, 17.3.79).

– Zu erinnern ist außerdem an die Ermordung des Universitätsprofessors Tawfik Rouchdi, irakisches KP-Mitglied und Kurde, in Aden am 2.6.79. Die südjemenitischen Behörden machten für den Mord den Sicherheitschef der irakischen Botschaft, Bachir Mahmoud, und einen weiteren Botschaftsangehörigen, Said Hamid, verantwortlich. Letzterer wurde mit zwei anderen Irakern vor Gericht gestellt, wo er erklärte, im Auftrag eines Mitglieds des irakischen Geheimdienstes gehandelt zu haben („Le Monde“, 4.7.79). Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind seit der Zeit unterbrochen.

Wachsende politische Unterdrückung im Irak

Seit rund zwei Jahren drängen immer wieder Meldungen über eine stärkere politische Verfolgung in Irak an die Öffentlichkeit, über Verhaftungen, Verschwinden Oppositioneller, massenhafte Hinrichtungen, Folter, massenhafte Ausweisungen.

Mit einigen Zahlen soll das belegt werden:

– Von Januar 1978 bis August 1979 wurden 191 Todesurteile (u.a. gegen Gewerkschafter) wegen „Konspiration gegen Partei und Revolution“ vollstreckt (al-Sondernummer, 1.3.80). Von Anfang März bis Mitte April 1980 wurden 100 Menschen hingerichtet („LM“, 19.4.80).

– Ende Dezember 78 hatte die irakische KP (damals noch an der Regierung beteiligt) erklärt, daß sich das irakische Regime „Grausamkeiten gegen die Partei, ihre Mitglieder und deren Aktivitäten seit mehr als einem Jahr zueinander“ hat kommen lassen („LM“, 14.12.78).

– Vom 1.1.79 bis Mitte Februar 79 verschwanden 1913 KP-Mitglieder und Sympathisanten, 2125 Menschen außerdem in Kurdistan („LM“, 23.2.79). „Le Monde“ (20./21.4.80) berichtet, daß es in diesem Frühjahr ständig Verhaftungen in Bagdad gegeben habe, die Gefangenen seien mit Kurden, Schiiten, Kommunisten, Militärangehörigen und Turkmenen beseitigt.

– Auch in den Reihen der Baath-Partei finden laufend Säuberungen statt. Nach dem Putsch Saddam Husseins gegen den damaligen Staatschef al Bakr im Juli 79 wurden 21 hohe Funktionäre hingerichtet. In der Baath-Partei selbst finden laufend Säuberungen statt, der Chef der Geheimdienste, Oberst Khail Ibrahim Al-Azzawi, wurde seines Postens entbunden und in eine Kleinstadt versetzt. Es gab mehrere Hinrichtungen („SZ“, 23./24.2.80, nach „Al Hawsa“, 20./21.4.80). Vor Parteikadern erklärte Saddam Hussein: „Wir sind in unserer stalinistischen Ära. Wir müssen mit eiserner Faust die geringste Abweichung oder den geringsten Rückfall bekämpfen – beginnend mit den Baathisten.“ („TG“, 11.4.80).

– Unbedingt erwähnt werden muß der blutige Krieg, den das irakische Regime jahrelang, mit gewissen Unterbrechungen, gegen die um Autonomie kämpfenden Kurden geführt hat, die Ermordung vieler Menschen und die in den letzten Jahren durchgeführte Deportation einer Viertel Million irakischer Kurden aus dem kurdischen Bergland im Norden in die Wüste im Süden Iraks.

– Ein weiteres Beispiel ist die jetzt erfolgte Ausweisung von mehreren zehntausend Irakern in den Iran, die angeblich persischer Abstammung sein sollen. Das irakische Regime nutzt ganz offensichtlich die propagandistisch hochgespielteten Streitigkeiten und militärischen Scharmützel mit dem iranischen Regime, um gegen die Opposition im Innern vorzugehen. In einem Flugblatt schreibt die „Vereinigung der irakischen Studenten in der BRD und Westberlin“, daß sich die Bedrohung, in der sich das irakische Regime befinde, in

„konfusen Aktionen“ zeige, wie in der „Ausdehnung und Ausbürgerung tausender Iraker, die in Massen an die irakisch-iranische Grenze gebracht werden. Bevorzugt werden dabei Arbeiterbestriebe, in denen der Widerstand am stärksten ist. Diese Menschen werden mit Gewalt aus ihren Häusern auf Lastwagen geladen und ohne Hab und Gut abtransportiert. Viele von ihnen überleben diese Fahrt nicht oder sterben nach kurzer Zeit in Folge von Hunger und Kälte, weil sie einfach wie Tiere an der Grenze abgedrückt werden. Eine Flucht zurück in ihre Heimat ist nicht möglich, da das Grenzgebiet von Militärposten bewacht wird. Die iranischen Behörden können kaum Hilfe leisten, weil diese Menschen über die 900 km lange Grenze verstreut wurden.“ (Mitte April 80)

Schon 1971 wurden 34.000 Iraker iranischer Abstammung über die Grenze abgeschoben. Anlaß waren damals Differenzen mit dem Schah-Regime, das in einem Handstreich drei Inseln in der Meerenge von Hormus besetzt hatte („FR“, 15.4.80).

Neue Gesetze gegen eine wachsende Opposition

Die wilde Polemik und die sogar z.T. bewaffneten ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den Machthabern im Irak und dem irakischen Baath-Regime bieten für beide Regimes willkommenen Anlaß, um gegen die eigene Opposition verschärft vorzugehen.

Seit Monaten gibt es in allen Bereichen Anzeichen für eine wachsende Opposition. Das gilt besonders für die Schiiten, die mehr als die Hälfte der Einwohner ausmachen, und die Kurden, die seit je her gegen das Baath-Regime kämpfen.

Anfang April wurde auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Turik Aziz ein Anschlag verübt, nur wenige Tage später auf den Informationsminister Jamil. Beide wurden schwer verletzt. Ebenfalls Anfang April wurde der frühere Baath-Außenminister Abdul Karim Schakill ermordet; im Baya-Viertel in Bagdad wurde eine Polizeistation überfallen (vier Tote); in Diwaniyah wurden zwei Sicherheitsoffiziere erschossen; im Majar-Bezirk in Süd-Irak fand eine nächtliche Schlacht statt („TG“, 11.4.). Obwohl die Armee durch Parteiorganisationen in allen Einheiten vollständig von der Baath-Partei zu kontrollieren versucht wird, scheint sich auch hier Widerstand zu regen. Unter den vom Regime Exekutierten befindet sich eine große Anzahl Militärs, der jahrelange Krieg gegen die Kurden hat Opposition aufkommen lassen, die meisten Offiziere sind sunnitische Moslems, während Soldaten und Mannschaften Schiiten sind („TG“, 11.4.).

Die Attentate auf die Baath-Minister, für die sich eine Organisation irakischer Modjahedin („Al-Da Wa“, „Der Ruf“) verantwortlich erklärt hat, haben den Anlaß für ein neues scharfes Gesetz gegeben, das die Verhängung der Todesstrafe gegen jedermann erlaubt: Die Todesstrafe wird ausgesprochen gegen jeden, „der zur Partei gehört, ihre Ideen propagiert oder ihre Arbeit fördert“ („TG“, 11.4.).

Dieses fast unglaubliche Gesetz kann fast als typisch für die irakische Gesetzgebung angesehen werden. Auf folgende „Taten“ stand schon bisher die Todesstrafe im Irak:

- politische Betätigung in der Armee, außer von Mitgliedern und im Sinne der Baath-Partei,
- Eintritt in die Baath-Partei unter Verhewigen früherer Partei-Verbindungen oder weiterer Aufrechterhaltung solcher Verbindungen (1974),
- ehemalige Baath-Mitglieder dürfen keine andere Partei oder politische Richtung unterstützen (1976),
- frühere oder jetzige Baath-Mitglieder dürfen nicht mit den Vorstellern anderer Parteien agitiert werden,
- wer nach dem 17.7.78 die Armees verlassen hat oder entlassen worden ist, darf keiner anderen Partei als der Baath-Partei beitreten oder sie unterstützen. Das gilt auch für Geheimdienstleute. („LM“, 7./8.1.79; al-Jahresbericht 1979, „al-Fatalla“, 12.2.79).

Außerdem müssen Studenten, die im Ausland studieren, ohne von der Baath-Partei geschickt zu sein, mit fünfzehn Jahren Gefängnis rechnen. Das Einverständnis kann innerhalb eines Jahres nachgeholt werden.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

mische Gruppen, scheinen zur Zeit die einflussreichste oppositionelle Bewegung in Ägypten zu sein. Die politisch-religiöse Organisation der Muslimbrüder mit stark antisemitischem Einschlag (gegründet 1927) hatte Ende der 40er Jahre bereits ihre erste große Blüte. Unter Nasser wurde die Organisation nach einem mißglückten Anschlag auf Nasser verboten und verfolgt. Im Zuge von Sadats „Öffnungspolitik“ nach rechts konnten die Muslimbrüder zwar ihre Anerkennung als politische Partei nicht zurückgewinnen, aber ziemlich ungehindert Propaganda betreiben. Während die linken Kräfte, deren Organisationen überwiegend verboten wurden, kaum noch Veröffentlichungsmöglichkeiten haben, dürfen die Muslimbrüder seit 1979 ihre Wochenschrift „al-Daawa“ an jedem Zeitungskiosk verkaufen. Nach Angaben der „tas“ hat die Muslimbrüderschaft (heute) nach zuverlässigen Angaben zwischen 800.000 und 1 Million Mitglieder und Sympathisanten. (...) Muslimbrüder sitzen in den Aufsichtsräten einiger Banken, in Ministerien und dominieren die Universitäten. Unter Studenten haben andere politische Vereinigungen praktisch keine Chance mehr („tas“, 18.4.80). So gehen auch die jüngsten großen Demonstrationen in den Universitätsstädten Kairo, Assut und Alexandria, bei denen es zu erheblichen Zusammenstößen mit der Polizei kam, auf das Konto der muslimischen Organisationen.

Anlaß für die Proteste waren vor allem die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel (die Botschafter nahmen ihre Geschäfte am 26. Februar auf) und die Ankunft des Ex-Schahs als politischer Asylant in Ägypten. Beide Ereignisse stießen auf breite Kritik in der Bevölkerung, nicht nur unter den Anhängern der Muslimbrüder. Die wohl heftigsten Demonstrationen fanden in Assut statt. Bei einer von „muslimischen Studenten“ organisierten Demo am 28. März gegen die Anwesenheit des Ex-Schah wurde bei Schlägereien mit der Polizei ein Arbeiter so schwer verletzt, daß er kurz danach im Krankenhaus starb („Le Monde“, 2.4.). Gerechtfertigt wurde das Eingreifen der Polizei damit, daß es im Verlauf der Demonstration zu Ausschreitungen gegen Kopten (Christen) kam, die sich – nach Darstellung der koptischen Kirche – in letzter Zeit

häufen. Während die Organisatoren der Demonstration mit einem erneuten Protestmarsch zu Ehren des getöteten Arbeiters reagierten (rund 5000 Menschen nahmen am 3. April wiederum in Assut daran teil), dramatisierte die koptische Kirche die tithlichen Übergriffe auf Angehörige ihrer Glaubensgemeinschaft, indem sie am „Palmsonntag“ (30. März) beschloß, wegen der fortgesetzten „Diskriminierung“ keinerlei Osterfeiern stattfinden zu lassen („Süd-deutsche Zeitung“, 2.4.80). (Von den 42 Millionen Ägyptern sind etwa 6 Millionen Kopten.)

Schonzeit für die Muslimbrüder zuende?

Während die bürgerlich-demokratische und die linke Opposition in den letzten Jahren von Sadat-Regime mit allen Mitteln unterdrückt worden ist, wurden die Muslimbrüder bestfalls zaghaft kritisiert und ermahnt. Zwar hat es bei besonders militanten Aktionen auch Verhaftungen einzelner Mitglieder gegeben, aber im Gegensatz zur Linken konnten sie ihre Organisation ungehindert wieder aufbauen. Ihre Re-Islamisierungsbestrebungen in allen gesellschaftlichen Bereichen paßten durchaus in Sadats Konzept, die Bevölkerung von den dringenden sozialen und politischen Problemen abzulenken. Durch die antijüdische, nur am Rande antizionistische, Propaganda der Muslimbrüder in den letzten zwei Jahren gegen die „Friedenspolitik“ Ägyptens werden sie offenbar auch von Sadat als wachsende Gefahr erkannt. Sie sind ganz entschieden gegen den Separatfrieden, aber auch gegen eine Fortsetzung der Genfer Verhandlungen: „Die Muslimbrüder glauben, daß das Palästina-Problem nicht nur eine Angelegenheit der Palästinenser ist und auch nicht nur der Araber allein, sondern es betrifft die gesamte islamische Welt. Es ist ein grundlegendes Problem, dessen Wurzeln weit in die Geschichte zurückgehen, bis zu tief eingetragenen jüdischen Feindschaft gegen den Islam.“ („Erklärung der Muslimbrüder an die Leute“, aus: „Mujtama“, 10.1.78, deutsch in: „Orient“, 2/79). Manche Beobachter (so z.B. die „tas“, 18.4.80) glauben, daß sich das am 30. April verabschiedete neue Gesetz zur Unterdrückung jeglicher Opposition besonders gegen die Muslimbrüder wenden wird. Kern dieses „Gesetzes zum Schutz vor Schandtat“ ist die Schaffung eines

Sondergerichtshofes für „moralische Verbrechen“, an dessen Spitze ein von Sadat ernannter „Sozialistischer Generalstaatsanwalt“ stehen soll. Dieses Gericht soll bei Zuwiderhandlungen gegen die staatliche Ordnung der „Ägyptischen Familie“ in Aktion treten: „Vernichtung der göttlichen Gebote, Aufruf zur Herrschaft einer sozialen Klasse über die andere oder zur Liquidierung einer sozialen Schicht, öffentlich ein schlechtes Beispiel für die Jugend geben...“ („Le Monde“, 12.4.80). Direkt gegen die anti-koptische Politik der Muslimbrüder & Co. soll die Strafordrohung des neuen Gesetzes bei Verstoß gegen die „nationale Einheit“ gerichtet sein, ein Begriff, der von Sadat eingeführt wurde zur Kennzeichnung des (gestörten) friedlichen Zusammenlebens von Muslimen und Christen und vorbeugend: Juden. Ob dieses Gesetz tatsächlich gegen die rechte Opposition angewandt wird, wird sich zeigen; die Linke, die es zweifellos zu spüren bekommen wird, muß sich auf Strafen neuer Art einstellen: „Per Gerichtsbescheid wird die Kandidatur für öffentliche Ämter aller Art, auch in Gewerkschaften, verboten, ebenso die Organisation einer politischen Partei und sogar die einfache Mitgliedschaft darin. Wer außerdem einen Beruf hat, der mit (...) der Bildung der öffentlichen Meinung in Zusammenhang steht oder mit der Jugenderziehung, muß für die Dauer der ausgesprochenen Strafe (6 Monate bis 5 Jahre) diese Tätigkeit aufgeben.“ („Neue“, 2.4.80).

Neben dieser Sondergerichtsbarkeit, die auf die Aberkennung der bürgerlichen Rechte abzielt, geht natürlich die „normale“ Strafverfolgung der ägyptischen Opposition weiter. Jüngstes Beispiel: Mitte April hat der Kairoer Generalstaatsanwalt gegen 30 Personen Anklage erhoben wegen „Verschwörung zum Sturz von Sadat“. Ihnen wird vorgeworfen, an der Reorganisation der verbotenen ägyptischen KP seit Ende 1977 beteiligt gewesen zu sein. Dasselbe Anklage wurde auch gegen 24 im westeuropäischen Ausland lebende angebliche KP-Mitglieder erhoben. Den Angeklagten drohen 15 bis 25 Jahre Zwangsarbeit („Welt“, 18.4., „Neue“, 25.4.). Wie hieß noch Punkt 1 im Aktionsprogramm der Nationalen Front um General Shazli? „Sadat stürzen!“

Nahost-Kommission

Nahost-Kommission

J. EGW-Kommunikation

Zur Sozialistischen Konferenz: DKP mag weder nein noch ja sagen

Zur Sozialistischen Konferenz Anfang Mai war auch die DKP eingeladen worden. Erschienen war sie nicht (oder doch nur einzelne Mitglieder, die sich nicht als solche zu erkennen gaben). Üblicherweise ist man gewohnt, daß die DKP solche Dinge mit Schweigen übergeht oder in der ihr eigenen arroganten Art von einem „Sektierertreffen“ spricht. Nicht so dieses Mal. Im nachhinein behauptet sie, keine Einladung erhalten zu haben. Nun weiß jeder, daß dies nicht mehr als eine Verlegenheitsbegründung ist; und „Die Neue“, der DKP sonst durchaus wohlgesonnen, fragt denn auch treffend: „Ist die Schwierigkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen, ein Problem der Deutschen Bundespost?“ Man kann daraus nur schließen: Die DKP wollte nicht. Andererseits scheut sie sich auch, dies unumwunden auszusprechen.

Ganz offensichtlich ist jedoch, daß die DKP sich weitere Entscheidungen offen halten will. Auf die Frage, „wie es die DKP mit dem Dialog und der Zusammenarbeit der Linkskräfte halten“, antwortet Kurt Schacht (DKP-Präsident): „Sie ist bereit, mit allen wirklichen sozialistischen und demokratischen Kräften ... zusammenzuarbeiten“ („UZ“, 8.5.). Wer nun die „wirklichen sozialistischen Kräfte“ sind und wer sie in Kassel repräsentiert hat, darauf geht er wohlweislich nicht ein. In der Vergangenheit wurden unter diesem Begriff nur die DKP und ihre Bündnisorganisationen sowie Teile der SPD gefaßt; nichts spricht dafür, daß sich dies geändert hat. Näher kommt man der Sache denn auch, wenn Kurt Schacht die Teilnehmer als „linksozialistische, marxistische, trotzkistische Kräfte“ charakterisiert, mit denen in der berüchtigten „These 41“ der DKP jede Zusammenarbeit ausgeschlossen wird. Weshalb dann dennoch die scheinbare Offenheit?

Ein wesentlicher Grund dürfte sein, daß sich auch der DKP wohlgesonnene Kräfte an der Konferenz beteiligt haben und auf die DKP Druck ausüben, aus der Sektiererei herauszukommen. So bemängelt „Die Neue“ in einem Kommentar vom 7.5. die Nichtteilnahme der DKP, wobei es ihr vor allem darum geht, daß die DKP damit eine Chance verliert. Sie weist darauf hin, daß „mehr als je zuvor ... in der Linken die Bereitschaft da [ist], auch die DKP als Gesprächspartner zu akzeptieren.“ Der DKP wird in der Diskussion durchaus eine „Führungsrolle“ zugebilligt, nur dürfe sie nicht „immer nur alleine vorantreiben, bevor die Mannschaft, in der man spielen will, sich überhaupt formiert hat.“ Dieses Verhalten der DKP würde dazu führen, daß sie im „Abseits“ lande.

Bei der gegenwärtigen Haltung der DKP muß damit gerechnet werden, daß sie eine künftige Teilnahme nicht ausschließt, diese jedoch an die Bedingung einer Ausgrenzung unangenehmer Themen und der Nicht-Teilnahme von „marxistischen und trotzkistischen Kräften“ knüpft. Von dem bisherigen Teilnehmerkreis ist allerdings nicht davon auszugehen, daß einer solchen Erpressung Folge geleistet würde. Eine Teilnahme der DKP kommt also nur dann in Frage, wenn sie zumindest stillschweigend mit der These 41 bricht.

5. Kongreß der Sozialistisk Ungdom



Unter dem Motto „Arbeiterjugend zum Kampf“ fand kürzlich – vom 25. bis 27.4.80 – der 5. Kongreß der Sozialistisk Ungdom in Oslo statt. Sozialistisk Ungdom (SU) ist die Jugendorganisation der reformistischen Partei SV. SU steht jedoch insgesamt deutlich links von der Mutterpartei, was auch an den internationalen Kontakten erkennbar ist. Das Verhältnis SU zu SV war auch Gegenstand des Kongresses. Wichtigster Beschluß des Kongresses dürfte der Arbeitsplan für die nächste Kongressperiode sein, der bemerkenswerterweise eine Schwerpunktverlagerung von u.a. ökologischen Fragen zur gewerkschaftlichen Arbeit hin bedeutet. Die Atmosphäre des Kongresses gab unserem Vertreter den Eindruck einer Organisation, die von der Krise der westeuropäischen Linken weitgehend verschont geblieben ist. Dies ist umso erfreulich, da es sich um eine Organisation sehr junger Genossen handelt. Tatsächlich gehört SU zu den in Schulen größten und aktivsten Organisationen Norwegens.

Reformistische Mutterpartei...

SV ist aus der Volksbestimmung über den EG-Beitritt, der zum Sieg der EG-Gegner führte, hervorgegangen. Die EG-Frage hatte zur Politisierung breiter Schichten und zu einem Aufschwung für die Linke geführt. Die Linke bezeugte dieser Herausforderung mit der Bildung eines breiten Bündnisses, dem sozialistischen Wahlbündnis (SV), dem linken Sozialdemokraten, die linkssozialdemokratische SP, die revisionistische NKP, große Teile der Frauen- und Umweltbewegung und neu politisierte Menschen.

Die „Praxis“-Gruppe war Ausdruck einer breiteren Strömung unter den Intellektuellen, insbesondere Studenten. So verabschiedete der Studentenverband der philosophischen Fakultäten in Belgrad, Ljubljana und Zagreb am 30.1.1974 eine Resolution, in der es u.a. hieß: „daß die Arbeiterklasse immer noch keinen entscheidenden Einfluß auf ökonomischem und politischem Gebiet ausübt, daß die gesellschaftliche Macht sich in den Händen einer politischen und ökonomischen Elite konzentriert ... daß die sozialen Unterschiede ständig wachsen und die höchste Gefahr für die Erwerbslosen der Revolution darstellt ... daß die marxistische Kritik der sozialen Widersprüche unterdrückt wird.“

...und eine rebellische Jugend

Die Kritik der SU richtet sich vor allem gegen den Parlamentarismus, d.h. daß SV die außerparlamentarische

Massenarbeit total vernachlässigt. Allerdings waren auf dem Kongreß zwei Positionen erkennbar, nämlich erstens: Die politische Linie der Partei sei in Ordnung, nur mache SV am laufenden Band Fehler; und zweitens: Die ständigen „Fehler“ liegen an der grundsätzlich falschen Politik.

Beide Linien waren auf dem Kongreß etwa gleich stark vertreten. Die erste Position kennzeichnet bereits die Defensive, in der sich die Reformisten in SU befinden. Ihnen und der Mutterpartei war die Situation bereits so bedrohlich, daß der Kongreß noch einmal feststellen mußte, daß SU nun tatsächlich die SV-Jugendorganisation ist. Gefordert hatten sie, daß SU sich auf Jugendpolitik und Umweltschutzfragen beschränkt, d.h. SU sollte als Rekrutierungsorganisation fungieren. Zum Verhältnis der SU zu SV beschloß der Kongreß u.a.: „SU ist die Jugendorganisation der ganzen Partei“ (...). SU betrachtet SV als die einzige Alternative für revolutionäre Sozialisten. Die Erfahrungen mit verschiedenen Kleingruppen in Europa zeigen, daß eine derartige Praxis im besten Fall zur Arbeit in politischen Teilgebieten, gewöhnlich aber zur Sektiererei, Feindschaft und Auflösung führt.“

Im Beschluß steht aber auch: „Zum Verhältnis zu verschiedenen Fraktionen in der Partei: Stimmt die politische Linie der SU mit einer Oppositionsgruppe überein, so kann diese natürlich zur Zusammenarbeit führen, vielleicht besonders zur Entwicklung einer Praxis in den Betrieben und Gewerkschaften.“

Der Arbeitsplan

in den Betrieben und Gewerkschaften.“

Der Arbeitsplan

Als eindeutiger Sieg der linken Kräfte in SU dürfte der Arbeitsplan für die nächste Kongressperiode (1.1/2 Jahre) gelten. Dieser Plan verlangt nicht nur von jeder Genossin und jedem Genossen den Verkauf der Zeitung „Ungdomsbladet“, sondern stellt auch fest: „Die Arbeiterklasse spielt eine entscheidende Rolle im Kampf für den Sozialismus. Die politische Hauptaufgabe für SU ist es deshalb, eine gewerkschaftliche Praxis zu entwickeln, die den Kampf zwischen Arbeit und Kapital verschärft und die Stellung der SU

in der Arbeiterjugend stärkt. Dies kann nur geschehen, wenn die Organisation die gewerkschaftliche Arbeit ständig priorisiert. (...) Die Priorisierung der Gewerkschaftspolitik gibt die Richtung an, in die SU sich bewegen muß. Das heißt nicht, daß alle Kräfte hier eingesetzt werden müssen. Die Ortsgruppen selbst müssen entscheiden, wie und wie schnell sie ihre Stellung in der Arbeiterjugend stärken können.“

Die Aufgaben in der Gewerkschaft sind (u.a.) folgende: „Organisiere dich und agitiere deine Kollegen, dich zu organisieren. – Nimm Kontakt zu anderen fortschrittlichen Gewerkschaften auf und versuche, als Opposition zu wirken, Anträge zu koordinieren. – Betreibe die Forderung, daß mehr Lehrlinge eingestellt werden, arbeite am Aufbau einer Lehrlingsgruppe. – Arbeite für eine besondere Organisation der Frauen. Sieh zu, daß die Gewerkschaften die gewerkschaftlichen Interessen der Frauen beschützen.“

Umweltschutz soll auch betrieben werden, aber: „Die Hauptperspektive im umweltpolitischen Kampf ist es, den Umweltkampf an den gewerkschaftlichen Kampf zu binden“. Dieser Passus richtet sich vor allem gegen naturromantische Ansätze. Atomkraftwerke gibt es in Norwegen nicht und wird es auf absehbarer Zeit auch kaum geben, weshalb die Gefahr eines solchen Heranrührens in Norwegen besonders groß sei, erklärte ein Genosse.

Der Arbeitsplan insgesamt beinhaltet, daß SU versuchen wird, die politische Praxis zu entwickeln, die von der Mehrheit in SV nicht mehr erwartet werden kann. Für künftigen Zündstoff dürfte also gesorgt sein.

Auslandskontakte

Mit Gästen waren auf dem Kongreß vertreten: FK (Schweden), ELF und EPLF (Eritrea), KB (BRD), SFU und V3 (Dänemark), SWP (Großbritannien) sowie die Gewerkschaft im Coca-Cola-Betrieb in Guatemala. Der MIR (Chile) hatte eine Grußadresse gesandt.

Den Genossinnen und Genossen der SU sei für die Einladung und die herzliche Aufnahme gedankt.

Ein Vertreter des KB

Opposition in Jugoslawien

Opposition in Jugoslawien

Fortsetzung von der vorherigen Seite

druck „Anarcholiberalismus“ hat nur genausoviel Sinn wie die Bezeichnung „rundes Quadrat“ und ähnliche Wortverbindungen. Die Grundcharakteristik des Anarchismus ist der Standpunkt, der Staat solle sofort völlig zerfallen. Einer der grundlegenden Standpunkte des Liberalismus jedoch die These, daß der Staat immer existieren muß, um dem Einzelnen die persönliche Freiheit und Sicherheit zu garantieren“ (nach „Südt. Ztg.“, 26.1.74).

Ferner wurde der „Praxis“-Gruppe vorgeworfen, die Idee des Mehrparteiensystems zu propagieren. Auf diesen Vorwurf antworteten sie: „Der demokratische Sozialismus braucht nicht unbedingt Parteien, er braucht eine demokratische öffentliche Meinung“ (ebenda).

Die „Praxis“-Gruppe schrieb, daß „die Tendenz des Latentesystems (ungehindert laufen lassen, Anm. AK) der Marktwirtschaft mit ihren Folgen – Warenfetischismus, notwendiger Kapitalbildung aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, Zunahme der sozialen Schichtungsprozesse – ein wesentliches Hindernis für die sozialistische Entwicklung darstellt“ (ebenda).

Die Gruppe forderte „die Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit und der Abwanderung von Arbeitskräften in kapitalistische Länder... Beseitigung der bestehenden Klassenunterschiede“. „Die Arbeiterklasse ist unter den heutigen Bedingungen die unterdrückteste und potentiell revolutionärste Klasse“ (ebenda).

Trotz ihrer Kritiken bekannte sich die „Praxis“-Gruppe zum jugoslawischen System der „Arbeiter selbstverwaltung“ und erklärte: „Das Programm des Bundes der Kommunisten bleibt auch weiterhin die Grundorientierung für eine realistische Entwicklung in Jugoslawien. Es geht nicht darum, dieses Programm zu ändern, sondern es konsequenter in die Wirklichkeit umzusetzen“ (ebenda).

Im März 1975 mußte die Zeitschrift „Praxis“ ihr Erscheinen einstellen. Die Belgrader Professoren, die die Zeitschrift herausgegeben hatten, erhielten Berufsverbot. Allerdings wurde das Berufsverbot humaner gehandhabt als in der BRD: die Professoren erhalten noch heute 60% ihres Gehaltes („SZ“, 18.12.79).

1974 veröffentlichten einige westeuropäische Persönlichkeiten (u.a. Heinz Brandt, Ernst Bloch, Bernd Rabahl, Helmut Gollwitzer, Gerhard Zwerenz, Jochen Steffen, Renate Demus) eine Solidaritätserklärung mit der „Praxis“-Gruppe. Sie schrieben, es gehe ihnen „um die Freiheit des kritischen marxistischen Denkens in

einem Land, das immerhin noch Möglichkeiten für eine demokratische Entwicklung zum Sozialismus bietet“. Der Aufruf trug unter anderem auch die Unterschrift des damaligen niederländischen Kulturministers P. J. van Oortzen (SPD). Derselbe von Oortzen, der sich damals angeblich um „das Überleben des kritischen marxistischen Denkens“ in Jugoslawien sorgte, ist seinerseits für eine Reihe von Berufsverboten gegen Marxisten in der BRD mitverantwortlich.

Die „Praxis“-Gruppe war Ausdruck einer breiteren Strömung unter den Intellektuellen, insbesondere Studenten. So verabschiedete der Studentenverband der philosophischen Fakultäten in Belgrad, Ljubljana und Zagreb am 30.1.1974 eine Resolution, in der es u.a. hieß: „daß die Arbeiterklasse immer noch keinen entscheidenden Einfluß auf ökonomischem und politischem Gebiet ausübt, daß die gesellschaftliche Macht sich in den Händen einer politischen und ökonomischen Elite konzentriert ... daß die sozialen Unterschiede ständig wachsen und die höchste Gefahr für die Erwerbslosen der Revolution darstellt ... daß die marxistische Kritik der sozialen Widersprüche unterdrückt wird.“

Die Resolution sprach sich aus für „einen Sozialismus auf der Basis der Selbstverwaltung“, für die „Wiederherstellung der führenden Rolle der marxistischen Theorie“ sowie „die Schaffungsfreiheit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur“ (nach „Sozialistisches Osteuropakomitee“, Sonderinfo Jugoslawien, Juni 1974).

Wegen des Verfassens dieser Resolution wurden sechs Studenten und ein Professor zu jeweils 10 Monaten wegen „böswilliger und wahrheitswidriger Darstellung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse“ verurteilt.

Im Unterschied zu Djilas haben die „Praxis“-Gruppe und ihre Freunde keine Ermunterung des Imperialismus und antikommunistische Propaganda betrieben. Die „Praxis“-Strömung kann man insgesamt als linkssozialdemokratisch bezeichnen, die vertritt z.T. eindeutig fortschrittliche Positionen (Kritik an der Herausbildung einer Neuen Bourgeoisie u.a.).

Wir sollten uns nicht scheuen, gegen die Berufsverbote und die Bestrafungen der Anhänger der „Praxis“-Strömung durch die Bürokratie zu protestieren, wie wir auch gegen ähnliche Maßnahmen in der DDR (Havemann und Biermann) und CSSR („Charta 77“) unseren Protest erhoben haben.

HEINZ W. KÖNIG

Berichtigung

DAS HAT TOGLIATTI NICHT VERDIENT!

Im AK 176 findet sich auf Seite 3 im Artikel „Zur Außenpolitik der PCI“ ein blöder Fehler. Am Ende der zweiten Spalte, wo es um die ideologische Grundlage der PCI-Außenpolitik geht, heißt es als angebliches Zitat des früheren PCI-Chefs Togliatti: „... und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einem Fortschritt sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird“. So etwas hat Togliatti natürlich nie gesagt; er ging ja umgekehrt gerade davon aus, daß verschiedene Wege zum Fortschritt, zum Sozialismus führen könnten. Richtig muß es heißen: „... Die Gesamtheit des Systems wird polyzentrisch und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einer einheitlichen Führung, sondern man muß von einem Fortschritt sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird“.

Wo wir gerade beim Berichtigen sind: Auf der gleichen Seite muß es in der Überschrift des oberen Artikels heißen: „9 Parteien fehlten beim KP-Treffen in Paris“ (und nicht: „beim KP-Treffen der PCI“; die PCI hatte sich geweigert, teilzunehmen).

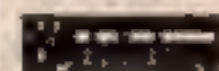
Italien-Kommission

MISTY ROOTS Reggae aus London



Turnendaten

- | | |
|---------|---|
| 22. Mai | Neuß, Auls der PH |
| 23. Mai | Aachen, Audimax TH |
| 24. Mai | Rieslingen (Bodensee), Kulturzentrum Gerns |
| 25. Mai | Open - air - Festival Passau, Oberhaus, Thingplatz |
| 27. Mai | Tübingen, Mensa I der Universität |
| 28. Mai | Stuttgart, Mensa der Universität |
| 29. Mai | Bremen, TU Mensa |
| 30. Mai | Bochum, Gesamtschule Marktplatz (nahe Uni) |
| 31. Mai | Open - air - Festival, Auf dem Tenzwerder direkt am Weerstein |
| 2. Juni | Wuppertal, Uni - Gelände |
| 3. Juni | Göttingen, Universität |
| 4. Juni | Hannover, UJZ Glocksee |
| 5. Juni | Kiel, Mensa am Westring |
| 6. Juni | Berlin, Alte Mensa TU |
| 7. Juni | Mainz, VdS - Festival, Freigelände der Universität |
| 8. Juni | Hamburg, Freilichtbühne im Stadtpark |



Einsparungswichtige

Hiermit ermächtige(n) ich / wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Graue Wölfe demonstrieren in Hamburg

Massives Polizeiaufgebot gegen antifaschistischen Protest

Unter der Parole: „Gemeinsam gegen den roten Terror“ hat die Türk-Föderation, eine Tarnorganisation für Westeuropa der türkischen Faschistischen Nationalistischen Bewegungspartei MHP, für den 17.5. 14 Uhr zu einer nationalen Demonstration und Kundgebung auf dem Hamburger Gerhard-Hauptmann-Platz aufgerufen.

Die Vorbereitungen zu dieser Provokation der türkischen Faschisten liefen unter strikter Geheimhaltung. Die Hamburger Antifaschisten erfuhren davon erst am späten Freitag Nachmittag, als türkische Aufrufblätter im Stadtteil Altona von den Faschisten verteilt wurden.

Verbotsforderungen wurden ignoriert

Sofort nach Bekanntwerden der geplanten Aktion forderten u. a. Mitglieder der SPD Bezirksorganisation Altona, die Bunte Liste, das Komitee gegen türkische Faschisten und viele andere zuerst telefonisch ein Verbot beim Polizeipräsidenten. Als der zuständige Verantwortliche bestätigte, daß die Kundgebung und Demonstration ausdrücklich genehmigt seien und bei der Polizei auch über die politische Heimat der Türk-Föderation keine Unklarheiten bestehen, wurden über mehrere Rechtsanwälte einstweilige Verfügungen zum Verbot beim Verwaltungsgericht beantragt.

Verhindern wir den Aufmarsch der Faschisten

Parallel zur Einleitung juristischer Verbotanträge wurden über Telefonketten, Handzettel, Hausbesuche usw. alle verfügbaren Kontakte und Organisationen in Hamburg über die Pläne der Faschisten informiert und aufgefordert, am Samstag rechtzeitig in die Innenstadt zu kommen, um die faschistische Provokation zu verhindern und den Gerhard-Hauptmann-Platz zu besetzen.

Im Laufe des Vormittags versammelten sich 1.500 - 2.000 Antifaschisten in der Innenstadt. Ein Lautsprecherwagen wurde auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz aufgestellt, Flugblätter verteilt und die Öffentlichkeit über den Hintergrund der Aktion informiert. Die Teilnehmer beschlossen eine Resolution an den Bürgermeister Klose, in der es u. a. hieß: „Diese (die Kundgebung der türkischen Faschisten) ist eine Provokation für die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit in Hamburg und zugleich eine unmittelbare Gefahr vor allem für die türkischen Kollegen, die Aufklärungsarbeit über den faschistischen Charakter der 'Grauen Wölfe' in Hamburg leisten.“ Wir fordern Sie deshalb auf, ein Verbot der für heute in Hamburg geplanten Kundgebung der 'Grauen Wölfe' zu erwidern.“

Eine Delegation der Gegendemonstranten wurde beauftragt, diese Resolution zum Rathaus zu bringen und sie dem Bürgermeister zu überreichen. Allerdings fand die Delegation dort nur verschlossene Türen und einen Polizisten vor, der zur Bewachung aufgestellt worden war. Auf

Nachfrage weshalb das Rathaus plötzlich verschlossen sei, antwortete er, „wegen der illegalen Gegendemonstration“, von den politischen Verantwortlichen sei niemand für die Antifaschisten zu sprechen, wir sollten doch schreiben.

Die Polizei marschiert auf

Während des ganzen Vormittags von Polizei in der Innenstadt nichts zu sehen (bis auf eine Androhung der Beschlagnahme des Lautsprecherwagens, die erfolglos blieb, weil die Gegendemonstranten Ketten um den Wagen bildeten), so änderte sich dies gegen 13 Uhr schlagartig.

Mehrere hundert Polizisten in Kampfmontur wurden blitzschnell dazu eingesetzt, um den Gerhard-Hauptmann-Platz abzuriegeln. Sie schlossen die ca. 800 auf dem Platz befindlichen Demonstranten, innerhalb weniger Minuten ein, führten mit einem Lautsprecherwagen heran und forderten sie auf, den Platz zu verlassen. Daraufhin bildeten die Demonstranten Ketten und wehrten beherzt einen Versuch der Polizei ab, einen türkischen Antifaschisten aus der Menge herauszugreifen. Die Aufforderung der Polizei hatte nur den Zweck, die Demonstranten als Teilnehmer an einer „illegalen“ Aktion zu kriminalisieren.

Die anfangs gespannte Stimmung löste sich bald, als die Gegendemonstranten sich zum Ausdruck ihres friedlichen Protestes auf den Platz setzten und damit deutlich machten, daß jegliche Gewalt von der Polizei zu verantworten ist.

Das Ziel der Gegendemonstranten zu diesem Zeitpunkt war, den Platz bis 14 Uhr zu besetzen, damit die türkischen Faschisten die geplante Kundgebung nicht abhalten können.

Daß es zu diesem Zeitpunkt zu keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, daß die Kundgebung der Faschisten zum angegebenen Zeitpunkt auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz nicht stattfinden konnte, lag daran, daß die Demonstranten mit großer Geschlossenheit und Disziplin zusammenhielten und das weitere Vorgehen jeweils gemeinsam diskutierten.

Eine traurige Ausnahme dabei spielte allerdings die DKP. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die Lage für die Demonstranten auf dem Platz nicht überschaubar war, Unsicherheit herrschte und sich auch Angst vor der Polizeigewalt bemerkbar machte, wollten die DKPler in einem Demonstrationzug den Platz verlassen. Dies, obwohl sie mehrfach aufgefordert wurden, sich mit den restlichen Demonstranten gemeinsam zu organisieren. Allerdings scheiterte ihr Spaltungsversuch kläglich. Sie wurden von der Polizei nicht vom Platz gelassen.

Die Aktion wird erfolgreich beendet

Als klar war, daß die türkischen Faschisten sich in der Innenstadt nicht würden blicken lassen, beschlossen die Demonstranten, die Aktion mit einer kurzen Demonstration zum Damtor-Bahnhof zu beenden,



400 Bullen sperrten 1000 Antifaschisten auf dem Gerhard Hauptmann Platz ein. Um Polizei-Übergriffe zu verhindern, wurden von den Besetzern Ketten gebildet.

Schließlich konnten die Antifaschisten doch freikommen und demonstrierten (unter Polizei-„schutz“) durch die Innenstadt



den, und darüber mit der Polizei einmündung zu verhandeln. Es kam darauf an, die bisherige Geschlossen-

den, und darüber mit der Polizei einmündung zu verhandeln. Es kam darauf an, die bisherige Geschlossen-

Die Polizei ließ sich auf den Vorschlag ein, hatte es aber plötzlich überhaupt nicht mehr eilig, daß die Demonstranten den Platz räumen und verordneten den Abmarsch um ca. eine halbe Stunde. Gegen 15 Uhr 45 setzte sich der Demonstrationzug in Bewegung. Unter großem Jubel der außerhalb der Polizeisperre anwesenden ca. 500 Antifaschisten, die sich dem Zug anschlossen. Die Demonstranten bildeten seitlich zum Demonstrationzug Ketten, ein Begleitschutz für den Lautsprecherwagen wurde organisiert. Die Polizei allerdings demonstrierte noch mehr ihre Stärke, indem sie jeweils vor und hinter dem Demonstrationzug vier Mannschaftswagen auffahren ließ und Polizisten mit Schläuchen und Helmen die Demonstranten „begleiteten“. Am Endpunkt der Demo, auf der Moorweide am Damtorbahnhof wiederholte sich die Szene vom Gerhard-Hauptmann-Platz:

Nachdem die Demonstranten dort angekommen waren, wurden sie wiederum von den Bullen umzingelt und das gesamte Gebiet abgesperrt. Der S-Bahnhof wurde von ihnen mit ca. 200 Mann besetzt, die Leibwachen der Demonstranten vornehmen und beim Abzug der Demonstranten sahen sie endlich ihre Chance. Ein MEK-Kommando versuchte zuerst einen türkischen Kollegen willkürlich zu verhaften. Als sich die Bullen aber dabei heisse Ohren holten und der Kollege geschützt werden konnte, veranstalteten sie eine Prügel- Orgie gegen eine Gruppe von Demonstranten und

verhafteten zwei Antifaschisten. Eine weitere Antifaschistin wurde durch einen Schlagstock verletzt und mußte

verhafteten zwei Antifaschisten. Eine weitere Antifaschistin wurde durch einen Schlagstock verletzt und mußte

Die türkischen Faschisten demonstrieren in Altona

Während der Aktion in der Innenstadt versuchten die Antifaschisten zu ermitteln, ob es Anzeichen dafür gibt, daß die türkischen Faschisten sich an anderer Stelle in der Stadt versammeln.

Vor der Demonstration zum Damtor-Bahnhof wurde dann bekannt, daß die Faschisten auf Empfehlung (!) der Polizei sich an der Sternschanze versammelt haben. Erst nach Beendigung der Aktion wurde klar, daß die Faschisten von dort nach Altona demonstriert sind und gegen 16 Uhr 30 mit ihrer Schlussskundgebung in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs begonnen hatten. Etwa 7 - 800 türkische Faschisten versammelten sich, massiv geschützt (und nicht bedroht, wie die Antifaschisten) durch Hamburgs Polizei. Dies hatte vorsorglich den Altonaer Bahnhof und den Kundgebungsplatz abgesperrt. Antifaschisten wurden beim Verlassen des Bahnhofs gefilzt, zwei wurden verhaftet.

Hamburgs SPD - Senat und seine Polizei schützen die Faschisten

Diese Demonstration der Faschisten war nur dadurch möglich, daß die Hamburgs Polizei mit ihrer Aktion in der Innenstadt und am Damtor-Bahnhof die Antifaschisten in ihren Aktionsmöglichkeiten behindert hat.

Einziges Ziel war, den Faschisten einen zeitlichen Vorsprung zu verschaffen und die Antifaschisten so

Einziges Ziel war, den Faschisten einen zeitlichen Vorsprung zu verschaffen und die Antifaschisten so

Dieser beispiellose Skandal erhält noch dadurch eine zusätzliche Brisanz, als sich der Hamburger Bürgermeister bei einer Veranstaltung scheinheilig dagegen ausgesprochen hat, den türkischen Faschisten Demonstrationen und Kundgebungen zu erlauben, und der für die Polizei verantwortliche Innensenator Staaß zu erkennen gegeben hat, daß er nicht negativ gegen ein Verbot der 'Grauen Wölfe' eingestellt sei. Zudem liegen dem Senat Verbotsanträge der SPD - Fraktion des Bezirksparlaments Altona und der Bezirksversammlung Eimsbüttel vor.

Wieder einmal ist klar geworden, daß den großen Worten von SPD - Politikern keine Taten folgen. Im Gegenteil: Auch in Hamburg können die türkischen Faschisten fest auf ihre Unterstützung bauen.

Allerdings muß dafür gesorgt werden, daß dieser generalstäbische Polizeieinsatz nicht stillschweigend zu den Akten gelegt wird.

Entschuldigung

Bei den Rangeläusen kurz vor meiner Festnahme auf der Moorweide am 17.5. habe ich auch einen Haken ausgelassen, der für einen Zivilbullen gedacht war, jedoch, wie sich später herausstellte, einen mir unbekannten Genossen am Kinn traf. Hierfür möchte ich mich entschuldigen. Wiedergutmachung erfolgt unter Redaktionsadresse. Gruß ein AK-Leser aus St. Pauli

AK Abo Karte

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative

Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Ich/wir wollen den Arbeitskampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50
jährlich - DM 55,-

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postcheckamt Hamburg, BLZ 20010020 Konto Nr. 27175-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift